

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan-Entwurf **2004**

Vorwort zum Einzelplan 8.2

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplans

Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

Neben den längerfristigen Strukturmaßnahmen im Bereich umwelt- und gesundheitsbehördlicher Aufgabenwahrnehmung, etwa bei der Ressourcenschonung, der Flächensanierung, dem Immissionsschutz, der Abfall- und Wasserwirtschaft sowie der klinischen Versorgungs- und Investitionsplanung, stehen im Haushaltsjahr 2004 insbesondere die übergeordneten programmatischen Schwerpunktsetzungen der laufenden Legislaturperiode im Mittelpunkt.

So nimmt das Konzept der wachsenden Stadt gleichermaßen umweltpolitisch wie auch gesundheitspolitisch einen breiten Raum ein. Hieran lassen sich einerseits die künftigen fachpolitischen Bedarfe für die Metropolregion Hamburg festmachen, andererseits eröffnet die Vision der wachsenden Stadt zahlreiche Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb des jeweiligen fachlichen Aufgabenspektrums.

In diesem Zusammenhang gilt es, die ressortspezifischen Parameter der *Lebensqualität* in der wachsenden Metropolregion zu entwickeln und deutlich herauszuarbeiten. Erst durch derart essentielle fachbehördliche Beiträge und Impulse zum Konzept der wachsenden Stadt kann bewirkt werden, dass die quantitativen Wachstumskriterien in adäquater Weise auch von qualitativen Wachstumskriterien unterlegt sind.

Einzelne Aufgabenschwerpunkte sind in den betreffenden Senatsentscheidungen zur wachsenden Stadt bislang schon ausdrücklich ausgewiesen. Es gilt, über diese bereits konzipierten Kompetenz-Cluster hinaus die fachpolitischen Aufgaben so zu bündeln und zu verdichten, dass ihre jeweilige Relevanz im Kontext der wachsenden Stadt deutlich hervor tritt.

Dies bedeutet für das Aufgabenspektrum innerhalb des Einzelplans 8.2, dass die zukunftssträchtigen Gebiete der Medizintechnik, Telemedizin und Biotechnologie (innerhalb des Kompetenz-Clusters „Life Science“) und die Internationalisierung fachpolitischer Aufgaben (innerhalb des Kompetenz-Clusters „China“) erheblich stärkere Bedeutung erfahren werden, um Hamburg auch unter Versorgungsgesichtspunkten als Medizinstandort zu stärken.

Es werden innerhalb des Konzeptes der wachsenden Stadt zugleich auch ausgewählte Aspekte der nachhaltigen Entwicklung, des Flächenrecyclings, des betrieblichen Umweltschutzes und hierauf bezogener neuer Kooperationsformen mit der Industrie, dem Handwerk und dem Handel, des Umweltbewusstseins im öffentlichen Raum (Verbesserung der Sauberkeit) sowie der Steigerung von Lebensqualität durch integrierte Ansätze wie das Landesrahmenprogramm „Gesunde soziale Stadt“ realisiert werden können. Auch den Aufgabenfeldern Gesundheitsförderung und Gesundheitsberichterstattung werden im Kontext der wachsenden Stadt – insbesondere unter dem Aspekt der gesundheitsbezogenen Lebensqualität in Hamburg – gesteigerte Bedeutung beigemessen. Beide Bereiche sind geprägt durch eine weiter intensivierte Netzwerk-Arbeit, die eine wichtige Grundlage für die Realisierung der fachpolitischen Handlungsansätze darstellt.

Diese vielfältigen fachbehördlichen Aktivitäten im Bereich umwelt- und gesundheitspolitischer Maßnahmen setzen ein abgestimmtes Monitoring voraus, für das mit der bestehenden Umweltberichterstattung ebenso wie mit der Gesundheitsberichterstattung (Fortschreibung der Stadtdiagnose 2) bereits wesentliche Grundlagenarbeit geleistet worden ist.

Im Aufgabengebiet Umwelt sind auch weiterhin alle fachbehördlichen Maßnahmen den vielschichtigen Aspekten von Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung verpflichtet. Angesichts der Konsolidierungszwänge im Gesamthaushalt bedeutet dies zugleich, Hamburgs Identität als grüne Stadt zu wahren und nicht hinter bereits erreichte Standards zurück zu fallen.

Der Zusammenhang von Umweltschutz und Lebenszusammenhang der Hamburger Bevölkerung wird an vielen Stellen deutlich. So werden etwa im Bereich der Altlastensanierung weiterhin die Vorbereitung, Baudurchführung und fortlaufende Sicherung und Überwachung von Sanierungsmaßnahmen mit hoher Priorität verfolgt. Die Sanierung am Grasbrookhafen stellt ein konstitutives Element für die Realisierung der HafenCity dar.

Die Sicherung der natürlichen Ressourcen auf hohem Niveau wird anhand der nachweislich hohen Qualität der Trinkwasserversorgung in Hamburg deutlich. Die fachbehördlichen Aufgaben im Gewässerschutz und bei der Gewässergüte orientieren sich auch im Haushaltsjahr 2004 maßgeblich an der schrittweisen Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (Richtlinie 2000/60 EG – WRRL). Hier stehen 2004 die Bestandsaufnahme und Erstbewertung im Mittelpunkt.

Im Bereich des Amtes für Naturschutz und Landschaftspflege werden in der Planperiode neben dem in der Bedeutung überragenden Projekt der Internationale Gartenschau 2013 in Wilhelmsburg auch mit der Neugestaltung von Grünflächen für das Neubaugebiet Neugraben-Fischbek deutliche Akzente für einen grünen, naturnahen Lebensraum in der Metropolregion gesetzt.

Die prioritär verfolgten Aktivitäten in Zusammenhang mit dem Handlungskonzept zur Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt werden mit Nachdruck fortgeführt. Das im Vorjahr aufgelegte Programm trägt maßgeblich dazu bei, die Sicherung der kommunalen Lebensqualität in der Metropole Hamburg dauerhaft zu erhöhen.

Die im Vorjahr unterzeichnete UmweltPartnerschaft mit Handel, Handwerk und Industrie beinhaltet eine breit angelegte Programmatik zum kooperativen betrieblichen Umweltschutz in Hamburg, die gleichermaßen Förderprogramme, Optimierung von Genehmigungsverfahren und Vollzugserleichterungen bei der Umsetzung normativer Vorgaben vorsieht. Der Umsetzung, der praktischen Ausgestaltung und der Weiterentwicklung der UmweltPartnerschaft kommt im Haushaltsjahr 2004 deshalb eine außerordentlich hohe fachbehördliche Priorität zu.

Es gilt weiterhin, die wirtschaftlichen Potenziale zu verdeutlichen, die in innovativen Ansätzen bei der Ressourcenproduktivität liegen. Dementsprechend wird das in den Vorjahren aufgelegte Förderprogramm „Unternehmen für Ressourcenschutz“ unvermindert fortgeführt.

Im Aufgabengebiet Gesundheit und Verbraucherschutz steht auch das Haushaltsjahr 2004 unter dem Eindruck des Strukturwandels im Bereich medizinischer Dienstleistungen, der einhergeht mit dem Umbau der Sozialversicherungssysteme.

Vorwort Einzelplan 8.2

Obwohl sich die Krankenhäuser nach der Umstellung auf das diagnose-bezogene Fallpauschalensystem zunächst noch in einer so genannten budgetneutralen Phase befinden, sind Verschiebungen innerhalb des klinischen Sektors auch in Hamburg evident. Dieser Prozess bedarf einer besonders umsichtigen Steuerung und fachlichen Begleitung durch die Fachbehörde. Veränderte Leistungsstrukturen in der stationären Versorgung, zunehmende Ökonomisierung des Gesundheitswesens und die durch weitere Verweildauerverkürzung bedingten Verschiebungen zwischen stationärem und ambulanten Sektor haben die Komplexität des Aufgabenspektrums der für die Krankenhausplanung zuständigen Behörde beträchtlich erhöht. Diese Entwicklung korrespondiert mit grundlegenden krankensicherungsrechtlichen Veränderungen für die stationäre und ambulante Versorgung.

Aufgrund der genannten Veränderungen im stationären Bereich ist insbesondere auch die fachbehördliche Investitionsplanung betroffen, die den klinischen Strukturwandel mit einer zunehmenden Anzahl von Trägerfusionen sowie insgesamt veränderter Logistik und Ablaufplanung innerhalb der klinischen Organisationseinheiten, durch die finanzielle Förderung einer Vielzahl struktureller Baumaßnahmen unterstützt.

Im Maßregelvollzug hat die dramatisch gesteigerte Fallzahlentwicklung zu erheblichen Kapazitätsüberlastungen geführt, die sich haushaltstechnisch nicht nur in einer beträchtlichen Steigerung der jährlichen Betriebskosten, sondern als unumgängliche Konsequenz hieraus auch investiv bei der Realisierung von Erweiterungskapazitäten auswirken.

Der Öffentliche Gesundheitsdienst ist vor dem Hintergrund bioterroristischer Gefahren und neuer Infektionskrankheiten wie SARS vor neue Herausforderungen gestellt. Die Koordinierung der diesbezüglichen bezirklichen Aufgaben, die landesministerielle Steuerung durch die Fachbehörde sowie die intensive Zusammenarbeit mit den klinischen Praktikern erfordert personell beträchtliche Anstrengungen. In diesem Zusammenhang wird das Bernhard-Nocht-Institut (BNI) seine national wie international herausragende infektionsmedizinische Bedeutung weiter ausbauen können. Während die dortige Forschung weiterhin nach der „Rahmenvereinbarung Forschungsförderung“ durch Bund und Länder sowie die Hansestadt Hamburg finanziert wird und daneben auch weiterhin über Drittmittel etwa der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder der EU-Kommission verfügt, finanziert sich die klinische Abteilung des BNI auch im Haushaltsjahr 2004 aus Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung und der Förderung nach dem HmbKHG.

Im Bereich der Versorgungs- und Hilfeangebote für süchtige Menschen ist es in Umsetzung des Drogenpolitischen Konzeptes des Senats erfolgreich gelungen, trotz der Konsolidierungsanstrengungen im Gesamthaushalt deutliche Akzentuierungen und Prioritätensetzungen vorzunehmen. Hierzu gehört die Intensivierung des Hilfeangebotes für Crack-Süchtige am Standort St. Georg mit einer deutlich erweiterten zeitlichen Erreichbarkeit dieser Hilfen, zugleich aber auch der Verzicht auf bestehende Angebote an anderer Stelle. Diese Maßnahmen zielen auf einen konsequenten Ausbau der therapeutisch orientierten Vermittlungs- und Netzwerkarbeit innerhalb des Suchthilfesystems nach Maßgabe der Erkenntnisse aus der im Vorjahr eingeleiteten externen Evaluation der Hilfeangebote.

Im Verbraucherschutz stehen einerseits die Kontinuität der eingeleiteten Ansätze, etwa bei der Systemüberwachung, Marktkontrollen und der Förderung von betrieblichen Eigenmanagementsystemen u.a. im Arbeitsschutz sowie die Kontinuität in der weitgehend EU-bestimmten Überwachung sicherheitsrelevanter Bereiche (Arzneimittel, Medizinprodukte, Gefahrstoffe) im Vordergrund.

Andererseits ist die Entwicklung und Umsetzung neuer grundlegender Ansätze - z.B. im Bereich der Verbraucherinformation hinsichtlich des präventiven wirtschaftlichen Verbraucherschutzes und der Innovationen im Gesundheitswesen insbesondere bei der Telematikanwendung - von besonderer Bedeutung. Die Verbraucher haben ein Recht auf anbieterunabhängige, wissenschaftlich gesicherte Informationen über Waren und deren Herstellung sowie über Dienstleistungen. Bisher auf verschiedene Behörden verteilte Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz inkl. des präventiven gesundheitlichen und wirtschaftlichen Verbraucherschutzes werden gebündelt und eine ausreichende Verbraucheraufklärung wird gefördert.

Die Weiterentwicklung und Koordination eines zeitgemäßen gesundheitlichen Arbeitnehmerschutzes auf Länder- und Bundesebene sowie die maßgebliche Mitarbeit bei der Bund-Länder „Initiative für eine neue Qualität der Arbeit“ sind Schwerpunkte im Bereich des Arbeitsschutzes. Außerdem haben die Koordination der Marktüberwachung und Aufbau eines nordeuropäischen Netzwerks zur Marktüberwachung zwecks Abstimmung und Verbesserung der Vollzugsaktivitäten, Förderung der Einführung von Arbeitsschutzmanagementsystemen sowie die Entwicklung und Förderung von Konzepten betrieblicher Gesundheitsförderung besondere Priorität.

Der Bereich „Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen“ ist geprägt durch ein an den Maßnahmen der Europäischen Union abgestimmtes Krisenmanagement, wie es bereits während der BSE-Krise und der Maul- und Klauenseuchen-Bekämpfung im Zentrum öffentlichen Interesses stand. Die bedeutende Rolle Hamburgs bei Im- und Export von Lebensmitteln für die Europäische Gemeinschaft und als Logistikzentrum in Norddeutschland und Nord- und Osteuropa wird durch die Tätigkeit der Veterinärämter Grenzdienst und Fleischzentrum nachdrücklich bestätigt. In diesem Zusammenhang wird derzeit ein Konzept für das Kontrollzentrum des Veterinäramtes Grenzdienst erarbeitet.

Schwerpunkt des Bereiches „Gesundheit und Umwelt“ sind auch weiterhin die gesundheitliche Bewertung chemisch oder physikalisch bedingter Gesundheitsrisiken der Umwelt sowie die Risikoabschätzung und -kommunikation. Diese inhaltlichen Synergien der beiden Ressortbereiche Umwelt und Gesundheit werden zugleich auch im Aufgabenspektrum des Instituts für Hygiene und Umwelt sichtbar. Nachdem zum 01.01.2003 das ehemalige Hygiene Institut Hamburg (HI) sowie das frühere Fachamt für Umweltuntersuchungen (H) organisatorisch zusammengeführt wurden, ist die Mittelübertragung in den gemeinsamen Wirtschaftsplan im Wesentlichen bereits im Vorjahr erfolgt (vgl. hierzu die Ausführungen im Wirtschaftsplan).

Vertiefende Aussagen zur Aufgabenwahrnehmung in den einzelnen Ämtern enthalten die allgemeinen Aussagen und die Produktinformationen bzw. der Lagebericht in den jeweiligen Kapiteln.

2. Übersicht Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2004	2003	+/-	
	in Tsd. EUR			in %
Einnahmen	150.889	152.152	- 1.263	- 0,8
davon:				
Steuerähnliche Abgaben (Hgr. 0)	5.087	5.087	-	-
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	132.133	133.396	- 1.263	- 0,9
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	10.901	10.882	+ 19	+ 0,2
Investitionszuschüsse etc. (Hgr. 3)	2.768	2.787	- 19	-0,7
Ausgaben	393.045	384.515	+ 8.530	+ 2,2
darunter:				
Personalausgaben	89.862	90.734	- 872	- 1,0
Sach- und Fachausgaben (ohne Schuldendienst)	173.405	167.355	+ 6.050	+ 3,6
Investitionen	128.861	125.402	+ 3.459	+ 2,8

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2004 (in %)	Gesamtplan	Einzelplan 8.2
Personalausgaben	36,1	22,8
Sach- und Fachausgaben	42,0	44,1
Investitionen	10,2	32,8

Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2002				2001			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2003 übertragene Reste		Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2002 übertragene Reste	
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in % zum Soll
193.039	140.592	44.098	22,8	197.712	121.003	66.458	33,6

¹ Ansatz zuzüglich übertragene Reste aus Vorjahren, abzüglich Vorgriffe.

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Die Behörde für Umwelt und Gesundheit ist wie folgt organisiert (Stand 15.03.03):

Behördenleitung				
	Amt B Amt für Umweltschutz	Amt C Amt für Naturschutz und Landschaftspflege	Amt D Amt für Immissionsschutz und Betriebe	Amt G Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz
Produktbereich 01 Service, Steuerung und Leitungsunter- stützung	Produktbereich 02 Umweltschutz	Produktbereich 03 Naturschutz und Landschaftspflege	Produktbereich 04 Technischer Umweltschutz, Energiepolitik	Produktbereich 05 Gesundheit und Verbraucherschutz
Produktgruppe 01 Service, Ressourcen- management, Recht und Beteiligungs- management	Produktgruppe 03 Gewässerschutz	Produktgruppe 08 Stadtgrün und Erholung	Produktgruppe 10 Integrierter anlagen- und betriebsbezoge- ner Umweltschutz in Kraftwerken, Che- miebetrieben und in der Abwassertechnik und Gentechnik	Produktgruppe 14 Produktbereichsbe- zogene Steuerung und Verwaltungs- service
Produktgruppe 02 Ministerielle Aufgaben Informations- management Nachhaltige Entwicklung	Produktgruppe 04 Bodenschutz/ Altlasten	Produktgruppe 09 Naturschutz	Produktgruppe 11 Integrierter anlagen- und betriebsbezoge- ner Umweltschutz in Hafenwirtschaft, Mi- neralöl- und Hütten- industrie sowie Um- weltgefahrenabwehr bei akuten Scha- densfällen	Produktgruppe 15 Öffentliche Gesundheit, Gesundheits- förderung, Gesundheitsschutz
	Produktgruppe 05 Abfallwirtschaft		Produktgruppe 12 Fluglärm- und Lärmschutz	Produktgruppe 16 Gesundheitsversor- gung und Kranken- versicherungsschutz
	Produktgruppe 06 Altlastensanierung		Produktgruppe 13 Energiepolitik und Immissionsschutz	Produktgruppe 17 Verbraucher- schutz (I) – Lebens- mittelsicherheit, Veterinärwesen
	Produktgruppe 07 Geologisches Landesamt			Produktgruppe 18 Verbraucherschutz (II) – Arbeits- und Gesundheitsschutz, Produktsicherheit, Integration anwen- dungsbezogener Neuentwicklungen, Gesundheit und Umwelt
	nachrichtlich: Wassergütestelle Elbe	nachrichtlich: Sondervermögen „Naturschutz und Landschaftspflege“		Produktgruppe 19 Institut für Hygiene und Umwelt
				Produktgruppe 20 Bernhard-Nocht- Institut

4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD) und Stellenplan

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans (Titel 4xx.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2003, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Kostenstand für Tarifbereich nach Tarifabschluss 2003/2004, Beamten- und Versorgungsbereich sowie Ruhegeldbereich = Kostenstand 2002
- Altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2003 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2002, Altersmodell); Berücksichtigung der nur hälftigen Erhöhungsbeträge bei Erreichen der nächsten Lebensaltersstufe nach aktuellem Tarifrecht
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2002), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2003 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Basisveränderungen und
 - etwaigen Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2003;
- luK-bedingte Einsparungen;
- Minderbedarfe aufgrund von Entscheidungen 2002 zu aufgabenkritischen Eingriffen in 2003 und 2004 (z.B. hier: Einsparungsrate 2004 für Intendanzbereiche, Arbeitszeitverlängerung).

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91),
 - an den Versorgungsbezügen der Angestellten (Titel 435.91),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter (Titel 436.91) sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.91).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen für Besoldung und Versorgung für 2003 und 2004 werden zentral berücksichtigt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt.

Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren 2003 und 2004.

Umsetzung der Konsolidierung bei den Personalausgaben im Haushaltsvollzug 2002

Das Personalausgabenbudget der dezentralisierten Personalausgaben musste im Vollzug des Jahres 2002 in Höhe von rd. 318 Tsd. EUR aus Mitteln des Einzelplans 9.2 ausgeglichen werden. Ursächlich für die Notwendigkeit des Ausgleichs war, dass

- besetzte Stellen nicht gestrichen werden konnten,
- die Fluktuation nicht ausreichend war,
- aus fachlicher Sicht Nachbesetzungen zwingend zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes erforderlich waren und nicht über den behördeninternen Arbeitsmarkt realisiert werden konnten,
- Beschäftigte aus Anstalten mit Rückkehranspruch zu integrieren waren.

Zum Ausgleich der temporären Budgetüberschreitung bei den Personalausgaben hat die Behörde Einsparungen bei den budgetierten Sach- und Fachausgaben in Höhe von rd. 318 Tsd. EUR nachgewiesen.

KRV – Kontenrahmen für Versorgung

Erstmals werden nach „Verursacherprinzip“ alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans veranschlagt, verteilt auf verschiedene Titel. Die Versorgungsausgaben ergeben sich aus der Summe der Kostenanteile für Versorgung – die Budgetbestandteile des KRD bleiben (s.o.) – und der Bedarfsspitze aus Mehr-/Minderbeträgen gegenüber dem Wert nach Versorgungsprognose (vgl. Drucksache 17/1404), die auch Frühpensionierungen berücksichtigt. Diese „Bedarfsspitzen“ und die Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger werden – außerhalb des Budgets – in einem neuen, einzelplanübergreifenden und gegenseitig deckungsfähigen Kontenrahmen für Versorgung („KRV“) zusammengefasst. Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 11 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Durch den KRV können Schwankungen, Zuordnungs- und Prognoseungenauigkeiten ausgeglichen werden. Die in dem KRV zusammengefassten Ausgabeermächtigungen haben die einheitliche Titellendnummer 93 erhalten.

Durch diese Art der Veranschlagung wird der bisher im Kapitel 9750 „Versorgung“ für alle Einzelpläne zentrale, über die Zuschlagsanteile des KRD hinausgehende Nachweis bis auf Restgrößen, die einem Aufgabenbereich nicht individuell zuzuordnen sind, aufgehoben. Mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung ist allerdings für die Behörden keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können. Erkennbar werden jetzt jedoch regelhaft die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hi-

Vorwort Einzelplan 8.2

neinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf und Planansatz durch Lebensjüngere und dadurch „preiswertere“ Nachfolger.

Ein negativer Haushaltsansatz entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Prognosewerte der „echten“ Versorgung übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Für die Prognose ist das (historische und für die heutige Behördenstruktur bestmöglich aktualisierte) Kapitel maßgeblich, aus dem heraus der Übergang von der aktiven Beschäftigungsphase in die Versorgung erfolgte. Ferner kann es in Einzelfällen auf der Kapitel-Ebene zu Verzerrungen zu Lasten des jeweiligen Zentralkapitels im Einzelplan kommen, die zunächst innerhalb des Einzelplans, spätestens jedoch innerhalb des KRV ausgeglichen werden. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn ein Kapitel keine oder nur eine sehr junge Historie hat, folglich aus diesem Kapitel wenig oder gar keine Personen in den Ruhestand getreten sind. Wurde jedoch das Kapitel aufgehoben, wurde das Zentralkapitel des Einzelplans als Nachfolger und Budgetträger ausgewählt.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen für 2003 und 2004 werden zentral berücksichtigt.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Die Stellenpläne der Landesbetriebe nach § 26 Absatz 1 LHO sowie der netto-veranschlagten Einrichtungen nach § 15 Absatz 2 LHO „Bernhard-Nocht-Institut“, „Institut für Hygiene und Umwelt“ sowie „Wassergütestelle Elbe“ sind in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenbestände entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Veränderungen in den dezentralen Verfahren zum Stichtag der Schnittstellenübergabe.

Stellenplanentwurf 2004 (einschl. Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO und netto-veranschlagte Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO)

Einzelplan 8.2 Behörde für Umwelt und Gesundheit

Kapitel	Stellenzahl 2004	Neue Stellen 2004 ⁴		Stellenhebungen 2004 ⁴			Umwandlungen ²
		Anzahl	in Tsd. EUR	Anzahl	in Tsd. EUR	Progr.	Anzahl
8600 Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz	145,07						
8620 Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz	731,35						1
8700 Umweltschutz	216,52						
8800 Naturschutz und Landschaftspflege	63,71						
8900 Immissionsschutz und Betriebe	230,53						
Wirtschaftspläne nach § 15 LHO:							
8630 Institut f. Hygiene u. Umwelt	358,86 ³						
8650 Bernhard-Nocht-Institut	225,21						
8701 Wassergütestelle Elbe	10,00						

Stellenumwandlungen 2004

Stellenumwandlungen ⁴				
Kapitel	Anzahl	Begründung	Beamte in Angestellte	Angestellte in Beamte
8600	1	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss		1
8620	1	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss		0
8700	1	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss		2
8800	0	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss		2
8900	4	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss		1

² wie vom Senat beantragt

³ inkl. 12 Stellen für Lebensmittelchemikerpraktikanten

⁴ entsprechend Stellenplanentwurf gem. Senatsbeschluss, ab Verg.Gr. IVa und Bes.Gr. A 11 (wie im Stellenplandruck nachgewiesen)

5. Kontenrahmen für Sachausgaben (KRS)

Der Kontenrahmen für Sachausgaben im Einzelplan 8.2 ist im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung bereits mit der Aufstellung des Haushalts 2000 aufgelöst worden. Die entsprechenden Haushaltsmittel wurden auf die jeweiligen Budgets der Amtskapitel übergeleitet.

6. Einzelplandeckungskreise

Die im Einzelplan 8.2 vorhandenen Deckungskreise sind auf dem Deckblatt zum Zahlenwerk genannt. Übersichten der zugehörigen Titel finden sich in der *Anlage 4*.

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zur Behörde für Umwelt und Gesundheit gehören die folgenden nettoveranschlagten Einrichtungen nach § 15 Absatz 2 LHO sowie § 26 Absatz 2 LHO; die voraussichtlichen Jahresergebnisse sind wie folgt veranschlagt:

Einrichtung	Gesamtaufwand	Zuführung (-) aus dem Ablieferung (+) an den	Haushalt
	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	
Institut für Hygiene und Umwelt	20.936	- 19.558	
Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin	15.563	- 14.046	
Wassergütestelle Elbe	954	- 159	
Sondervermögen Naturschutz und Landschaftspflege	3.779	- 3.230	

Wirtschaftspläne und Erläuterungen befinden sich in *Anlage 2* (rosa Seiten).

8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gemäß bürgerschaftlichen Ersuchen

Frauen- und Mädchenspezifische Maßnahmen und Projekte

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (gekürzt)	2004 Tsd. EUR	2003 Tsd. EUR
8660	Drogen und Sucht		
684.61	Zuschüsse an Vereine und dgl. davon		
	- Frauenperspektiven e.V. „Frauenberatungsstelle“ <i>Suchtstoffübergreifende Beratungsstelle nur für Frauen</i>	446	446
	- Ragazza e.V. <i>Niedrigschwellige Kontaktstelle und Straßensozialarbeit speziell für drogenabhängige Prostituierte</i>	664	664
	- Waage e.V. <i>Beratungsstelle für Frauen mit Essstörungen</i>	128	128

Lesben- und schwulenspezifische Maßnahmen und Projekte

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (gekürzt)	2004 Tsd. EUR	2003 Tsd. EUR
8620	Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz		
684.71	Zuschüsse an Vereine und dgl. zur Gesundheitsförderung und Aids- Prävention, davon		
	- Magnus-Hirschfeld-Zentrum <i>Schwulen- und Lesbenberatung , Pflege und Fortbildung eines ehrenamtlichen Teams</i>	132	130
	- Hein & Fiete <i>Aids-Prävention bei homo- und bisexuellen Männern, u.a. durch den Betrieb eines Info-Ladens, Streetwork sowie Ausbildung u. Betreuung ehrenamtlicher Mitglieder</i>	189	183

**Vorwort
Einzelplan 8.2**

9. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Haushaltsplan 2004

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	in Tsd. EUR				
Gesamtbetrag Einzelplan	150.889	89.862	174.322	128.861	393.045
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	450	17.971	4.366	6.154	28.491
Produktbereich 02	5.873	12.809	59.557	22.730	95.096
Produktbereich 03	1.868	4.695	21.718	12.062	38.475
Produktbereich 04	124.961	12.923	941	10.769	24.633
Produktbereich 05	17.737	41.464	87.740	77.146	206.350

Ein Verzeichnis über die verwendeten Abkürzungen befindet sich am Ende der Produktinformationen.

10. Aufgabenkritik und Effizienzsteigerung

Maßnahmen im Haushaltsplan-Entwurf 2004

Kategorie / Maßnahmen	Haushaltsentlastung 2004			
	in Tsd. EUR			
	Personal- ausgaben	Sach- und Fachaus- gaben	Sonstige / Einnahmen	Summe
Leistungseinschränkung / -verzicht:				
• Reduzierung ressourcenintensiver Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Grünanlagen		100		100
• Reduzierung des Betriebsaufwandes für Straßenentwässerungsanlagen		145		145
• Reduzierung des Zuschusses an die Wassergütestelle Elbe		22		22
• Reduzierung des Betriebsaufwandes für den Gewässer- und Bodenschutz		56		56
• Reduzierung der Ausgaben für den Betrieb der öffentlichen Toiletten durch Erhöhung der Benutzungsgebühren		60		60
Reduzierung der Zuwendungen:				
• Schließung einer Drogenhilfeeinrichtung		300		300
• Globale Minderausgabe		100		100
Verschlanung der Verwaltung:				
• Realisierung von Synergieeffekten, u.a. durch Auflösung dezentraler Intendanzeinheiten in der BUG (Globale Minderausgabe)	200			200
• Neuordnung der Tierkörperbeseitigung (Globale Minderausgabe)	200			200
• Optimierung der behördenübergreifenden Koordination von Maßnahmen der Stadtteilpflege		73		73
• Optimierung der Verfahren zur Wertstofffassung		100		100
• Realisierung von Einspareffekten beim Betriebsaufwand für die Schnee- und Eisbeseitigung auf Gehwegen		100		100
Einnahmeerhöhung: entfällt				
Epl. 8.2 gesamt	400	1.056		1.456

Produktinformation

Produktbereich: Service, Steuerung und Leitungsunterstützung

Kapitel 8600

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	450	471	472	529
Personalausgaben in Tsd. EUR ¹	17.971	17.925	6.666	7.897
Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ²	4.366	5.045	5.534	4.602
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	6.154	5.458	5.655	7.694
Stellen ³	145,07	146,98	136,70	145,07

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z1: Effiziente Unterstützung der Ämter und der Behördenleitung	
<i>Produktgruppen</i>	<i>Produkte</i>
PG 01 Service, Ressourcenmanagement, Recht und Beteiligungsmanagement	P 1 Infrastruktur und Katastrophenschutz P 2 Organisation und Betriebswirtschaft P 3 Personal (inkl. Gesundheitsförderung und Suchtberatung) P 4 Haushalt und Finanzen P 5 Informationstechnik P 6 Rechtsetzung und Rechtsgestaltung P 7 Rechtsanwendung und Rechtsberatung P 8 Widerspruchsentscheidungen und Vertretung vor Gerichten P 9 Innenrevision und Korruptionsbekämpfung P 10 Beteiligungsmanagement und wirtschaftliche Stiftungsaufsicht
PG 02 Ministerielle Aufgaben, Informationsmanagement, Nachhaltige Entwicklung	P 1 Information und Kommunikation unter Darstellung sämtlicher Produktbereiche gegenüber Presse, Medien und der Bevölkerung (insbesondere Informationszentrum) sowie die hierauf bezogene Gesamtplanung P 2 Vorbereitung und Verfahrenskoordination in Senats- und Bürgerschaftsangelegenheiten P 3 Vorbereitung und Verfahrenskoordination im Bundesratsverfahren, in Fachministerkonferenzen, in EU-Angelegenheiten, bei Angelegenheiten der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere Städtepartnerschaften P 4 Nachhaltige Entwicklung

¹ Hierin sind die Personalausgaben für Personalrat, Pressestelle und Behördenleitung in Höhe von 518 Tsd. EUR in 2003 und 613 Tsd. EUR in Plan 2002 enthalten. Das Planjahr 2004 beinhaltet Personalausgaben für den Personalrat im Bereich Umwelt in Höhe von 519 Tsd. EUR. Das Ergebnis 2002 umfasst für den Personalrat des Bereiches Umwelt 229 Tsd. EUR.

Der Anstieg zwischen dem Planjahr 2002 und seinem Ergebnis ist durch die Personalüberleitung der BSF (ehemals BAGS) auf die BUG zu erklären. Die Planzahlen 2002 wurden nicht überplant. Darüber hinaus wurden ab 2003 erstmals die Ansätze für Versorgung (KRV) einbezogen; in diesem Produktbereich für Plan 2003 in Höhe von 11.530 Tsd. EUR und für Plan 2004 in Höhe von 11.006 Tsd. EUR.

² Der Planansatz 2004 ist temporär vermindert um eine globale Minderausgabe in Höhe von 500 Tsd. EUR, die noch zu konkretisieren ist (Titel 8600.549.01, PG 01, P 1).

Im Ergebnis sind auch Ausgaben der Bezirke in Höhe von 83 Tsd. EUR enthalten.

³ Die Planwerte 2002 und 2003 wurden nicht aktualisiert. Sie enthalten Stellen für Personalrat, Pressestelle und Behördenleitung in Höhe von 11,5 Stellen. Für Plan 2003 sind zusätzlich 12,5 Stellen aus der Verlagerung von Intendanzanteilen der BSF zu berücksichtigen. Auf Grund interner Umorganisationen sind im Ist 2002 bzw. für Plan 2004 jeweils 4 Stellen enthalten.

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z1: Bedarfsgerechte Unterstützung und Beratung der Ämter, sonstiger Dienststellen und der Behördenleitung, insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none">• durch Ressourcensteuerung, Controlling und Berichtswesen• bei der Entwicklung zukunftsfähiger personeller, organisatorischer und technischer Strukturen• in operativer und strategischer, den Projekten und Aufgaben entsprechender Finanz- und Ressourcenplanung insbesondere auch zur Durchsetzung von Konsolidierungszielen• bei der Fortführung des Prozesses der Verwaltungsmodernisierung• in Rechtsangelegenheiten• in zentralen Fragen der Behörde und in Querschnittsaufgaben <p>Z2: Wirtschaftliche Bereitstellung der für den Betrieb der Behörde für Umwelt und Gesundheit erforderlichen Dienst- und Sachleistungen</p> <p>Z3: Durch die Schaffung, Anwendung und Durchsetzung der Rechtsgrundlagen soll für die Handlungsbereiche und Aufgaben der Behörde für Umwelt und Gesundheit (Bereich Umwelt) und durch Beratung der Ämter ein rechtsstaatliches, bürgerorientiertes, nachhaltiges und zukunftsfähiges Handeln ermöglicht werden.</p> <p>Z4: Effektive Steuerung und Kontrolle der öffentlichen Unternehmen (betriebswirtschaftlich, gesellschaftlich) unter Einhaltung fachpolitischer, haushaltswirtschaftlicher und sonstiger Vorgaben sowie wirtschaftliche Stiftungsaufsicht</p>
<i>Produkte</i>
<p>P 1 Infrastruktur und Katastrophenschutz</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Zentral wahrzunehmende allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Grundsatzfragen des Verwaltungsvermögens, Katastrophenschutz, Gebäudemanagement, Arbeitssicherheit und Zentraler Service <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none">• Erschließung von Kostensenkungspotenzialen im Gebäudemanagement durch Schaffung von Anreizsystemen zur Abgabe von Mietflächen <p>P 2 Organisation und Betriebswirtschaft</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Organisationsentwicklung, Fortschreibung und Umsetzung von Steuerungsinstrumenten in Personal-, Stellen- und Budgetwirtschaft sowie Aufgabenkritik und Konsolidierung; Koordination und Hilfestellung beim Einsatz neuer betriebswirtschaftlicher Methoden und Anwendungen <p>P 3 Personal (inkl. Gesundheitsförderung und Suchtberatung)</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Ausrichtung personalpolitischer Aktivitäten auf veränderte Anforderungen einschließlich qualifizierender und fortbildender Maßnahmen, systematische Führungskräfteentwicklung, Gesundheitsförderung <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none">• Weitere Gestaltung des Instrumentariums Führungsfeedback, verbunden mit Maßnahmen obligatorischer Führungsförderung• Implementierung eines beteiligungsorientierten Verfahrens zur Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen nach dem Arbeitsschutzgesetz• Implementierung eines neuen Beurteilungswesens <p>P 4 Haushalt und Finanzen</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Antizipation finanzieller und struktureller Einschränkungen, Fortsetzung von Maßnahmen der Haushaltsmodernisierung (u.a. Globalisierung, Flexibilisierung, Budgetierung, Anreizsysteme) <p>P 5 Informationstechnik</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Die Entwicklungsstrategie für die Informationstechnologie der Behörde für Umwelt und Gesundheit befindet sich im Spannungsfeld zwischen zwei Polen: der rasanten Entwicklung DV-technischer Möglichkeiten und entsprechend mitwachsenden Anforderungen einerseits; andererseits dem Zwang, Daten und Anwendungen kostengünstig und effizient über das Datennetz bereitzustellen. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none">• Weitere Vereinheitlichung der IT-Infrastruktur der BUG• Rezentralisierung von IT-Services• Unterstützung bei der Umsetzung Internet-basierter Services (e-Government)

P 6	Rechtsetzung und Rechtsgestaltung
P 7	Rechtsanwendung und Rechtsberatung
P 8	Widerspruchsentscheidungen und Vertretung vor Gerichten
P 9	Innenrevision und Korruptionsbekämpfung Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> • Prüfung von Bereichen mit erhöhtem Risikopotenzial auf Grund einer Risikoanalyse insbesondere hinsichtlich der internen Kontrollsysteme.
P 10	Beteiligungsmanagement und wirtschaftliche Stiftungsaufsicht Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> • Teilprivatisierung des Landesbetriebs Krankenhäuser • Umsetzung der Vorgaben zur Begrenzung von Gebührensteigerungen für die Anstalten öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich der Behörde für Umwelt und Gesundheit.

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	450	471	472	411
– Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	450	471	472	411
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	15.730	17.050	9.404	9.612
– Personalausgaben in Tsd. EUR ⁴	12.644	12.609	4.408	5.568
– Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁵	4.020	4.441	4.996	4.044
– Gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	48	70	142	20
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	6.154	5.458	5.655	7.694
Stellen	107,82	93,73	94,95	107,82

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ⁶	785	800	66	184
– innerbehördlich in Tsd. EUR ⁷	595	611	0	100
– überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	190	189	66	84

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen: <ul style="list-style-type: none"> – Vermietung von Räumen (Titel 124.20, Ansatz 78 Tsd. EUR; P 1) – Erstattung von Verwaltungskosten durch die Anstalten HSE, SRH, HF und LBK (Titel 261.01, Ansatz 255 Tsd. EUR; P 10) – Erstattung des Landesamtes für Informationstechnik für Gebäudekosten (Titel 281.20, Ansatz 76 Tsd. EUR, P 1).
Betriebsausgaben: <ul style="list-style-type: none"> – Gutachten und Untersuchungen (Titel 526.50, Ansatz 375 Tsd. EUR; P 2) – Sächliche Verwaltungsausgaben (Titel 547.20, Ansatz 1.330 Tsd. EUR; P 1) – Investitionsfolgekosten für IuK-Technik (Titel 535.56, Ansatz 502 Tsd. EUR; P 5) – Erstattungen an das LIT für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen (Titel 671.56, Ansatz 1.129 Tsd. EUR; P 5).

⁴ Ab Veranschlagung 2003 sind erstmals die Ansätze für Versorgung (KRV) einbezogen worden. Der Anstieg zwischen dem Planjahr 2002 und seinem Ergebnis ist durch die Personalüberleitung der BSF (ehemals BAGS) auf die BUG zu erklären.

⁵ Der Planansatz für 2004 ist temporär vermindert um eine globale Minderausgabe in Höhe von 500 Tsd. EUR, die noch zu konkretisieren ist (Titel 8600.549.01, P 1).

In dem Ergebnis sind Ausgaben der Bezirke in Höhe von 83 Tsd. EUR für 2002 enthalten.

⁶ Ab Planwert 2003 treten besondere Abweichungen durch die erstmalige Veranschlagung des Kontenrahmens Versorgung auf.

⁷ Der Planwert 2002 wurde nicht überplant. Der Anstieg des Istwertes der innerbehördlichen Gemeinkosten gegenüber dem Planjahr beruht auf der organisatorischen Integration der Beteiligungsverwaltung in diese Produktgruppe. Die Aufgabenwahrnehmung der Beteiligungsverwaltung wird als Fachaufgabe und nicht als Intendanz gesehen.

Produktbereich: 01
Service, Steuerung und Leitungsunterstützung

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Sach- und Fachausgaben sind temporär vermindert um eine globale Minderausgabe in Höhe von 500 Tsd. EUR, die noch zu konkretisieren ist (Titel 549.01; bis zur Konkretisierung im Produktbereich 01, Produktgruppe 01 abgesetzt). Investitionen: – Grunderwerb für Naturschutz und Landschaftspflege (Titel 821.01, Ansatz 570 Tsd. EUR; P 1) – Jahresleistungsrate für das Verwaltungsgebäude Billstraße (Titel 823.01, Ansatz 5.052 Tsd. EUR; P 1).

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 1: Infrastruktur und Katastrophenschutz:				
Personalkosten der Telefonzentrale pro Anruf in EUR ⁸	1,05	-	-	1,05
P 3: Personal (inkl. Gesundheitsförderung und Suchtberatung):				
Anzahl der Beschäftigten ⁹	2.506	2.486	2.509	2.506
Durchschnittliche Personalbetreuungskosten pro Beschäftigten in EUR ¹⁰	642,20	695,71	696,37	690,03
Davon:				
– Durchschnittliche Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR	362,29	366,95	367,18	380,78
Davon:				
– Durchschnittliche Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten in EUR	279,91	328,76	329,19	309,25
P 5: Informationstechnik:				
Anteil der Bildschirmarbeitsplätze an den bildschirmgeeigneten Büroarbeitsplätzen in %	100	100	100	100
P 10: Beteiligungsmanagement und wirtschaftliche Stiftungsaufsicht:				
Gremiensitzungen der betreuten Unternehmen	76	78	78	78
Anzahl der betreuten Unternehmen	17	19	19	19
Anzahl der Stiftungen ¹¹	80	80	50	50

<i>Qualitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Anteil der Personalkosten der Intendanz an den gesamten Personalkosten der Behörde in % ¹²	7,08	7,30	8,69	8,71

⁸ Diese Kennzahl wurde erstmalig im Rahmen des hamburgweiten Benchmarking der Intendanzbereiche erhoben. Sie gilt nur für den Bereich Umwelt, da die Anzahl der Anrufe für den Gesundheitsbereich vom LIT nicht erhoben werden konnte.

⁹ Inkl. betreute Beschäftigte in den verselbstständigten Anstalten ö.R. mit Rückkehrrecht zur BUG.

¹⁰ Das Ergebnis 2002 und die Planzahl 2004 unterliegen in Anlehnung an das „systematische Benchmarking der Intendanzbereiche“ (Jesteburg) veränderten Berechnungsweisen. Die Planwerte 2002 und 2003 wurden nicht überplant.

¹¹ Die wirtschaftliche Stiftungsaufsicht ist seit Jahresbeginn 2002 in der Zuständigkeit von Z4.

¹² Bei der Berechnung der Kennzahlen sind die Personalausgaben des Instituts für Hygiene und Umwelt bzw. des Bernhard-Nocht-Instituts berücksichtigt worden. Das Ergebnis 2002 und die Planzahl 2004 unterliegen in Anlehnung an das „systematische Benchmarking der Intendanzbereiche“ (Jesteburg) veränderten Berechnungsweisen. Darüber hinaus treten ab dem Planwert 2003 besondere Abweichungen durch die erstmalige Veranschlagung des Kontenrahmens Versorgung auf. Der Planwert 2002 wurde nicht überplant.

**Produktgruppe 02: Ministerielle Aufgaben, Informationsmanagement,
Nachhaltige Entwicklung**

Kapitel 8600

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z1: Übergreifendes Ziel ist die Wahrnehmung der ministeriellen Aufgaben für die Belange der Behörde für Umwelt und Gesundheit in Senats- und Parlaments-, Bundes- sowie Angelegenheiten der Europäischen Union sowie die Förderung und Koordinierung einer nachhaltigen Entwicklung in Hamburg. Dies geschieht im Rahmen der weiteren Zielsetzungen der Produktgruppe.</p> <p>Z2: Interne und externe Vermittlung von inhaltlichen und ressortpolitischen Schwerpunktsetzungen (Informationsmanagement).</p> <p>Z3: Vertretung der Belange der Behörde für Umwelt und Gesundheit in Hamburg, national und international gegenüber Behörden, Regierungen, internationalen Partnern. Nutzung der Fördermöglichkeiten in Hamburg, beim Bund und der EU.</p> <p>Z4: Kundenorientierte Information und Beratung der Öffentlichkeit zu Themen des Umweltschutzes, der Gesundheit und des Verbraucherschutzes</p> <p>Z5: Ziel ist die Förderung und Koordinierung der nachhaltigen Entwicklung in Hamburg.</p>
<i>Produkte</i>
<p>P 1 Information und Kommunikation unter Darstellung sämtlicher Produktbereiche gegenüber Presse, Medien und der Bevölkerung (insbesondere Informationszentrum) sowie die hierauf bezogene Gesamtplanung Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Sicherung und Weiterentwicklung eines kundenorientierten Informationsangebots, Verankerung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung im Bewusstsein der Öffentlichkeit und Förderung eines nachhaltigen, umweltgerechten Verhaltens. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none">• Informationszentrum Hermannstraße <p>P 2 Vorbereitung und Verfahrenskoordination in Senats- und Bürgerschaftsangelegenheiten</p> <p>P 3 Vorbereitung und Verfahrenskoordination im Bundesratsverfahren, in Fachministerkonferenzen, in EU-Angelegenheiten, bei Angelegenheiten der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere Städtepartnerschaften Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Der Senat hat es sich zur Aufgabe gemacht, Hamburg zu einer pulsierenden Metropole mit internationaler Ausstrahlung zu entwickeln. Dies geht aus den Drucksachen zur wachsenden Stadt, zur Ostseekonzeption und zu den Europapolitischen Schwerpunkten hervor und setzt eine deutliche Steigerung der internationalen Attraktivität und Bekanntheit Hamburgs voraus. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none">• ostasiatischer Raum: Projekte zur Traditionellen Chinesischen Medizin und zur Umweltakademie auf der Insel Chongming (Shanghai)• Ostseeraum: Projekte in Polen, St. Petersburg und Kaliningrad• arabischer Raum: Projekte zur internationalen Positionierung Hamburgs als Gesundheitsstandort in Oman und Tunesien• Mittelamerika, Afrika: Fortführung von Projekten mit León, im Tschad und in Tansania <p>P 4 Nachhaltige Entwicklung Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Die Projektstelle Nachhaltige Entwicklung fördert und koordiniert auf der Basis der Weltkonferenzen in Rio de Janeiro und Johannesburg und des Beitritts Hamburgs zur Aalborg-Charta die nachhaltige Entwicklung in Hamburg, insbesondere durch Information, Beratung und Bildung. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none">• Kommunikation von „Guten-Beispielen“ für eine Nachhaltige Entwicklung in Hamburg (Leuchtturmprojekte)• Bund-/Länderarbeitskreis Nachhaltige Entwicklung• Förderung der lokalen Agenda 21 und der Kooperationen im Eine-Welt-Bereich• Weiterentwicklung der außerschulischen Umweltbildung in Hamburg zu einer Bildung für nachhaltige Entwicklung• Modernisierung des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe• Weiterentwicklung des Freiwilligen Ökologischen Jahres• Überprüfung und Weiterentwicklung der Kursbuchziele und des Monitoringsystems

Produktbereich: 01
Service, Steuerung und Leitungsunterstützung

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	0	0	0	118
– Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	0	0	0	118
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	5.154	5.402	2.183	2.658
– Personalausgaben in Tsd. EUR ¹³	4.808	4.798	1.645	2.100
– Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	346	604	538	558
– Zuwendungen in Tsd. EUR	141	139	183	163
Stellen	33,25	29,25	30,25	33,25

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ¹⁴	342	348	91	103
– innerbehördlich in Tsd. EUR	270	277	67	71
– überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	72	71	24	32

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Betriebsausgaben:
– Öffentlichkeitsarbeit (Titel 531.01, Ansatz 108 Tsd. EUR; P 1)
– Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres FÖJ (Titel 547.05, Ansatz 70 Tsd. EUR; P 4)
– Förderung von Maßnahmen der Umweltberatung u.a. (Titel 684.01, Ansatz 71 Tsd. EUR; P 4)

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 1: Information und Kommunikation unter Darstellung sämtlicher Produktbereiche gegenüber Presse, Medien und der Bevölkerung (insbesondere Informationszentrum) sowie die hierauf bezogene Gesamtplanung:				
Anzahl der Anfragen und Beratungen beim Umwelttelefon / Informationszentrum ¹⁵	15.500	15.500	16.000	12.807
Anzahl der Pressemitteilungen	110	-	-	103
Anzahl der Grußworte für die Behördenleitung	30	-	-	27
Anzahl der Reden für die Behördenleitung	60	-	-	59
Vorworte für Tagungsbände, Broschüren, Flyer	20	-	-	17
P 2: Vorbereitung und Verfahrenskoordination in Senats- und Bürgerschaftsangelegenheiten:				
Große und Schriftliche Kleine Anfragen an den Senat	250	270	250	250
Eingaben an Senat und Bürgerschaft	300	300	130	366
Senatsvorlagen (ohne Anfragen) ¹⁶	31	31	34	33
Bezirkliche Anfragen ¹⁷	100	100	-	98

¹³ Ab 2003 Einbeziehung der Ansätze für Versorgung (KRV). Der Anstieg zwischen dem Planjahr 2002 und seinem Ergebnis ist durch die Personalüberleitung der BSF (ehemals BAGS) auf die BUG zu erklären. Darüber hinaus wurden im Gegensatz zum Planjahr 2002 im Ergebnis 2002 die Beschäftigten der Pressestelle erstmalig dieser Produktgruppe zugeordnet.

¹⁴ Ab Planwert 2003 treten besondere Abweichungen durch die erstmalige Veranschlagung des Kontenrahmens Versorgung auf.

¹⁵ Die Abweichung 2002 resultiert aus einer geringeren Anzahl von Veröffentlichungen im Jahre 2002 und einer reduzierten Berichterstattung in den Medien.

¹⁶ Stand Januar 2003

¹⁷ Nur Gesundheit und Verbraucherschutz

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 4: Nachhaltige Entwicklung:				
Zufriedenheit mit Kursen / Seminaren der Erwachsenenbildung (sehr zufrieden) in % ¹⁸	88	88	88	-
Durchschnittliche Teilnehmerzahl an Kursen / Seminaren der Erwachsenenbildung ¹⁹	15	15	15	13
Anzahl der Kurse / Seminare in der Erwachsenenbildung ²⁰	50	50	50	54
Anzahl betreuter Kindergruppen ²¹	255	255	255	447
Durchschnittliche Anzahl betreuter Kinder pro Gruppe ²²	19	19	19	19
Teilnehmende am Freiwilligen Ökologischen Jahr	28	28	28	26

¹⁸ Die Erstellung von Qualitätskennzahlen wurde nicht vertraglich mit dem BUND als Träger des Umweltzentrums vereinbart, sondern stellt eine freiwillige Leistung dar.

¹⁹ Das Hamburger Umweltzentrum wurde am 01.01.2001 in die Trägerschaft des BUND Hamburg e.V. übergeben. Die Aussagen über den Umfang der Umweltbildungsarbeit sind dem Anforderungsprofil an den Träger entnommen und stellen lediglich die Mindestanforderungen dar.

²⁰ Siehe vorstehende Fußnote

²¹ Siehe vorstehende Fußnote

²² Siehe vorstehende Fußnote

Produktbereich: Umweltschutz

Kapitel 8700

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ²³	5.873	5.902	6.400	9.810
Personalausgaben in Tsd. EUR ²⁴	12.809	12.419	17.413	17.878
Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ²⁵	59.557	60.694	63.083	64.879
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ²⁶	22.730	23.431	25.563	24.090
Stellen ²⁷	216,52	229,33	342,01	318,51

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z1: Schutz und nachhaltige Bewirtschaftung der Gewässer, Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL)	
Z2: Bodenschutz, Aufarbeitung der Altlastenproblematik, Umsetzung des Bodenschutzrechts	
Z3: Abfallwirtschaftliche Steuerung, Qualitätssicherung der Abfallentsorgung und Abfallentsorgungsanlagen, Schiffsentsorgung, Stadtpflege	
Z4: Altlastensanierung und Flächenrecycling zum Schutz der Menschen, Gewässer und des Bodens, Abschluss der Altlastensanierung auf öffentlichen Flächen bis 2010	
Z5: Geowissenschaftliche Sammlungen, Erhebungen und Bewertungen, Information und Beratung	
Z6: Wahrnehmen der Fachaufsicht für den Bereich Umweltuntersuchungen nach organisatorischer Zusammenführung mit dem Hygiene Institut Hamburg	
<i>Produktgruppen</i>	<i>Produkte</i>
PG 03 Gewässerschutz	P 1 Schutz und Bewirtschaftung der Oberflächengewässer P 2 Schutz und Bewirtschaftung des Grundwassers P 3 Wasserwirtschaftliche Grundlagen und Informationssysteme
PG 04 Bodenschutz/Altlasten	P 1 Bodenschutzplanung, Informationssysteme P 2 Altlastenbearbeitung Boden/Wasser/Deponiegas P 3 Flächenrecycling P 4 Aktuelle Schadensfälle (Gefahrenabwehr)
PG 05 Abfallwirtschaft	P 1 Steuerung der Kreislaufwirtschaft, der Stoffströme und der Stadtpflege P 2 Qualitätssicherung der Entsorgungswege P 3 Qualitätssicherung der Abfallentsorgungsanlagen
PG 06 Altlastensanierung	P 1 Sanierungskonzepte, Entwürfe, Ausschreibungen und Vergaben P 2 Durchführen von Sanierungsbaumaßnahmen P 3 Betreiben und Überwachen von Sanierungsanlagen
PG 07 Geologisches Landesamt	P 1 Geowissenschaftliche Grundlagen und Landesaufnahme P 2 Geowissenschaftliche Information und Beratung

Die zum Produktbereich gehörende Wassergütestelle Elbe (§15 LHO-Betrieb) wird gesondert im Wirtschaftsplan und der dazugehörenden Produktinformation dargestellt.

²³ Plan und Ergebnis 2002 inkl. Einnahmen des Fachamts Umweltuntersuchungen.

²⁴ Hierin enthalten sind die Ausgaben für die Leitung und Amtsassistenten des Produktbereiches in Höhe von 382 Tsd. EUR in 2004 (370 Tsd. EUR in 2003, 306 Tsd. EUR in Plan 2002 und 370 Tsd. EUR im Ergebnis 2002). In den Zahlen für 2002 sind die Personalausgaben für das Fachamt „Umweltuntersuchungen“ (Plan 2002 in Höhe von 5.237 Tsd. EUR, Ergebnis 2002 in Höhe von 5.449 Tsd. EUR) enthalten. Darüber hinaus wurden ab 2003 erstmals die Ansätze für Versorgung (KRV) einbezogen; in diesem Produktbereich für Plan 2003 in Höhe von 218 Tsd. EUR und für Plan 2004 in Höhe von 322 Tsd. EUR.

²⁵ Hierin enthalten sind:

zuwachsene Einnahmen über die Grundbewilligung hinaus beim Titel 519.02,

Plan 2004: inkl. Sach- und Fachausgaben für die Leitung des Produktbereiches in Höhe von 5 Tsd. EUR

Plan 2003: inkl. Sach- und Fachausgaben für die Leitung des Produktbereiches in Höhe von 3 Tsd. EUR;

Plan 2002: inkl. Ausgaben der Leitung des Produktbereiches und des Fachamts Umweltuntersuchungen

Ergebnis 2002: inkl. Drittmittel und Ausgaben der Bezirke in Höhe von 1.791 Tsd. EUR sowie der Ausgaben des Fachamts Umweltuntersuchungen und der Leitung des Produktbereiches.

²⁶ Inkl. zuwachsender Einnahmen beim Titel 891.02

Plan 2002: inkl. Ausgaben des Fachamts Umweltuntersuchungen

Ergebnis 2002: inkl. Ausgaben der Bezirke in Höhe von 275 Tsd. EUR sowie der Ausgaben des Fachamts Umweltuntersuchungen

²⁷ Für alle abgebildeten Haushaltsjahre sind 5,5 Stellen für Leitung und Amtsassistenten des Produktbereiches enthalten. Für das Fachamt Umweltuntersuchungen sind im Plan 2002 Stellen im Umfang von 110,34 und im Ergebnis 2002 Stellen im Umfang von 103,49 berücksichtigt.

Produktgruppe 03: Gewässerschutz

Kapitel 8700

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z1: Analyse der Merkmale der Gewässer und Erfassung sowie Beurteilung der signifikanten Belastungen der Wasserkörper nach Art. 5 EG-WRRL Z2: Fortschreiben der Bestandsaufnahme für alle Wasserkörper nach Art. 5 und 6 EG-WRRL Z3: Fortschreiben der Pläne für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Z4: Überwachen des Zustandes von Grund- und Oberflächengewässern nach § 64 HWaG und Bereitstellen der wasserwirtschaftlichen Daten in Fachinformationssystemen Z5: Durchführen wasser- und schiffahrtsrechtlicher Zulassungsverfahren sowie Erteilen von Anordnungen und Ausnahmegenehmigungen Z6: Erteilen wasser- und schiffahrtsrechtlicher Gebührenbescheide sowie Durchführen von Ordnungswidrigkeitenverfahren.
<i>Produkte</i>
<p>P 1 Schutz und Bewirtschaftung der Oberflächengewässer</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Festlegen von Maßnahmen des Gewässerschutzes bei der Bauleitplanung sowie in Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren, Umsetzen weiterer EG-Richtlinien, Betrieb und Unterhaltung von Anlagen zur Verbesserung der Gewässergüte, Bereitstellung wasserwirtschaftlicher Daten im Fachinformationssystem Oberflächengewässer.• Wahrnehmen der Fachaufsicht über den Betrieb der öffentlichen Toiletten. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none">• Abschluss der Bestandsaufnahme und Erstbewertung der Oberflächengewässerkörper nach EG-WRRL• Umweltverträgliche Behandlung von Baggergut <p>P 2 Schutz und Bewirtschaftung des Grundwassers</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Einschätzung des Zustandes des Grundwassers bezogen auf Menge und Qualität.• Nachhaltige überregionale Bewirtschaftung des Grundwassers als natürliche Ressource für die Trinkwasserversorgung der Metropolregion durch Konzentration und Aktualisierung der Wasserrechte.• Vorbeugender Schutz des Grundwassers bei der Bauleitplanung, in Planfeststellungs-, Genehmigungs- und Bauverfahren sowie durch Wasserschutzgebietsvollzug.• Erarbeiten GIS-gestützter planerischer Grundlagen für den Grundwasserschutz.• Entbürokratisierung durch verstärkte Eigenüberwachung. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none">• Abschluss der Bestandsaufnahme und Erstbewertung der Grundwasserkörper nach EG-WRRL• Abschluss Pilotprojekt zur Bestandsaufnahme und Erstbewertung der Grundwasserkörper im Bearbeitungsgebiet Moorburger Landscheide• Anpassung der aktuellen Anforderungen an die Trinkwassernotversorgung• Vollzug des WSG Stellingen-Nord und verstärkte Grundwasserüberwachung im Stellingener Raum• Wasserversorgungsplanung und EG-Wasserrahmenrichtlinie• Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) für den Part Grundwasser; Bestandsaufnahme nach Anhang II in Ausfüllung des Artikels 17. <p>P 3 Wasserwirtschaftliche Grundlagen und Informationssysteme</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Betrieb von Grundwasser- und Oberflächengewässermessnetzen zur Überwachung des Zustandes der Gewässerkörper• Bereitstellen der ermittelten und ausgewerteten wasserwirtschaftlichen Zustandsdaten in Informationssystemen• Vergabe von wasserwirtschaftlichen Bau-, Unterhaltungs- und Untersuchungsmaßnahmen für Messstellen der gewässerkundlichen Überwachungsmessnetze und der Altlastensondierung/-sanierung.• Erteilen von wasser- und schiffahrtsrechtlichen Gebührenbescheiden nach UmwGebO und GruwaG.• Durchführen von Ordnungswidrigkeitenverfahren <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none">• Schaffung hydrologisch und hydrogeologisch repräsentativ strukturierter Überwachungsmessnetze mit weitgehend digitaler Messtechnik, Vergabe nicht hoheitlicher Teilaufgaben an qualifizierte Dritte (Outsourcing).• Bereitstellen fachlich und rechtlich aktueller Vertragswerke (Leistungs- und Rahmenverträge), Erweiterung der datenbankgestützten Auftragsabwicklung und Qualitätssicherung (DAQS), Erarbeiten von Merkblattstandards (Qualitätssicherung).

Produktbereich: 02
Umweltschutz

- Schaffung rationaler Strukturen für Datenfluss, -haltung, -aufbereitung und -bereitstellung von wasserwirtschaftlichen Daten zu/in/aus Informationssystemen, Abgabe von Stellungnahmen, Auskünften und Beratungen zu hydrologischen, hydrogeologischen und hydrochemischen Fragestellungen auf Anfrage von Bürgern, Planungsbüros, Firmen und Verwaltungsstellen.
- Optimierte Gebührenbescheiderteilung und Ordnungswidrigkeitenverfahren durch EDV-gestützte Automatisierung der Prozessabläufe auf der Grundlage vorhandener ggf. zu verknüpfender Informationssysteme

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	5.275	5.293	5.426	8.509
– Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	4.875	4.884	5.017	5.005
– Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	400	409	409	3.504
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	30.709	31.069	31.109	30.392
– Personalausgaben in Tsd. EUR ²⁸	3.286	3.186	3.192	3.191
– Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	27.423	27.883	27.917	27.201
– Gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	32	32	32	40
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ²⁹	3.055	2.675	3.180	5.785
Stellen ³⁰	57,82	59,22	59,22	57,82

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ³¹	288	286	331	336
– innerbehördlich in Tsd. EUR	237	237	282	287
– überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	51	49	49	49

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen:
– Grundwassergebühren nach dem Grundwassergebührengesetz (4.448 Tsd. EUR, Titel 111.02), P 2
– Benutzungsgebühren nach der Umweltgebührenordnung (255 Tsd. EUR, Titel 111.12 anteilig), P1 und P3
– Sielbau- und Sielanschlussbeiträge gem. § 8 Abs. 1 Sielabgabengesetz (400 Tsd. EUR, Titel 341.36), P 1
Betriebsausgaben:
– Betriebskonto der öffentlichen Toiletten (Rahmenzuweisung an die Bezirke) (631 Tsd. EUR, Titel 517.81), P 1
– Gebühren für die Entwässerung öffentlicher Wege und Abwasserabgabe für den Niederschlagswasseranteil (HSE) gemäß jährlicher Festsetzung der Sielbenutzungsgebühr durch Senatsverordnung (24.000 Tsd. EUR, Titel 535.04), P 1
– Allgemeine Betriebsausgaben für den Gewässerschutz u.a. für den Betrieb gewässerkundlicher Messanlagen sowie für gewässerkundliche Messungen und Untersuchungen (315 Tsd. EUR, Titel 541.04 anteilig), P 1 bis P 3
– Erstattungen an HSE für Betrieb und Unterhaltung von Straßenentwässerungsanlagen (2.252 Tsd. EUR, Titel 671.04), P 1
Investitionen:
– Neu-, Rückbau und Sanierung von Messstellen sowie Verbesserung der Gewässergüte, (297 Tsd. EUR, Titel 742.02), P 1 bis P 3
– Bau von Straßenentwässerungsanlagen (Grundinstandsetzung, Erneuerung) (2.200 Tsd. EUR, Titel 891.03), P 1

²⁸ Ab 2003 Einbeziehung der Ansätze für Versorgung (KRV).

²⁹ inkl. zuwachsender Einnahmen beim Titel 891.02

³⁰ Die Personalausgaben und Stellen enthalten auch die Werte der Leitung und Verwaltung des PG 04.

³¹ Ab Planwert 2003 treten besondere Abweichungen durch die erstmalige Veranschlagung des Kontenrahmens Versorgung auf.

Produktbezogene Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 1: Schutz und Bewirtschaftung der Oberflächengewässer:				
Wasserbehördliche und schiffahrtsrechtliche Stellungnahmen, Auskünfte, Beratungen ³²	3.200	2.215	2.045	3.015
Betrieb und Unterhaltung von Anlagen zur Verbesserung der Gewässergüte	5	6	7	7
Umsetzung von EU/EG-Richtlinien ³³	7	7	7	7
Ausgewiesene Badegewässer	19	18	18	18
Ausgewiesene Fischgewässer	19	19	19	19
Bestand öffentlicher Toiletten	47	47	50	55
Wasserrechtliche und schiffahrtsverkehrliche Bescheide (Genehmigungen, Abnahmen, Anordnungen)	450	460	450	378
Überwachung der Oberflächengewässernutzungen	390	430	430	172
P 2: Schutz und Bewirtschaftung des Grundwassers:				
Wasserbehördliche Stellungnahmen, Auskünfte, Beratungen	3.200	3.680	3.680	3.102
Überwachung von Grundwassernutzungen	300	885	787	303
Fachaufsicht über die Trinkwassernotbrunnen gemäß WasSG	95	94	98	95
Anzahl der Programme beim umfassenden Grundwassermonitoring (flächendeckend, in WSG, objektbezogen bei Bauvorhaben)	15	17	17	12
Wasserrechtliche Bescheide (Erlaubnisse, Bewilligungen, Ausnahmegenehmigungen)	500	480	480	1.136
P 3: Wasserwirtschaftliche Grundlagen und Informationssysteme:				
Wasserbehördliche Stellungnahmen, Auskünfte, Beratungen	330	300	300	405
Messstellen Grundwassermessnetz ³⁴	1.065	1.045	1.060	1.075
Messstellen Oberflächengewässermessnetz ³⁵	83	90	90	83
Messstellen mit digitaler Messtechnik	450	420	110	99
Auftragsvergaben Rahmen-/Leistungsverträge für Bau-, Unterhaltungs- und Untersuchungsmaßnahmen an/für Messstellen ³⁶	160	120	120	213
Bau-, Unterhaltungs- und Untersuchungsmaßnahmen an/für Messstellen	1.500	1.500	1.500	1.545
Wasserbucheintragungen (Grundwasser + Oberflächengewässer)	700	700	700	615
Wasser- und schiffahrtsrechtliche Gebührenbescheide (Umweltgebührenordnung + Grundwassergebührengesetz)	1.200	1.700	1.700	1.403
Durchschnittliche Einnahmen pro Gebührenbescheid in EUR	3.820	2.880	2.946	3.542
Durchschnittliche Einnahmen pro Auskunft/Beratung in EUR	150	125	125	149

³² erhöhte Anzahl von Auskünften und Beratungen, da Addition der Kennzahlen mit dem ehemaligen Produkt 4

³³ Badegewässer, Fischgewässer, Muschelgewässer, Gefährliche Stoffe einschließlich Tochterrichtlinien, Oberflächengewässer/Trinkwassergewinnung, EG-Wasserrahmenrichtlinie

³⁴ infolge der Schwerpunktsetzung zur Umstellung des Grundwassermessnetzes auf digitalen Messbetrieb konnte der Messstellenrückbau nur in geringerem Umfang als geplant durchgeführt werden

³⁵ im Ergebnis der aktuellen Überprüfung der gewässerkundlich notwendigen Messstellen ist mittelfristig von einer annähernd konstanten Messstellenanzahl von 83 auszugehen

³⁶ durch die Aufnahme weiterer Beauftragungsfelder in die DAQS ist mit einer erhöhten Anzahl von Auftragsvergaben zu rechnen

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z1: Schutz, Wiederherstellen und Entwickeln der Bodenfunktionen: Natürliche und naturnahe Böden sind im Sinne eines sorgsam Flächenverbrauchs zu sichern und vor Funktionsverlusten zu schützen; Bereitstellen der Fachdaten (vorsorgender Bodenschutz)</p> <p>Z2: Nachhaltige Reduzierung anthropogener Boden- und Grundwasserbelastungen: Verdachtsflächen, schädliche Bodenverunreinigungen und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen sind zu untersuchen, ggf. zu sanieren sowie zu überwachen (nachsorgender Boden- und Grundwasserschutz).</p> <p>Z3: Reduzierung des Flächenverbrauchs: Belastete Flächen sollen für eine Nutzung neu bzw. wieder zur Verfügung stehen (Flächenrecycling)</p> <p>Z4: Schadensbegrenzung und Verhinderung neuer Altlasten: Akut eingetretene und aufgedeckte Schadensfälle sind unverzüglich zu bearbeiten (Gefahrenabwehr)</p> <p>Z5: Optimierung des Bodenschutzes und des untergesetzlichen Regelwerks; Mitwirkung an der bodenrelevanten Rechtsetzung</p>
<i>Produkte</i>
<p>P 1 Bodenschutzplanung, Informationssysteme</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Vorsorgender Bodenschutz, Beiträge zur Rechtssetzung, Koordinierung der Bodenschutz- und Altlastenbearbeitung• Erfassung und Aufbereitung von Daten in Informationssystemen. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none">• Sorgsamer Flächenverbrauch in Planungs- und Zulassungsverfahren: Vollzug der Bodenfunktionsbewertung• Weiterer Ausbau der Fachinformationssysteme für Bodenschutz und Altlasten und Einführung eines öffentlichen Zuganges zu ausgewählten Daten• Erarbeitung eines Bodenberichts• Anforderungen an den Umgang mit belasteten Böden transparenter machen (Vollzug § 12 Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung) <p>P 2 Altlastenbearbeitung Boden/Wasser/Deponiegas</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Wahrnehmung von hoheitlichen Aufgaben - insbes. die Untersuchung und Gefährdungsabschätzung, das Veranlassen von Sanierungsmaßnahmen, das Prüfen von Sanierungskonzepten und die Kontrolle des Sanierungserfolgs bei kritischen Bodenbelastungen (z.B. Kinderspielflächen, Gefährdungen von Menschen durch ausströmende Deponiegase, Grundwassergefährdungen durch Schadstoffe im Boden) und Verunreinigungen des Grundwassers.• Prüfung von Bau- und Planungsvorhaben auf diesen Flächen und ggf. Erteilung und Durchsetzung von Auflagen sowie Einleitung von Sofortmaßnahmen• Überwachung der Sicherheit von Altdeponien (Deponiegas) sowie festgestellter Grundwasserverunreinigungen. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none">• Altlastenbearbeitung im Trinkwassergewinnungsgebiet Stellingen.• Abschließende Bewertung der Altspülfelder in HH-Mitte sowie Abschlussdokumentation der Altspülfelder.• Identifizierung bisher nicht bearbeiteter Grundwasserschäden• Gefährdungsabschätzung und das Veranlassen von Sanierungsmaßnahmen im Verantwortungsbereich der öffentlichen Hand bis 2005 sowie auf privaten Altlastverdachtsflächen• Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie durch Ermittlung der diffusen und punktuellen Quellen <p>P 3 Flächenrecycling</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Maßnahmen im Rahmen des Flächenrecyclings, bei Bau- und Planungsvorhaben und beim Grundstücksverkehr mit altlastverdächtigen Flächen. Grundlage des Handelns bildet neben dem Bodenschutzrecht auch das Bau- und Planungsrecht. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none">• Altlastensanierung und Bodenmanagement HafenCity• Reaktivierung von Konversionsflächen (Bahnflächen, z.B. Güterbahnhof Wilhelmsburg)• Systematische Untersuchung der im Brachflächenkataster ausgewiesenen Altlastverdachtsflächen

<p>P 4 Aktuelle Schadensfälle (Gefahrenabwehr)</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Veranlassen von Sanierungsmaßnahmen nach Unfällen und Betriebsstörungen mit Boden- und Gewässerverunreinigungen sowie bei akut aufgedeckten Altlasten und Schadensfällen, die ein unverzügliches Handeln erfordern (laufende Baumaßnahmen, Brunnenverunreinigungen). • Untersuchung und ggf. Sanierung von Chemischen Reinigungen. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Historische Recherche bei über 600 Standorten von Chemischen Reinigungen, Voruntersuchungen bei ca. 50 % der Standorte, Sanierungsbedarf bei ca. 10 % der Flächen 	
---	--

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	86	93	83	53
– Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	70	67	57	53
– Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	16	26	26	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.119	3.038	2.888	3.022
– Personalausgaben in Tsd. EUR ³⁷	3.081	2.987	2.829	2.993
– Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	38	51	59	29
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	5.160	4.860	5.518	5.232
Stellen ³⁸	48,03	52,53	53,53	49,03

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ³⁹	271	268	293	315
– innerbehördlich in Tsd. EUR	223	222	250	269
– überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	48	46	43	46

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>				
Investitionen:				
– Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei Untergrundverunreinigungen (3.160 Tsd. EUR, Titel 787.01 anteilig), P 1 bis P 4				
– Aufwendungen im Zusammenhang mit Untergrundverunreinigungen durch Munition und Kampfstoffe (2.000 Tsd. EUR, Titel 787.02, Anordnungsbefugnis Behörde für Inneres).				

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 1: Bodenschutzplanung, Informationssysteme:				
Stellungnahmen in Planungs- und Zulassungsverfahren	30	25	18	23
Auskünfte und Beratungen	600	590	590	628

³⁷ Ab 2003 Einbeziehung der Ansätze für Versorgung (KRV).

³⁸ Die Personalausgaben und Stellen der Leitung und Verwaltung der PG 04 sind in den Werten der PG 03 enthalten.

³⁹ Ab Planwert 2003 treten besondere Abweichungen durch die erstmalige Veranschlagung des Kontenrahmens Versorgung auf.

**Produktbereich: 02
Umweltschutz**

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 2: Altlastenbearbeitung Boden/Wasser/Deponiegas:				
Fälle in Bearbeitung	245	280	200	315
Abgeschlossene Fälle	155	186	150	172
Fälle in Überwachung	90	99	61	78
Bearbeitete Fälle pro Mitarbeiter/in	27	34	24	34
Mitteleinsatz pro Fall in Tsd. EUR ⁴⁰	4,40	4,50	4,70	-
P 3: Flächenrecycling:				
Fälle Flächenrecycling in Bearbeitung	40	30	30	55
Fälle Flächenrecycling abgeschlossen	25	30	30	20
Abgeschlossene Fälle Flächenrecycling in ha	30	30	30	39
Fälle Bau- und Planungsvorhaben in Bearbeitung	100	100	95	141
Fälle Bau- und Planungsvorhaben abgeschlossen	100	100	120	138
Fälle in Überwachung	3	1	3	2
In Bearbeitung befindliche und abgeschlossene Fälle pro Mitarbeiter/in	30	30	31	45
Mitteleinsatz pro Fall in Tsd. EUR	1,60	1,80	1,85	1,10
P 4: Aktuelle Schadensfälle (Gefahrenabwehr):				
Fälle in Bearbeitung	175	175	170	212
Fälle abgeschlossen	40	40	40	49
Fälle ohne Folgemaßnahmen	20	20	20	10
Mitteleinsatz pro Fall in Tsd. EUR	0,90	0,90	0,90	0,90
In Bearbeitung befindliche und abgeschlossene Fälle pro Mitarbeiter/in	35	31	30	43
Tankstellenstandorte in Bearbeitung ⁴¹	0	15	60	350
Chemische Reinigungen in Bearbeitung	80	80	80	80

Produktgruppe 05: Abfallwirtschaft

Kapitel 8700

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z1: Verwirklichung einer ressourcenschonenden, europakonformen Kreislaufwirtschaft und Verbesserung der Stadtpflege zur Hebung der Lebensqualität in Hamburg.
Z2: Sicherstellung der umweltverträglichen und ordnungsgemäßen Entsorgung durch Umsetzung nationaler und internationaler Vorschriften. Nachhaltiger Meeresumwelt- und Gewässerschutz durch eine moderne Schiffsentsorgung.
Z3: Sicherstellung der ordnungsgemäßen und umweltverträglichen Behandlung und Lagerung von Abfällen in den Entsorgungsanlagen und der Wettbewerbsfähigkeit der Entsorgungsanlagen
Z4: Gewährleistung der Entsorgungssicherheit für die FHH durch die aktive Mitwirkung im Norddeutschen Entsorgungsverbund mit Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern sowie Bremen
Z5: Modernisierung der Verwaltung auf Grundlage des Qualitätsmanagementhandbuches nach DIN EN ISO 9000:2000

⁴⁰ Da für 2002 keine Aufteilung der Investitionsausgaben in „Mittelinsatz für Fallbearbeitung“ und „Mittelinsatz für Überwachung“ möglich war, erfolgt keine Angabe für Ist 2002.

⁴¹ das Programm wird 2003 abgeschlossen

Produkte	
P 1	<p>Steuerung der Kreislaufwirtschaft, der Stoffströme und der Stadtpflege</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verwirklichung der Zukunftsfähigkeit der Kreislaufwirtschaft durch eine Verbesserung der Verwertung in quantitativer wie qualitativer Hinsicht durch Steigerung der Verwertung der kommunalen Abfälle auf über 50 % und Sicherung der Verwertungsquote beim Bauabfall von 90% • Stützung der Eigenverantwortung der Wirtschaft durch Anerkennungen und Überwachungen von Beauftragten Dritten, Verbänden und Selbstverwaltungskörperschaften (§§ 16,17,18 KrW-/AbfG), Rücknahmeverpflichtungen im Rahmen der Produktverantwortung (§ 22 ff KrW- /AbfG), von Entsorgungsgemeinschaften (§ 52 (3) KrW- /AbfG) sowie durch Kooperationen mit Verbänden der Wirtschaft. • Festlegung von Rahmenbedingungen für die ordnungsgemäße Entsorgung durch juristische und technische Normen und deren Umsetzung durch u. a. Landesabfallwirtschaftspläne und regionale Entsorgungskonzepte. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Strukturierung der Elektro- und Elektronikgeräteerfassung und -verwertung in Hamburg im Hinblick auf die Anforderungen der EU-Richtlinie. • Implementierung einer innovativen Abfallwirtschaft in der Hafencity • Optimierung der Stadtpflege durch verbesserte Koordination aller Reinigungsaktivitäten einschließlich Graffiti-beseitigung und Verwirklichung von Sonderprogrammen in dafür prädestinierten Stadtteilen .
P 2	<p>Qualitätssicherung der Entsorgungswege</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuerung der Sonderabfallentsorgung durch den Einsatz der abfallrechtlichen Regelungsinstrumente wie das Entsorgungsnachweis- und Begleitscheinverfahren • Durchführung von Notifizierungsverfahren bei grenzüberschreitenden Abfallverbringungen (Importe/Exporte) • Kompetente Beratung von Abfallbesitzern und Entsorgungspflichtigen zu Problemen und Fragen im Zusammenhang mit der Entsorgung von Sonderabfällen im In- und Ausland • Entsorgung von Rückständen aus See- bzw. Binnenschiffen <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Optimierung des bundesweit eingesetzten Abfallüberwachungssystems „ASYS“ im Bereich der Länderkommunikation • Intensivierung des Internetesatzes zur Verbesserung der Kundenfreundlichkeit bei Dienstleistungen und der Datenkommunikation mit der Entsorgungswirtschaft
P 3	<p>Qualitätssicherung der Abfallentsorgungsanlagen</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fachkundige Beratung und Service zur Sicherstellung der Qualität und Wettbewerbsfähigkeit der Entsorgungsanlagen • Schwerpunktmäßige, medienübergreifende Umweltinspektionen zur Beseitigung von Missständen und Gewährleistung der Gleichbehandlung (Garantenstellung). <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beratung der Anlagenbetreiber über die bestehenden und sich häufig ändernden gesetzlichen Grundlagen des nationalen und europäischen Rechts einschließlich der Erteilung der erforderlichen Zulassungen und Genehmigungen für die Entsorgungsanlagen und deren Änderungen. • Schwerpunktmäßige Umweltinspektionen zur Sicherstellung des gesetzeskonformen, ordnungsgemäßen und umweltverträglichen Betriebes der Entsorgungsanlagen in den Bereichen Elektronikschrott und Altöl

Haushaltsdaten	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	386	384	378	477
– Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	386	384	378	477
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	34.577	35.206	35.307	37.962
– Personalausgaben in Tsd. EUR ⁴²	2.672	2.591	2.442	2.596
– Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	31.905	32.615	32.865	35.366
Stellen	48,67	50,67	51,67	46,17

⁴² Ab 2003 Einbeziehung der Ansätze für Versorgung (KRV).

Produktbereich: 02
Umweltschutz

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ⁴³	234	233	253	273
– innerbehördlich in Tsd. EUR	193	193	216	233
– überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	41	40	37	40

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen:
– Verwaltungsgebühren nach der Umweltgebührenordnung für die Erteilung von Genehmigungen im Zusammenhang mit Entsorgungsvorgängen (300 Tsd. EUR Titel 111.05), P 1 und P 2
Betriebsausgaben:
– Allgemeine Betriebsausgaben für Schnee- und Eisbeseitigung auf Gehwegen, Zweckzuweisung an die Bezirke (981 Tsd. EUR, Titel 521.86), P1
– Allgemeine Betriebsausgaben der Abfallwirtschaft (196 Tsd. EUR, Titel 541.03), P 1 bis P 3
– Erstattungen der FHH an SRH u.a. für nicht gebührenpflichtige Leistungen im Rahmen der Sauberkeit der Stadt (24.553 Tsd. EUR, Titel 671.01), P 1
– Maßnahmen zur Stadtteilpflege durch Förderung zusätzlicher Reinigungsarbeiten und anderer Vorhaben zur Verbesserung der Sauberkeitssituation (738 Tsd. EUR, Titel 671.02), P 1
– Erstattungen der FHH an SRH für den Winterdienst (5.422 Tsd. EUR, Titel 671.05), P 1

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 1: Steuerung der Kreislaufwirtschaft, der Stoffströme und der Stadtpflege:				
Anteil der separat erfassten Gerätebatterien in %	50	40	35	44
Anteil der Verwertung bei kommunalen Abfällen in %	58	55	54	57
Anteil der Verwertung bei Bauabfällen in %	90	90	90	90
Aufwand pro Bürger für die Reinigung der Stadt und Verkehrssicherheit inkl. Winterdienst aus Haushaltsmitteln in EUR	19,61	18,75	18,74	20,04
P 2: Qualitätssicherung der Entsorgungswege:				
Zu erfassende Datensätze	55.000	55.000	55.000	32.300
Genehmigungsverfahren für die Entsorgungswege	600	600	600	923
Entsorgungskontrollen	300	300	400	289
Beratungen und Informationen	500	500	500	486
Anteil der Erzeuger/Beförderer/Entsorger, die beraten werden müssen in %	7,50	7,50	7,50	4,50
Anteil der entsorgten Schiffe, zu den insgesamt Hamburg anlaufenden Schiffen in % ⁴⁴	70	20	18	18,50
Subvention durch BUG je m ³ entsorgter Ölrückstände in EUR/m ³	0	0	20	19
Kosten für die Subvention der Schiffsentsorgung je 1000 t Umschlag in Tsd. EUR	0	0	14	13
Entsorgung von öl- und chemiekalienthaltigen Rückständen in m ³	100.000	50.000	45.000	48.500
P 3: Qualitätssicherung der Abfallentsorgungsanlagen:				
Genehmigungsverfahren/Änderungsanzeigen zur Sicherstellung der gesetzlichen Grundlagen ⁴⁵	65	65	65	96
Beratungen und Stellungnahmen zur Stärkung der Qualität und Wettbewerbsfähigkeit ⁴⁶	800	800	800	906
Umweltinspektionen zur Verhinderung von Missständen und Umweltbeeinträchtigungen	210	240	240	214

⁴³ Ab Planwert 2003 treten besondere Abweichungen durch die erstmalige Veranschlagung des Kontenrahmens Versorgung auf.

⁴⁴ Steigerung durch Umsetzung des Hamburgischen Schiffsentsorgungsgesetzes (HmbSchEG)

⁴⁵ Das Ergebnis 2002 ist erhöht, da wegen der Umstellung auf neue Abfallschlüsselnummern einmalig Ergänzungsbescheide zu bestehenden Genehmigungsbescheiden erteilt werden mussten.

⁴⁶ Planwert 2002 bei „Beratungen und Stellungnahmen“ aktualisiert

Produktgruppe 06: Altlastensanierung

Kapitel 8700

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z1: Planung und Durchführung der Sanierung von Altlasten auf städtischen Flächen, soweit die Freie und Hansestadt Hamburg pflichtig ist, sowie bei Ersatzvornahmen oder im Rahmen öffentlich-rechtlicher Verträge. Ziel ist die Gefahrenabwehr entsprechend den Vorgaben des Bundesbodenschutz-Gesetzes bei Altlasten sowie das Flächenrecycling. Der Abschluss der Bearbeitung von Altlasten bis zum Jahr 2010 wird angestrebt. Über diesen Zeitpunkt hinaus werden überwiegend der Sanierungsbetrieb von verfahrenstechnischen Anlagen sowie die gesetzlich geforderte Eigenkontrolle bautechnisch gesicherter Altlasten auf Dauer durchzuführen sein.</p> <p>Z2: Vorbereiten der Sanierung von 29 Projekten</p> <p>Z3: Baudurchführung von 13 Sanierungsprojekten</p> <p>Z4: Betreiben von 28 Sanierungsanlagen</p> <p>Z5: Unterhaltung von 6 bautechnisch gesicherten Altlasten</p> <p>Z6: Eigenkontrolle von 8 bautechnisch gesicherten Altlasten</p>
<i>Produkte</i>
<p>P 1 Sanierungskonzepte, Entwürfe, Ausschreibungen und Vergaben</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Technische Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen.• Die Auswahl der adäquaten Sanierungsmaßnahme erfolgt in der Sanierungsuntersuchung, die weitere Detaillierung in der Sanierungsplanung. Leistungen des Produkts sind das Sanierungskonzept, die Entwurfs-, Genehmigungs-, Haushalts- und Ausschreibungsunterlagen sowie die Ausschreibung und Vergabe. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none">• Haltermann• Am Radeland <p>P 2 Durchführen von Sanierungsbaumaßnahmen</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Durchführung der bautechnischen Maßnahmen vor Ort wie z.B. Auskoffern von kontaminierten Böden, Herstellen von Sicherungsbauwerken, Erstellen von verfahrenstechnischen Anlagen. Leistungen sind die Projektleitung und die Wahrnehmung der Bauaufsicht als öffentlicher Bauherr. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none">• Hafencity / Am Grasbrookhafen• Am Radeland• Haltermann <p>P 3 Betreiben und Überwachen von Sanierungsanlagen</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Verfahrenstechnischer Betrieb von Anlagen zur Förderung und Reinigung von kontaminierten Grundwässern, zum Fassen und Reinigen von Sickerwässern sowie zum Fassen und Verwerten / Beseitigen von Deponiegasen. Der Sanierungserfolg muss überwacht werden.• Bautechnische Sicherungsmaßnahmen (Abdecksysteme, Dichtwände) müssen in der Nachsorgephase unterhalten, überwacht und kontrolliert (Eigenkontrolle) und ggf. repariert werden. Die langfristige Wirksamkeit soll so sichergestellt werden.• Zur Kostenreduzierung wird die Verwertungsmöglichkeit von gereinigten Grundwässern als Brauchwasser sowie von Deponiegasen als Energieträger weiterhin angestrebt. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none">• Nachsorge bei den Sicherungsmaßnahmen• Die Laufzeiten von Grundwassermaßnahmen sollen durch unterstützende Maßnahmen im Untergrund verkürzt werden, sowie die Automatisierung, Optimierung und zentrale Steuerung von Sanierungsbetriebsanlagen weiter verfolgt werden.

Produktbereich: 02
Umweltschutz

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	101	107	102	292
– Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	101	107	102	140
– Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	0	0	0	152
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.294	2.179	2.207	2.188
– Personalausgaben in Tsd. EUR ⁴⁷	2.186	2.120	2.134	2.123
– Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁴⁸	108	59	73	65
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁴⁹	14.500	15.881	16.088	12.153
Stellen	36,00	39,91	40,25	36,00

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ⁵⁰	192	191	222	224
– innerbehördlich in Tsd. EUR	158	158	189	191
– überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	34	33	33	33

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Investitionen:
– Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen (1.000 Tsd. EUR, Titel 787.06), P 1; zu den kostenintensivsten Vorbereitungen in 2004 gehört der Fall „Am Radeland“ (230 Tsd. EUR)
– Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen mit Gesamt-sanierungsbaukosten von jeweils unter 5 Mio. EUR (3.800 Tsd. EUR, Titel 787.07), P 2; zu den kostenintensivsten Durchführungen in 2004 gehören die Fälle „Am Radeland“ (2.500 Tsd. EUR), „Rondenbarg - Grundwasser“ (2.000 Tsd. EUR) und „Haltermann“ (1.900 Tsd. EUR)
– Sanierungsmaßnahmen mit Gesamt-sanierungsbaukosten über 5 Mio. EUR im Einzelfall: HafenCity / Am Grasbrookhafen (7.700 Tsd. EUR, Titel 787.71) P 2; (Gesamtkosten: rd. 17.100 Tsd. EUR)
– Fortlaufende Sicherung, Überwachung sowie Unterhaltung und Erneuerung von Sanierungsanlagen und -bauwerken (2.000 Tsd. EUR, Titel 787.90), P 3; herausragende Projekte sind die gesicherte Altablagerung Deponie Georgswerder sowie die Grundwassersanierungsanlage Jütländer Allee

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 1: Sanierungskonzepte, Entwürfe, Ausschreibungen und Vergaben:				
Projekte in Bearbeitung	29	36	42	46
Abgeschlossene Konzepte	7	11	7	5
Abgeschlossene Entwürfe	8	8	12	10
Durchgeführte Ausschreibungen	7	11	12	13
Durchgeführte Vergaben	8	11	11	12
Mittlere Bearbeitungszeit je Konzept in Monaten	15	15	18	18
Mittlere Bearbeitungszeit je Entwurf in Monaten	13	13	14	14
Abgeschlossene Untersuchungen von Verdachtsflächen (FHH)	3	10	11	13
P 2: Durchführen von Sanierungsbaumaßnahmen:				
Projekte in Bearbeitung	13	14	15	14
Abgeschlossene Sanierungen (Dekontaminationen)	4	4	3	3

⁴⁷ Ab 2003 Einbeziehung der Ansätze für Versorgung (KRV).

⁴⁸ inkl. zuwachsender Einnahmen über die Grundbewilligung hinaus beim Titel 519.02; bis 2003 von Titel 231.03 und ab 2004 von Titel 125.03

⁴⁹ Plan 2004: Wegfall der zuwachsenden Einnahme von Titel 125.03 und damit Wegfall der Grundbewilligung

⁵⁰ Ab Planwert 2003 treten besondere Abweichungen durch die erstmalige Veranschlagung des Kontenrahmens Versorgung auf.

Produktbezogene Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Erstellte Sicherungsanlagen (Ingenieurbauwerke)	0	1	3	0
Erstellte Grund- u. Sickerwasser- sowie Entgasungsanlagen	4	4	4	2
P 3: Betreiben und Überwachen von Sanierungsanlagen:				
Betreiben von Grundwasseraufbereitungsanlagen	13	13	12	10
Betreiben von Sickerwasserbehandlungsanlagen	10	11	9	9
Betreiben von Entgasungsanlagen	5	2	2	2
Unterhalten gesicherter Altlasten ⁵¹	6	-	-	3
Eigenkontrolle gesicherter Altlasten ⁵¹	8	-	-	5
Laufende Behandlungskosten je cbm Grundwasser in EUR/m ³	0,60	0,60	0,60	0,66
Laufende Behandlungskosten je cbm Sickerwasser in EUR/m ³	22	24	25	22,50

Produktgruppe 07: Geologisches Landesamt

Kapitel 8700

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung
<p>Z1: Zentrale Sammlung, Archivierung und Interpretation geowissenschaftlicher Informationen und Daten für die Metropole Hamburg</p> <ul style="list-style-type: none"> • Dokumentation geowissenschaftlicher Informationen und Daten in Form von Fachinformationssystemen und geowissenschaftlichen Karten • vertiefende Untersuchungen zur Verbesserung geowissenschaftlicher Grundlagen <p>Z2: Information und Beratung staatlicher Stellen und Dritter, insbesondere auf den Gebieten der Ingenieurgeologie und Hydrogeologie</p>
Produkte
<p>P 1 Geowissenschaftliche Grundlagen und Landesaufnahme</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sammlung, Archivierung, Interpretation und Dokumentation geowissenschaftlicher Daten • Kontinuierliche Weiterentwicklung des Fachinformationssystems (FIS) „Geologie“ und Schaffung breiter Nutzungsmöglichkeiten über das behördenweite Intranet <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bereitstellung geowissenschaftlicher Daten im behördenweiten Intranet und Aufbau einer internetfähigen Präsentation als Planungsgrundlage für Projekte der „Wachsenden Stadt Hamburg“ • Erstellung von Manuskriptkarten für die Amtliche Geologische Karte 1:25.000 Blatt 2424 „Wedel“ (Geologische Grundkarte, Karte der Quartärbasis) • Erstellung einer digitalen Geologischen Übersichtskarte von Hamburg mit Erläuterungen (CD-Rom) <p>P 2 Geowissenschaftliche Information und Beratung</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Information und Beratung staatlicher Stellen und Dritter insbesondere bei hydrogeologischen und ingenieurgeologischen Fragestellungen <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erarbeitung hydrogeologischer Themenkarten zur weitergehenden Beschreibung nach EG-Wasserrahmenrichtlinie (Grundwasserdynamik, Grundwasserversalzung) • Ausbau eines integrierten hydrogeologischen Modells für die Metropolregion Hamburg durch Zusammenführung vorhandener Regionalmodelle der Länder Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein • Erhebung von Bodeninformationen auf der Bodendauerbeobachtungsfläche „Wohldorfer Wald“

⁵¹ Es wurden neue Kennzahlen für Unterhalten und Eigenkontrolle gesicherter Altlasten ab 2004 eingeführt.

Produktbereich: 02
Umweltschutz

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ⁵²	25	25	49	76
– Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	25	25	49	76
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.280	1.248	1.361	1.259
– Personalausgaben in Tsd. EUR ⁵³	1.202	1.165	1.273	1.156
– Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	78	83	88	103
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	15	15	10	0
Stellen	20,50	21,50	21,50	20,50

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ⁵⁴	104	104	131	122
– innerbehördlich in Tsd. EUR	86	86	112	104
– überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	18	18	19	18

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Betriebsausgaben:
– Zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs des Geologischen Landesamtes sind im Wesentlichen Mittel für die Unterhaltung, Neu- und Ersatzbeschaffung von Geräten, von Hilfsmitteln für die Sammlung, Archivierung, Interpretation und Dokumentation von Geodaten sowie zur Durchführung von Labor- und Feldarbeiten vorgesehen (78 Tsd. EUR, Titel 541.02, 547.01), P 1 und P 2
– Ausgaben auf Grund von Aufträgen Dritter werden bei den Einnahmetiteln 119.01 und 282.01 vereinnahmt und bei den Leertiteln 429.62 / 534.62 und 429.63 / 534.63 verausgabt, P 1 und P 2

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 1: Geowissenschaftliche Grundlagen und Landesaufnahme:				
Sammlung und Archivierung geowissenschaftlicher Daten, Sammlung von Belegproben - Vorhalten von Schichtenverzeichnissen	247.000	246.000	244.000	244.028
Interpretation und Dokumentation geowissenschaftlicher Daten - Zahl verfügbarer digitaler geowissenschaftlicher Karten	30	25	20	20
P 2: Geowissenschaftliche Information und Beratung:				
Geowissenschaftliche Beratungen (Geologie, Hydrogeologie, Ingenieurgeologie) ⁵⁵	400	400	400	796
Vorhalten bzw. Erstellen von Grundwassermodellen zur Klärung wasserwirtschaftlicher Fragestellungen	28	25	22	23
Erstellen hydrogeologischer Themenkarten und -schnitte	40	45	45	49
Anteil der Auskünfte und Beratungen für Private / Gesamtzahl der Auskünfte und Beratungen in %	75	75	75	80

⁵² ab Plan 2004 erstmalig Einbeziehung der Ansätze für Versorgung (KRV)

⁵³ Ab 2003 Einbeziehung der Ansätze für Versorgung (KRV); einschl. 11 Tsd. EUR bei 427.01 „Beschäftigungsentgelte“ in 2004, 2003 und Plan 2002.

⁵⁴ Ab Planwert 2003 treten besondere Abweichungen durch die erstmalige Veranschlagung des Kontenrahmens Versorgung auf.

⁵⁵ erhöhtes Ergebnis wegen Anfragen zur Kellervernässung aufgrund der Starkregen im Sommer 2002

Produktbereich: Naturschutz und Landschaftspflege

Kapitel 8800

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ⁵⁶	1.868	1.869	1.869	3.949
Personalausgaben in Tsd. EUR ⁵⁷	4.695	7.319	6.874	3.933
Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁵⁸	21.718	19.809	20.077	21.682
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁵⁹	12.062	14.325	14.888	13.726
Stellen ⁶⁰	63,71	66,49	66,49	66,49

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
<p>Z1: Schutz, Pflege, Entwicklung und Sicherung der Freiflächen Hamburgs, insbesondere des öffentlichen Grüns, des Nationalparks und der Natur- und Landschaftsschutzgebiete auf der Grundlage der fachlichen Anforderungen sowie gesetzlicher und politischer Vorgaben</p> <p>Z2: Erhaltung der Biodiversität im Hamburger Staatsgebiet, Durchführung von Arten- und Biotopschutzmaßnahmen</p> <p>Z3: Sicherung und Förderung des Freizeit- und Erholungswertes von Grünflächen, u.a. durch zielgruppenorientierte Angebote; Erhaltung und Erhöhung der Attraktivität des Stadtbildes</p>	
<i>Produktgruppen</i>	<i>Produkte</i>
PG 08 Stadtgrün und Erholung	<p>P 1 Friedhöfe, Grün- und Erholungsanlagen</p> <p>P 2 Grundsatzaufgaben</p> <p>P 3 Serviceleistungen für Dritte</p>
PG 09 Naturschutz	<p>P 1 Flächenschutz</p> <p>P 2 Arten- und Biotopschutz</p> <p>P 3 Eingriffsregelung und Umweltverträglichkeitsprüfung</p> <p>P 4 Naturschutzinformation</p>

⁵⁶ Ergebnis 2002: Im Ergebnis sind die Einnahmen für den Verkauf von Grundstücken (1.375 Tsd. EUR) und ein Zuschuss der EU für das EU Life Projekt „Borghorster Elbwiesen“ (1.221 Tsd. EUR) enthalten.

⁵⁷ Die Planjahre 2003 bzw. 2002 schließen die Personalausgaben des Fachamtes für ökologische Forst- und Landwirtschaft (Verlagerung in die BWA Mitte 2002) ein. Gemäß ADV-Haushalt bzw. Paisy-Budgetauswertung waren dies in 2003 3.035 Tsd. EUR zuzügl. Ansätze für Versorgung (KRV) mit 192 Tsd. EUR und in 2002 3.032 Tsd. EUR. Enthalten sind die Ausgaben für die Leitung und Amtsassistenz des Produktbereiches in Höhe von 301 Tsd. EUR für Plan 2003 und 288 Tsd. EUR 2002. Für das Ergebnis 2002 beträgt der Wert 289 Tsd. EUR und für Plan 2004 345 Tsd. EUR. Darüber hinaus wurden ab 2003 erstmals die Ansätze für Versorgung (KRV) einbezogen; in diesem Produktbereich für Plan 2003 437 Tsd. EUR und für Plan 2004 in Höhe von 801 Tsd. EUR.

⁵⁸ Hierin enthalten sind die Sach- und Fachausgaben für die Leitungsfunktion in Höhe von 1 Tsd. EUR
Ergebnis 2002: Im Ergebnis sind die Ausgaben der Bezirke in Höhe von 15.775 Tsd. EUR enthalten.

⁵⁹ Ergebnis 2002: Im Ergebnis sind Ausgaben der Bezirke in Höhe von 12.281Tsd.EUR enthalten.

⁶⁰ Hierin enthalten sind die Stellen für die Leitung des Produktbereiches und Amtsverwaltung im Umfang von 5 Stellen.

<p><i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i></p> <p>Z1: Bedarfsgerechte quantitative und qualitative Versorgung mit öffentlich nutzbarem Grün, Friedhöfen und Kleingärten sowie Sicherung der Freiflächen und Förderung von hochwertigem Straßenbegleitgrün durch:</p> <ul style="list-style-type: none">• Naturnahe, umweltverträgliche und ästhetisch ansprechende Gestaltung und Pflege.• Optimierung der Nutzung, Gestaltung und Pflege von Grünanlagen und Spielplätzen entsprechend der Pflege- und Entwicklungsplanung und der Sonderprogramme. <p>Operationalisierte Ziele:</p> <ul style="list-style-type: none">• qualitative Aktualisierung und Verbesserung der Nutzungsmöglichkeit auf 18 ha im Jahr 2004, davon<ul style="list-style-type: none">– Grünflächen der soz. Stadtteilentwicklung auf 6 ha– sonstige Grünflächen auf 12 ha• Vernetzung von Freiflächen durch Entwicklung eines differenzierten und variablen Erholungsangebotes unter Einbeziehung der Friedhöfe und der Kleingärten mit den Schwerpunkten Wandern und Radwandern sowie Förderung der natürlichen Ausbreitung von Pflanzen und Tieren in der Stadt durch einen umfassenden Freiraumverbund. <p>Z2: Nachhaltige Sicherung und Verbesserung des Naturhaushaltes im Sinne der Agenda 21 durch:</p> <ul style="list-style-type: none">• Schutz der Naturgüter, Verminderung von Umweltschäden:<ul style="list-style-type: none">– Ökologische Boden- und Vegetationsverbesserung auf 35 ha Fläche der Hamburger– Parkanlagen durch Vorsorge- und Sanierungsmaßnahmen im Jahr 2004– Zustandserfassung für Straßenbäume• Verwendung langlebiger, landschaftstypischer und umweltfreundlicher Baustoffe <p>Z3: Sicherung, Erhaltung und in Einzelfällen Wiederherstellung gartendenkmalpflegerisch oder historisch wertvoller Anlagen und Strukturen. Dies betrifft ca. 35 % Fläche der Hamburger Parkanlagen und 25 % der Fläche der Friedhöfe in Gartendenkmalkategorie 1.</p> <p>Um die o.g. Ziele erreichen zu können, müssen nicht nur die bestehenden Grünflächenangebote erhalten und verbessert, sondern auch Freiräume außerhalb von Grünflächen für eine Mehrfachnutzung insbesondere in unterversorgten und benachteiligten Stadtteilen aktiviert werden, z.B. durch die Entwicklung von Baulücken und Brachflächen für Freiraumaktivitäten (ggf. auch als Zwischennutzungen) oder die Entwicklung von Spielräumen nach dem Konzept „Spielraum Stadt“. Maßnahmen im Öffentlichen Grün werden prioritär in sozial benachteiligten Stadtvierteln durchgeführt.</p>
<p><i>Produkte</i></p> <p>P 1 Friedhöfe, Grün- und Erholungsanlagen</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Innerhalb des Kapitels umfasst das Produkt 3.566 ha Grün- und Erholungsanlagen und 1.407 ha kleingärtnerische Pachtflächen. Ferner umfasst das Produkt 711 ha Friedhofsfläche, die sich auf 13 staatliche bezirkliche Friedhöfe sowie die beiden Hauptfriedhöfe Ohlsdorf und Öjendorf (Hamburger Friedhöfe -Anstalt des öffentlichen Rechts) verteilt (siehe Näheres unter „Erläuterungen der Einnahmen und Ausgaben“ – Titel 521.81 und 521.82).• Das Produkt wird in Zusammenarbeit der BUG mit den Gartenbauabteilungen der Bezirke sowie den „Hamburger Friedhöfen“ erstellt. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none">• Sicherung der „Grünen Metropole Hamburg“ insbesondere als Standortfaktor im Rahmen des Leitbildes Metropole Hamburg - Wachsende Stadt• Schadensbeseitigung an Straßenbäumen und im Straßenbegleitgrün, ökologische Verbesserungen und Sanierungen des Öffentlichen Grüns.• Erhaltung eines gepflegten und sauberen Grüns in der Stadt.• Verbesserung der Nutzungsmöglichkeit von Grün- und Erholungsanlagen durch bauliche Maßnahmen insbesondere in Gebieten der sozialen Stadtteilentwicklung und in dicht bebauten und unterversorgten Gebieten, durch Förderung von Freizeit und Sportangeboten, durch Verbesserung der urbanen Freiräume für ältere Menschen sowie durch die Förderung des Radfahrens.• Vorbereitung eines Wettbewerbs „Unsere Stadt blüht auf“.

P 2 Grundsatzaufgaben

Erläuterungen:

- Hierzu zählen Leistungen, die eine Steuerung der Wahrnehmung von Fachaufgaben durch die Bezirke ermöglichen, wie Strukturierung und Aufstellung des Haushaltsplans, die Entwicklung von Steuerungsinstrumenten sowie Controlling und Berichtswesen.

Schwerpunkte:

- Umsetzung des Berichtswesens gemäß Globalrichtlinie.
- Erfassung und Auswertung von Kosten aus der eingeführten Kosten- und Leistungsrechnung.

P 3 Serviceleistungen für Dritte

Erläuterungen:

- Hierzu zählen Leistungen, die nicht zu einer gemeinsamen Produkterstellung mit den Bezirken führen, wie z.B. Fachberatung, zentrale Beschaffung von Spezialbedarfen für die gesamte Hamburger Verwaltung, Schätzungen und technische Prüfungen.

Schwerpunkte:

- Erstellung digitaler Instrumente zur Erfassung der Verkehrssicherheit auf Spielplätzen als Anwendungshilfe für Bezirke und Firmen.
- Weiterentwicklung der Internetseite „www.Stadtgruen.Hamburg.de“ mit Schwerpunkt Sponsoring und Public Private Partnership als Angebot für Sponsoren.
- Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für die Bezirke.

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.828	1.831	1.831	2.386
– Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.828	1.831	1.831	2.386
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	22.082	19.946	20.071	21.525
– Personalausgaben in Tsd. EUR ⁶¹	1.869	1.629	1.592	1.566
– Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	20.213	18.317	18.479	19.959
– Zuwendungen in Tsd. EUR	7	13	13	0
– Gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	3.743	3.712	3.605	3.701
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	11.300	13.439	14.250	13.085
Stellen ⁶²	26,50	28	28	28

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ⁶³	173	154	176	175
– innerbehördlich in Tsd. EUR	143	128	150	150
– überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	30	26	26	25

⁶¹ Ab 2003 Einbeziehung der Ansätze für Versorgung (KRV).

⁶² Plan 2004: Reduzierung um 0,5 Stellen durch Realisierung von Einsparungen.

⁶³ Ab Planwert 2003 treten besondere Abweichungen durch die erstmalige Veranschlagung der Ansätze für Versorgung auf.

Produktbereich: 03
Naturschutz und Landschaftspflege

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>	
P 1	Produkt Friedhöfe ⁶⁴ , Grün- und Erholungsanlagen
	Betriebsausgaben:
	<ul style="list-style-type: none"> • Betriebsausgaben für Grünanlagen, Spielplätze und Kleingärten sowie Vorsorge- und Sanierungsmaßnahmen an Bäumen (11.546 Tsd. EUR, Titel 521.81) • Betriebskosten der Friedhöfe (1.273 Tsd. EUR, Titel 521.82) • Pflege und Ruherechtsentschädigung für Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (insgesamt 919 Tsd. EUR, Titel 545.01 und 545.02) • Zuführung an den Wirtschaftsplan der Anstalt Hamburger Friedhöfe für Grabpflege (Altverträge) (600 Tsd. EUR, Titel 545.04) • Bestattungen gemäß § 10 Bestattungsgesetz (insgesamt 650 Tsd. EUR, Titel 545.06 und 545.86) • Unterhaltung des Öffentlichen Grüns etc. durch die Anstalt Hamburger Friedhöfe (2.429 Tsd. EUR, Titel 685.02)
	Investitionen:
	<ul style="list-style-type: none"> • Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen (insgesamt 4.450 Tsd. EUR, Titel 741.01 und 750.84, davon 600 Tsd. EUR Einzelzuweisung) • Herrichtung und Umgestaltung von Kleingartenanlagen, Aufschließungsmaßnahmen in Kleingarten und Behelfsheimgebieten, vorbereitende Untersuchungen (450 Tsd. EUR, Titel 741.05) • Investitionen für Grün- und Erholungsanlagen, Pflanzung von Straßenbäumen, Ausstattung der Gartenbauabteilungen (1.300 Tsd. EUR, Titel 741.81) • Vorbereitung von Straßenbaumpflanzungen und Instandsetzungsmaßnahmen einschließlich digitaler Erfassung (850 Tsd. EUR, Titel 741.10) • Investitionen für bezirkliche Friedhöfe (487 Tsd. EUR, Titel 741.87 und 811.81) • Ökologische Pflege-, Verbesserungs- und Sanierungsmaßnahmen im öffentlichen Grün und auf staatlichen Friedhöfen (750 Tsd. EUR, Titel 791.01) • Grunderwerb für Grünanlagen, Spielplätze, Kleingarten-Ersatzflächen einschl. Allermöhe II (insgesamt 1.593 Tsd. EUR, Titel 821.01 und 821.25) • Abbau von Altschulden beim Grundstock (510 Tsd. EUR, Titel 821.06)

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 1: Friedhöfe, Grün- und Erholungsanlagen:				
<i>Nutzerorientiert optimierte Flächen pro Jahr in ha⁶⁵</i>				
– davon in Stadtteilen der soz. Stadtteilentwicklung	6	7	6	5
– davon im Spielraum Stadt	0	3	1	2
– davon sonstige Grünflächen	12	11	5	9
<i>Ökologisch verbesserte Grünflächen</i>				
Maßnahmen aus Parkpflegekonzepten in ha ⁶⁶	35	36	80	80
<i>Neubaurichtwertkosten im Verhältnis zu genehmigten Neubaukosten⁶⁷</i>				
Richtwertüberschreitung in %	0	0	0	11

⁶⁴ Neben den notwendigen Mitteln für die Aufrechterhaltung des Friedhofsbetriebs und der Beschaffung neuer Geräte und Ausstattungsgegenstände werden über das Kapitel 8800 auch die Zahlungen abgewickelt, die der Bund aufgrund bestehender rechtlicher Verpflichtungen aus dem Gräbergesetz an Hamburg, z.B. für die Pflege der Kriegsgräber, zu zahlen hat. Auch erhält die Anstalt aus diesem Kapitel Zuweisungen für Altverträge, die vor der Gründung des Landesbetriebes Friedhöfe geschlossen wurden.

⁶⁵ Abweichung zur PI 2003 aufgrund finanzieller Gründe, der Verschiebung von Maßnahmen oder der Verzögerung bei der Umsetzung der Maßnahmen.

⁶⁶ Abweichung zur PI 2003: Geänderte Darstellung aufgrund Methodenumstellung. Die Planzahlen und Ergebnisse entsprechen nunmehr der jährlich durch Maßnahmen verbesserten Fläche. Eine Addierung der ha über die Jahre entfällt. Aufgrund eines geringeren Haushaltsansatzes kann weniger Fläche ökologisch verbessert werden.

⁶⁷ Die Richtwerte gelten bei der Veranschlagung von Baumaßnahmen als Höchstwerte und sind Grundlage der Honorarberechnung. Überschreitungen sind zu begründen, Baumaßnahmen des öffentlichen Grüns über 150 Tsd. EUR sind durch die BUG zu genehmigen. Die Ist-Kennzahl für 2002 beruht auf 4 Maßnahmen und beschreibt die Abweichung zu folgenden Grüntypenrichtwerten in EUR/m²: allg. Grünfläche= 15, Quartierspark= 25, Stadtteilpark= 28, Bezirkspark= 33, Spielplatz für alle Altersgruppen= 40, Spielplatz mit besonderem Angebot 51, Bau- und Abenteuerspielplatz= 30, Kleingärten= 25. Die Richtwertüberschreitung kommt aufgrund weniger bedeutender Maßnahmen zustande. Ansonsten haben sich die bezirklichen Dienststellen an die Richtzahlen gehalten.

Produktbezogene Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
<i>Zur Verfügung stehende Unterhaltungsmittel in EUR/m²</i> ⁶⁸				
Friedhöfe ⁶⁹	0,59	0,59	0,59	0,59
Grün- und Erholungsanlagen ⁷⁰	0,36	0,36	0,34	0,38
<i>Zur Verfügung stehende Arbeitskräfte/ha Öffentliches Grün</i> ⁷¹				
Friedhöfe	0,33	0,33	0,33	0,33
Grün- und Erholungsanlagen ⁷²	0,14	0,14	0,14	0,14

Produktgruppe 09: Naturschutz

Kapitel 8800

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z1: Ausweisung bzw. Erweiterung von Schutzgebieten, bei Naturschutzgebieten mittelfristig auf 8,2 % der Landesfläche, bei Landschaftsschutzgebieten mittelfristig auf 35% der Landesfläche Umsetzung der EG-Vogelschutz- und FFH-Richtlinie in Hamburg</p> <p>Z2: Sicherung eines materiellen Schutzes für 28 Naturschutzgebiete durch Erstellung von Pflege- und Entwicklungsplänen einschließlich Umsetzung</p> <p>Z3: Sicherung des Naturschutzes in der Kulturlandschaft durch Vertragsnaturschutz</p> <p>Z4: Aktualisierung und Fortentwicklung des Artenschutzprogramms und der Biotopkartierung als Grundlage für alle raumbezogenen Planungen</p> <p>Z5: Überwachung der europäischen und internationalen Vorschriften zum Handel mit geschützten Tier- und Pflanzenarten (EU-VO 338/97) sowie qualifizierte Vertretung heimischer Artenschutzaspekte</p> <p>Z6: Erarbeitung von Vorgaben und Instrumenten zur Umsetzung der Eingriffsregelung und Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg sowie Vollzug</p> <p>Z7: Begleitung herausragender Einzelprojekte wie Planung und Umsetzung der Ersatzmaßnahmen für die Hafenerweiterung Altenwerder und Francop</p> <p>Z8: Öffentlichkeitsarbeit im Naturschutz durch Ausstellungen, Broschüren, Veranstaltungen, Informationszentren usw.</p>
<i>Produkte</i>
<p>P 1 Flächenschutz</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hauptursache für den Rückgang von Pflanzen- und Tierarten ist die Vernichtung und nachteilige Veränderung ihrer Lebensräume. Durch Ausweisung von Schutzgebieten sowie deren Überwachung und Pflege sollen qualitativ hochwertige Lebensräume für Tiere und Pflanzen gesichert werden. Diesem Ziel dient auch der Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer. Durch die Meldung von Gebieten nach der Vogelschutzrichtlinie und der FFH-Richtlinie und die damit verbundenen Schutzmaßnahmen leistet Hamburg einen wesentlichen Beitrag zum europaweiten Netz Natura 2000. Durch freiwilligen Vertragsnaturschutz mit landwirtschaftlichen Betrieben soll die Erhaltung und Entwicklung gefährdeter Pflanzen- und Tierarten auf landwirtschaftlichen Flächen erreicht werden. Dafür wird ein Deckungsbeitrag gezahlt. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten und Erweiterung von Naturschutzgebieten gemäß Artenschutzprogramm, Nationalparkplan Hamburgisches Wattenmeer, Nationalparkhaus auf Neuwerk, Erfüllung der Pflichten aus der FFH-Richtlinie, Erarbeitung und Umsetzung von Pflege- und Entwicklungsplänen für Naturschutzgebiete, Naturschutz in der Kulturlandschaft. <p>P 2 Arten- und Biotopschutz</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mit dem 1997 von der Bürgerschaft beschlossenen Artenschutzprogramm hat Hamburg ein flächendeckendes Ziele- und Maßnahmenprogramm für den Naturschutz, das zusammen mit dem Landschaftsprogramm unter Beachtung des Flächennutzungsplanes fortgeschrieben und fachlich aktualisiert werden muss. Die auf dem neuesten Stand zu haltende Biotopkartierung bildet die Datenbasis für die Arbeit des Naturschutzamtes. Die Überwachung des nationalen und internationalen Handels mit geschützten Pflanzen- und Tierarten spielt in

⁶⁸ Die Kosten- und Leistungsrechnung Grün befindet sich in der Erprobung. Die Ergebnisse 2003 und folgend werden die Beurteilung einer bedarfsgerechten Budgetermittlung ermöglichen. Verwertbare Kennzahlen werden ab 2004 vorliegen und für den Plan 2005 in die Produktinformation aufgenommen. Die Kennzahlen werden sich auf Anschreibungen aus typbezogenen Musteranlagen beziehen (Typenauflistung s. vorherige Fußnote) .

⁶⁹ Im Vergleich zu den Grün- und Erholungsanlagen entstehen die höheren Werte durch die Mitberücksichtigung des Bestattungswesens.

⁷⁰ Grundsätzliche Abweichung zur PI 2003 aufgrund von Flächenbereinigung um Kleingartenpachtflächen. Abweichung von der Planzahl 2002 durch Reste und Verstärkung des Titels für die Behebung von Sturmschäden.

⁷¹ Die Kennzahlen 2002 bis 2004 beruhen auf Stellenergebniszahlen 2001 und Stellenplanzahlen 2002-2003.

⁷² Grundsätzliche Abweichung zur PI 2003 aufgrund von Flächenbereinigung um Kleingartenpachtflächen.

Produktbereich: 03
Naturschutz und Landschaftspflege

<p>Hamburg als Hafenstadt und Verkehrsknotenpunkt eine besondere Rolle. Zudem stellt die Förderung der Artenvielfalt in der Stadt eine weitere Aufgabe dar.</p> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutz der Biotope gemäß § 28 HmbNatSchG, Fortschreibung der Biotopkartierung. <p>P 3 Eingriffsregelung und Umweltverträglichkeitsprüfung</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Naturschutzamt koordiniert die Stellungnahmen der Behörde für Umwelt und Gesundheit zur Umweltverträglichkeitsprüfung bei Zulassungsverfahren und nimmt die Funktion der federführenden Querschnittsbehörde für die Umweltverträglichkeitsprüfung wahr. Durch die Eingriffsregelung sollen Beeinträchtigungen des Naturlandhaushaltes und/ oder des Landschaftsbildes vermieden oder ausgeglichen werden. Eingriffe in Natur und Landschaft bedürfen des Einvernehmens mit der BUG / Naturschutzamt. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung Ersatzmaßnahmen im Süderelberaum, Umsetzung von Maßnahmen aus Ausgleichsabgaben durch das Sondervermögen Naturschutz und Landschaftspflege (§ 26 LHO-Betrieb; gesonderte Ausweisung im Wirtschaftsplan und der dazu gehörigen Produktinformation). <p>P 4 Naturschutzinformation</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikationskonzepte und Beratung soll das Interesse und Verständnis für Naturschutz im Ballungsraum erhalten, entwickelt und gefördert werden. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit in den Naturschutzgebieten und im Nationalpark Wattenmeer.

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	40	38	38	1.563
– Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	40	38	38	1.563
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.985	3.663	3.559	3.800
– Personalausgaben in Tsd. EUR ⁷³	2.481	2.162	1.962	2.078
– Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.504	1.491	1.597	1.722
– Zuwendungen in Tsd. EUR	894	878	958	1.100
– Gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	30	30	30	15
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	762	886	638	641
Stellen ⁷⁴	32,21	33,49	33,49	33,49

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ⁷⁵	230	205	216	233
– innerbehördlich in Tsd. EUR	190	170	184	199
– überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	40	35	32	34

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
<p>Betriebsausgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ausgaben für den Naturschutz (452 Tsd. EUR, Titel 541.01) mit den Schwerpunkten Ausgaben für Naturschutzgebiete, Nationalpark Wattenmeer, Biotopkartierung – Vertragsnaturschutz/ Extensivierungsprogramm (414 Tsd. EUR, Titel 681.02) – Zuwendungen an die Stiftung Naturschutz Hamburg und die Naturschutzverbände (insgesamt 480 Tsd. EUR, Titel 684.03, 684.08 und 684.10). Mit den Mitteln sollen Naturschutzaufgaben der Stiftung und der Verbände und die Betreuung von Schutzgebieten und Informationseinrichtungen durch ehrenamtliche Tätigkeit gefördert werden. <p>Investitionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Ausgleich für die Beeinträchtigungen durch den Bau der Schlicklagerstätte Francop (155 Tsd. EUR, Titel 742.04)

⁷³ Ab 2003 Einbeziehung der Ansätze für Versorgung (KRV).

⁷⁴ Planzahl 2004: Erhöhung durch 1,5 Stellen für das EU-Lifeprojekt Borghorster Elbwiesen sowie Reduzierung um 2,28 Stellen durch Realisierung von Stelleneinsparung (2 Stellen) und rechnerische Korrektur (0,28).

⁷⁵ Ab Planwert 2003 treten besondere Abweichungen durch die erstmalige Veranschlagung des Kontenrahmens Versorgung auf.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 1: Flächenschutz:				
Schutzgebiete in Hamburg / Gesamtfläche in ha ⁷⁶	36.675	36.731	36.155	36.135
– Nationalpark in ha	13.750	13.750	13.750	13.750
– Naturschutzgebiete in ha ⁷⁷	5.530	5.530	5.510	5.490
– Landschaftsschutzgebiete in ha ⁷⁸	17.355	17.355	16.855	16.855
– Naturdenkmale in ha ⁷⁹	40	96	96	40
– zu betreuende Vertragsflächen in ha	1.500	1.500	1.700	1.741
Pflegekosten Naturschutzgebiete in EUR/ha ⁸⁰	56	56	56	56
Aufwendungen für den Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer (330 ha Neuwerk/Scharhörn/Nigehörn) in Tsd. EUR ⁸¹	100	102	102	102
P 2: Arten- und Biotopschutz:				
Genehmigungen im Rahmen der EU-VO 338/97 - Handel mit geschützten Tier- und Pflanzenarten ⁸²	120	350	350	115
Überwachungen/Kontrollen/ Bußgeldverfahren/ Sicherstellungen	80	80	80	30
Aktualisierung von Lebensräumen im Rahmen der Biotopkartierung (Anzahl der Lebensräume) ⁸³	3.600	4.500	4.500	3.400
P 3: Eingriffsregelung und Umweltverträglichkeitsprüfung:				
Beiträge zur Eingriffsregelung und/oder UVP in der Bauleitplanung	70	74	80	67
Beiträge zu Zulassungsverfahren mit Anwendung der Eingriffsregelung und/oder UVP	50	50	50	66
Umsetzung und Überwachung von Kompensationsmaßnahmen nach Abschluss von Zulassungsverfahren sowie Überwachung der Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen in Bebauungsplänen	70	68	50	30

⁷⁶ Planzahl 2004: Rechnerische Korrektur wg. formaler Reduzierung Naturdenkmalfächen um 56 ha durch NSG VO Boberger Niederung

⁷⁷ Plan 2002: Erweiterung NSG Raakmoor, Plan 2003: Erweiterung NSG Schnaakenmoor

⁷⁸ Plan 2003: Ausweisung LSG Wilhelmsburger Osten (ca. 500 ha)

⁷⁹ Planzahl 2004: Rechnerische Korrektur um 56 ha durch Herausnahme Achtermoor und Boberger Dünen aufgrund NSG VO Boberger Niederung

⁸⁰ Pflegekosten bezogen auf bezirkliche und BUG Naturschutzgebiete (5490 ha in 2002, 5530 in 2003)

⁸¹ Einschließlich Pflege, Monitoring und Öffentlichkeitsarbeit

⁸² Planzahl 2004: Anpassung an Ist-Ergebnis 2002. Rückgang aufgrund veränderter gesetzlicher Rahmenbedingungen.

⁸³ Die Veränderungen in der Planzahlenreihe 2002 bis 2004 resultieren aus der Ermittlung aufgrund neuer Datenbanksysteme. Hiermit wird eine fachlich genauere Darstellung der Anzahl der Lebensräume ermöglicht.

Produktbereich: Technischer Umweltschutz, Energiepolitik

Kapitel 8900

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	124.961	125.299	120.624	129.753
Personalausgaben in Tsd. EUR ⁸⁴	12.923	12.608	12.834	13.678
Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁸⁵	941	865	925	1.021
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	10.769	11.158	10.991	7.822
Stellen ⁸⁶	230,53	235,53	239,03	235,53

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
<p>Z1: Gewährleistung eines ordnungsgemäßen anlagen- und betriebsbezogenen Umweltschutzes in Industrie- und Gewerbebetrieben, Instituten und öffentlichen Einrichtungen</p> <p>Z2: Förderung und Umsetzung eines zukunftsfähigen Umgangs mit Energie und anderen Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklung Hamburgs und als Beitrag Hamburgs zur globalen Verantwortung für Klima und Ressourcenerhalt</p> <p>Z3: Luftreinhalteplanung, Lärm- und Fluglärmschutz</p> <p>Z4: Wahrnehmung atomrechtlicher Aufgaben, Strahlenschutz</p> <p>Z5: Abwehr von Gefahren durch gentechnische Verfahren</p>	
<i>Produktgruppen</i>	<i>Produkte</i>
PG 10 Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Umweltschutz in Kraftwerken, Chemiebetrieben und in der Abwassertechnik und Gentechnik	<p>P 1 Umweltschutz in der Entwässerungstechnik</p> <p>P 2 Umweltschutz bei Direkteinleitung</p> <p>P 3 Umweltschutz bei Klärwerken und Abwasseranlagen</p> <p>P 4 Umweltschutz bei Energieerzeugungsanlagen, öffentlichen Einrichtungen und im Gesundheitswesen</p> <p>P 5 Umweltschutz bei Abfallverbrennungsanlagen</p> <p>P 6 Umweltschutz bei Chemischen Großbetrieben</p> <p>P 7 Umweltschutz bei Chemischen Betrieben und bei der Oberflächenbehandlung</p> <p>P 8 Umweltschutz in der Gummiindustrie</p> <p>P 9 Umweltschutz in der Gentechnik</p>
PG 11 Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Umweltschutz in Hafengewirtschaft, Mineralöl- und Hüttenindustrie sowie Umweltgefahrenabwehr bei akuten Schadensfällen	<p>P 1 Umweltschutz in der Nahrungsmittelbranche</p> <p>P 2 Umweltschutz bei Textilreinigungen, Druckereien, Kfz-Werkstätten</p> <p>P 3 Umweltschutz bei Lager-, Umschlags- und Verkehrsbetrieben</p> <p>P 4 Umweltschutz bei Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen</p> <p>P 5 Umweltschutz bei Tanklagern und Mineralölverarbeitungsbetrieben</p> <p>P 6 Umweltschutz bei Raffinerien</p> <p>P 7 Umweltschutz in der Kupferindustrie</p> <p>P 8 Umweltschutz in der Stahl-, Aluminium- und Elektronikindustrie</p> <p>P 9 Umweltschutz in der Schiffbau- und Baustoffindustrie</p> <p>P 10 Umweltschutz in der Luftfahrt- und metallverarbeitenden Industrie</p> <p>P 11 Umweltgefahrenabwehr bei akuten Schadensfällen</p>

⁸⁴ Für die Planwerte 2003 bzw. 2002 sind hierin enthalten die Personalausgaben für die Leitung des Produktbereiches in Höhe von 1.014 Tsd. EUR bzw. 1.000 Tsd. EUR. Für das Ergebnis 2002 beträgt der Wert 1.099 Tsd. EUR und für die Planzahl 2004 1.040 Tsd. EUR. Darüber hinaus wurden ab 2003 erstmals die Ansätze für Versorgung (KRV) einbezogen; in diesem Produktbereich für Plan 2003 in Höhe von -222 Tsd. EUR und für Plan 2004 in Höhe von -99 Tsd. EUR.

⁸⁵ Hierin enthalten sind die Sach- und Fachausgaben für die Leitungsfunktion in Höhe von 4 Tsd. EUR für 2003 (4 Tsd. EUR für 2002). Im Ergebnis sind auch Ausgaben der Bezirke in Höhe von 34 Tsd. EUR enthalten.

⁸⁶ Hierin enthalten sind die Stellen für die Leitungsfunktion, fachbezogene und Amtsverwaltung in Höhe von 23,28 Stellen für 2003 (23,28 Stellen in 2002).

PG 12 Fluglärm- und Lärmschutz	P 1 Fluglärmschutz P 2 Schalltechnische Untersuchungen P 3 Lärminderungsplanung
PG 13 Energiepolitik und Immissionsschutz	P 1 Energiemanagement und Wassersparen in den öffentlichen Gebäuden der FHH P 2 Ressourceneffizienz in Haushalten, Industrie und Gewerbe P 3 Ausbau der Solarenergie P 4 UmweltPartnerschaft Hamburg P 5 Atomrechtliche Aufgaben und Strahlenschutz P 6 Emissionskataster

Produktgruppe 10: Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Umweltschutz in Kraftwerken, Chemiebetrieben und in der Abwassertechnik und Gentechnik

Kapitel 8900

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z1:	Erfüllen der Ziele und Anforderungen der Umweltschutzgesetze und Vorschriften durch Auflagen in Zulassungen im Bereich des anlagen- und betriebsbezogenen Umweltschutzes Teilziele: <ul style="list-style-type: none"> • Kundenorientiertes Verfahrensmanagement • Ausgewogene Ermessensentscheidung durch Abwägung der Belange des Umweltschutzes, des Wohls der Allgemeinheit und der berechtigten Interessen der Antragsteller • Beratung zu verantwortungsbewusstem, umweltschonendem Umgang mit Stoffen, Wasser und Energie (Stoffstrommanagement, Ressourcenschonung)
Z2:	Sicherung der Einhaltung der Umweltvorschriften in Betrieben durch Überwachung Teilziele: <ul style="list-style-type: none"> • Ausreichende Präsenz in den Betrieben zur Prävention und Gefahrenabwehr insbesondere durch Regelüberwachung von Anlagen und Betrieben • Zeitnahes Tätigwerden bei der Feststellung von Mängeln • Unverzögliches Einschreiten bei Schadensfällen und Nachbarschaftsbeschwerden
Z3:	Lösung von betrieblichen Umweltproblemen durch Aufklärung, Beratung und die Instrumente des Ordnungsrechtes Teilziele: <ul style="list-style-type: none"> • Sicherung und Weiterentwicklung der betrieblichen Umweltschutzstandards • Erreichen von Umweltverbesserungen
Z4:	Weiterentwicklung der Ressourcenschonung in Industrie und Gewerbe, Stärkung der Eigenverantwortung der Betriebe durch Information, Beratung sowie Förderung und kooperative Begleitung der Einführung von Umweltmanagementsystemen Die nationalen Umweltvorschriften werden zunehmend durch EG-Recht ergänzt und verändert. Daraus ergeben sich zukünftig eine Reihe von Umstellungen und Veränderungen der Vollzugsarbeit, d.h., auch neue Aufgabenstellungen (u.a. aufgrund Seveso II-, IVU- und UVP-Änderungs-Richtlinie). Mit den Änderungen der Vorschriften ist ein zunehmender Aufwand für die Beratung von Betrieben und zusätzliche Information der Öffentlichkeit verbunden.
<i>Produkte</i>	
P 1	Umweltschutz in der Entwässerungstechnik Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none"> • Vollzug des Hamburgischen Abwassergesetzes bzgl. des Sielanschluss- und Benutzungszwangs, der Genehmigung von Grundstücksentwässerungsanlagen auf Gewerbe- und Industriegrundstücken sowie Überwachung der Zertifizierung von Fachbetrieben. Fachaufsicht über die Bezirksämter, Beratung der Betriebe/Planverfasser/Fachbetriebe über die Entwässerungstechnik.
P 2	Umweltschutz bei Direkteinleitung Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none"> • Vollzug wasserhaushalts- und abwasserrechtlicher Vorschriften bei gewerblichen und industriellen Einleitern. Zentrale Abwasserabgabenerhebung. Fachaufsicht über die Bezirksämter, Beratung der Betriebe zu verfahrensrechtlichen und technischen Fragestellungen sowie innovativen Techniken.

Produktbereich: 04
Technischer Umweltschutz, Energiepolitik

<p>P 3 Umweltschutz bei Klärwerken und Abwasseranlagen Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vollzug des Umweltschutzrechts bei kommunalen und gewerblichen Anlagen durch Zulassung und Überwachung. Zulassung und Kontrolle von Fachbetrieben nach § 15 Abs. 5 HmbAbwG. Beratung der Betreiber zu Errichtung, Betrieb und Wartung von Anlagen, insbes. zu innovativen Techniken. Abwasserprobenahme. <p>P 4 Umweltschutz bei Energieerzeugungsanlagen, öffentlichen Einrichtungen und im Gesundheitswesen</p> <p>P 5 Umweltschutz bei Abfallverbrennungsanlagen</p> <p>P 6 Umweltschutz bei Chemischen Großbetrieben</p> <p>P 7 Umweltschutz bei Chemischen Betrieben und bei der Oberflächenbehandlung</p> <p>P 8 Umweltschutz in der Gummiindustrie Erläuterungen (gemeinsam für P 4 bis P 8):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einzelfallbezogener Vollzug des Umweltschutzrechts durch Zulassungen, die auf Grund ihres Regelungsinhalts den erforderlichen technischen und betrieblichen Umweltschutz für industrielle und gewerbliche Anlagen und Betriebe sowie für Institute und öffentliche Einrichtungen sicherstellen. • Überwachung und Beratung von Betrieben und ähnlichen Einrichtungen im Rahmen eines integrierten medienübergreifenden Umweltschutzes zum Schutz und zur Vorsorge vor Umweltgefahren und für eine nachhaltige Entwicklung des Standortes Hamburg. <p>P 9 Umweltschutz in der Gentechnik Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einzelfallbezogener Vollzug des Gentechnikrechts durch Zulassung und Überwachung von gentechnischen Anlagen und Arbeiten sowie Beratung zum Schutz und zur Vorsorge vor Gefahren durch gentechnisch veränderte Organismen. Überwachung der Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen und des Inverkehrbringens von Produkten, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten oder aus solchen bestehen. <p>Schwerpunkte PG 10:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umsetzen der Untersuchungsergebnisse zur dezentralen Abwasserbeseitigung in Wilhelmsburg-Ost • Erweiterung des Abwasser-Daten-Information-Systems auf Direkteinleiter und ein Emissionskataster Wasser • Durchsetzen der Nutzungsverbote und -beschränkungen bzw. Erteilen von Ausnahmegenehmigungen für Betriebe in den Wasserschutzgebieten Billstedt und Langenhorn bis 2005 • Umsetzen der Altanlagenanierung nach TA Luft 2002 • Förderung des nachhaltigen Wirtschaftens in Industrie, Gewerbe und öffentlichen Einrichtungen • Kontrolle des Imports gentechnisch veränderter Produkte

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	7.212	7.231	5.953	7.393
– Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	7.212	7.231	5.953	7.393
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.486	4.387	4.557	4.781
– Personalausgaben in Tsd. EUR ⁸⁷	4.437	4.329	4.493	4.697
– Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	49	58	64	84
– Zuwendungen in Tsd. EUR	7	7	7	6
Stellen	84,25	85,25	89,25	85,25

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ⁸⁸	412	413	497	528
– innerbehördlich in Tsd. EUR	340	342	424	451
– überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	72	71	73	77

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen:
– Abwasserabgaben gewerblicher Direkteinleiter sowie öffentliche Abwasserabgaben (insbes. HSE) nach dem Abwasserabgabengesetz (5.087 Tsd. EUR, Titel 099.01 und 099.02)

⁸⁷ Ab 2003 Einbeziehung der Ansätze für Versorgung (KRV).

⁸⁸ Ab Planwert 2003 treten besondere Abweichungen durch die erstmalige Veranschlagung des Kontenrahmens Versorgung auf.

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
<ul style="list-style-type: none"> – Verwaltungsgebühren insbes. für Genehmigungen, Anzeigen und Nachträgliche Anordnungen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, Genehmigungen nach dem Wasserhaushaltsgesetz, Genehmigungen und Befreiungen nach dem Hamburgischen Abwassergesetz sowie entspr. Überwachungsmaßnahmen (873 Tsd. EUR aus Titel 111.03) – Benutzungsgebühren für das Einleiten von Abwasser in oberirdische Gewässer und die Entnahme aus oberirdischen Gewässern sowie für Abwasserprobenahme (210 Tsd. EUR aus Titel 111.11) – Erstattung von Verwaltungskosten durch HSE für Indirekteinleiterüberwachung sowie das Festlegen von Sielanschlüssen (1.079 Tsd. EUR, Titel 261.01) <p>Betriebsausgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Zuweisung an das DIBt für die übertragene Aufgabe der Beurteilung wasserrechtlicher Anforderungen im Rahmen der bauaufsichtlichen Zulassungen (7 Tsd. EUR, Titel 685.01).

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Zulassungen und Anzeigen nach Umweltrecht	-	-	-	3.958
Regelüberwachungen	220	240	240	207
Anlass- und Sonderüberwachungen	-	600	600	717
Anordnungen	-	-	-	185
Umweltverbesserungen im Rahmen von Zulassungen und Überwachungen	-	-	-	111
Durch Sanierungsverträge und Nachträgliche Anordnungen veranlasste Sanierungsinvestitionen in Tsd. EUR	-	-	-	2.450
Beratungen von Betrieben zur Ressourcenschonung, zu Förderprogrammen, zum Umweltmanagement	-	-	-	64

<i>Qualitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Innerhalb von drei Monaten erteilte Zulassungen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Zulassungen in %	-	-	-	75,70
Regelüberwachungen mit Beanstandungen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Regelüberwachungen in %	-	-	-	22
Zielerreichungsgrad bei der Umsetzung der Wasserschutzgebietsverordnungen Billstedt und Langenhorn in %	-	-	-	33,30
Zielerreichungsgrad bei der Überwachung von Betriebsbereichen nach der Störfall-Verordnung in %	100	100	100	84,60
Zielerreichungsgrad bei der Überprüfung von Sicherheitsberichten nach der Störfall-Verordnung in %	70	60	50	50
Zielerreichungsgrad Einführung von ressourcenschonenden Verfahren in Maler- und Lackierbetrieben in %	90	80	70	80
Zielerreichungsgrad bei der Umsetzung der Altanlagen-sanierung nach TA Luft 2002 in % ⁸⁹	40	-	-	-

**Produktgruppe 11: Integrierter anlagen- und betriebsbezogener Umweltschutz
in Hafenvirtschaft, Mineralöl- und Hüttenindustrie sowie
Umweltgefahrenabwehr bei akuten Schadensfällen**

Kapitel 8900

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z1: Erfüllen der Ziele und Anforderungen der Umweltschutzgesetze und Vorschriften durch Auflagen in Zulassungen im Bereich des anlagen- und betriebsbezogenen Umweltschutzes</p> <p>Teilziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kundenorientiertes Verfahrensmanagement • Ausgewogene Ermessensentscheidung durch Abwägung der Belange des Umweltschutzes, des Wohls der Allgemeinheit und der berechtigten Interessen der Antragsteller • Beratung zu verantwortungsbewusstem, umweltschonendem Umgang mit Stoffen, Wasser und Energie (Stoffstrommanagement, Ressourcenschonung)

⁸⁹ Neue Kennzahl ab 2004

<p>Z2: Sicherung der Einhaltung der Umweltvorschriften in Betrieben durch Überwachung Teilziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausreichende Präsenz in den Betrieben zur Prävention und Gefahrenabwehr insbesondere durch Regelüberwachung von Anlagen und Betrieben • Zeitnahes Tätigwerden bei der Feststellung von Mängeln • Unverzögliches Einschreiten bei Schadensfällen und Nachbarschaftsbeschwerden <p>Z3: Lösung von betrieblichen Umweltproblemen durch Aufklärung, Beratung und die Instrumente des Ordnungsrechtes Teilziele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sicherung und Weiterentwicklung der betrieblichen Umweltschutzstandards • Erreichen von Umweltverbesserungen <p>Z4: Weiterentwicklung der Ressourcenschonung in Industrie und Gewerbe, Stärkung der Eigenverantwortung der Betriebe durch Information, Beratung sowie Förderung und kooperative Begleitung der Einführung von Umweltmanagementsystemen</p> <p>Z5: Annahme von Umweltschadensmeldungen im 24-Stunden-Service für Bürger und Behörden, sofortige Bearbeitung und schnellstmögliche Benachrichtigung betroffener Dienststellen</p> <p>Z6: Sofortige Bekämpfung von akuten Umweltschäden durch ständige Präsenz, qualifizierte Unterstützung und Koordination der Schadensbearbeitung sowie umweltgerechte Sanierung nach Bränden</p> <p>Die nationalen Umweltvorschriften werden zunehmend durch EG-Recht ergänzt und verändert. Daraus ergeben sich zukünftig eine Reihe von Umstellungen und Veränderungen der Vollzugsarbeit, d.h. auch neue Aufgabenstellungen (u.a. auf Grund Seveso II-, IVU- und UVP-Änderungs-Richtlinie). Mit den Änderungen der Vorschriften ist ein zunehmender Aufwand für die Beratung von Betrieben und sind zusätzliche Informationen der Öffentlichkeit verbunden.</p>
<p><i>Produkte</i></p>
<p>P 1 Umweltschutz in der Nahrungsmittelbranche</p> <p>P 2 Umweltschutz bei Textilreinigungen, Druckereien, Kfz-Werkstätten</p> <p>P 3 Umweltschutz bei Lager-, Umschlags- und Verkehrsbetrieben</p> <p>P 4 Umweltschutz bei Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen</p> <p>P 5 Umweltschutz bei Tanklagern und Mineralölverarbeitungsbetrieben</p> <p>P 6 Umweltschutz bei Raffinerien</p> <p>P 7 Umweltschutz in der Kupferindustrie</p> <p>P 8 Umweltschutz in der Stahl-, Aluminium- und Elektronikindustrie</p> <p>P 9 Umweltschutz in der Schiffbau- und Baustoffindustrie</p> <p>P 10 Umweltschutz in der Luftfahrt- und metallverarbeitenden Industrie Erläuterungen (gemeinsam für P 1 bis P 10):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einzelfallbezogener Vollzug des Umweltschutzrechts durch Zulassungen, die aufgrund ihres Regelungsinhalts den erforderlichen technischen und betrieblichen Umweltschutz für industrielle und gewerbliche Anlagen und Betriebe sowie für Institute und öffentliche Einrichtungen sicherstellen. • Überwachung und Beratung von Betrieben und ähnlichen Einrichtungen im Rahmen eines integrierten medienübergreifenden Umweltschutzes zum Schutz und zur Vorsorge vor Umweltgefahren und für eine nachhaltige Entwicklung des Standortes Hamburg. <p>P 11 Umweltgefahrenabwehr bei akuten Schadensfällen Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nachhaltige Logistik für die Umweltgefahrenabwehr durch Erarbeitung von Konzepten, Einsatzplänen und Verträgen mit Dienstleistern, durch Vorhaltung und Weiterentwicklung des Einsatz-Informationen-Systems (EIS, mit der Gefahrstoffdatenbank RESY) sowie der Erarbeitung und Durchsetzung hamburgischer Positionen in den nationalen Umweltgefahrenabwehrkonzepten, insbes. bei der Havarieschadensbekämpfung im deutschen Küstenbereich. • Sofortige Bekämpfung von eingetretenen Umweltschäden in den Medien Wasser, Boden und Luft. • Umweltgerechte Sanierung nach Bränden und Schadensfällen mit Chemikalien. <p>Schwerpunkte PG 11:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zulassungsverfahren für Anlagen zur Umsetzung der EU-Kraftstoff- Qualitätsanforderungen • Durchsetzen der Nutzungsverbote und -beschränkungen bzw. Erteilen von Ausnahmegenehmigungen für Betriebe in den Wasserschutzgebieten Billstedt und Langenhorn bis 2005 • Durchsetzen der Anforderungen aus öffentlich-rechtlichen Sanierungsverträgen und nachträglichen Anordnungen nach Immissionsschutz-, Abwasser- und Wasserrecht in elf Betrieben der Mineralöl- und Hüttenindustrie bis 2007

- Umsetzen der Altanlagenanierung nach TA Luft 2002
- Umsetzen der novellierten Störfall-Verordnung
- Förderung des nachhaltigen Wirtschaftens in Industrie, Gewerbe und öffentlichen Einrichtungen

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.604	1.458	2.091	2.259
– Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.604	1.458	2.091	2.259
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	4.551	4.451	4.582	4.931
– Personalausgaben in Tsd. EUR ⁹⁰	3.868	3.774	3.847	4.094
– Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	683	677	735	837
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	570	528	607	376
Stellen	61	65	65,50	64

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ⁹¹	360	360	426	460
– innerbehördlich in Tsd. EUR	297	298	363	393
– überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	63	62	63	67

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Einnahmen:

- Verwaltungsgebühren insbes. für Genehmigungen, Anzeigen und Nachträgliche Anordnungen nach dem BImSchG, Genehmigungen nach dem Wasserhaushaltsgesetz, Genehmigungen und Befreiungen nach dem Hamburgischen Abwassergesetz sowie entspr. Überwachungsmaßnahmen (1.127 Tsd. EUR aus Titel 111.03)
- Benutzungsgebühren für das Einleiten von Abwasser in oberirdische Gewässer und die Entnahme aus oberirdischen Gewässern sowie für Abwasserprobenahme (515 Tsd. EUR aus Titel 111.11)

Betriebsausgaben:

- Abwehr von Gefahren und die Beseitigung von Umweltschäden an öffentlichen Gewässern durch austretende wassergefährdende Stoffe (236 Tsd. EUR aus Titel 541.01 - BUG sowie 32 Tsd. EUR aus Titel 535.86 - Bezirke),
- Bekämpfung von Meeresverschmutzungen im Rahmen einer entsprechenden Verwaltungsvereinbarung des Bundes und der 5 norddeutschen Küstenländer (10 Tsd. EUR/ Titel 631.01; 290 Tsd. EUR/ Titel 631.02; 40 Tsd. EUR/ Titel 632.01). Veranschlagt sind jeweils anteilig die Kostenerstattung an das Wasser- und Schifffahrtsamt Cuxhaven bzw. an das Land Schleswig-Holstein für Betrieb und Unterhaltung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen sowie die Zuweisung für die Kosten aus dem Havariekommando einschließlich Personal- und Sachmittel für Beschäftigte der Küstenländer und der Rechnungslegungsstelle

Investitionen:

- anteilige hamburgische Kosten (12%) für die Beschaffung von Schiffen (deren Aus- und Umrüstung) sowie von Geräten und Ausstattungsgegenständen im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen (550 Tsd. EUR/ Titel 881.03)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Zulassungen und Anzeigen nach Umweltrecht	-	-	-	381
Regelüberwachungen	450	500	580	499
Anlass- und Sonderüberwachungen	-	-	1.250	581
Anordnungen	-	-	-	53
Umweltverbesserungen im Rahmen von Zulassungen und Überwachungen	-	-	-	312
Durch Sanierungsverträge und Nachträgliche Anordnungen veranlasste Sanierungsinvestitionen in Tsd. EUR	23.000	23.000	23.000	23.752

⁹⁰ Ab 2003 Einbeziehung der Ansätze für Versorgung (KRV).

⁹¹ Ab Planwert 2003 treten besondere Abweichungen durch die erstmalige Veranschlagung des Kontenrahmens Versorgung auf.

Produktbereich: 04
Technischer Umweltschutz, Energiepolitik

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Beratungen von Betrieben zur Ressourcenschonung, zu Förderprogrammen, zum Umweltmanagement	-	-	-	208
Umweltschadensmeldungen	-	-	-	1.206
Sofortmaßnahmen nach Umweltschadensmeldungen	-	-	-	455

<i>Qualitätskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Innerhalb von drei Monaten erteilte Zulassungen im Verhältnis der Gesamtzahl der Zulassungen in %	-	-	-	67,70
Regelüberwachungen mit Beanstandungen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Regelüberwachungen in %	-	-	-	23,65
Zielerreichungsgrad bei der Umsetzung der Wasserschutzgebietverordnungen Billstedt und Langenhorn in %	-	-	-	11,60
Zielerreichungsgrad bei der Überwachung von Betriebsbereichen nach der Störfall-Verordnung in %	100	100	100	56,50
Zielerreichungsgrad bei der Überprüfung von Sicherheitsberichten nach der Störfall-Verordnung in %	70	60	50	27,80
Zielerreichungsgrad bei der Umsetzung der Altanlagen-sanierung nach TA Luft 2002 in % ⁹²	40	-	-	-

Produktgruppe 12: Fluglärm- und Lärmschutz

Kapitel 8900

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z1: Schutz der Bevölkerung vor schädlichen Lärmeinwirkungen Z2: Reduzierung der Belästigung durch Verhinderung von vermeidbarem Lärm von Flugzeugen Z3: Reduzierung von Lärm aus anderen Quellen, insbesondere des Industrie- und Gewerbelärms
<i>Produkte</i>
<p>P 1 Fluglärmschutz Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bearbeitung von Fluglärmbeschwerden (Flugbewegungen in 2000 : 165.000, in 2001 : 159.000, in 2002 : 150.639) • Vertretung der Lärmschutzbelange bei Planungen im Flughafenbereich • Überwachung der Einhaltung von Nachtflugbeschränkungen und Erteilung von Ausnahmegenehmigungen (Nächtliche Flugbewegungen 22 - 6 h; in 2000 : 7.000, in 2001 : 6.700, 2002 : 6.460) <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Überwachung der nächtlichen Flugbewegungen (Ordnungswidrigkeiten 2000: 21, 2001: 24, 2002: 19) <p>P 2 Schalltechnische Untersuchungen Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Messung, Bewertung und Beurteilung von Geräuschimmissionen nach Immissionsschutzrecht sowie im Rahmen der Amtshilfe für andere Dienststellen • Erarbeitung von Stellungnahmen im Rahmen immissionsschutzrechtlicher und baurechtlicher Genehmigungsverfahren sowie im Rahmen der Bauleitplanung <p>P 3 Lärminderungsplanung Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ermittlung und Darstellung der akustischen Situation für die Lärmquellen Straßen-/Schienenverkehr, Industrie-/Gewerbe, Sport /Freizeit zur Aufstellung von Maßnahmeplänen in ausgewählten Hamburger Stadtteilen • Ermittlung der Geräuschbelastung durch Straßenverkehr für das gesamte Staatsgebiet Hamburg <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Reduzierung der Lärmbelastung auf gesundheitlich unbedenkliche Werte an ausgewählten Straßenabschnitten bzw. in Belastungsgebieten

⁹² Neue Kennzahl ab 2004

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	10	14	11	9
– Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	10	14	11	9
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	571	570	582	598
– Personalausgaben in Tsd. EUR ⁹³	528	515	536	559
– Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	43	55	46	39
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	24	28	28	0
Stellen	8	8	9	8

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ⁹⁴	49	49	60	63
– innerbehördlich in Tsd. EUR	40	41	51	54
– überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	9	8	9	9

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen:
– Verwaltungsgebühren für Anträge auf Ausnahmen von den Nachtflugbeschränkungen nach dem Luftverkehrsgesetz (8 Tsd. EUR, Titel 111.04)
Betriebsausgaben:
– Ausgaben für die Anmietung und Bewirtschaftung der Räumlichkeiten der Dienststelle des Fluglärmenschutzbeauftragten am Flughafen (31 Tsd. EUR aus Titel 547.01).
– Mittel für die Beschaffung von Kleinmaterial und Kleingeräten sowie die Unterhaltung der Geräte der Lärmmessstelle (6 Tsd. EUR aus Titel 541.01).
Investitionen:
– Bei den Investitionen handelt es sich um Ersatzbeschaffungen von Lärmmessgeräten (24 Tsd. EUR aus Titel 811.01).

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 1: Fluglärmenschutz:				
Fluglärmbelastung in v.H. des zulässigen Lärmkontingents (1997 = 100 %) in % ⁹⁵	-	-	56	66
Anfragen zu Nachtflugbeschränkungen	-	-	-	74
Erteilte Ausnahmen von den Nachtflugbeschränkungen	-	-	-	13
P 2: Schalltechnische Untersuchungen:				
Schalltechnische Untersuchungen (Messung, Beurteilung und Bewertung)	30	30	30	34
P 3: Lärminderungsplanung:				
Erstellung von gebietsbezogenen Schallimmissions-, Empfindlichkeits- und Konfliktplänen als Grundlage für Lärminderungsplanungen ⁹⁶	100	100	100	245

⁹³ Ab 2003 Einbeziehung der Ansätze für Versorgung (KRV).

⁹⁴ Ab Planwert 2003 treten besondere Abweichungen durch die erstmalige Veranschlagung des Kontenrahmens Versorgung auf.

⁹⁵ Ist-Wert 2002 nicht durch Gutachten ermittelt, jedoch kleiner als 66%, Grund: weniger Flugbewegungen und leiseres Fluggerät

⁹⁶ Konfliktpläne im Raster 2 x 2 km mit Tag/Nacht-Betrachtung verschiedener Quellen

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z1:	Der Senat fördert den Klima- und Ressourcenschutz. Ziele sind: <ul style="list-style-type: none">• Einsparung von Energie, Wasser und Rohstoffen,• Förderung ressourcensparender Technologien,• Nutzung regenerativer Energien Im privaten und öffentlichen Bereich setzt der Senat auf Bündnisse mit der Wirtschaft, um Investitionen in den Ressourcenschutz und die erneuerbaren Energien anzuregen.
Z2:	Der Senat fördert das nachhaltige Wirtschaften. Dafür wurde die UmweltPartnerschaft Hamburg zwischen Staat und Wirtschaft vereinbart. Ziele sind: <ul style="list-style-type: none">• Umweltverbesserungen durch freiwillige Maßnahmen der Unternehmen,• mehr Kooperation von Staat und Wirtschaft beim Vollzug des Umweltschutzes.
Z3:	Der Senat nimmt atomrechtliche Aufgaben wahr. Ziele sind: <ul style="list-style-type: none">• Risikovorsorge und Gefahrenabwehr beim Umgang mit Kernbrennstoffen,• Schutz der Bevölkerung vor schädlicher Strahlung.
<i>Produkte</i>	
P 1	Energiemanagement und Wassersparen in den öffentlichen Gebäuden der FHH Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none">• Die Behörde für Umwelt und Gesundheit minimiert die Ausgaben für Energie und Wasser in den öffentlichen Gebäuden. Sie erreicht dies durch Planung, Beratung, Verbrauchskontrolle, Tarifoptimierung und durch ressourcenschonende Investitionen. Die Investitionen müssen sich rechnen. In 2002 lag die durchschnittliche Wirtschaftlichkeit bei 121% des kalkulatorischen Zinssatzes der Finanzbehörde. Die Investitionen dienen der Ressourcenschonung und der Haushaltsentlastung gleichermaßen. Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none">• Ein Schwerpunkt sind die Programme zum Kessel- und Leuchtentausch. Durch Nachfragebündelung, neue Ausschreibungsverfahren und Projektsteuerung wird dabei die Wirtschaftlichkeit von energiesparenden Investitionen erhöht. Beide Programme werden bis mindestens 2006 fortgeführt.
P 2	Ressourceneffizienz in Haushalten, Industrie und Gewerbe Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none">• Das größte Potenzial zur Energieeinsparung im privaten Bereich liegt in der Verbesserung des Wärmeschutzes bestehender Gebäude. Der Senat arbeitet dafür in der Initiative „Arbeit und Klimaschutz“ mit den am Bau Beteiligten zusammen und fördert den Wärmeschutz durch Zuwendungen.• Ein großes Potenzial für den Ressourcenschutz haben Industrie und Gewerbe. Dieses Potenzial gilt es zu erschließen. Der Senat arbeitet dafür im Programm „Unternehmen für Ressourcenschutz“ mit der Wirtschaft zusammen und fördert Investitionen sowie individuelle Beratung durch Zuwendungen.
P 3	Ausbau der Solarenergie Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none">• Solaranlagen für Warmwasser und Heizung sind technisch ausgereift. Gute Zukunftsaussichten hat die kombinierte Heizungs- und Solaranlage. Deren Marktanteil soll deutlich gesteigert werden. Der Senat arbeitet mit dem Handwerk, der Wohnungswirtschaft und den Energieversorgern zusammen und fördert die Anlagen durch Zuwendungen.
P 4	UmweltPartnerschaft Hamburg Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none">• Eine neue Partnerschaft zwischen Staat und Wirtschaft soll das nachhaltige Wirtschaften fördern und die unternehmerische Eigenverantwortung für den Umweltschutz stärken. Unternehmen, die sich im Umweltschutz engagieren, sollen Vorteile geboten werden z.B. durch Förderprogramme oder Erleichterungen im Verwaltungsvollzug.• Ein eigener Hamburger Standard für umweltrechtliche Genehmigungsverfahren soll zum kundenorientierten Vollzug beitragen.
P 5	Atomrechtliche Aufgaben und Strahlenschutz Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none">• Für den nuklearen Katastrophenschutz und die Gefahrenabwehr werden Konzepte erstellt, aktualisiert und erprobt.• Als Vorsorge für nukleare Störfälle betreibt die Behörde ein automatisches Überwachungssystem zur Kontrolle der Strahlungsintensität an 47 Messorten in Hamburg.• Die Behörde berät Bürger und Anlagenbetreiber zum Immissionsschutz bei elektromagnetischen Feldern und hat die Fachaufsicht beim Vollzug der Verordnung über elektromagnetische Felder.

P 6 Emissionskataster Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none"> • Die Wahrnehmung von Berichtspflichten gegenüber dem Bund und der EU bedarf der Führung eines Katasters über Emissionen von Betrieben und Anlagen. 				
--	--	--	--	--

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	116.135	116.596	112.569	120.092
– Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	116.135	116.596	112.569	120.092
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.212	3.047	3.034	3.286
– Personalausgaben in Tsd. EUR ⁹⁷	3.050	2.976	2.958	3.229
– Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	162	71	76	57
– Zuwendungen in Tsd. EUR	20	0	0	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	10.175	10.602	10.356	7.446
Stellen	54	54	52	55

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ⁹⁸	284	284	327	363
– innerbehördlich in Tsd. EUR	234	235	279	310
– überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	50	49	48	53

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen: <ul style="list-style-type: none"> – Konzessionsabgabe HEW (86.000 Tsd. EUR, Titel 122.01) – Konzessionsabgabe HGW (2.800 Tsd. EUR, Titel 122.02) – Konzessionsabgabe HWW (27.330 Tsd. EUR, Titel 122.03) Investitionen: <ul style="list-style-type: none"> – Maßnahmen zur Reduzierung des Heizenergie-, Strom- und Wasserverbrauchs der öffentlichen Einrichtungen (3.610 Tsd. EUR, Titel 791.10) – Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie von Umwelttechnologien (6.565 Tsd. EUR, Titel 892.10) Aus dem Titel 892.10 werden Programme aus folgenden Bereichen finanziert: <ul style="list-style-type: none"> - Maßnahmen zum Ressourcenschutz in Produktion und Dienstleistung „Unternehmen für Ressourcenschutz“ - Wärmeschutz im Gebäudebestand - Förderung der solaren Warmwasserbereitung - Förderung des Passivhausbaus in Hamburg Für investive Maßnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung des Programms zum Energie- und Wassersparen im öffentlichen Bereich stehen als Finanzierungsquellen der Haushaltstitel 791.10, der Kredit mit der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt und das Sonderprogramm der BBS zur Verfügung.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 3: Energiemanagement und Wassersparen in den öffentlichen Gebäuden der FHH:				
Investitionen zur Einsparung von Strom in Tsd. EUR ⁹⁹	1.000	1.420	1.943	1.870
Investitionen zur Einsparung von Heizenergie in Tsd. EUR	2.700	3.850	3.872	2.557
Investitionen zur Einsparung von Wasser in Tsd. EUR	400	730	511	988

⁹⁷ Ab 2003 Einbeziehung der Ansätze für Versorgung (KRV).

⁹⁸ Ab Planwert 2003 treten besondere Abweichungen durch die erstmalige Veranschlagung des Kontenrahmens Versorgung auf.

⁹⁹ Inkl. fremdfinanzierter Maßnahmen

Produktbereich: 04
Technischer Umweltschutz, Energiepolitik

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 4: Ressourceneffizienz in Haushalten, Industrie und Gewerbe:				
Hamburger Energiepass (Anzahl der Gebäude, für die ein Wärmepass erstellt wurde)	5.100	4.500	4.100	3.900
<i>Förderung des Wärmeschutzes im Gebäudebestand:</i>				
– Anzahl der Wohnungen	3.500	3.000	2.600	5.600
– dadurch erreichte Energieeinsparungen in MWh/a	17.000	16.000	14.800	24.300
– ausgezahlte Fördermittel in Tsd. EUR	4.200	3.600	3.323	5.470
– Investitionsvolumen in Tsd. EUR	23.000	26.780	21.474	29.900
<i>Ressourcenschonung in Produktion und Dienstleistung</i>				
– Anzahl der im Programm betreuten Betriebe	110	70	70	78
– dadurch erreichte Energieeinsparungen in MWh/a	9.000	8.000	8.000	6.300
– ausgezahlte Fördermittel in Tsd. EUR	1.500	600	600	156
– Investitionsvolumen in Tsd. EUR	6.000	2.000	2.000	4.100
P 5: Ausbau der Solarenergie:				
Solarförderung: neu errichtete solarthermische Anlagen, installierte Kollektorfläche in m ²	3.200	5.000	3.800	2.400
– ausgezahlte Fördermittel in Tsd. EUR	650	1.150	888	473
– Investitionsvolumen in Tsd. EUR	2.700	4.400	3.380	2.100
– erreichter Stand: installierte Solarkollektorfläche in m ²	-	26.200	20.171	18.700

Produktbereich: Gesundheit und Verbraucherschutz

Kapitel 8620-8670

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ¹⁰⁰	17.737	18.611	18.887	19.192
Personalausgaben in Tsd. EUR ¹⁰¹	41.464	40.463	36.560	36.286
Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ¹⁰²	86.823	80.942	73.469	72.173
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	917	1.024	1.106	1.018
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ¹⁰³	77.146	71.030	69.484	99.753
Stellen ¹⁰⁴	731,35	733,15	733,15	733,15

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
<p>Z1: Koordinierung produktbereichsbezogener Planung und Steuerung</p> <p>Z2: Schutz des Menschen vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Stärkung gesundheitsfördernder Strategien, Sicherung und Weiterentwicklung von Ausbildungsstandards in den Gesundheitsberufen</p> <p>Z3: Sicherung und Weiterentwicklung bedarfsgerechter Versorgungsstrukturen und krankensicherungsrechtlicher Grundlagen</p> <p>Z4: Ausbau eines präventiv wirkenden Verbraucherschutzes in Hamburg durch Bündelung sämtlicher verbraucher-schutzpolitischer Maßnahmen und Neuordnung ihres Vollzuges, Stärkung des Tierschutzes</p> <p>Z5: Weiterentwicklung intersektoraler Verbraucherschutz-, Arbeitsschutz- und Patientenschutz-Konzepte sowie von Umweltmedizin und Epidemiologie</p> <p>Z6: Sicherung eines hohen Untersuchungsniveaus in den Bereichen Lebensmittelhygiene, Lebensmittelvirologie und Infektionsepidemiologie im Institut für Hygiene und Umwelt</p> <p>Z7: Ausbau der tropenmedizinischen Forschung und der Behandlungsmöglichkeiten hochkontagiöser Erkrankungen im Bernhard-Nocht-Institut</p>	
<i>Produktgruppen</i>	<i>Produkte</i>
PG 14 Produktbereichsbezogene Steuerung und Verwaltungsservice	<p>P 1 Leitungs- und Aufgabenunterstützung</p> <p>P 2 Ressourcensteuerung</p> <p>P 3 Service</p> <p>P 4 Koordinierung von Fachplanung, Ressortpolitik und EU-Angelegenheiten</p>
PG 15 Öffentliche Gesundheit, Gesundheitsförderung, Gesundheitsschutz	<p>P 1 Gesundheitsberufe, Ethik in der Medizin</p> <p>P 2 Drogen und Sucht</p> <p>P 3 Gesundheitsberichterstattung</p> <p>P 4 Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheitsberatung</p> <p>P 5 Öffentlicher Gesundheitsdienst, Internationale Beziehungen, Infektionsschutz, Hafenärztlicher Dienst</p> <p>P 6 Anwendungsbezogene Forschung auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin einschl. Schifffahrtsmedizin</p>
PG 16 Gesundheitsversorgung und Krankenversicherungsschutz	<p>P 1 Versorgungsplanung</p> <p>P 2 Krankenhausinvestitionsförderung</p> <p>P 3 Maßregelvollzug</p> <p>P 4 Gesetzliche Krankenversicherung und Aufsichtsangelegenheiten, Krankenhausentgeltregelungen</p>

¹⁰⁰ Die Gesamteinnahmen beinhalten auch die Zahlen für die nach § 15 LHO veranschlagten Bereiche Institut für Hygiene und Umwelt und Bernhard-Nocht-Institut für die Jahre 2002 bis 2004.

¹⁰¹ Ab 2003 Einbeziehung der Ansätze für Versorgung (KRV); in diesem Produktbereich in Höhe von 4.399 Tsd. EUR für 2004 und in Höhe von 4.195 Tsd. EUR für 2003

¹⁰² Die Gesamtzahlen für Sach- und Fachausgaben beinhalten auch die Zahlen für die nach § 15 LHO veranschlagten Bereiche Institut für Hygiene und Umwelt und Bernhard-Nocht-Institut für die Jahre 2002 bis 2004.

Für das Jahr 2002: Die Ergebnisse der anderen AOB (Rahmen- und Zweckzuweisungen für die Bezirke) sind nicht enthalten.

¹⁰³ Die Gesamtzahlen für Investitionen beinhalten auch die Zahlen für die nach § 15 LHO veranschlagten Bereiche Institut für Hygiene und Umwelt und Bernhard-Nocht-Institut für die Jahre 2002 bis 2004.

¹⁰⁴ Inkl. übertragener Stellen aus der Herauslösung des Bereiches Gesundheit aus der BAGS und der Übertragung aus der BWA.

Produktbereich: 05
Gesundheit und Verbraucherschutz

<p>PG 17 Verbraucherschutz (I) - Lebensmittelsicherheit, Veterinärwesen</p>	<p>P 1 Rechts- und Grundsatzangelegenheiten P 2 Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung P 3 Tierseuchenbekämpfung P 4 Veterinärdienst für Schlachtbetrieb und Fleischgroßmarkt P 5 Veterinärdienst für grenzüberschreitenden Verkehr und Freihafen P 6 Tierschutz</p>
<p>PG 18 Verbraucherschutz (II) - Arbeits- und Gesundheitsschutz, Produktsicherheit, Integration anwendungsbezogener Neuentwicklungen, Gesundheit und Umwelt</p>	<p>P 1 Rechts- und Grundsatzangelegenheiten P 2 Patientenschutz und Sicherheit in der Medizin, wirtschaftlicher und allgemeiner Verbraucherschutz P 3 Gewerbeaufsicht P 4 Produktsicherheit, Anlagensicherheit und Strahlenschutz P 5 Medizinischer Arbeitsschutz P 6 Gesundheitliche Bewertung von Umwelteinflüssen, Epidemiologie, Umweltmedizin, Hamburgisches Krebsregister</p>
<p>PG 19 Institut für Hygiene und Umwelt (§ 15 LHO-Betrieb) Hinweis: s. Wirtschaftsplan Anlage 2.1</p>	<p>P 1 Lebensmittelüberwachung P 2 Gesundheitsschutz P 3 Ausbildung</p>
<p>PG 20 Bernhard-Nocht-Institut (§ 15 LHO-Betrieb) Hinweis: s. Wirtschaftsplan Anlage 2.2</p>	<p>P 1 Tropenmedizinische Forschung inkl. Tropenmedizinischer Diagnostik P 2 Kooperative Forschungsstation in Ghana P 3 Reisemedizinisches Zentrum P 4 Internistische Klinik mit dem Schwerpunkt hochkontagiöser Infektionskrankheiten P 5 Lehr- und Weiterbildungsveranstaltungen auf dem Gebiet tropischer Infektionskrankheiten und Reisemedizin</p>

Produktgruppe 14: Produktbereichsbezogene Steuerung und Verwaltungsservice

Kapitel 8620

<p><i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i></p>
<p>Z1: Unterstützung der Fachaufgaben durch Förderung des Modernisierungsprozesses, durch Weiterentwicklung der IuK-Verfahren sowie Organisations- und Personalentwicklung zur Anpassung an veränderte Bedarfe</p> <p>Z2: Sicherung und Gestaltung einheitlicher produktbereichsbezogener Voraussetzungen für eine effektive Steuerung von Personal- und Sachmitteln</p> <p>Z3: Förderung der produktbereichsinternen Arbeitsfähigkeit durch bedarfsgerechte operative Unterstützung (Service)</p> <p>Z4: Zentrale Leitungsunterstützung bei der Steuerung der Fachaufgaben, Koordinierung und Controlling der produktbereichsbezogenen Fachplanungen, Integration von EU-Angelegenheiten und Stärkung der „Europafähigkeit“ des Produktbereichs, Förderung der internationalen Zusammenarbeit</p>
<p><i>Produkte</i></p>
<p>P 1 Leitungs- und Aufgabenunterstützung Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung der Leitung und der Fachbereiche bei der Erstellung ihrer Produkte, Gestaltung von Organisations- und Geschäftsprozessen, vorbereitende Mitwirkung bei Stellenbesetzungen, angemessene Betreuung und Beratung der Beschäftigten in sozialen Belangen <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Begleitung von organisatorischen Veränderungen durch Organisationsentwicklungs- und Personalentwicklungskompetenz <p>P 2 Ressourcensteuerung Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuerung unter Beachtung externer und interner Bewirtschaftungsvorgaben und sich verändernder Rahmenbedingungen, angemessene Verteilung des Personalbudgets auf die Produktgruppen, Ressourcensteuerung für den Produktbereich

<p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Produktbereichsbezogenes Kontraktwesen • Aufbau eines produktbereichsbezogenen Controllingsystems und einer hierauf bezogenen Kosten- und Leistungsrechnung mit SAP • Institutionalisiertes unterjähriges Personalberichtswesen durch Ausbau von Personalplanung, -entwicklung und -controlling • Weiterentwicklung eines Zuwendungscontrollings für das Amt <p>P 3 Service</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Allgemeine Verwaltungsaufgaben, Raumangelegenheiten, IuK-Anwenderbetreuung und -Systemverwaltung <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weiterführung des Projektes Dokumenta zur elektronischen Archivierung • (Mit)-planung und -umsetzung einer räumlichen Zusammenführung des Amtes G mit dem Umweltbereich <p>P 4 Koordinierung von Fachplanung, Ressortpolitik und EU-Angelegenheiten</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung der produktbereichsbezogenen Steuerung von Fachplanungen und Fachcontrolling, Koordination und Vorbereitung politischer (Senat, Bürgerschaft und Deputation) und überregionaler Gremien, insbesondere Fachministerkonferenzen und Gesetzgebungsverfahren sowie zentrale Bearbeitung von EU-Angelegenheiten und Koordination von Aktivitäten im Bereich der internationalen Zusammenarbeit <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung der Fachplanung • Weiterentwicklung des Fachcontrollings und der strategischen Steuerung • Koordination der europapolitischen Aktivitäten einschließlich der Teilnahme am EU-Aktionsprogramm Öffentliche Gesundheit

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.703	1.812	1.880	2.828
– Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.703	1.812	1.880	2.828
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.891	6.680	6.268	6.561
– Personalausgaben in Tsd. EUR ¹⁰⁵	6.297	5.967	5.485	5.580
– Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	594	713	783	981
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	2	2	2	0
Stellen	86,10	84,88	84,88	86,45

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ¹⁰⁶	355	335	336	327
– innerbehördlich in Tsd. EUR	261	245	254	243
– überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	94	90	82	84

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>				
Zwischen den einzelnen Produkten teilen sich in 2004 die Betriebsausgaben (ohne die Berücksichtigung der Mittel für gestelltes Personal) wie folgt ca. auf:				
P 1: Leitungs- und Aufgabenunterstützung	35%	ca.	1.887 Tsd. EUR	
P 2: Ressourcensteuerung	42%	ca.	2.264 Tsd. EUR	
P 3: Service	20%	ca.	1.078 Tsd. EUR	
P 4: Koordinierung v. Fachplanung, Ressortpolitik und EU-Angelegenheiten	3%	ca.	162 Tsd. EUR	

¹⁰⁵ Inkl. der Ausgaben für gestelltes Personal im Asklepios Westklinikum (2004: 1.500 Tsd. EUR, 2003: 1.675 Tsd. EUR, 2002: 1.483 Tsd. EUR); ab 2003 Einbeziehung der Ansätze für Versorgung (KRV)

¹⁰⁶ Ab Planwert 2003 treten besondere Abweichungen durch die erstmalige Veranschlagung des Kontenrahmens Versorgung auf.

Produktbereich: 05
Gesundheit und Verbraucherschutz

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 1: Leitungs- und Aufgabenunterstützung:				
Anteil Personalkosten Intendanz des Produktbereichs an Gesamtpersonalausgaben des Produktbereichs in %	4,83	4,81	4,76	5,27
Frauenquote in Führungspositionen in %	43	43	43	40
Krankenstand in %	6,50	6,50	6,50	7,70
P 2: Ressourcensteuerung:				
Abweichung Personalbudget in %	0	0	0	1,39
Bewirtschaftungskosten je Quadratmeter Büro-/ Labor - oder ähnliche Flächen in EUR	116,66	116,66	111,66	111,66
P 4: Koordinierung von Fachplanung, Ressortpolitik und EU-Angelegenheiten:				
Anteil der Arbeitspakete im Arbeitsprogramm des Produktbereichs, die einem einheitlichen Controllingverfahren unterliegen in %	100	-	-	-
Kontrakte des Produktbereichsverantwortlichen im Verhältnis zur Anzahl der zu steuernden Einheiten (Abteilungen) in %	100	100	-	-
Überregionale Planung und Koordinierung:				
Initiativanträge Hamburgs (Bundesrat, GMK inkl. AOLG, ASMK)	3	2	-	-
AG-Vorsitze Hamburgs (GMK inkl. AOLG)	2	3	-	-
Teilnahme Hamburgs an themenbezogenen AG's	10	6	-	-
EU-Angelegenheiten:				
Aufbereitung produktbereichsbezogener Themen oder Vorhaben im EU-Arbeitskreis des Produktbereichs	3	3	-	-

Produktgruppe 15: Öffentliche Gesundheit, Gesundheitsförderung, Gesundheitsschutz

Kapitel 8620/8660

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z1: Sicherung und Weiterentwicklung von Ausbildungsstandards in den Gesundheitsberufen, Erarbeitung ethischer Standards zur Anwendung neuer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden
Z2: Planung, Steuerung und Finanzierung bedarfsgerechter Versorgungsstrukturen in der Suchtkrankenhilfe
Z3: Informationsvermittlung im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung mit dem Ziel, eine breitere Öffentlichkeit zu orientieren und motivieren, aktiv an der Gestaltung und Umsetzung gesundheitsbezogener Aktivitäten mitzuwirken
Z4: Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention in allen gesellschaftlichen Bereichen (intersektoral) und Verbesserung der Kooperation und Vernetzung von Gesundheitsangeboten in allen Sozialsystemen (Stadtteilen, Bildungseinrichtungen, besonderen Zielgruppen)
Z5: Entwicklung und Steuerung sowie Steigerung der Effektivität von neugestalteten Leistungsangeboten der Bezirke im Öffentlichen Gesundheitsdienst
Z6: Sicherung der Rahmenbedingungen für eine arbeitsmedizinische Forschung auf hohem Niveau; Ausbau der einheitlichen Aufgabenwahrnehmung in Deutschland im Bereich der Schifffahrtsmedizin und der Schiffs- und Küstenhygiene
Produkte
P 1 Gesundheitsberufe, Ethik in der Medizin Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none"> Fortschreibung landesrechtlicher und Mitwirkung an bundesrechtlicher Normsetzung für die Berufe im Gesundheitswesen; Durchführung der gesetzlichen Aufgaben des Landesprüfungsamtes für Heilberufe, Aufsichtstätigkeit und Zulassungserteilung für akademische Heilberufe und Gesundheitsfachberufe, Ausübung der Rechtsaufsicht über die Heilberufekammern, Mitwirkung an der Entwicklung ethischer und rechtlicher Standards in der Biomedizin Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> Mitwirkung an der Novellierung der Bundesärzteordnung

- Mitwirkung an der Novellierung der Approbationsordnung der Zahnärzte
- Mitwirkung an der Novellierung des Embryonenschutzgesetzes bzw. an der Erarbeitung eines Fortpflanzungsmedizingesetzes
- Mitwirkung an der Erarbeitung eines Gentestgesetzes
- Mitwirkung an der Novellierung des Rettungsassistentengesetzes
- Erarbeitung eines Weiterbildungsgesetzes für die Gesundheitsfachberufe (einschl. Altenpflege)
- Umsetzung des Heilberufekammergesetzes
- Umsetzung der novellierten Approbationsordnung für Ärzte und Apotheker
- Umsetzung des novellierten Krankenpflegegesetzes und Begleitung des Hamburger Modells (Der Verband freigemeinnütziger Krankenhäuser in Hamburg e.V. plant die Gründung einer gemeinsamen Schule, die eine generalisierte Pflegeausbildung durchführen wird: Kranken-, Kinderkranken- und Altenpfleger/innen werden in einem dreijährigen Ausbildungsgang zu einem allgemeinen Krankenpflege-Examen und in einer halbjährigen Vertiefungsphase zu einem zusätzlichen Abschluss in der Kinderkranken- oder Altenpflege geführt. Die Modell-Ausbildung soll im Oktober 2003 beginnen)
- Weiterentwicklung der Beratungs- und Behandlungsangebote im Bereich der Familienplanung, insbesondere Ausweitung des Angebots zur Pränataldiagnostik und im Bereich der Prävention zur Minimierung von Minderjährigenschwangerschaften

P 2 Drogen und Sucht

Erläuterungen:

- Ausstiegsorientierte Reform und Weiterentwicklung der Hilfen für Suchtkranke, die bedarfsgerecht und zielgruppenspezifisch vorgehalten werden sollen

Schwerpunkte:

- Umsetzung der Ergebnisse der externen Evaluation des Hilfesystems
- Verbesserung des Zugangs zu Entgiftung, Behandlung und sozialintegrative Hilfen
- Verstärkung von Maßnahmen zur Früherkennung und Frühintervention bei Suchtkranken

P 3 Gesundheitsberichterstattung

Erläuterungen:

- Erfassung, Analyse, Beschreibung und Bewertung gesundheitlicher Parameter der hamburgischen Bevölkerung sowie gesundheitlicher Versorgungsstrukturen. Hieraus abgeleitet werden präventive, gesundheitsfördernde Projekte und Beratungsleistungen für die Allgemeinbevölkerung und für besondere Zielgruppen.

Schwerpunkte:

- Erfassung und Verbesserung der gesundheitlichen Lage insbesondere in sozial benachteiligten Stadtgebieten
- Erstellung von Berichten zur gesundheitlichen Lage der hamburgischen Bevölkerung - Bericht zur Früherkennung von frühkindlichen Gesundheitsproblemen, Behinderungen, Entwicklungsverzögerungen
- Entwicklung prioritärer Gesundheitsziele auf Grundlage der Berichte

P 4 Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheitsberatung

Erläuterungen:

- Koordinierung sowie (fachliche und finanzielle) Steuerung zielgruppenübergreifender und -spezifischer Maßnahmen und Projekte zur Gesundheitsberatung, Gesundheitsförderung und Prävention

Schwerpunkte:

- niedrigschwellig organisierte Angebote der Gesundheitsberatung (und ggf. Untersuchungen) für spezielle Zielgruppen, die durch sonstige Maßnahmen der Gesundheitsinformation, -aufklärung und -beratung nicht oder nur unzureichend erreicht werden
- Gesundheitsberatung chronisch Kranker und älterer Menschen durch Ratgeber (Patientenführer) und Aufbau eines Multiplikatorennetzes, das mit den Gesundheitslotsen kooperiert
- Planung, Erarbeitung und Umsetzung von Konzepten, die Problemfelder (hierzu gehören frühkindliche Gesundheitsprobleme, Übergewicht bei Kindern, sucht- bzw. verhaltensabhängige Krankheiten) der Gesundheitsberichterstattung aufgreifen
- Gesunde, soziale Stadt Hamburg: Aktivitäten für mehr Gesundheit - insbesondere Ernährung und Bewegung- in benachteiligten Stadtteilen; zusammen mit BBV, BBS sowie der HAG
- Verbesserung der Information der Allgemeinbevölkerung und von Entscheidungsträgern durch Veröffentlichung entsprechender Informationen über die gesundheitliche Lage und Gesundheitsversorgungsstrukturen im Internet
- Ermittlung frühkindlicher Gesundheitsprobleme und Förderung der Gesundheit von Säuglingen, Kindern und Jugendlichen
- Ein weiteres Schwerpunktthema ist die Erarbeitung des Landesrahmenprogramms „Gesunde Stadt Hamburg“. Im Landesrahmenprogramm soll aufgezeigt werden, auf welche Weise Ämter und Behörden Rahmenbedingungen und Projekte für die Verbesserung der gesundheitlichen Lage bereits fördern bzw. zukünftig fördern wollen.

<p>P 5 Öffentlicher Gesundheitsdienst, Internationale Beziehungen, Infektionsschutz, Hafenärztlicher Dienst</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die für alle Hamburger Bürgerinnen und Bürger vorgehaltenen Leistungen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes sind unter Berücksichtigung bevölkerungsmedizinischer Entwicklungen schwerpunktmäßig auf gesundheitlich und sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen gerichtet. Dies gilt gleichermaßen für Kinder und Jugendliche wie auch für alte Menschen. • Der Tätigkeit der Umwelt- und Gesundheitsämter weitgehend vergleichbar mit einem Schwerpunkt im hygienischen Bereich ist die Aufgabenwahrnehmung durch den Hafen- und Flughafenärztlichen Dienst. • Auf dem Gebiet des Infektionsschutzes stehen vor allem Maßnahmen des Impfschutzes und der Krankenhaushygiene im Vordergrund. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung bezirklicher Gesundheitskonferenzen • Schulärztlicher Dienst: Wiedereinführung von Schuleingangsuntersuchungen, Verstärkung präventiver und gesundheitsfördernder Aufgaben des Schulärztlichen Dienstes sowie Einführung neuer Untersuchungsinhalte • Ausbau von Maßnahmen zu Vollzug und Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes sowie Mitarbeit an der geplanten Novellierung des Gesetzes. • Entwicklung und Weiterentwicklung von Hygienestandards in der Krankenhaushygiene sowie die Förderung der Umsetzung insbesondere unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen (z. B. CJK/nCJK). • Vorsorgemaßnahmen gegen Bioterrorismus, Planungs- und Koordinierungsaufgaben. • Ausbau der internationalen Beziehungen der Freien und Hansestadt Hamburg mit dem Ziel der Intensivierung internationaler Kooperation auf dem Sektor Gesundheitsmarkt <p>P 6 Anwendungsbezogene Forschung auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin einschl. Schifffahrtsmedizin</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung der klinischen Arbeitsmedizin, Arbeitstoxikologie, Allergologie und Arbeitspsychologie im Zentralinstitut für Arbeitsmedizin • Weiterentwicklung und Koordinierung fachlicher Standards in der Schifffahrtsmedizin • Bearbeitung von Forschungsprojekten <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erforschung der psychosozialen Belastungen in verschiedenen Berufen • Molekulare Allergologieforschung • Betriebsepidemiologische Untersuchungen • Arbeitstoxikologische Analytik • Spezielle Diagnostik und Pathophysiologie des Berufsasthmas • Weiterentwicklung und Ausbau der norddeutschen Kooperation auf dem Gebiet der Schifffahrtsmedizin durch Integration des Arbeitskreises der Küstenländer für Schiffshygiene in den Verwaltungsausschuss Schifffahrtsmedizin durch ein Angebot an die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen für eine Beteiligung an dem Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schifffahrtsmedizin • Verbesserung von Seenotrettungsmitteln / Anwendung der Telemedizin

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.137	1.068	595	1.051
– Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.137	1.068	595	1.051
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	45.510	44.867	43.187	42.052
– Personalausgaben in Tsd. EUR ¹⁰⁷	9.127	8.983	7.847	7.799
– Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	36.383	35.884	35.340	34.253
– Zuwendungen in Tsd. EUR ¹⁰⁸	24.883	25.214	23.181	23.217
– Gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	15	15	15	0
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	475	129	143	1.058
Stellen	162,41	161,54	161,54	163,24

¹⁰⁷ Ab 2003 Einbeziehung der Ansätze für Versorgung (KRV)

¹⁰⁸ Absenkung der Zuwendungen 2003 um 800 Tsd. EUR auf 24.414 Tsd. EUR zur Konkretisierung der globalen Minderausgabe.

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ¹⁰⁹	782	790	800	795
– innerbehördlich in Tsd. EUR	645	655	682	678
– überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	137	135	118	117

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>	
Zwischen den einzelnen Produkten teilen sich in 2004 die Betriebsausgaben wie folgt ca. auf:	
P 1: Gesundheitsberufe, Medizinethik	12% ca. 5.837 Tsd. EUR
P 2: Drogen und Sucht (lfd. Zuwendungen in Höhe von 21,117 Mio. EUR)	54% ca. 24.631 Tsd. EUR
P 3: Gesundheitsberichterstattung	5% ca. 2.180 Tsd. EUR
P 4: Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheitsberatung	15% ca. 6.973 Tsd. EUR
P 5: Öffentlicher Gesundheitsdienst, Infektionsschutz, Hafenärztlicher Dienst (...)	7% ca. 3.078 Tsd. EUR
P 6: Anwendungsbezogene Forschung auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin einschl. Schifffahrtsmedizin	7% ca. 3.084 Tsd. EUR
Weitere Erläuterungen zu den Einzeltiteln siehe Kapitelerläuterungen Kapitel 8620 und 8660.	

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 1: Gesundheitsberufe, Ethik in der Medizin:				
Anzahl der Prüfungsteilnehmer und - teilnehmerinnen (akademische und nicht- akademische Gesundheitsberufe und Gesundheits- fachberufe, einschl. Heilpraktikerprüfungen)	4.650	4.650	4.645	4.638
Berufsentzugsverfahren, Neuzugänge (u.a. Approbationen)	30	20	18	43
Überprüfung der 230 Schwangerschaftskonfliktbera- tungsstellen bei ca. 7.000 Beratungen p.a. in %	100	100	100	95
Steuerungsgespräche mit den Trägern der institutionellen Schwangerschaftskonfliktberatung (Fallzahlentwicklung, Fachcontrolling)	12	12	12	11
Anerkennungsverfahren für die Erteilung der Er- laubnis zum Führen einer Berufsbezeichnung in den Gesundheitsfachberufen	100	100	-	97
Steuerungsgespräche mit den zz. 35 Trägern der Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen ¹¹⁰	15	15	-	8
P 2: Drogen und Sucht:				
1. Daten des ambulanten Hilfesystems				
erreichte Klienten (ca. Zahl) im Hilfesystem	11.000	9.200	9.500	11.707
Anzahl der ambulanten Kontakt-, Beratungs- und Behandlungsangebote	53	53	54	54
– davon Angebote im Bereich legale Drogen	15	14	14	15
– davon Angebote im Bereich illegale Drogen	27	32	33	29
– davon suchtmittelübergreifende Angebote	11	7	7	10
Anzahl der Drogenkonsumräume ¹¹¹	6	8	9	8

¹⁰⁹ Ab Planwert 2003 treten besondere Abweichungen durch die erstmalige Veranschlagung des Kontenrahmens Versorgung auf.

¹¹⁰ Aufgrund der Personalsituation konnten 2002 lediglich 8 Steuerungsgespräche geführt werden. Zur Wahrnehmung der Aufsichtsfunktion im Sinne einer Qualitätssicherung sind jedoch regelmäßige, mindestens alle zwei Jahre stattfindende Steuerungsgespräche mit allen Schulen anzustreben. Für 2003 ist eine Schulneugründung (Podologen) erfolgt. Die Umstrukturierung (die FREIEN) steht noch an.

¹¹¹ Die Differenz zwischen Plan 2003 und Plan 2004 ist mit der Schließung von 2 Drogenkonsumräumen (Drogenhilfe Eimsbüttel und droBill) zu erklären.

Produktbereich: 05
Gesundheit und Verbraucherschutz

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Anzahl der Drogenkonsumvorgänge ¹¹²	150.000	-	-	157.324
Anzahl der Plätze für ambulante Nachbetreuung	47	47	55	47
getauschte Spritzen in Drogenhilfeeinrichtungen ¹¹³	1.000.000	1.400.000	1.400.000	975.000
Mindestanzahl erfolgreicher Therapievermittlungen (Abstinenztherapien) ¹¹⁴	1.700	1.600	1.600	1.760
– davon Angebote im Bereich legale Drogen	400	450	700	404
– davon Angebote im Bereich illegale Drogen	600	750	500	675
– davon im suchtmittelübergreifenden Bereich	700	400	400	681
Anzahl psychosozialer Betreuungen (Fälle)	1.700	1.800	1.900	1.752
Mindestanzahl durchgeführter Beratungsprozesse	10.500	8.000	8.500	11.289
– davon Angebote im Bereich legale Drogen	2.500	2.500	3.900	2.656
– davon Angebote im Bereich illegale Drogen	3.000	3.500	3.200	3.711
– davon im suchtmittelübergreifenden Bereich	5.000	2.000	1.400	4.922
Mindestanzahl der sozialen Integration (Fälle) ¹¹⁵	2.500	2.500	1.750	2.566
– davon Angebote im Bereich legale Drogen	600	400	400	576
– davon Angebote im Bereich illegale Drogen	800	1.500	800	908
– davon im suchtmittelübergreifenden Bereich	1.100	600	550	1.082
Anzahl der Patienten im Heroinmodell	230	230	230	-
Anzahl der Patienten im Akupunkturmodell ¹¹⁶	100	-	-	191
2. Daten des stationären Hilfesystems				
Platzzahl für Vor- und Nachsorge- sowie Übergangseinrichtungen ¹¹⁷	268	280	280	259
Mindestanzahl durchgeführter stationärer Vor- und Nachsorgemaßnahmen (Angabe in Bewilligungen)	1.600	1.600	1.600	1.681
P 3: Gesundheitsberichterstattung:				
Säuglingssterblichkeit ¹¹⁸	65	70	-	-
Rate Säuglingssterblichkeit je 1.000 Lebendgeborene ¹¹⁹	4,20	4,40	-	-
Sterblichkeit an Lungenkrebs ¹²⁰	970	970	-	-
Rate Sterblichkeit an Lungenkrebs je 100 Tsd. Einwohner	57	57	-	-

¹¹² Bei der Kennzahl handelt es sich um eine neue Kennzahl für den Haushaltsplan 2004. Aufgrund dessen liegen lediglich die Ist-Zahl für 2002 sowie die Planzahl für 2004 vor.

¹¹³ Die Abweichung ist zum größten Teil durch Veränderung der Konsummuster sowie den in Drogenkonsumräumen zur Verfügung gestellten Spritzen zu erklären.

¹¹⁴ In Folge der Erhöhung der Anzahl der suchtmittelübergreifenden Einrichtungen im Vergleich zwischen Plan 2002 und Ist 2002 erfolgt eine Verschiebung/Erhöhung im suchtmittelübergreifenden Bereich hinsichtlich der Therapievermittlungen, durchgeführten Beratungsprozesse und der sozialen Integration.

¹¹⁵ Das Leistungssegment Suchtbegleitung wurde in soziale Integration umbenannt.

¹¹⁶ Bei der Kennzahl handelt es sich um eine neue Kennzahl für den Haushaltsplan 2004. Aufgrund dessen liegen lediglich die Ist-Zahl für 2002 sowie die Planzahl für 2004 vor. Vertraglich ist die Anzahl der Patienten auf 100 festgelegt.

¹¹⁷ Es wurden ausschließlich die über Pflegesatz nach § 93 BSHG finanzierten Plätze gezählt.

¹¹⁸ In 2003 neue Kennzahl, daher keine Planzahl für 2002

¹¹⁹ Vergleichszahlen 1999 gemäß der aktuellen zur Verfügung stehenden Daten der Gesundheitsberichterstattung des Bundes: Berlin - 4,4; Bremen - 3,1; Bund - 4,5

¹²⁰ In 2003 neue Kennzahl, daher keine Planzahl für 2002, Planzahl für 2003 geändert auf Grundlage der Ist-Ergebnisse für 2001 und unter Berücksichtigung derzeitiger Trends

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Herzinfarktsterblichkeit ¹²¹	1.150	1.150	-	-
Rate Herzinfarktsterblichkeit je 100 Tsd. Einwohner	67	67	-	-
Schlaganfallsterblichkeit ¹²²	1.400	1.400	-	-
Rate Schlaganfallsterblichkeit je 100 Tsd. Einwohner	82	82	-	-
P 4: Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheitsberatung:				
Eingegangene Verwendungsnachweise (Anzahl) ¹²³	17	22	21	17
Eingegangene Verwendungsnachweise (Volumen in Tsd. EUR)	4.065	4.718	5.566	4.795
Ärztliche Beratungen, Untersuchungen und Veranlassungen bei Behinderten und deren Angehörigen	5.700	5.700	5.600	5.736
Untersuchungen von Prostituierten	5.000	5.000	4.000	5.082
Persönliche und telefonische Aids-Beratungen ¹²⁴	6.000	6.500	6.500	6.907
Beratung der Gesundheitslotsen ¹²⁵	0	2.500	2.400	2.374
P 5: Öffentlicher Gesundheitsdienst, Internationale Beziehungen, Infektionsschutz, Hafenärztlicher Dienst:				
Anzahl der auf Basis der Seegesundheitserklärung überprüften und abgefertigten Schiffe ¹²⁶	4.000	4.000	3.520	2.665
Anzahl der ausgestellten Rattenatteste	400	450	450	332
Anzahl der ausgestellten Trinkwasseratteste	550	620	550	609
Anzahl der ausgestellten Trinkwasseratteste, davon Beanstandungen	-	-	-	169
Anzahl der ausgestellten Apothekenatteste	100	100	150	114
Anzahl der Kontrollen im Hafen und der Kontrollen des Umgangs mit Gefahrstoffen ¹²⁷	1.500	500	1.000	122
Anzahl der Kontrollen Flughafen (Ver- und Entsorgungsanlagen) ¹²⁸	100	-	-	-

¹²¹ In 2003 neue Kennzahl, daher keine Planzahl für 2002, Planzahl für 2003 geändert auf Grundlage der Ist-Ergebnisse für 2001 und unter Berücksichtigung derzeitiger Trends

¹²² In 2003 neue Kennzahl, daher keine Planzahl für 2002, Planzahl für 2003 geändert auf Grundlage der Ist-Ergebnisse für 2001 und unter Berücksichtigung derzeitiger Trends

¹²³ Weiterführende Angaben über das Verfahren bei der Vergabe von Zuwendungen werden der Bürgerschaft regelmäßig im Rahmen der Unterrichtung über den Haushaltsverlauf zur Verfügung gestellt.

¹²⁴ Die Kennzahl ist abhängig von der laufenden Umstrukturierung. Angestrebt sind in 2004 6.000 Beratungen.

¹²⁵ Die Einstellung der telefonischen Beratung zu Angeboten im Hamburgischen Gesundheitswesen wird zur Zeit geprüft.

¹²⁶ Nach Auskunft der Verkehrszentrale des Oberhafenamtes haben zwischen 01.01.02 und 02.12.02 12.250 Seeschiffe den Hamburger Hafen angelaufen. Mit 2.665 Schiffsabfertigungen wurde somit eine Quote von knapp 21 % erreicht. Die Anzahl von 4000 Begehungen auf Basis der Seegesundheitserklärung wird unter Berücksichtigung seuchenhygienischen Aspekte und der nationalen/internationalen Vorschriften als Mindestzahl für unbedingt erforderlich gehalten.

Im Jahr 2002 konnten aufgrund der angespannten Personalsituation nicht mehr Schiffsabfertigungen durchgeführt werden.

¹²⁷ Die erforderlichen Mehrkontrollen im Gefahrstoffbereich basieren auf einer Zunahme der Begasungsanmeldungen ab Oktober 2002 um 100 %. Bis dato wurden 3.000 Begasungen angezeigt. Zudem sind zur Überwachung der Anmeldungen, Deklarierungen und Sicherstellung erforderlicher Kontrollmessungen von einkommenden intransitbegasteten Containern nach Gefahrstoffverordnung/TRGS 512 zusätzliche Gefahrgutkontrollen auf den Schiffen erforderlich. Mit der Inbetriebnahme des neuen Containerterminals Altenwerder fällt eine zusätzliche Begasungseinrichtung in den Aufgabenbereich des HÄD.

Im Jahr 2002 konnten aufgrund der angespannten Personalsituation nicht mehr Kontrollen durchgeführt werden.

¹²⁸ Aktuelle Aufgaben und vermehrte Kontrollen ergeben sich durch hohe Beanstandungsraten hinsichtlich der Überwachung nach Trinkwasserverordnung auf Flugzeugen und entsprechenden Versorgungseinrichtungen am Flughafen. 2001 wurden auf dem Hamburg Airport 158.569 Flugbewegungen registriert (knapp 10 Millionen Fluggäste). Neue Kennzahlenermittlung ab Planjahr 2004.

Produktbereich: 05
Gesundheit und Verbraucherschutz

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Anzahl der Kontrollen Flugzeuge ¹²⁹	200	-	-	-
Anzahl der Kontrollen Hafenfahrzeuge ¹³⁰	600	-	-	-
Anzahl der Kontrollen Hafenanlagen ¹³¹	200	-	-	-
Anzahl der Kontrollen Binnenschiffe ¹³²	100	-	-	-
P 6: Anwendungsbezogene Forschung auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin einschl. Schifffahrtsmedizin:				
<i>Arbeitsmedizinische Forschung</i>				
Forschungsprojekte ¹³³	12	14	-	14
<i>Arbeitsmedizinische Diagnostik</i>				
Klinische Arbeitsmedizin	6.000	6.000	-	6.068
Klinisches Labor	200	200	-	194
Arbeitsmedizinisch-toxikologisches Labor	4.500	4.500	-	4.444
Physiologisch-psychologische Untersuchungen	200	200	-	112

¹²⁹ Aktuelle Aufgaben und vermehrte Kontrollen ergeben sich durch hohe Beanstandungsraten hinsichtlich der Überwachung nach Trinkwasserverordnung auf Flugzeugen und entsprechenden Versorgungseinrichtungen am Flughafen. 2001 wurden auf dem Hamburg Airport 158.569 Flugbewegungen registriert (knapp 10 Millionen Fluggästen).
 Neue Kennzahlenermittlung ab Planjahr 2004.

¹³⁰ Die Überwachung von Fahrzeugen mit Fäkal tanks entsprechend der Hafengesundheitsverordnung fällt in den Zuständigkeitsbereich des Hafen- und Flughafenärztlichen Dienstes. Die entsprechenden Kontrollen hinsichtlich der ordnungsgemäßen Entsorgung sollten auf mindestens 600 Hafenfahrzeugen nach aufgetretenen Unregelmäßigkeiten verstärkt vorgenommen werden.
 Grundlage für die Erhebungen ist die laufende Statistik des HÄD 2002, Angaben des Oberhafenamtes und Hamburg Airport.
 Neue Kennzahlenermittlung ab Planjahr 2004.

¹³¹ Neue Kennzahlenermittlung ab Planjahr 2004.

¹³² Neue Kennzahlenermittlung ab Planjahr 2004.

¹³³ Für 2004 sind bisher folgende 12 Forschungsprojekte vorgesehen bzw. werden weitergeführt:
 Betriebsepidemiologische Untersuchungen und Biomonitoring; Berufsasthma Diagnostik – Entwicklung; Spezifische Entzündungsparameter im Atemkondensat unter definierten inhalativen Belastungen; Charakterisierung krankheitsursächlicher Mehlallergene; Nasaless NO: Normwerte und Krankheitsspezifische Abweichungen; Exhaliertes NO: bei speziellen Berufsgruppen (Arbeitsplatzuntersuchungen); Gesundheitsgefährdende Wirkung von Dioxinen und Hexachlorcyclohexanen – Verlängerung des Follow-up der Boehringer Kohorte; Analytische Entwicklung im arbeitsmedizinischen Biomonitoring: Lösungsmittel CH₃Hg; Isocyanate bei Arsen- bzw. Tabakrauchbelastung; Psychomentele Belastung und Beanspruchung in verschiedenen Berufen und bei verschiedenen Tätigkeiten; Rettungsmittel für die Berufs- und Sportschifffahrt; Anwendung der Telemedizin in der Schifffahrt.

Produktgruppe 16: Gesundheitsversorgung und Krankenversicherungsschutz

Kapitel 8620

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z1: Dauer- und regelhafte Sicherung einer bedarfsgerechten Krankenhausversorgung der Hamburger Bevölkerung unter besonderer Berücksichtigung der Metropolenfunktion Hamburgs; Strukturanpassungen in der klinischen Psychiatrie</p> <p>Z2: Ziel der Länderfinanzierung ist es, die Krankenhäuser, die im Rahmen des Sicherstellungsauftrages für die stationäre Krankenhausversorgung Versorgungsaufträge übernommen haben, so zu fördern, dass sie ihren Versorgungsauftrag bedarfsgerecht, dem Stand der medizinischen Wissenschaft und Technik entsprechend, wirtschaftlich erfüllen können.</p> <p>Z3: Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an Behandlungsplätzen, um für den Vollzug der Maßregeln die gem. §§ 63 und 64 StGB angeordnete gerichtliche Unterbringung sowie Therapie vermindert schuldfähiger oder schuldunfähiger Straftäterinnen und Straftäter in dem erforderlichen Maße zu gewährleisten.</p> <p>Z4: Wahrung der Interessen Hamburgs bei der Reform der gesetzlichen Krankenversicherung mit dem Ziel, den Grundsatz einer solidarischen Absicherung des Risikos Krankheit weiterzuentwickeln und die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf eine wirtschaftliche und qualitative Leistungserbringung auszurichten. Zeitnahe Abarbeitung aller an die Fachabteilung herangetragenen Rechtsangelegenheiten.</p>
<i>Produkte</i>
<p>P 1 Versorgungsplanung</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Anpassung der Versorgungsplanung an die Strukturveränderungen infolge medizinischen Fortschritts, weiteren Ausbaus ambulanter Versorgungssysteme, Einführung integrierter Versorgungsformen sowie leistungsorientiertem, pauschalierendem Vergütungssystem für Krankenhausleistungen. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none">• Anpassung der Krankenhausplanung und ihrer methodischen Grundlagen nach der Einführung des DRG-Fallpauschalensystems/Fallpauschalengesetz zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung (ab 2003 als Option für die Krankenhäuser, verpflichtende DRG-Einführung für alle Krankenhäuser 01.01.2004.)• Weiterentwicklung der Not- und Unfallversorgung in Hamburg• Im Fachgebiet Psychiatrie wird die weitere Dezentralisierung des stationären Versorgungsangebots, der weitere Ausbau des teilstationären psychiatrischen Versorgungsangebots und die Weiterentwicklung der klinischen kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung unter Berücksichtigung des Prozesses der Umstrukturierung der außerklinischen Versorgung psychisch Kranker vorangetrieben. <p>P 2 Krankenhausinvestitionsförderung</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Im Rahmen der dualen Krankenhausfinanzierung (Krankenkassen und Länder) haben die Krankenhäuser, die in dem jeweils gültigen Krankenhausplan mit ihrem Versorgungsangebot aufgenommen sind, gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg einen Rechtsanspruch auf auskömmliche Investitionsförderung. Dies konkretisiert sich u.a. durch die Planung und Finanzierung von Maßnahmen zur Umsetzung von Strukturverbesserungen und zur Optimierung der Patientenversorgung. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none">• Verstetigung der für Krankenhausinvestitionen zur Verfügung gestellten Mittel zur Umsetzung weiterer notwendiger Strukturmaßnahmen in den Hamburger Krankenhäusern, z.B. im Marienkrankenhaus, im Asklepios Westklinikum Hamburg und zur weiteren Dezentralisierung der klinischen Psychiatrie.• Fortführung der begonnenen strukturellen Investitionsmaßnahmen, z.B. Neubau Klinikum Barmbek, Zwischenbau West im Altonaer Kinderkrankenhaus, Neustrukturierung des AK Eilbek, Neustrukturierung des Israelitischen Krankenhauses, Verbesserung der Patientenunterbringung im AK Altona und im Wilhelmsburger Krankenhaus Groß-Sand• Abschluss der Investitionsplanungen zum Diakonie-Klinikum Hamburg gGmbH• Optimierung der klinischen kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung• Weiterführung der Investitionsplanungen zur Neuordnung der Krankenhausversorgung im Hamburger Süden <p>P 3 Maßregelvollzug</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Kontinuierliche Anpassung und Optimierung des Maßregelvollzugs unter quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten unter besonderer Berücksichtigung der Sicherheit der Bevölkerung. Vor dem Hintergrund weiter steigender Zahlen im Maßregelvollzug bedarf es einer kontinuierlichen Anpassung und Optimierung des Maßregelvollzugs. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none">• Jährliche Entgeltverhandlungen zur Sicherstellung der laufenden Kosten des Maßregelvollzugs

Produktbereich: 05
Gesundheit und Verbraucherschutz

<p>P 4 Gesetzliche Krankenversicherung und Aufsichtsangelegenheiten, Krankenhausentgeltregelungen</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Effizienz und Effektivität der gesetzlichen Krankenversicherung durch die Mitwirkung an Bundes- und EU-rechtlicher Normsetzung und der Abstimmung mit den regionalen Akteuren in der Gesundheitsversorgung in Hamburg sowie durch die Aufsicht über die landesunmittelbaren Krankenkassen, deren Verbände und den Kassenärztlichen Vereinigungen. • Fortschreibung landesrechtlicher und Mitwirkung an bundesrechtlicher Normsetzung im Bereich Krankenhaus- und Krankenhausentgeltrecht sowie Erledigung von sonstigen Rechtsangelegenheiten wie Genehmigung von Krankenhausentgelten, Konzessionierung privater Krankenanstalten, Widerspruchs- und Prozessverfahren. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mitwirkung am weiteren Gesetzgebungsverfahren zum Risikostrukturausgleich • Weiterentwicklung bzw. Reform der gesetzlichen Krankenversicherung vor dem Hintergrund steigender Ausgaben und einer solidarischen Absicherung des Risikos Krankheit • Aufsicht und Beratung über die Gesetzmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Geschäftsbetriebes von landesunmittelbaren Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung • Novellierung des HmbKHG
--

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	878	878	878	828
– Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	878	878	878	828
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	21.459	16.324	14.991	15.387
– Personalausgaben in Tsd. EUR ¹³⁴	2.856	2.715	2.371	2.440
– Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	17.686	12.585	11.514	11.929
– Zuwendungen in Tsd. EUR ¹³⁵	0	615	750	743
– Gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	17.419	15	15	8
– Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	917	1.024	1.106	1.018
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	70.663	64.993	65.023	94.140
Stellen	52,44	54,06	54,06	51,48

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ¹³⁶	245	239	242	249
– innerbehördlich in Tsd. EUR	202	198	206	212
– überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	43	41	36	37

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>			
Zwischen den einzelnen Produkten teilen sich in 2004 die Betriebsausgaben wie folgt ca. auf:			
P 1	Versorgungsplanung	5%	ca. 963 Tsd. EUR
P 2	Krankenhausinvestitionsförderung	6%	ca. 1.139 Tsd. EUR
P 3	Maßregelvollzug	85%	ca. 18.465 Tsd. EUR
P 4	Gesetzliche Krankenversicherung und Aufsichtsangelegenheiten, Krankenhausentgeltregelungen	4%	ca. 892 Tsd. EUR
Weitere Erläuterungen zu den Einzeltiteln siehe Kapitel Erläuterungen Kapitel 8620.			

¹³⁴ Ab 2003 Einbeziehung der Ansätze für Versorgung (KRV)

¹³⁵ Absenkung der Zuwendungen 2003 um 200 Tsd. EUR auf 415 Tsd. EUR zur Konkretisierung der globalen Minderausgabe.

¹³⁶ Ab Planwert 2003 treten besondere Abweichungen durch die erstmalige Veranschlagung des Kontenrahmens Versorgung auf.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 1: Versorgungsplanung:				
Zahl der durch den Krankenhausbettennachweis vermittelten Betten	16.000	16.000	16.000	15.972
Krankenhausbetten (Planbetten) ¹³⁷	12.137	12.137	12.137	12.137
Plätze in teilstationären Einrichtungen ¹³⁸	743	743	743	647
Verweildauer in den somatischen Fächern in Tagen ¹³⁹	8,70	9	9,50	8,70
Verweildauer in der Psychiatrie in Tagen ¹³⁹	24	24,50	25	23,90
Durchschnittliche Bettenauslastung in den somatischen Fächern in % ¹³⁹	85	85	85	78
Durchschnittliche Bettenauslastung in den psychiatrischen Fächern in % ¹³⁹	89	88,50	87	89,10
Anteil der Bevölkerung, der durch dezentral sektoriert arbeitende Abteilungen psychiatrisch versorgt wird in % ¹⁴⁰	67	67	58	58
P 2: Krankenhausinvestitionsförderung:				
Krankenhausinvestitionsvolumen der Einzelförde- rung (Soll-Ansätze Haushaltspläne) in Tsd. EUR ¹⁴¹	43.000	33.000	32.694	59.391
Nach dem KHG zu fördernde Planbetten (einschl. teilstationärer Plätze) (lt. Krankenhausplan 2005) ¹⁴²	11.132	11.132	11.132	11.672
KHG-Mittel je Planbett nach KHG geförderte Krankenhäuser pro Jahr in EUR ¹⁴³	6.919	5.795	5.653	7.684
Aus Volumensgründen nicht finanzierbare Anträge im Bereich Krankenhausinvestitionsförderung (kumuliert): Anzahl ¹⁴⁴	-	65	70	56
Aus Volumensgründen nicht finanzierbare Anträge im Bereich Krankenhausinvestitionsförderung (kumuliert): Kosten in Tsd. EUR ¹⁴⁴	-	334.000	292.000	262.000

¹³⁷ Einschließlich UKE und BNI;

Die Werte in Plan 2004 bzw. Plan 2003 sind jeweils die im Krankenhausplan 2005 zum 31.12.02 festgelegten Zielzahlen. Das Erreichen der Zielzahl ist abhängig vom Zeitpunkt der Realisierung der im Rahmen des Krankenhausplans 2005 vorgesehenen strukturellen Maßnahmen sowie vom Ergebnis der Überprüfung der Zielaussagen des Krankenhausplans 2005 und seiner Planungsparameter in der Mitte der Planperiode des Krankenhausplans 2005 zur weiteren bedarfsgerechten Anpassung der vollstationären und teilstationären Kapazitäten in den Hamburger Krankenhäusern unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen und Rahmenbedingungen.

¹³⁸ Einschließlich UKE und BNI;

Die Werte in Plan 2004 bzw. Plan 2003 sind jeweils die im Krankenhausplan 2005 zum 31.12.02 festgelegten Zielzahlen. Das Erreichen der Zielzahl ist abhängig vom Zeitpunkt der Realisierung der im Rahmen des Krankenhausplans 2005 vorgesehenen strukturellen Maßnahmen sowie vom Ergebnis der Überprüfung der Zielaussagen des Krankenhausplans 2005 und seiner Planungsparameter in der Mitte der Planperiode des Krankenhausplans 2005 zur weiteren bedarfsgerechten Anpassung der vollstationären und teilstationären Kapazitäten in den Hamburger Krankenhäusern unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen und Rahmenbedingungen.

¹³⁹ Zum Ergebniswert 2002: Angaben auf Basis der Krankenhausstatistik bezogen auf Hamburger Planbetten in Krankenhäusern auf Hamburgischem Staatsgebiet.

¹⁴⁰ Die Werte in Plan 2003 und Plan 2004 stellen die Zielzahl zum 31.12.2005 dar.

¹⁴¹ Die Planwerte in 2003 und 2004 sind reduziert um die für den Neubau des Klinikum Barmbek vorgesehenen Anteile, die ab 2006 wieder bereitgestellt werden. Veränderung gegenüber Plan 2003 wegen Absenkung des Haushaltsansatzes für 2003.

¹⁴² Ohne UKE; Bundeswehr-Krankenhaus Hamburg, Berufsgenossenschaftliches Unfallkrankenhaus Hamburg; Die Planwerte 2003 und 2004 teilen sich jeweils auf in vollstationäre Behandlungsplätze: 10.498 und teilstationäre Behandlungsplätze: 634.

¹⁴³ KHG-Mittel je Planbett bezogen auf Einzelförderung; Pauschalförderung und Zins- und Tilgungsleistungen, d.h. Gesamt-KHG-Aufkommen. Bis 2001 bezog sich diese Kennzahl nur auf die Einzelförderung. Veränderung gegenüber 2003: aufgrund der Absenkung des Haushaltsansatzes für die Einzelförderung in 2003 verändert sich auch der Quotient KHG-Mittel je Planbett.

¹⁴⁴ Planwert für 2004 zz. noch nicht aufzeigbar.

Produktbereich: 05
Gesundheit und Verbraucherschutz

Produktbezogene Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 3: Maßregelvollzug:				
Berechnungstage §§ 63, 64 StGB (Maßregelvollzug) ¹⁴⁵	-	39.128	32.128	43.881
Tagessätze im Maßregelvollzug (die Werte für 2002 sind vorläufig, da die Vereinbarungen noch nicht abgeschlossen sind): § 63 StGB Haus 18 in EUR ¹⁴⁶	-	-	273,23	273,09
Tagessätze im Maßregelvollzug (die Werte für 2002 sind vorläufig, da die Vereinbarungen noch nicht abgeschlossen sind): § 64 StGB Haus 9 in EUR ¹⁴⁷	-	-	241,26	241,11
P 4: Gesetzliche Krankenversicherung und Aufsichtsangelegenheiten, Krankenhausentgeltregelungen:				
Zahl der externen Stellungnahmen und Informationen zu Praxis und Problemen in der gesetzlichen Krankenversicherung	150	150	-	145
Zahl der Rechtsprüfungen, Beratungsschreiben und Aufsichtsanordnungen im Bereich GKV	90	80	80	85
Zahl der bearbeiteten Eingaben, Petitionen, Dienstaufsichtsbeschwerden im Bereich GKV	150	160	160	140
Zahl der örtlichen Aufsichtsprüfungen im Bereich GKV	5	5	5	3
Erledigungsquote der an die Fachabteilung herangetragenen Rechtsangelegenheiten im Bereich Krankenhausentgeltregelungen (Ifd. Verfahren zzgl. Neueingänge durch Anzahl der Erledigungen) in %	90	90	90	95

¹⁴⁵ Gerichtlich angeordnete Unterbringung vermindert schuldfähiger oder schuldunfähiger Straftäter in einem psychiatrischen Krankenhaus (§ 63 StGB) oder einer Erziehungsanstalt (§ 64 StGB).

Der Ergebnis-Wert in 2002 wird auf Basis eines vorläufigen Jahresabschlusses ermittelt.

Zum Planwert 2003: Hochrechnung auf ein volles Jahr auf Basis der Behandlungstage des I. Quartals 2003 entsprechend der zwischen der Finanzbehörde und der Fachbehörde im Laufe der Haushaltsvereinbarung 1999 getroffenen Vereinbarung. Die vorliegenden tatsächlichen Belegungsdaten aus 2002 lassen einen deutlich höheren Planwert (voraussichtlich rd. 46.500 Berechnungstage) für das Jahr 2003 erwarten.

Der Planwert in 2004 ist zz. noch nicht aufzeigbar.

¹⁴⁶ Die Planwerte 2003 und 2004 sind zz. noch nicht aufzeigbar. Die Entgeltverhandlungen mit dem Klinikum Nord werden im Verlauf des 3. Quartals 2003 abgeschlossen werden.

¹⁴⁷ Die Planwerte 2003 und 2004 sind zz. noch nicht aufzeigbar. Die Entgeltverhandlungen mit dem Klinikum Nord werden im Verlauf des 3. Quartals 2003 abgeschlossen werden.

Produktgruppe 17: Verbraucherschutz (I) – Lebensmittelsicherheit, Veterinärwesen

Kapitel 8670

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z1: Weiterentwicklung der für die Produktgruppe einschlägigen landes- und bundesrechtlichen Bestimmungen unter besonderer Berücksichtigung der europarechtlichen Vorgaben; Umsetzung von produktgruppenbezogenen Handlungskonzepten (intersektoraler, präventiver Verbraucherschutz, Qualitätsmanagement); Entwicklung eines kohärenten, sektorübergreifenden Systems präventiven Verbraucherschutzes
Z2: Gewährleistung einer effektiven Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung auf der Grundlage eines ganzheitlichen Verständnisses der Erzeugungs-, Produktions- und Verarbeitungswege („from stable to table“)
Z3: Sicherstellung der Tierseuchenbekämpfung nach Maßgabe der sich aus den einschlägigen Rechtsvorschriften ergebenden Anforderungen
Z4: Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher durch fleischhygiene- und lebensmittelrechtliche Kontrollen am Fleischgroßmarkt
Z5: Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher durch fleischhygiene- und lebensmittelrechtliche Kontrollen durch das Veterinäramt Grenzdienst. Reaktion auf sich verändernde Warenströme im Hafen, schnelle, zügige und sichere Abfertigung der Container; Weiterentwicklung der Überwachungskonzepte durch das Veterinäramt Grenzdienst
Z6: Schutz der Tiere vor Schmerzen, Leiden oder Schäden
<i>Produkte</i>
P 1 Rechts- und Grundsatzangelegenheiten Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none">• Produktgruppenbezogene Steuerung in Grundsatz-, Querschnitts- und Rechtsangelegenheiten
P 2 Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none">• Modernisierung der Lebensmittelüberwachung unter Einbeziehung von Qualitätsmanagementmethoden und Weiterentwicklung der herkömmlichen Vollzugsinstrumente (Kontrolle und Beprobung) Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none">• stärkere Orientierung bei Inspektionen und Probenahmen am Bedarf und am Gefährdungspotenzial für die Verbraucherinnen und Verbraucher• Durchführung von Schwerpunktaktionen• Intensivierung der Überwachung von Drittlandimporten pflanzlicher Lebensmittel (z.B. Pistazien)
P 3 Tierseuchenbekämpfung Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none">• Abwehr und Bekämpfung von Tierseuchen unter besonderer Berücksichtigung von Infektionskrankheiten, die von Tieren auf Menschen übertragbar sind (Zoonosen) Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none">• Einbindung in das bundes- und EU-weite Krisenmanagement zur Bewältigung von Tierseuchen und der hierauf beruhenden Folgeprobleme• Sicherstellung einer schadlosen Tierkörperbeseitigung mit thermischer Verwertung
P 4 Veterinärdienst für Schlachtbetrieb und Fleischgroßmarkt Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none">• Schlachttier- und Fleischuntersuchungen sowie Überwachung der Betriebe auf dem Fleischgroßmarkt Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none">• Durchführung besonderer Maßnahmen zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor BSE
P 5 Veterinärdienst für grenzüberschreitenden Verkehr und Freihafen Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none">• Durchführung von Veterinärkontrollen bei der Einfuhr von Tieren und Erzeugnissen tierischer Herkunft sowie Untersuchungen bei der Einfuhr pflanzlicher Lebensmittel über den Hamburger Hafen und Flughafen bei Drittlandimporten. Veterinärrechtliche Freizonenüberwachung durch Kontrollen bei Transitsendungen und bei Ein- und Auslagerungen im Freihafen Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none">• Fortschreibung und Umsetzung des Konzeptes für Grenzkontrollstellen des Veterinärortes Grenzdienst
P 6 Tierschutz Erläuterungen: <ul style="list-style-type: none">• Koordinierung sämtlicher fachbehördlicher (Überwachungs-) Maßnahmen auf den Gebieten des Tierschutzes und der Tierhaltung Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none">• Einschränkung von Tierversuchen

Produktbereich: 05
Gesundheit und Verbraucherschutz

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.856	2.841	2.515	3.098
– Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	2.856	2.841	2.515	3.098
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	9.655	9.700	9.359	9.450
– Personalausgaben in Tsd. EUR ¹⁴⁸	7.810	7.572	6.610	6.669
– Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.845	2.128	2.749	2.781
– Zuwendungen in Tsd. EUR	616	606	595	595
– Gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	416	648	1.323	1.100
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	0	81	115	85
Stellen	140,18	137,81	137,81	140,75

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ¹⁴⁹	670	667	674	680
– innerbehördlich in Tsd. EUR	553	553	575	580
– überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	117	114	99	100

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>	
Zwischen den einzelnen Produkten teilen sich in 2004 die Betriebsausgaben wie folgt ca. auf:	
P 1 Rechts- und Grundsatzangelegenheiten	11% ca. 1.062 Tsd. EUR
P 2 Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung	11% ca. 1.062 Tsd. EUR
P 3 Tierseuchenbekämpfung	7% ca. 676 Tsd. EUR
P 4 Veterinärdienst für Schlachtbetrieb und Fleischgroßmarkt	16% ca. 1.545 Tsd. EUR
P 5 Veterinärdienst für grenzüberschreitenden Verkehr und Freihafen	45% ca. 4.345 Tsd. EUR
P 6 Tierschutz	10% ca. 965 Tsd. EUR
Weitere Erläuterungen zu den Einzeltiteln siehe Kapitel Erläuterungen Kapitel 8670	

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 1: Rechts- und Grundsatzangelegenheiten:				
Erfolgreiche Ordnungswidrigkeiten-, Widerspruchs- und Gerichtsverfahren ¹⁵⁰	40	23	20	21
Bußgeld-/Verwarngeldeinnahmen in EUR ¹⁵⁰	5.000	5.000	5.000	1.386
P 2: Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung:				
Anzahl gestellter Anträge auf Ausstellung von Exportzertifikaten (Verkehrsfähigkeitsbescheinigungen)	4.500	4.500	4.500	4.425
Exportzertifikate im Verhältnis zu gestellten Anträgen in %	100	100	100	100
Anzahl der Probenahmen (Lebensmittelproben) je 1000 Einwohner	5	5	5	5
Anzahl der zu überprüfenden Betriebseinheiten, die Tierarzneimittel handhaben	180	180	170	180
Durchgeführte Tierarzneimittelüberprüfungen im Verhältnis zur Gesamtzahl in % ¹⁵¹	50	55,56	50	21

¹⁴⁸ Ab 2003 Einbeziehung der Ansätze für Versorgung (KRV)

¹⁴⁹ Ab Planwert 2003 treten besondere Abweichungen durch die erstmalige Veranschlagung des Kontenrahmens Versorgung auf.

¹⁵⁰ Im Jahr 2002 konnten aufgrund von personellen Engpässen nicht alle anhängigen Verfahren abgearbeitet werden.

¹⁵¹ Zahl der zu überprüfenden tierärztl. Hausapotheken, „Tierheilpraktiker“, Tierarzneimittelhersteller und -großhändler, Futtermittel-mischbetriebe (sofern Arzneimittel zugemischt werden) sowie Wirkstoffhändler;
 Im Jahr 2002 konnte aufgrund der personellen Situation nicht die Anzahl der für 2002 prognostizierten Tierarzneimittelprüfungen durchgeführt werden. Die realistische Planzahl für 2003 ist 50.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 3: Tierseuchenbekämpfung:				
Zahl der erteilten tierseuchenrechtlichen Einfuhrgenehmigungen, Seuchenfreiheitsbescheinigungen, Zulassungen für die Speiseabfallentsorgung (Freihafen/Flughafen) ¹⁵²	280	380	280	270
P 4: Veterinärdienst für Schlachtbetrieb und Fleischgroßmarkt:				
Schlacht tier- und Fleischuntersuchungen ¹⁵³	3.500	4.000	4.500	3.040
Durchschnittliche Anzahl durchgeführter Hygiene- und Betriebskontrollen je zu überprüfende Betriebseinheit ¹⁵⁴	90	91	91	55
Anzahl der zu überprüfenden Betriebseinheiten bei Hygiene- und Betriebskontrollen ¹⁵⁵	102	110	110	102
Durchschnittliche Anzahl durchgeführter Kontrollen je vorhandenes Fleischtransportfahrzeug	1,50	1,48	1,48	1,20
Anzahl der Fleischtransportfahrzeugen	250	250	250	250
Kosten für Tierkörperbeseitigung in EUR ¹⁵⁶	280.000	173.000	83.341	444.127
P 5: Veterinärdienst für grenzüberschreitenden Verkehr und Freihafen:				
Gestellte Anträge zur Ein- und Durchfuhr	52.000	51.000	48.000	48.690
Ein- und Durchfuhrkontrollen im Verhältnis zu gestellten Anträgen in %	100	100	100	100
Gestellte Ausfuhranträge bei Transitsendungen ¹⁵⁷	1.100	1.100	1.000	2.000
Ausfuhrkontrollen bei Transitsendungen im Verhältnis zu gestellten Anträgen in %	100	100	100	100
Durchschnittliche Anzahl der durchgeführten Betriebsüberwachungen je im Freihafen zu überwachenden Betrieb / Einrichtung	4,50	4,60	4	4
Anzahl der im Freihafen zu überwachenden Betriebe und Einrichtungen ¹⁵⁸	60	65	65	60
Amtstierärztliche Bescheinigungen bei Aus- und Durchfuhr (Attestierungen)	1.200	1.200	1.200	1.188
Entwicklung der Gebühreneinnahmen in Tsd. EUR	2.368	2.349	2.107	2.293
P 6: Tierschutz:				
Anzahl der Anträge auf Genehmigung von Tierversuchen	80	80	80	76
Anzahl der als zulässig bestätigten anzeigepflichtigen Tierversuche ¹⁵⁹	300	265	230	300
Durchschnittliche Anzahl der durchgeführten Überprüfungen je Versuchstiereinrichtung	2	2	2	1,44
Anzahl der zu überprüfenden Versuchstiereinrichtungen ¹⁶⁰	23	23	16	21
Abholung und Transport sichergestellter und herrenloser lebender Tiere	2.300	2.300	2.300	1.648

¹⁵² Aufgrund des Ergebnisses von 2002 wäre die realistische Planzahl für 2003 280.

¹⁵³ Die Anzahl der Schlacht tier- und Fleischuntersuchungen schwankt aufgrund verschiedener Faktoren, z.B. Fleischverzehr, Warenströme.

¹⁵⁴ Die geringe Anzahl von Hygiene- und Betriebskontrollen in 2002 ist auf die angespannte personelle Situation zurückzuführen.

¹⁵⁵ Rückgang der Betriebseinheiten aufgrund von Schließungen von nicht wettbewerbsfähigen Betrieben oder Standortverlagerungen

¹⁵⁶ Kosten für die Abholung und unschädliche Beseitigung des Rohmaterials (Tierkörper, Tierkörper teile, verdorbene Lebensmittel) durch die Tierkörperbeseitigungsanstalt sind aufgrund von Preiserhöhungen und Zuwächsen bei der zu entsorgenden Menge erheblich gestiegen. In 2002 wurde abschließend über das Preisanhebungsbegehren entschieden, das die durchführende Firma im Dezember 2000 gestellt hatte. Daher musste rückwirkend ab Dezember 2000 eine Nachforderung in Höhe von 187.000 EUR gezahlt werden.

¹⁵⁷ Die Entwicklung der Transitsendungen ist (mit EU-Erweiterung) tendenziell rückläufig. Die Planzahl 2002 sollte diese Entwicklung bereits ausdrücken. Der erwartete Rückgang wird voraussichtlich aber erst ab 2003 bemerkbar sein.

¹⁵⁸ Die Zahl der im Freihafen zu überwachenden Betriebe und Einrichtungen entwickelt sich u.a. durch die Festlegung der neuen Grenzen des Freihafens eher negativ. Die Zahl 60 ist für das Planjahr 2003 realistisch.

¹⁵⁹ Zuzug von Versuchstiereinrichtungen aus dem Hamburger Umland in 2002. Daher Anpassung Plan 2004 an das Ergebnis 2002.

¹⁶⁰ Zuzug von Versuchstiereinrichtungen aus dem Hamburger Umland in 2002.

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z1: Weiterentwicklung der für die Produktgruppe einschlägigen landes- und bundesrechtlichen Bestimmungen unter besonderer Berücksichtigung der europarechtlichen Vorgaben; Umsetzung von produktgruppenbezogenen Handlungskonzepten (intersektoraler, präventiver Verbraucherschutz, Qualitätsmanagement); Entwicklung eines kohärenten, sektorübergreifenden Systems präventiven Verbraucherschutzes</p> <p>Z2: Allgemeiner Verbraucherschutz sowie Schutz vor Gefahrstoffen, Schutz der Patientinnen und Patienten im Medizinbetrieb durch Überwachung der Arzneimittelsicherheit und Bereitstellung sicherer, geeigneter und leistungsfähiger Medizinprodukte. Stärkung von Patientenrechten; Förderung der Entwicklung, Weiterentwicklung und Anwendung innovativer Produkte in der Medizin (-technik) und Telematik</p> <p>Z3: Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Verringerung gesundheitlicher Gefährdungen abhängig Beschäftigter und Dritter.</p> <p>Z4: Gewährleistung des Schutzes vor Gefahren durch unsichere Produkte, des Schutzes von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Dritter vor Gefahren durch Anlagen; Schutz von Patientinnen und Patienten sowie von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vor den schädlichen Auswirkungen von Strahlen (Verhinderung von gesundheitsschädlichen Strahlendosisleistungen)</p> <p>Z5: Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Gesundheitsförderung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hamburger Betrieben</p> <p>Z6: Prävention und Abwehr umweltbedingter Gesundheitsgefahren, Sicherung der Datenqualität im Hamburgischen Krebsregister</p>
<i>Produkte</i>
<p>P 1 Rechts- und Grundsatzangelegenheiten Erläuterungen: • Produktgruppenbezogene Steuerung in Grundsatz-, Querschnitts- und Rechtsangelegenheiten Schwerpunkte: • Koordination der länderübergreifenden Marktüberwachung</p> <p>P 2 Patientenschutz und Sicherheit in der Medizin, wirtschaftlicher und allgemeiner Verbraucherschutz Erläuterungen: • Die Einhaltung der Sicherheitsstandards bei der Produktion, dem Inverkehrbringen und dem Anwenden von Arzneimitteln, Wirkstoffen und Medizinprodukten wird durch Überprüfungen der jeweiligen Herstellungs- bzw. Vertriebsstufen und Marktkontrollen bei Medizinprodukten sichergestellt. Nach Chemikaliengesetz findet eine regelmäßige Kontrolle der Labore für nicht-klinische Prüfungen von Arzneimitteln, Gefahrstoffen und Pflanzenschutzmitteln statt. Schwerpunkte: • Zur Erhöhung der Qualität der gesundheitlichen Versorgung werden Patientinnen und Patienten im Leistungsgeschehen gestärkt sowie die Entwicklung und Anwendung innovativer medizinischer Produkte gefördert. • Förderung der Entwicklung und des Einsatzes von Telematikanwendungen</p> <p>P 3 Gewerbeaufsicht Erläuterungen: • Hinwirken auf die Einhaltung der den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und auf einzelnen Rechtsgebieten auch Dritten (u.a. Strahlenschutz, Sprengstoffrecht) obliegenden Pflichten auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes. Schwerpunkte: • Durchführung von Systemkontrollen in den für den Arbeits- und Gesundheitsschutz besonders bedeutsamen Betrieben. • Durchführung von branchenbezogenen Kooperationsprojekten mit z.B. Unfallversicherungsträgern, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen und weiteren Partnern zur Umsetzung einheitlicher Arbeits- und Gesundheitsschutzstandards in den Betrieben, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).</p> <p>P 4 Produktsicherheit, Anlagensicherheit und Strahlenschutz Erläuterungen: • Durchführung von Marktkontrollen durch Entnahme und sicherheitstechnische Überprüfung von Produkten, durch Begehung von Messen und Ausstellungen, durch Verfolgung von Warnmeldungen und durch Abarbeitung eigener Projekte. • Aufsichts- und Prüftätigkeit hinsichtlich Anlagen, die mit Rücksicht auf ihre Gefährlichkeit einer besonderen</p>

Überwachung bedürfen. Überwachung und Auswertung von Personendosimetern sowie Prüfung von Röntengeräten und umschlossenen Strahlern auf ihre Betriebssicherheit bzw. Dichtheit.

Schwerpunkte:

- Sachverständigenprüfungen bei überwachungsbedürftigen Anlagen
- Fortsetzung der Kooperation mit dem TÜV Nord mit dem Ziel der sukzessiven Aufgabenübertragung

P 5 Medizinischer Arbeitsschutz

Erläuterungen:

- Arbeitsmedizinische Beratung zur Prävention und Kompensation arbeitsbedingter Erkrankungen, Stellungnahmen und Gutachten zu Berufskrankheiten

Schwerpunkte:

- Bearbeitung aktueller arbeitsmedizinischer Themen (z.B. psychische Belastung, betriebliche Gesundheitsförderung, Präventionskonzepte)
- gefährdungsbezogene Projekte (berufsbedingte Allergien, Gefahrstoffe, muskuloskelettale Erkrankungen, Gesundheitsmanagement in kleinen und mittleren Unternehmen - KMU)

P 6 Gesundheitliche Bewertung von Umwelteinflüssen, Epidemiologie, Umweltmedizin, Hamburgisches Krebsregister

Erläuterungen:

- Erkennung und Bewertung gesundheitlicher Risiken durch Umwelteinflüsse (chemische und physikalische Noxen). Zur Erreichung bundeseinheitlicher Standards erfolgt die toxikologische Risikobewertung im Regelfall in Koordination zwischen Bund und Ländern. Die Bevölkerung wird über eine eigene Beratungsstelle in umweltmedizinischen Fragen beraten.

Schwerpunkte:

- Mitwirkung am bundesweiten Aktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit“ im Rahmen der Bund-Länder-Zusammenarbeit unter besonderer Berücksichtigung von Aktivitäten auf kommunaler Ebene.
- Durchführung gezielter epidemiologischer Untersuchungen und Analysen vorhandener Datenbestände.
- Durchführung verschiedener Vorhaben zum Brustkrebs sowie zur Expositionsabschätzung im Rahmen drittmittelgeförderter Projekte in Zusammenarbeit mit dem Universitätsklinikum Eppendorf.
- Die Ausgaben in Sachkostenbereich konzentrieren sich auf Maßnahmen zum Hamburgischen Krebsregister, auf umweltmedizinische Beratungen sowie die Durchführung von Untersuchungen zu Fragen des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes.

<i>Haushaltsdaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.915	3.838	5.441	3.811
– Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	2.915	3.838	5.441	3.811
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	18.857	18.747	17.043	15.861
– Personalausgaben in Tsd. EUR ¹⁶¹	16.159	16.321	14.247	13.798
– Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.698	2.426	2.796	2.063
– Gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR ¹⁶²	120	80	80	101
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	19	28	40	24
Stellen	290,05	294,86	294,86	291,23

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ¹⁶³	1.387	1.436	1.452	1.406
– innerbehördlich in Tsd. EUR	1.145	1.191	1.238	1.199
– überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	242	245	214	207

¹⁶¹ Ab 2003 Einbeziehung der Ansätze für Versorgung (KRV)

¹⁶² Absenkung der ges. Leistung 2003 um 38 Tsd. EUR auf 42. Tsd. EUR zur Konkretisierung der globalen Minderausgabe.

¹⁶³ Ab Planwert 2003 treten besondere Abweichungen durch die erstmalige Veranschlagung des Kontenrahmens Versorgung auf.

Produktbereich: 05
Gesundheit und Verbraucherschutz

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>			
Zwischen den einzelnen Produkten teilen sich in 2004 die Betriebsausgaben wie folgt ca. auf:			
P 1	Rechts- und Grundsatzangelegenheiten	12%	ca. 2.263 Tsd. EUR
P 2	allgemeiner Verbraucherschutz, Patientenschutz und Sicherheit in der Medizin	10%	ca. 1.886 Tsd. EUR
P 3	Gewerbeaufsicht	42%	ca. 7.920 Tsd. EUR
P 4	Produktsicherheit, Anlagensicherheit und Strahlenschutz	22%	ca. 4.148 Tsd. EUR
P 5	Medizinischer Arbeitsschutz	4%	ca. 754 Tsd. EUR
P 6	Gesundheitliche Bewertung von Umwelteinflüssen, Epidemiologie, Umweltmedizin, Hamburgisches Krebsregister	10%	ca. 1.886 Tsd. EUR
Weitere Erläuterungen zu den Einzeltiteln siehe Kapitel Erläuterungen Kapitel 8640.			

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 1: Rechts- und Grundsatzangelegenheiten:				
Begonnene Rechtsverfahren ¹⁶⁴	2.000	2.200	2.200	2.142
Erfolgreiche Ordnungswidrigkeiten-, Widerspruchs- und Gerichtsverfahren ¹⁶⁵	1.000	1.500	1.500	696
Bußgeld-/Verwargeldeinnahmen in EUR	140.000	128.000	171.283	119.973
P 2: Patientenschutz und Sicherheit in der Medizin, wirtschaftlicher und allgemeiner Verbraucherschutz:				
Anzahl risikoorientierter Überwachungen im Pharmabereich ¹⁶⁶	120	50	250	108
Anzahl der Überwachungen bei Herstellern, Inverkehrbringern, Betreibern und Anwendern von Medizinprodukten ¹⁶⁷	300	320	358	333
Anzahl finanziell geförderter Forschungsprojekte im Zusammenhang mit dem Zentrum für Biomechanik ¹⁶⁸	4	4	3	3
P 3: Gewerbeaufsicht:				
Anzahl der Aufsichtstätigkeit in Betrieben, auf Baustellen, Schiffen, Messen oder sonstigen Anlagen (Gesamtzahl von Betrieben, Baustellen, Schiffen, Messen oder sonstigen Anlagen: 130.000) ¹⁶⁹	6.500	7.000	7.500	7.146
Bearbeitete Anfragen/Anzeigen/Anträge auf dem Gebiet des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ¹⁷⁰	26.000	28.000	28.000	26.261
Bearbeitung von Anfragen/ Anzeigen/ Anträgen auf dem Gebiet des Arbeits- und Gesundheitsschutzes im Verhältnis zu den eingehenden Anträgen in %	100	100	100	100
Kooperationsprojekte ¹⁷¹	15	15	16	16

¹⁶⁴ Die Anzeigen und damit die Anzahl der Rechtsverfahren gehen tendenziell zurück. Die realistische Planzahl für 2003 lautet 2.000.

¹⁶⁵ Eine jahresbezogene Vergleichszahl ist aufgrund der über Jahre andauernden Verfahren nicht möglich.

Wegen Personalmangel wurden in 2002 eine hohe Anzahl von Rechtsverfahren unterhalb der Geringfügigkeitsgrenze eingestellt (ca. 800).

Die realistische Planzahl für 2003 lautet 1.000.

¹⁶⁶ Überwachung auf Basis von Aufträgen und Hinweisen.

Zur Planzahl 2003: Aufgrund der verbesserten Personalsituation wäre eine realistische Planzahl 120.

¹⁶⁷ Der Überwachungszeitraum wird für jeden Betrieb insb. aufgrund vorhergehender Überwachung entspr. der Einschätzung des Risikos bestimmt. Risikobetriebe werden 1x im Jahr überwacht, die anderen entsprechend ihrer Risikobewertung.

Zur Planzahl 2003: Für 2003 ist als neues Projekt die Überwachung von Medizinprodukten bei deren Herstellern geplant. Diese Überwachung ist zeitaufwendiger gegenüber dem Projekt 2002, das Anwender/Betreiber betraf.

¹⁶⁸ Für 2003 wurden nur Haushaltsmittel zur Förderung von 3 Forschungsprojekten bewilligt, deshalb wäre die richtige Kennzahl hier 3.

¹⁶⁹ Zum Planwert 2003/2004: Die Zahl der Aufsichtstätigkeiten in den Bereichen ist durch eine geänderte Aufgabenwahrnehmung (qualitativ höherwertig und dadurch aufwändiger), die Stellenbewirtschaftung und die Neuorganisation des Amtes G gesunken.

¹⁷⁰ Aufgrund des Ergebnisses 2002 ist die realistische Planzahl für 2004 26.000. Die Zahl der Eingänge von Anfragen / Anzeigen / Anträgen ist außengesteuert und daher nur schwer schätzbar.

¹⁷¹ Projekte zu Schwerpunktthemen in unterschiedlichen Branchen mit wechselnden Kooperationspartnern, z.B. Berufsgenossenschaften, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Krankenkassen, zur Umsetzung einheitlicher Arbeits- und Gesundheitsschutzstandards sowie deren Überprüfung in der Praxis. Die Projekte sind von unterschiedlicher Größe und Reichweite. Von daher Schwankungen der Zahl der geplanten Projekte.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
Anzahl von Regelbesichtigungen in Betrieben mit besonderem Gefährdungspotential für Beschäftigte (Gesamtzahl von Betrieben mit besonderem Gefährdungspotential für Beschäftigte in 2004: 385, in 2003: 385, in 2002: 400) ¹⁷²	250	250	300	306
Umschlagskontrollen im Hafen (Anzahl der Schiffsabfertigungen in 2004: 23.800, in 2003: 23.800, in 2002: 24.000)	500	500	500	496
P 4: Produktsicherheit, Anlagensicherheit und Strahlenschutz:				
Besichtigung für den technischen Verbraucherschutz relevanter Messen (Gesamtzahl der für den technischen Verbraucherschutz relevanten Messen: 26) ¹⁷³	20	18	14	20
Projekte (eigeninitiierte Marktüberwachungsprojekte zu verschiedenen Produktgruppen wie z.B. Leuchten, Steckernetzteile, Werkzeug, Kinderspielzeug)	3	3	2	4
Aufsichtstätigkeit an Anlagen ¹⁷⁴	1.500	1.200	-	-
Gesamtzahl an Anlagen (geschätzt) ¹⁷⁵	50.000	50.000	-	-
Anzahl der Sachverständigenprüfungen ¹⁷⁶	11.000	18.000	63.000	20.384
Quote fristgerecht durchgeführter Prüfungen in % ¹⁷⁷	92	98	98	85
Durchschnitt der Gebühreneinnahmen pro Prüfer und Jahr in Tsd. EUR ¹⁷⁸	110	110	110	105
Auswertung von Personendosimetern (Gesamtzahl von Personendosimetern in 2004 und 2003: 110.000, in 2002: 114.000) ¹⁷⁹	110.000	100.000	100.000	114.000
Prüfungen an Röntgengeräten und umschlossenen Strahlern (Gesamtzahl der zu prüfenden Röntgengeräte in 2004 und 2003: 400, in 2002: 570) ¹⁸⁰	400	550	550	507

¹⁷² Die Regelbesichtigungsvorgaben für diese Betriebe variieren zwischen 1-3 Jahren je nach Qualität des betrieblichen Arbeitsschutzmanagementsystems.

¹⁷³ Aufgrund des Ergebnisses für 2002 wäre die realistische Planzahl für 2003 20.

¹⁷⁴ Die Aufsichtstätigkeit an Anlagen muss in den nächsten Jahren intensiviert werden. Dies ergibt sich durch die neue Betriebssicherheitsverordnung, die zum Wegfall einiger Sachverständigenprüfungen geführt hat und ein Schwergewicht auf die Eigenverantwortung der Betreiber legt.

¹⁷⁵ Diese Kennzahl wurde erstmalig für 2003 aufgeführt, deshalb keine Angaben für 2002.

¹⁷⁶ Diese Zahl umfasst alle Prüfungen an überwachungsbedürftigen Anlagen (z.B. Aufzüge, Dampfkessel, Druckbehälter, Tankstellen, Tanklager), die Prüfungen an Röntgeneinrichtungen, an Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, an Hafenfahrzeugen und an Heizungsanlagen. Der Rückgang der Sachverständigenprüfungen ist durch die Reduzierung des Personals und durch die Aufgabenübertragung an den TÜV Nord e.V. bedingt.

Aufgrund der Reduzierung des Personals und durch die Aufgabenübertragung an den TÜV Nord e.V. ist die realistische Planzahl für 2003 14.500.

¹⁷⁷ Aufgrund des Ergebnisses für 2002 wäre die realistische Planzahl für 2003 90.

¹⁷⁸ Diese Zahl bezieht sich auf tatsächlich mit Prüfungen beschäftigte Sachverständige. Aufgrund des Ergebnisses in 2002 wäre die realistische Planzahl für 2003 105. Ab 2004 wird eine Steigerung erwartet, da die technischen Überwachungsorganisationen derzeit eine Anhebung der Gebühren (Kostenverordnung des Bundes) fordern, die Anfang 2004 wirksam werden soll.

¹⁷⁹ Aufgrund des Ergebnisses für 2002 wäre die realistische Planzahl für 2003 110.000.

¹⁸⁰ Die realistische Planzahl für 2003 müsste 400 lauten. Die Reduzierung der Planzahlen für 2003 ff. erfolgte aufgrund von Personalreduzierung und Aufgabe des Prüfmonopols in Hamburg.

Produktbereich: 05
Gesundheit und Verbraucherschutz

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ist 2002
P 5: Medizinischer Arbeitsschutz:				
Zahl der mit Zusammenhangsgutachten oder beratender Stellungnahme abgeschlossenen Berufskrankheitenverfahren ¹⁸¹	1.500	1.400	1.600	1.615
Kooperationsprojekte ¹⁸²	1	1	5	1
P 6: Gesundheitliche Bewertung von Umwelteinflüssen, Epidemiologie, Umweltmedizin, Hamburgisches Krebsregister:				
Anzahl umweltmedizinischer Beratungen	900	900	900	1.018
Meldebeteiligung: Anzahl von Meldungen über Neuerkrankungen an bösartigen Neubildungen an das Hamburgische Krebsregister	19.000	19.000	18.000	21.838
Verfahrensbeteiligungen zu Themen des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes	140	140	140	118

¹⁸¹ Zur Planzahl 2004: Aufgrund des Ergebnisses für 2002 – gegenüber 2001 wieder gestiegen – ist die realistische Zahl für 2003 1.500.

¹⁸² Projekte zu Schwerpunktthemen in unterschiedlichen Branchen mit wechselnden Kooperationspartnern, z.B. Berufsgenossenschaften, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Krankenkassen, zur Umsetzung einheitlicher Arbeits- und Gesundheitsschutzstandards sowie deren Überprüfung in der Praxis. Die Projekte sind von unterschiedlicher Größe und Reichweite. Von daher Schwankungen der Zahl der geplanten Projekte. Da auch aufgrund der globalen Minderausgabe eine Verbesserung der derzeitigen Personalsituation nicht absehbar ist, ist eine Planzahl von 1 auch für 2004 realistisch.

Abkürzungsverzeichnis für die Produktinformationen der Behörde für Umwelt und Gesundheit

AbfKlärV	Klärschlammverordnung (aus dem Abfallgesetz)
ACK	Amtschefkonferenz
AK	Allgemeines Krankenhaus
AöR	Anstalt öffentlichen Rechts
AOLG	Arbeitsgemeinschaft der obersten Landesgesundheitsbehörden
ARGE	Arbeitsgemeinschaft für die Reinhaltung der Elbe
ASYS	Abfallüberwachungssystem
ASMK	Arbeits- und Sozialministerkonferenz
BBodSchV	Bundesbodenschutzverordnung
BbodSchG	Bundesbodenschutzgesetz
BBS	Behörde für Bildung und Sport
BEIDS	Umweltinformationssystem für den Ostseeraum
Bfl	Behörde für Inneres
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BLAC	Bund-Länder-Arbeitskreis-Chemie
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BNI	Bernhard-Nocht-Institut
BSE	Bovine Spongiforme Enzephalopathie
BSF	Behörde für Soziales und Familie
BUG	Behörde für Umwelt und Gesundheit
BVT- Merkblätter	“Beste verfügbare Technik” (Merkblätter für Luft, Wasser und Boden)
CJK/nCJK	Creutzfeldt-Jakob-Krankheit / neue Variante von CJK
CR	Tschechische Republik
DIBt	Deutsches Institut für Bautechnik
DRG	Diagnosis Related Groups
EADS	European Aeronautic Defence and Space Company N.V.
EFÜ	Emissionsfernüberwachung
EG-IVU-Richtlinie	“Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung” (Richtlinie 96/61/EG des Rates über die ...)
EG-RiLi	Europäische Richtlinie
EIS	Einsatz-Informationen-System der Rufbereitschaft
FFH-Richtlinie	Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie
FIS	Fachinformations-System
FöJ	Freiwilliges ökologisches Jahr
FSC	Forest Stewardship Council
GA	Grünanlagen
GenTG	Gentechnologiegesetz
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GMK	Gesundheitsministerkonferenz
GVO	Gentechnisch veränderte Organismen
HABIS	Hamburger Boden-Informationssystem
HÄD	Hafenärztlicher Dienst
HAG	Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V.
HF	Hamburger Friedhöfe-Anstalt öffentlichen Rechts-
HI	Hygiene Institut (bis 31.12.2002 vgl. HU)
HmbAbwG	Hamburgisches Abwassergesetz
HmbKHG	Hamburgisches Krankenhausgesetz

HmbMVoIG	Hamburgisches Maßregelvollzugsgesetz
HmbNatSchG	Hamburgisches Naturschutzgesetz
HWaG	Hamburgisches Wassergesetz
HSE	Hamburger Stadtentwässerung-Anstalt öffentlichen Rechts-
HU	Institut für Hygiene und Umwelt (neu ab 1.1.2003)
HWW	Hamburger Wasserwerke
IGS	Internationale Gartenschau
IKSE	Internationale Kommission zum Schutz der Elbe
IuK	Information und Kommunikation
IT	Informationstechnik
IVU-Richtlinie	Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (Richtlinie 96/61/EG)
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KrW-/AbfG	Kreislaufwirtschaftsgesetz / Abfallgesetz
KWp	Spitzenleistung, Kilowatt-Peak
l/h	Durchlassmenge in Liter pro Stunde
LAI	Länderausschuss Immissionsschutz
LAWA	Länderausschuss Wasser
LIFE	EU-Umweltförderprogramm
LIT	Landesamt für Informationstechnik
LHO	Landeshaushaltsordnung
LSG	Landschaftsschutzgebiet
MARPOL	Organisation der Entsorgung von chemischen Abwässern bei Seeschiffen
MKS	Maul-und-Klauen-Seuche
MVA	Müllverbrennungsanlage
MW	Megawatt
MWh	Megawattstunde
NSG	Naturschutzgebiet
PAK	Polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe
PIUS	Produktintegrierter Umweltschutz
REK	Regionales Entwicklungskonzept
RESY	Rufbereitschafts- und Einsatzinformationssystem
SARS	Severe Acute Respiratory Syndrom (Akutes Atemwegs-Syndrom)
SAP	Internationale Softwarefirma
SOG	Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
SP	Spielplatz
SRH	Stadtreinigung Hamburg-Anstalt öffentlichen Rechts-
StGB	Strafgesetzbuch
StrVG	Strahlenschutzvorsorgegesetz
TA Luft	Technische Anweisung Luft
TKBA	Tierkörperbeseitigungsanstalt
TÜV	Technischer Überwachungsverein
UKE	Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
VAwS	Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen
VO	Verordnung
VOC-Emissionen	übersetzt: "flüchtige organische Bestandteile" bei Emissionen
WGST-Elbe	Wassergütestelle Elbe
WGMN	Wassergütemessnetz
WRRL	Wasserrahmenrichtlinie
WSG	Wasserschutzgebiet

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2004

Einzelplan 08.2

Behörde für Umwelt und Gesundheit

Anordnungsbefugt ist, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist:
Behörde für Umwelt und Gesundheit

Deckungskreise

Deckungskreis im Einzelplan 08.2

12 Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und
Geräten

14 Flächensanierung

15 Bauunterhaltung

16 Hochbauinvestitionen

40 Sach- und Fachausgaben (Kapitel 8620, 8660, 8670)

56 Informations- und Kommunikationstechnik

Deckungskreis im Kapitel 8620

17 Förderung von Krankenhäusern nach dem Krankenhaus-
finanzierungsgesetz (KHG)

Deckungskreis im Kapitel 8700

17 Allgemeine Betriebsausgaben für den Umweltschutz

Deckungskreis im Kapitel 8800

05 Betriebsmittel für Naturschutz und Landschafts-
pflege

06 Zuwendungen/Zuschüsse

07 Investitionen für Naturschutz und Landschafts-
pflege

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09		Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111	
Nr.	Bezeichnung	2004	2003	2004	2003
		1	2	3	4
8600	Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz	-	-	- G	- G
		- A	- A	112	128
8620	Amt für Gesundheit	-	-	398 G	424 G
		- A	- A	853	849
8640	Arbeitsschutz	-	-	2.839 G	3.744 G
		- A	- A	-	-
8650	Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin	-	-	- G	- G
		- A	- A	-	-
8660	Drogen und Sucht	-	-	- G	- G
		- A	- A	21	21
8670	Verbraucherschutz und Veterinärwesen	-	-	2.846 G	2.831 G
		- A	- A	10	10
8700	Umweltschutz	-	-	5.293 G	5.298 G
		- A	- A	110	109
8800	Naturschutz und Landschaftspflege	-	-	9 G	12 G
		- A	- A	852	848
8900	Immissionsschutz und Betriebe	-	-	2.633 G	2.517 G
		5.087 A	5.087 A	116.157	116.605
	Gesamteinnahmen 2004 / 2003	-	-	14.018 G	14.826 G
		5.087 A	5.087 A	118.115	118.570
	Gegenüber 2003 mehr (+) / weniger (-)	-		808-G	
		- A		455-	

Laufende Übertragungen 2		Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z)		Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38		Gesamteinnahmen		
2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	Kap. Nr.
5	6	7	8	9	10	11	12	
338	343	-	-	-	-	450	471	8600
		- Z	- Z					
1.938	2.047	-	-	-	-	3.189	3.320	8620
		- Z	- Z					
-	-	-	-	-	-	2.839	3.744	8640
		- Z	- Z					
5.896	5.822	-	-	-	-	8.248	8.174	8650
		2.352 Z	2.352 Z					
584	511	-	-	-	-	605	532	8660
		- Z	- Z					
-	-	-	-	-	-	2.856	2.841	8670
		- Z	- Z					
54	60	-	-	-	-	5.873	5.902	8700
		416 Z	435 Z					
1.007	1.009	-	-	-	-	1.868	1.869	8800
		- Z	- Z					
1.084	1.090	-	-	-	-	124.961	125.299	8900
		- Z	- Z					
10.901	10.882	-	-	-	-	150.889	152.152	Ges. einn.
		2.768 Z	2.787 Z					
19 +		-		-		1.263-		+/-
		19-Z						

Einzelplanübersicht - Ausgaben - (in Tsd. EUR)
(2. Zeile Verpflichtungsermächtigungen)

KAPITEL		Personalausgaben 4		Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66	
Nr.	Bezeichnung	2004	2003	2004	2003	2004	2003
		1	2	3	4	5	6
8600	Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz	17.943	17.925	3.039	3.256	1.743	1.789
		-	-	375	978	69	25
8620	Amt für Gesundheit	25.818	25.207	4.649	4.666	22.029	16.868
		-	-	166	166	520	520
8630	Institut für Hygiene und Umwelt	1.286-	1.370-	-	-	18.182	17.889
		-	-	-	-	-	98
8640	Arbeitsschutz	11.493	11.656	1.117	1.084	-	-
		-	-	-	-	-	-
8650	Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin	501	275	-	-	9.435	9.317
		-	-	-	-	-	-
8660	Drogen und Sucht	-	-	357	357	29.053	28.707
		-	-	-	-	1.000	1.000
8670	Verbraucherschutz und Veterinärwesen	4.741	4.695	713	818	2.290	1.236
		-	-	26	26	-	-
8700	Umweltschutz	12.809	12.419	26.055	27.112	35.130	33.582
		-	-	1.263	1.263	50	50
8800	Naturschutz und Landschaftspflege	4.695	7.319	18.197	16.359	3.489	3.450
		-	-	652	680	658	751
8900	Immissionsschutz und Betriebe	12.923	12.608	594	515	347	350
		-	-	365	283	167	160
	Gesamtausgaben 2004 / 2003	89.637	90.734	54.721	54.167	121.698	113.188
	Gegenüber 2003 mehr (+) / weniger (-)	1.097-		554 +		8.510 +	
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	2.847	3.396	2.464	2.604
	Gegenüber 2003 mehr (+) / weniger (-)	-		549-		140-	

Schuldendienst 56 - 58 und -hilfen (H) 62 , 66		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9		Gesamtausgaben ohne Investitionen		Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8		Gesamtausgaben		
2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
-	-	-	-	22.725	22.970	6.154	5.458	28.879	28.428	8600
-	-	-	-	444	1.003	670	1.162	1.114	2.165	
917	1.024	-	-	53.413	47.765	70.641	65.191	124.054	112.956	8620
-	-	-	-	686	686	150.000	150.000	150.686	150.686	
-	-	-	-	16.896	16.519	1.376	1.186	18.272	17.705	8630
-	-	-	-	-	98	-	460	-	558	
-	-	-	-	12.610	12.740	18	27	12.628	12.767	8640
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
-	-	-	-	9.936	9.592	4.611	4.611	14.547	14.203	8650
-	-	-	-	-	-	8.180	12.270	8.180	12.270	
-	-	-	-	29.410	29.064	850	-	30.260	29.064	8660
-	-	-	-	1.000	1.000	-	-	1.000	1.000	
-	-	-	-	7.744	6.749	-	15	7.744	6.764	8670
-	-	-	-	26	26	-	-	26	26	
-	-	-	-	73.994	73.113	22.480	23.431	96.474	96.544	8700
-	-	-	-	1.313	1.313	21.888	31.225	23.201	32.538	
-	-	-	-	26.381	27.128	12.062	14.325	38.443	41.453	8800
-	-	-	-	1.310	1.431	13.327	11.146	14.637	12.577	
-	-	-	-	13.864	13.473	10.669	11.158	24.533	24.631	8900
-	-	-	-	532	443	11.675	11.860	12.207	12.303	
-	-	-	-	266.973	259.113	33.742 B	37.741 B	395.834	384.515	Ges. Aus.
917 H	1.024 H					95.119	87.661			
-		-	-	7.860 +		3.999-B 7.458 +		11.319 +		+/-
-	-	-	-	5.311	6.000	35.972 B	46.186 B	211.051	224.123	Ges. VE
- H	- H					169.768	171.937			
-		-	-	689-		10.214-B		13.072-		+/-
- H						2.169--				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5

8600	Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz			
(012)	-----			
	EINNAHMEN			
119.01	Einnahmen aus der Weitergabe von Umweltinformationen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8600.547.20.	-	0	0
119.02	Einnahmen aus Veröffentlichungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8600.531.01.	-	0	2
119.56	Einnahmen aus dem Verkauf digitaler Programme u.a. Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8600.535.56.	-	0	0
119.92	Schadenersatzleistungen	9	13	4
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	-	0	0
119.98	Vermischte Einnahmen	15	18	15
124.20	Einnahmen aus der Vermietung von Flächen der Dienstgebäude der Behörde für Umwelt und Gesundheit Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8600.547.20 08.2.8700.547.01 08.2.8800.547.10 08.2.8900.547.01.	78	90	108
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	10	7	12
129.01	Einnahmen aus Werbung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8600.531.01. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	-	0	0
131.01	Erlöse aus der Veräußerung von ehemaligen Naturschutzflächen 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8600.821.01.	-	0	1
131.02	Erlöse aus der Veräußerung sonstigen Verwaltungsvermögens	-	0	0
231.01	Erstattungen für Zivildienstleistende vom Bund	7	13	7

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8600 -----				
261.01	Erstattung von Verwaltungskosten durch die Anstalten HSE, SRH, HF und LBK	255	254	219
281.02 (321)	Erstattung für Grunderwerb Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8600.821.01.		0	0
281.05	Erstattungen von Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung des freiwilligen ökologischen Jahres Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8600.547.05.	-	0	92
281.20	Erstattung des Landesamtes für Informationstechnik für Gebäudekosten des Dienstgebäudes Billstraße Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8600.547.20.	76	76	46 16 R
282.01 (331)	Spenden für den Umweltschutz Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8600.546.04.	-	0	0
	Gesamteinnahmen	450	471	505
	AUSGABEN			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	6.897	6.353	7.888
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	1-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	2
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	11.008	11.530	0
412.01	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw. 0 GB	38	42	7 7 R
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens 0 GB	-	0	0
461.01 (981)	Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 8.2 Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 75.00 % der Einnahmen bei 08.2.8620.111.07. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8620.282.78 08.2.8700.111.06. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8800.261.01. Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungsbundenen Personalausgaben im KR/NSM-Bereich des Einzelplans 8.2	-	0	0
511.86	Geschäftsbedarf einschließlich Vergabe von karten- und drucktechnischen Arbeiten, Zweckzuweisungen an die Bezirke	45	45	(41)

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8600 -----				
	Übertragbar			
519.04	Unterhaltung der Grundstücke u. baulichen Anlagen	409	351	389 31 R
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-15.			
525.91	Aus- und Fortbildung	44	59	44 22 R
	Übertragbar			
	0 GB			
526.50 (332)	Gutachten und Untersuchungen	350 375 VE	325 914 VE	533 682 R
	Übertragbar			
	0 GB			
526.81	Gutachten und Untersuchungen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	15	15	(21)
	Übertragbar			
531.01	Öffentlichkeitsarbeit	108	158	191 50 R
	Übertragbar			
	0 GB			
535.56	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8600.119.02 08.2.8600.129.01. Investitionsfolgekosten für IuK - Technik	502	505	517 16 R
	Übertragbar			
	0 GB			
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.2.8600.671.56. Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 08.2.8800.261.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8600.119.56.			
546.04 (332)	Verwendung zweckgebundener Spenden für den Umweltschutz	-	0	0
	Übertragbar			
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8600.282.01.			
547.03	Neukauf und Aktualisierung digitaler Karten	172	172 64 VE	132
	Übertragbar			
547.05	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung des freiwilligen ökologischen Jahres in Hamburg	96	70	154 18 R
	Übertragbar			
	0 GB			
547.09	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8600.281.05. Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Vorsitz Hamburgs in der Umweltministerkonferenz 2003		205	0 33 R
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)			
547.10	Förderung internationaler Zusammenarbeit auf den Feldern Umwelt und Gesundheit	15	20	35 1 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8600 -----				
	Übertragbar Zuwendungsanteil 10%			
547.20	Sächliche Verwaltungsausgaben - Verwaltung und allgemeiner Umweltschutz - Übertragbar	1.271	1.319	1.274 54 R
	0 GB Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.2.8600.124.20. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.2.8600.281.20. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8600.119.01.			
547.40	Förderung der Umweltbildung Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8600.547.40 08.2.8600.684.40 .	12	12	16
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar	432	432	250 17 R
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.2.8600.535.56.	1.053	1.129	807 52 R
681.86	Schadenersatzleistungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8600.681.86 08.2.8600.681.92 08.2.8700.681.86 .	23	23	(20)
681.92	Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden) Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8600.681.86 08.2.8600.681.92 08.2.8700.681.86 .	25 25 VE	47 25 VE	0 11 R
682.01 (433)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zu- ständigkeit im Kapitel 8600: Ergebnis Wert-GmbH	-	0	0
682.02 (433)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zu- ständigkeit im Kapitel 8600: Ergebnis GBS	-	0	0
682.04 (821)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zu- ständigkeit im Kapitel 8600: Dividende HEW (Weggefallener Ansatz)	-	0	0
682.05 (823)	Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zu- ständigkeit im Kapitel 8600: Bäderbetrieb HWW	-	0	0
684.01	Förderung von Maßnahmen der Umweltberatung u.a. Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8600.684.01 08.2.8600.684.02 .	71	69	69

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8600 -----				
684.02	Zuschuss an den Zukunftsrat Hamburg Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8600.684.01 08.2.8600.684.02 .	26	26	26
684.03	Förderung von Aktivitäten aus Anlass des zehnten Jahrestages der Weltkonferenz von Rio für Umwelt und Entwicklung Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%		0	25 5 R
684.04	Zuschuss zur Einrichtung des Generalsekretariats des Weltzukunftsrates in Hamburg Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	50	0	0
684.40	Zuschüsse für Betrieb und Unterhaltung des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8600.547.40 08.2.8600.684.40 .	44 44 VE	44	43
685.91	Mitgliedsbeiträge Übertragbar 0 GB	19	19	15 2 R
701.01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-16. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	350 100 VE	100 153 VE	176 367 R
812.01	Ersatz und Erweiterung der Kantineeinrichtung in der Billstraße Übertragbar	132	0	0
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.2.8600.812.56. 0 GB	-	0	86 61 R
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik in der Behörde für Umwelt und Gesundheit Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.2.8600.812.54. 0 GB	-	0	1.124 114-R
821.01	Grunderwerb für Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der	570 570 VE	570 570 VE	1.256 51 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8600 -----				
	Einnahmen bei 08.2.8600.131.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8600.281.02.			
823.01	Jahresleistungsrate für das Verwaltungsgebäude Billstraße Übertragbar	5.052	4.738 439 VE	4.977 839 R
893.01	Rückstellung für Freibäder Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	50	50	76 13 R
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	28.879 1.114 VE	28.428 2.165 VE	20.111 2.219 R
8620	Amt für Gesundheit			
(314)	EINNAHMEN			
111.01	Verwaltungsgebühren 0 GB	270	306	296
111.02	Überprüfungs- und Erlaubnisgebühren 0 GB	90	80	99
111.03	Gebühren für die Inspektion von Betrieben nach dem Arzneimittelgesetz Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8620.534.07.	-	0	0
111.04	Gebühreneinnahmen aus der Zulassung von Trink- wasseruntersuchungsstellen (Weggefallener Ansatz) 0 GB		0	0
111.05	Gebühreneinnahmen für die Untersuchung von Arzneimittel- und Wirkstoffproben Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8620.632.02.	-	0	2
111.06	Gebühreneinnahmen für GLP-Überprüfungen (Grund- sätze der Guten Laborpraxis) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8620.632.04.	-	0	17
111.07	Einnahmen im Zusammenhang mit der Überwachung der GMP-gerechten Wirkstoffherstellung in Drittländern 75.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8600.461.01.	-	0	0
111.11	Untersuchungsgebühren 0 GB	7	7	5

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8620 -----				
111.15 (312)	Gebühren der Schutzimpfungen für Auslandsreisen 0 GB	31	31	23
111.16	Lehrgangs-, Vorlesungs- und Seminargebühren sonstiger Einrichtungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8620.525.61.	-	0	0
112.41	Bußgelder	2	2	0
119.01	Honorarabgaben der Ärzte u. dgl.	55	51	55
119.04	Einnahmen aus der Durchführung von medizinischen Kursen für Schiffsoffiziere Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8620.429.76 08.2.8620.534.76 08.2.8620.812.76.	-	0	73
119.05	Einnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung von Workshops und Fachkonferenzen in den Bereichen Versorgungsplanung u. Qualität im Gesundheitswesen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8620.534.15.	-	0	0
119.06	Einnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung von freiwilligen Schutzimpfungen	-	0	0
119.07	Einnahmen für die Durchführung von Veranstal- tungen, Kursen u.a. für das ZfA Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8620.534.10.	-	0	2
119.21	Seminargebühren der AIDS-Beratungsstelle Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8620.525.02.	-	0	1
119.93	Ersatzvornahmen	-	0	0
119.94	Rückzahlung nicht verbrauchter Zuschüsse 0 GB	-	0	12
119.98	Vermischte Einnahmen	8	8	0
124.01	Mieten und Pachten für Gebäude und Grundstücke im Krankenhausbereich Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8620.893.79.	717	717	826
124.91 (311)	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken 0 GB	66	66	65
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	-	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8620 -----				
182.01	Darlehensrückzahlung der Norddeutschen Gesellschaft für Diakonie e.V	5	5	5
	0 GB			
231.74	Einnahmen für Vorhaben aus dem Nationalen Aktionsplan "Umwelt und Gesundheit" Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8620.429.74 08.2.8620.534.74.	-	0	0
232.02	Einnahmen aus Zahlungen anderer Bundesländer im Rahmen d. Finanzierungsbeteiligung für ein Behand- lungszentrum am BNI Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8620.893.79.	-	0	0
232.75	Zuweisungen der Länder Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein für die Abteilung Schifffahrtsmedizin	153	153	153
233.01 (018)	Erstattungen des Landkreises Uelzen für Versorgung	-	0	0
233.02	Zuweisungen der BBS im Zusammenhang mit dem Pro- jekt "Neue Aufgaben des Schulärztlichen Dienstes" Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8620.547.01.	-	0	0
236.02	Erstattungen der Sozialversicherungsträger gem § 274 (2) SGB V	161	161	75
	0 GB			
261.01	Erstattungen des Zentrums für Medizintechnik für Vergütungen		0	0
261.02	Entschädigung für abgeordnete oder beurlaubte Ver- waltungsangehörige	54	30	0
261.03 (312)	Erstattungen der DRK- und Freimaurer Krankenhaus, Hamburg-Rissen,GmbH für Vergütungen	1.450	1.572	2.536
261.04	Erstattungen der DRK- und Freimaurer-Krankenhaus, Hamburg-Rissen,GmbH für Versorgung	120	131	217
282.02	Einnahmen nach der Ausbildungsstätten-Ausgleichs- verordnung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8620.685.02.	-	0	0
282.75	Zuweisungen Dritter zur Forschungsförderung der Abteilung "Schifffahrtsmedizin" Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8620.429.75 08.2.8620.537.75 08.2.8620.812.75.	-	0	8
282.78	Zuschüsse Dritter zur Förderung der Krebs- registrierung in Hamburg Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8600.461.01 08.2.8620.534.78.	-	0	3
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen	-	0	39

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8620 -----				
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8620.546.91.			
342.02	Zuschüsse aus dem Sondervermögen Ausgleichsabgabe	-	0	17
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8620.812.03.			
	Gesamteinnahmen	3.189	3.320	4.532
	AUSGABEN			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	17.389	16.272	16.887
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	9-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	6
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	6.887	7.218	0
425.01	Vergütung der an das DRK- und Freimaurerkranken- haus, Hamburg-Rissen, GmbH abgeordneten Angestellten	1.300	1.425	1.307
	Übertragbar			
	Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8620.425.01 08.2.8620.426.01 .			0 GB
426.01	Löhne der an das DRK- und Freimaurerkrankenhaus, Hamburg-Rissen, GmbH abgeordneten Arbeiter	200	250	176
	Übertragbar			
	Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8620.425.01 08.2.8620.426.01 .			0 GB
459.95 (012)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	-	0	0
	Übertragbar			
	Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8620.425.01 08.2.8620.426.01 .			0 GB
525.02	Durchführung von Seminaren u.ä bei der AIDS-Beratungsstelle	-	0	4 1 R
	Übertragbar			
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8620.119.21.			
534.07	Inspektionen von Betrieben nach dem Arzneimittelgesetz	-	0	0
	Übertragbar			
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8620.111.03.			
534.10	Sachausgaben für die Durchführung von Veran- staltungen, Kursen u.a. für das ZfA	-	0	0 1 R
	Übertragbar			
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8620.119.07.			
534.15	Ausgaben für die Durchführung von Workshops und Fachkonferenzen im Zusammenhang mit der Versor- gungsplanung u. der Qualität im Gesundheitswesen	8	8	7 24 R
	Übertragbar			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8620 -----				
	bei 08.2.8620.119.05.			
534.26	Global veranschlagte Mehrausgaben für ein Projekt zur Evaluation des Öffentlichen Gesundheitswesens in der Tschech. Republik, Ungarn, Polen, etc Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0
534.81	Gesundheitsschutz, Rahmenzuweisung an die Bezirke Übertragbar Zuwendungsanteil 28% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-40.	351	351	(332)
534.86	Festgelegte Aufgaben im Gesundheitsbereich, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-40.	10	10	(7)
535.56	Laufender Sachaufwand im Zusammenhang mit der IuK-Technik Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-56.	336	254	340
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8620.282.91.	-	0	37 45 R
547.01	Sachaufwendungen im Zusammenhang mit dem Projekt Neue Aufgaben des Schulärztlichen Dienstes Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8620.233.02.	23	23	0 23 R
632.01	Erstattungen an die Giftinformationszentrale in Niedersachsen Übertragbar	99	99	98 2 R
632.02	Erstattungen an die Arzneimitteluntersuchungs- stelle in Bremen Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8620.111.05.	-	121	151 48 R
632.03	Erstattungen an das Norddeutsche Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege Übertragbar	20	20	20 2 R
632.04	Erstattungen für Leistungen der Länder im Zu- sammenhang mit GLP-Überprüfungen (Grundsätze der Guten Laborpraxis) Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8620.111.06.	-	0	6 36 R
663.01	Zins- und Tilgungszuschüsse bei nichtstaatlichen Krankenhäusern Übertragbar	917	1.024	1.018 240 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8620 -----				
671.01	Erstattungen für Leistungen der Umweltbehörde (Weggefallener Ansatz)		0	0
681.86	Gesetzliche Aufgaben im Gesundheitsbereich; Zweck- zuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-40.	15	15	(8)
682.01	Betriebskostenzuschuss Notfallambulanz St.Pauli Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%		0	0 513 R
682.02	Zuweisung an Dritte für den Maßregelvollzug Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.2.8620.682.04.	17.404 482 VE	11.874 482 VE	10.921
682.03	Zuschüsse an den Landesbetrieb Krankenhäuser Ham- burg -Anstalt öffentlichen Rechts- für die Zentralambulanz für Betrunkene (ZAB) Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%		415	743 86 R
682.04	Zuschüsse an den Landesbetrieb Krankenhäuser Ham- burg -Anstalt öffentlichen Rechts- für den Betrieb der Massageschule im AK Eilbek Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.2.8620.682.02.	110	108	120 7 R
682.05	Zuschüsse an den Landesbetrieb Krankenhäuser Ham- burg -Anstalt öffentlichen Rechts- für das Schwer- behindertenprogramm Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	-	0	406
684.04	Humanitäre Hilfe zugunsten der durch Blutprodukte HIV-infizierten Menschen Übertragbar	68	0	0
685.01	Zuschüsse aufgrund von Länderabkommen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zu Lasten Z61	249	249	240 36 R
685.02	Ausgaben nach der Ausbildungsstätten-Ausgleichs- verordnung Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8620.282.02.	-	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8620 -----				
	Titelgruppe(n) -----			
Z61	Sach- und Fachausgaben im Öffentlichen Gesundheitswesen			

511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände	410	415	440 41 R
	Übertragbar			
	0 GB			
	Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 685.01			
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl	130	130	116 35 R
	Übertragbar			
	0 GB			
	Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 685.01			
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke	542	597	410 151 R
	Übertragbar			
	0 GB			
	Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 685.01			
518.61	Mieten und Pachten	1.833	1.833	1.106 91 R
	Übertragbar			
	0 GB			
	Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 685.01			
519.61	Unterhaltung der Grundstücke	123	175	113 156 R
	Übertragbar			
	0 GB			
	Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 685.01			
525.61	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung	72	72	48 32 R
	Übertragbar			
	0 GB			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8620.111.16.			
	Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 685.01			
526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	42	42	67 44 R
	Übertragbar			
	Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 685.01			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8620 -----				
527.61	Dienstreisen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 685.01	60	65	49 44 R
531.61	Veröffentlichungen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 685.01	23	23	17 31 R
534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 685.01	385 51 VE	385 51 VE	363 127 R
681.61	Freibettenregelung nach der Kellinghusenstiftung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 685.01	-	2	0 4 R
	Summen für Z61	3.620 51 VE	3.739 51 VE	2.728 755 R
Z71	Gesundheitsförderung und Programm zur Bekämpfung von AIDS -----			
427.71	Honorarmittel Übertragbar	42	42	65
511.71	Geschäftsbedarf Übertragbar	10	10	9 4 R
514.71	Ärztlicher und wissenschaftlicher Bedarf Übertragbar	28	28	11 21 R
525.71	Aus- und Fortbildung Übertragbar	4	4	2 4 R
526.71	Sachverständigen- und ähnliche Kosten Übertragbar	3	3	0 7 R
534.71	Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention Übertragbar	190	190	179 2 R
	0 GB			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8620 -----				
535.71	Betriebskostenerstattung an das AK St.Georg Übertragbar	43	43	41 3 R
684.71	Zuschüsse an Vereine, Institute u. dgl. zur Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Summen für Z71	4.034 4.354	3.948 4.268	3.786 49 R 4.093 92 R
Z72	Umweltmedizinische Beratungen und epidemiologische Untersuchungen -----			
427.72	Honorarmittel Übertragbar	-	0	0
511.72	Geschäftsbedarf Übertragbar	1	0	0 6 R
514.72	Ärztlicher und wissenschaftlicher Bedarf Übertragbar	3	3	5
518.72	Mieten und Pachten Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0 1 R
531.72	Öffentlichkeitsarbeit der umweltmedizinischen Beratungsstelle Übertragbar	6	0	9 23 R
534.72	Anlassbezogene umweltmedizinische Untersuchungen (Fremdvergabe) Übertragbar	13 115 VE	2 115 VE	9 17 R
535.72	Sonstige sächliche Ausgaben Übertragbar	-	0	1 1 R
683.72	Umweltepidemiologische Untersuchungen und Risiko- abschätzungen Übertragbar Summen für Z72	30 38 VE 53 153 VE	17 38 VE 22 153 VE	39 30 R 63 77 R
Z74	Durchführung des Vorhaben im Rahmen des Nationalen Aktionsplans "Umwelt und Gesundheit" -----			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8620 -----				
429.74	Personalausgaben Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8620.231.74.	-	0	0
534.74	Sachausgaben Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8620.231.74. Summen für Z74	-	0	0
Z75	Schifffahrtsmedizin -----			
429.75	Personalausgaben der Abteilung Schifffahrtsmedizin Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8620.282.75.	-	0	0 29 R
537.75	Sonstige Ausgaben der Abteilung Schifffahrtsmedizin Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8620.282.75. Summen für Z75	-	0	0 31 R
Z76	Durchführung von medizinischen Kursen für Schiffahrtsoffiziere -----			
429.76	Personalkosten Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8620.119.04.	-	0	20 50 R
534.76	Sachkosten Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8620.119.04. Summen für Z76	-	0	21 67 R
Z77	Abwicklung der Begleitforschung des HPHC im Zusammenhang mit dem Bau der 4. Elbtunnelröhre -----			
534.77	Sachausgaben Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8620 -----				
	Summen für Z77	0	0	0
Z78	Förderung der Krebsregistrierung in Hamburg -----			
534.78	Sachausgaben Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8620.282.78. Summen für Z78		0	3
701.25	Kleinere Baumaßnahmen im Bereich des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz Übertragbar	373	66	0
812.01	Beschaffung größerer ärztlicher und wissenschaftlicher Geräte Übertragbar	28	65	7 27 R
812.03	Einrichtung von Arbeitsplätzen aus den Mitteln des Sondervermögens Ausgleichsabgabe Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8620.342.02.	8	8	0 57 R
812.04	Beschaffung größerer wissenschaftlicher Apparaturen, Geräte und dgl. für das Zentralinstitut für Arbeitsmedizin Übertragbar	70	60	52 62 R
812.75	Beschaffung größerer Geräte für die Abteilung Schifffahrtsmedizin aus Zuweisungen Dritter Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8620.282.75.	-	0	0
812.76	Beschaffung größerer Geräte für die Durchführung von medizinischen Kursen für Schiffsoffiziere Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8620.119.04.	-	0	0
812.86	Beschaffung größerer Geräte, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar	-	0	(56) 7R
891.10	Zuweisungen an den Wirtschaftsplan Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg für substanzerhaltende und heizenergie- sowie wassersparende Maßnahmen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0
893.01	Ambulante geriatrische Rehabilitationseinrichtung am Albertinen-Krankenhaus Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	291 15 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8620 -----				
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8620-17 .			
893.05	Ausbau der Einrichtung des Maßregelvollzuges gem §§ 63, 64 StGB am Klinikum Nord - Betriebsteil Ochsenzoll Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%		1.502	5.182 900-R
893.06	Investitionsausgaben für eine Interimsmaßnahme für den Vollzug der Maßregel gemäß § 64 StGB bei Abhängigen illegaler Drogen Übertragbar		0	0
893.07	Zusätzliche Sicherungsmaßnahmen an den Maßregelvollzugseinrichtungen im Klinikum Nord - Betriebsteil Ochsenzoll - Übertragbar	350	0	0
893.62	Fördermittel nach § 22 HmbKHG für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter für Krankenhäuser Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8620-17 .	30.662	30.490	29.276 16 R
893.79	Fördermittel nach §§ 21, 23, 24 und 27 HmbKHG für Krankenhäuser Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8620-17 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.2.8620.124.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8620.232.02.	39.150 150.000 VE	33.000 150.000 VE	59.391 21.941 R
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	124.054 150.686 VE	112.956 150.686 VE	133.607 23.390 R
8630	Institut für Hygiene und Umwelt -----			
(314)	AUSGABEN			
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	1.286-	1.370-	0
534.09	Sonstige Ausgaben Forschungsauftrag für "Veränderte Salmonellen in Trockenprodukten der Lebensmittelindustrie" Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0
632.91 (018)	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8630.632.91 08.2.8630.682.01 .	1.502	1.512	971
	0 GB			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8630 -----				
682.01	Betriebskostenzuschuss an das Institut für Hygiene und Umwelt Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8630.632.91 08.2.8630.682.01 .	16.454	16.143 98 VE	10.035 85 R
682.56	Betriebskostenzuschuss an das Institut für Hygiene und Umwelt für den laufenden Sachaufwand im Zusammenhang mit der IuK-Technik	226	234	162
891.01	Investitionskostenzuschuss für das Institut für Hygiene und Umwelt Übertragbar	1.376	1.186 460 VE	796 50 R
891.56	IuK-Investitionskostenzuschuss für das Institut für Hygiene und Umwelt Übertragbar	-	0	0
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	18.272	17.705 558 VE	11.964 135 R
8640	Arbeitsschutz -----			
(254)	EINNAHMEN			
111.04	Verwaltungsgebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet des Strahlenschutzes 0 GB Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8640.542.64.	700	716	1.088
111.64	Gebühren, Geldbußen u.a. im Amt für Arbeitsschutz (ohne Strahlenschutz) 0 GB 50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8640.541.64. Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 812.64	2.139	3.028	2.577
119.02	Einnahmen von Dritten für Ersatzbeschaffung von Dosimetersonden Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8640.542.64.	-	0	0
119.64	Einnahmen aus Veranstaltungen, Broschüren u.ä 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8640.541.64. Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 812.64	-	0	0
119.93	Ersatzvornahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8640.546.93.	-	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8640 -----				
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen 0 GB Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8640.546.91.	-	0	0
	Gesamteinnahmen	2.839	3.744	3.665
	AUSGABEN			
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	11-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	2
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	1.250-	1.494-	0
459.95 (012)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens 0 GB	-	0	0
534.01 (314)	Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz Übertragbar	120	42	101 47 R
535.56	Laufender Sachaufwand im Zusammenhang mit der IuK-Technik Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-56.		57	0
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8640.282.91.	-	0	0 1 R
546.93	Ersatzvornahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8640.119.93.	-	0	0
	Titelgruppe(n) -----			
Z64	Amt für Arbeitsschutz -----			
422.64	Bezüge der Beamtinnen und Beamten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 812.64 0 GB	3.883	3.914	4.225
425.64	Vergütungen der Angestellten Übertragbar 0 GB	6.902	7.241	6.449

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8640 -----				
	Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 812.64			
426.64	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	-	0	0
	Übertragbar			
427.64	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	12	12	9
	Übertragbar			
	Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 812.64	0 GB		
432.64 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten	1.167	1.175	1.262
	Übertragbar			
	Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 812.64	0 GB		
435.64 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten	624	652	580
	Übertragbar			
	Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 812.64	0 GB		
436.64 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter	-	0	0
	Übertragbar			
441.64 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen	155	156	168
	Übertragbar			
	Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 812.64	0 GB		
511.64	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände	3	3	3
	Übertragbar			
	Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 812.64	0 GB		
517.64	Bewirtschaftung der Grundstücke	31	31	30 4 R
	Übertragbar			
	Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 812.64	0 GB		
518.64	Mieten und Pachten	67	67	68 1 R
	Übertragbar			
	Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 812.64	0 GB		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8640 -----				
519.64	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 812.64	23	23	121 9 R
	0 GB			
541.64	Sonstige Sach- und Fachausgaben Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei 08.2.8640.111.64. Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 08.2.8640.119.64. Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 812.64	813	813	749 140 R
	0 GB			
542.64	Sachausgaben für die Messstelle für Strahlenschutz Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.2.8640.111.04. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8640.119.02. Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 812.64	60	48	158 302 R
	Summen für Z64	13.740	14.135	13.822 456 R
812.02	Ersatz von zwei Personendosimetriesystemen zur Modernisierung der Personendosimessverfahren in der Messstelle für Strahlenschutz Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0 13 R
812.64	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Bereich Arbeitnehmerschutz Übertragbar Einseitig deckungsfähig zu Lasten Z64	18	27	24 210 R
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	12.628	12.767	13.938 726 R
8650	Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin			
(164)	----- EINNAHMEN			
119.63	Periodenfremde Erträge	-	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8650 -----				
231.01	Zuweisungen des Bundes nach Art. 91b GG für den Betrieb Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.2.8650.632.91 08.2.8650.682.01.	4.717	4.658	4.558
232.02	Zuweisungen der Länder nach Art. 91b GG für den Betrieb Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.2.8650.632.91 08.2.8650.682.01.	1.179	1.164	1.139
331.02	Zuweisungen des Bundes nach Art. 91b GG für Investitionen Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.2.8650.891.01.	2.306	2.306	1.825
332.01	Zuweisungen der Länder nach Art. 91b GG für Investitionen Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.2.8650.891.01.	46	46	54
	Gesamteinnahmen	8.248	8.174	7.576
	AUSGABEN			
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	501	275	0
632.91 (018)	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne Übertragbar 278 GB Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8650.231.01 08.2.8650.232.02.	741	828	793
682.01	Zuweisung für Betriebskosten an das Bernhard-Nocht-Institut Übertragbar 3.261 GB Einseitig deckungsfähig zugunsten 03.2.3410.685.34. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8650.682.01 08.2.8650.891.01 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8650.231.01 08.2.8650.232.02. Die Deckungsfähigkeit darf bis zur Höhe von 10% des Ansatzes in Anspruch genommen werden	8.694	8.489	8.141 6 R
891.01	Zuweisungen für Investitionen an das Bernhard-Nocht-Institut Übertragbar 2.259 GB Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8650.682.01 08.2.8650.891.01 . Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8650.331.02 08.2.8650.332.01. Die Deckungsfähigkeit darf bis zur Höhe von 10% des Ansatzes in Anspruch genommen werden	4.611 8.180 VE	4.611 12.270 VE	3.650

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	14.547 8.180 VE	14.203 12.270 VE	12.584 6 R
8660	Drogen und Sucht			
(314)	----- EINNAHMEN			
119.61	Einnahmen aus externen Tätigkeiten Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8660.525.61 08.2.8660.534.61.	-	0	0
124.61	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8660.702.61.	21 0 GB	21	29
231.61	Zuweisung des Bundes zur modellhaften Förderung von Drogenprojekten Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8660.684.61.	-	0	0
232.61	Zuweisung des Bundes zur nationalen Erprobung der ärztlichen Heroinabgabe Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.2.8660.685.61.	584	511	244
281.61	Erstattung der Sozialversicherungsträger für die ambulante Rehabilitation Suchtkranker Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8660.525.61 08.2.8660.534.61.	- 0 GB	0	60
	Gesamteinnahmen	605	532	333
	AUSGABEN			
459.95 (012)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens 0 GB	-	0	0
535.81	Unterhaltung und Bewirtschaftung der Suchtberatungsstellen Rahmenzuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-40.	221	221	(191) 32R
684.01	Modellversuch akupunkturgestützte Suchtbehandlung Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	56	56	34 22 R
	Titelgruppe(n) -----			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8660 -----				
Z61	Drogen und Sucht -----			
525.61 (212)	Weiterbildung von Sozialpädagogen Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8660.119.61 08.2.8660.281.61.	-	0	18 151 R
534.61	Sonstige sächliche Ausgaben Übertragbar 0 GB Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8660.119.61 08.2.8660.281.61.	136	136	137 6 R
671.61 (234)	Eingliederungshilfe für Behinderte-Stationär- Hilfe für Suchtkranke und -gefährdete Übertragbar 0 GB Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.2.8660.893.61.	8.423	8.349	8.617 2.280 R
684.61	Zuschüsse an Vereine und dgl. Übertragbar 0 GB Zuwendungsanteil 100% Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.2.8660.702.61 08.2.8660.812.61 08.2.8660.893.61. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8660.231.61.	17.811	17.791	18.287 1.433 R
685.61	Nationale Erprobung der ärztlichen Heroinvergabe Übertragbar 2.179 GB Zuwendungsanteil 100% Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8660.232.61.	2.763 1.000 VE	2.511 1.000 VE	996 3.594 R
	Summen für Z61	29.133 1.000 VE	28.787 1.000 VE	28.055 7.465 R
702.61	Baumaßnahmen für Suchthilfeeinrichtungen in den Bezirken Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.2.8660.684.61. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.2.8660.124.61.	-	0	18 173 R
812.61	Errichtung von Räumlichkeiten in Containerbauweise für den Bereich Drogen und Sucht Übertragbar 0 GB Einseitig deckungsfähig zulasten 08.2.8660.684.61.	-	0	0
821.01	Grunderwerb zur Errichtung eines Gesundheits- und Beratungszentrums für Drogenabhängige Übertragbar	850	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8660 -----				
893.61	Zuschüsse für Investitionen im Bereich Drogen und Sucht Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Einseitig deckungsfähig zulasten 08.2.8660.671.61 08.2.8660.684.61.	-	0	982 1.978 R
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	30.260 1.000 VE	29.064 1.000 VE	29.089 9.670 R
8670	Verbraucherschutz und Veterinärwesen			
(511)	EINNAHMEN			
111.01	Verwaltungsgebühren 0 GB	276	276	260
111.02	Schlachtier- und Fleischuntersuchungen durch das Veterinäramt Fleischzentrum u.a. im Bereich des Bezirksamtes Eimsbüttel 0 GB	22	26	26
111.03	Gebühren für die Untersuchungen von frischem und zubereitetem Fleisch, Geflügelfleisch, Fisch sowie anderen Erzeugnissen aus Drittländern 0 GB	2.368	2.349	2.530
111.15	Abholung und Beseitigung von Lebensmitteln tierischer Herkunft, von Tierkörpern und Tierkörperteilen Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8670.683.61.	180	180	229
112.41	Bußgelder	5	5	1
119.01 (549)	Verwaltungskostenerstattung der Tierseuchenkasse	-	0	0
119.92	Schadenersatzleistungen 0 GB	-	0	1
119.98	Vermischte Einnahmen	1	1	14
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken 0 GB	4	4	4
231.01	Erstattung von Amtshilfekosten des Bundesamtes für Ernährung und Forstwirtschaft	-	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8670 -----				
271.01 (549)	Erstattungen der Europäischen Gemeinschaft für die Tierseuchenbekämpfung 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8670.919.01.	-	0	0
271.02	Erstattung der EU für Kosten im Rahmen der Durch- führung der BSE-Überwachungsprogramme in den Mitgliedstaaten Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8670.671.01.	-	0	23
282.01 (549)	Erstattungen der Tierseuchenkasse 0 GB	-	0	10
	Gesamteinnahmen	2.856	2.841	3.098
	AUSGABEN			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	5.149	5.102	5.151
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	6-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	5
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	435-	434-	0
427.82	Lebensmittelüberwachung, Rahmenzuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-40.	20	20	(19)
427.86	Pauschale Aufwandsentschädigungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-40.	7	7	(6)
459.95 (012)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens 0 GB	-	0	0
534.01	Kosten für Untersuchungen im Bereich der Ernährungswirtschaft Übertragbar	76	76	50 27 R
534.81	Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinär- wesen, Rahmenzuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-40.	9	9	(6)
535.56	Laufender Sachaufwand im Zusammenhang mit der IuK- Technik Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-56.		14	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8670 -----				
671.01	Erstattung von Kosten für die Durchführung der BSE Überwachungsprogramme in den Mitgliedsstaaten Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8670.271.02.	-	0	0 23 R
681.86	Kontrolldienst zum Schutz vor gefährlichen Hunden im Zshg. mit der Durchführung der HundeVO, Zweckzuweisung an den Bezirk (Weggefallener Ansatz)		26	(0)
685.08 (649)	Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale Hamburg e.V. Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	578	568	557
685.86	Zuschuss an den Hamb. Tierschutzverein für Verpflegungs- und Tötungskosten für gefundene und abgegebene Tiere -Zweckzuweisung an BA Mitte - Zuwendungsanteil 100%	1.177	0	(372)
	Titelgruppe(n) -----			
Z61	Sach- und Fachausgaben des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und Veterinärwesens -----			
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar	62	62	62 6 R
	0 GB			
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl. Übertragbar	44	44	53 12 R
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	98	98	116 10 R
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar	262	262	249 4 R
519.61	Unterhaltung der Grundstücke Übertragbar	43	43	39 16 R
526.61	Sachausgaben im Zusammenhang mit der Auslobung eines Hamburger Tierschutzpreises und Dolmetscherkosten Übertragbar	3	0	0 2 R
527.61	Dienstreisen Übertragbar	15	15	10 4 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8670 -----				
534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar	83 26 VE	83 26 VE	81 2 R
683.61	Zuschüsse für die Tierkörperbeseitigung Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.2.8670.111.15.	173	173	444 138 R
685.61	Zuweisung zu den Kursen für das amtstierärztliche Examen sowie die Ausbildung des in der Fleischhygieneüberwachung tätigen nichtärztlichen Personals Übertragbar	2	2	0
686.61	Zuschuss an den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V. Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	38	38	38 3 R
	Summen für Z61	823 26 VE	820 26 VE	1.093 197 R
Z62	Sach- und Fachausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO -----			
511.62	Geschäftsbedarf und Ausstattungsgegenstände im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO Übertragbar	2	2	1 15 R
517.62	Bewirtschaftung Halle und Mietcontainer.im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO Übertragbar	-	10	74 83 R
518.62	Mieten im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO Übertragbar	-	79	261 5 R
525.62	Aus- und Fortbildung im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO Übertragbar	-	0	0 4 R
526.62	Gutachtenkosten Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0
531.62	Unterrichtung der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO Übertragbar	1	1	0 1 R
533.62	Tierhaltungskosten im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO Übertragbar	15	20	2 18 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8670 -----				
534.62	Aufwändungen für die Unterbringung von Hunden auf dem Gelände des UKE im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO Übertragbar		0	0
683.62	Betriebskostenzuschuss für die Tierbetreuung im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO Übertragbar	229	343	458 150 R
686.62	Zuschuss an den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V i.Zshg. mit der Durchführung der HundeVO Übertragbar	93	86	253
	Summen für Z62	340	541	1.050 276 R
701.62	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8670.701.62 08.2.8670.891.62 . Einseitig deckungsfähig zu Lasten Z62	-	15	1 30 R
811.01	Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen Übertragbar	-	0	59
812.01 (314)	Beschaffung wissenschaftlicher Apparaturen, Geräte u. dgl. im Inland Übertragbar	-	0	0 15 R
812.02	Beschaffung wissenschaftlicher Apparaturen, Geräte und dgl. zur Förderung von Alternativen zu Tierversuchen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0 8 R
812.03	Errichtung und Ausstattung des Kontrollzentrums Altenwerder Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	0 325 R
891.62	Kostenerstattung an die SpriAG für Baumaßnahmen an einer Auffangstation für gefährliche Hunde im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8670.701.62 08.2.8670.891.62 . Einseitig deckungsfähig zu Lasten Z62	-	0	25 63 R
893.62	Beschaffung eines Fahrzeuges für den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V. Übertragbar Einseitig deckungsfähig zu Lasten Z62	-	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8670 -----				
919.01 (950)	Abführungen an die Tierseuchenkasse Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 08.2.8670.271.01.	-	0	0
971.01	Zentral veranschlagte Ausgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung der HundeVO Übertragbar		0	0
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	7.744 26 VE	6.764 26 VE	7.985 965 R
8700	Umweltschutz -----			
(331)	EINNAHMEN			
111.01 (623)	Verwaltungsgebühren	184	184	127
111.02	Einnahmen aus der Grundwassergebühr	4.448	4.448	4.644
111.03	Verwaltungsgebühren für die Genehmigung von Ent- sorgungsanlagen	81	80	87
111.05	Verwaltungsgebühren für die Erteilung von Genehmigungen im Zusammenhang mit Entsorgungsvor- gängen nach der Umweltgebührenordnung	300	297	384
111.06	Einnahmen aus der Abgabe zur Finanzierung von Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen für die Entsorgung von Schiffsabfällen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8600.461.01 08.2.8700.542.02.	-	0	0
111.12 (623)	Benutzungsgebühren	280	289	234
111.14	Einnahmen aus der Ablösung von Gebühren	-	0	0
112.01 (623)	Zwangs- und Bußgelder	5	7	1
119.01 (177)	Entgelte aus Aufträgen der öffentlichen Hand Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8700.429.62 08.2.8700.534.62.	-	0	64
119.03 (623)	Erstattung von Auslagen bei förmlichen Wasser- rechtsverfahren Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8700.541.04.	-	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8700 -----				
119.04 (623)	Einnahmen aus dem Verkauf von Ausschreibungsunterlagen im Zusammenhang mit der Altlastensanierung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8700.787.06.	-	0	9
119.05	Erstattung besonderer Auslagen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8700.541.03.	-	0	0
119.06	Sicherheitsleistungen für Abfallexporte Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8700.541.03.	-	0	0
119.07	Einnahmen aus dem Verkauf von Merkblättern etc. Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8700.547.01.	-	0	0
119.92 (332)	Schadenersatzleistungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8700.541.04.	-	0	0
119.98	Vermischte Einnahmen	-	0	1
124.01 (623)	Einnahmen im Zusammenhang mit der Vermietung von Flächen und Anlagen auf der Deponie Georgswerder	17	17	4
124.91 (623)	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	4	4	5
125.01 (623)	Einnahmen aus der Nutzung gereinigter Grundwässer Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8700.787.90.	-	0	0
125.02 (627)	Einnahmen aus der industriellen Nutzung von Deponiegas aus der Deponie Georgswerder Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8900.892.10.	24	20	43
125.03 (622)	Einnahmen aus der Stromproduktion der Windenergieanlage auf der Deponie Georgswerder Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 08.2.8700.519.02.	60	61	77
231.02 (623)	Zuweisungen des Bundes für wasserwirtschaftliche Untersuchungsaufgaben u. dgl.	18	18	19
231.03 (623)	Zuweisungen des Bundes zur Förderung der Erprobung der Windenergieanlage auf der Deponie Georgswerder (Weggefallener Ansatz)		9	7
261.01 (623)	Erstattung von Untersuchungskosten bei Untergrundverunreinigungen	10	7	21

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8700 -----				
261.02 (731)	Erstattung einer Verwaltungskostenpauschale durch die Wassergütestelle Elbe	26	26	25
282.01 (177)	Einnahmen aus Aufträgen sonstiger Dritter Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8700.429.63 08.2.8700.534.63.	-	0	0
341.02 (623)	Erstattung von Kosten im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen	16	26	0
341.06 (623)	Kostenbeteiligungen Dritter im Rahmen des Altlastensanierungsprogramms Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8700.787.07.	-	0	152
341.36 (432)	Sielbau- und Sielanschlussbeiträge gemäß § 8 Abs.1 Sielabgabengesetz	400	409	716
341.37 (432)	Sielbau- und Sielanschlussbeiträge für Maßnahmen der Anstalt Hamburger Stadtentwässerung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8700.891.01.	-	0	2.790
	Gesamteinnahmen	5.873	5.902	9.407
	AUSGABEN			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	12.476	12.190	17.738
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	3
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	4
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	322	218	0
427.01	Beschäftigungsentgelte Übertragbar	11	11	0
459.95 (012)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens 0 GB	-	0	5
517.81 (432)	Betriebskonto der öffentlichen Toiletten, Rahmenezuweisungen an die Bezirke Übertragbar	631	680	(853)
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-15.	1	1	85
519.02 (623)	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen im Rahmen der Altlastensanierung Übertragbar 8 GB	68	17	31 13 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8700 -----				
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-15. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8700.125.03.			
521.03 (823)	Bewirtschaftung und Unterhaltung von Trinkwasser- notbrunnen nach dem Wassersicherstellungsgesetz (WasSG) Übertragbar	10 5 VE	10 5 VE	10
521.86 (434)	Allgemeine Betriebsausgaben für Schnee- und Eisbeseitigung auf Gehwegen Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar	981 772VE	1.081 772VE	(908)
521.87 (823)	Bewirtschaftung und Unterhaltung von Trinkwasser- notbrunnen nach dem Wassersicherstellungsgesetz, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar	19	19	(28)
535.04 (432)	Gebühren für Entwässerung öffentl. Wege u. Abwasser- abgabe für Niederschlagswasseranteil Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8700.535.04 08.2.8700.671.04 .	23.800	24.000	23.800
541.02 (177)	Allgemeine Betriebsausgaben für geowissenschaft- liche Aufgaben Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8700-17 .	60	65	41 13 R
541.03	Allgemeine Betriebsausgaben der Abfallwirtschaft Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8700-17 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8700.119.05 08.2.8700.119.06.	161 131 VE	733 131 VE	1.293
541.04 (623)	Allgemeine Betriebsausgaben für den Gewässer- und Bodenschutz Übertragbar 0 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8700-17 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8700.119.03 08.2.8700.119.92.	240 355 VE	392 355 VE	378 1 R
541.05 (623)	Allgemeine Betriebsausgaben für Altlastensanierung Übertragbar 0 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8700-17 .	30	34	29 10 R
542.02	Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen zur Entsorgung von Schiffsabfällen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8700.111.06.	-	0	0
547.01	Sächliche Verwaltungsausgaben - Amt für Umweltschutz - Übertragbar 0 GB Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.2.8600.124.20. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8700.119.07.	54	80	1.350 18 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8700 -----				
637.01 (623)	Zuweisung für die Wassergütestelle Elbe Übertragbar	159	196	194
637.02	Zuweisung Hamburgs an die Flussgebietsgemeinschaft Elbe Übertragbar	15	0	0
671.01 (433)	Erstattungen der FHH an SRH u.a. für nicht gebührenpflichtige Leistungen im Rahmen der Sauberkeit der Stadt Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.2.8700.671.02.	24.553	24.453	25.190
671.02 (433)	Maßnahmen zur Stadtteilpflege durch Förderung zusätzl. Reinigungsarbeiten u. and. Vorhaben z. Verbesserung der Sauberkeitssituation (z.B. Graffiti) Übertragbar Zuwendungsanteil 45% Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.2.8700.671.01.	638 50 VE	911 50 VE	495 476 R
	0 GB			
671.04 (432)	Erstattungen an die Anstalt Hamburger Stadtentwässerung für Betrieb und Unterhaltung von Straßenentwässerungsanlagen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.2.8700.891.03. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8700.535.04 08.2.8700.671.04 .	2.252	2.597	1.931 626 R
671.05 (433)	Erstattungen der FHH an SRH für den Winterdienst Übertragbar	7.510	5.422	7.471
681.86	Schadenersatzleistungen Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8600.681.86 08.2.8600.681.92 08.2.8700.681.86 .	3	3	(2)
	Titelgruppe(n) -----			
Z62	Ausgaben für Aufträge der öffentlichen Hand -----			
429.62 (177)	Personalausgaben Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8700.119.01.	-	0	128 71 R
534.62 (177)	Sach- und Fachausgaben Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8700.119.01.	-	0	62 59 R
	Summen für Z62	0	0	190 131 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8700 -----				
Z63	Ausgaben für Aufträge sonstiger Dritter -----			
429.63 (177)	Personalausgaben Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8700.282.01.	-	0	0
534.63 (177)	Sach- und Fachausgaben Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8700.282.01.	-	0	0
	Summen für Z63	0	0	0
701.02 (432)	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Grundinstandsetzungen öffentlicher Toiletten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-16. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	160 200 VE	100 179 VE	0 100 R
742.02	Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte Übertragbar 0 GB	297 910 VE	500 610 VE	306 342 R
742.84	Wasserwirtschaftliche und naturschutzfachliche Maßnahmen am Neuländer See Einzelzuweisung an das Bezirksamt Harburg Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		127	(16)
787.01 (623)	Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei Untergrundverunreinigungen Übertragbar 0 GB Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-14.	3.400 4.100 VE	3.500 4.182 VE	3.412 806 R
787.02 (623)	Aufwendungen im Zusammenhang mit Untergrundverunreinigungen durch Munition und Kampfstoffe Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-14.	2.000 1.800 VE	1.600 2.000 VE	2.074 197 R
787.06 (623)	Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen Übertragbar 0 GB Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-14. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8700.119.04.	1.000 1.040 VE	1.020 1.023 VE	1.339 142 R
787.07 (623)	Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen Übertragbar 0 GB Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-14. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen	3.550 9.088 VE	10.000 10.778 VE	3.308 2.185 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8700 -----				
	bei 08.2.8700.341.06.			
787.32 (623)	Sanierung der Deponie Brümmer Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-14.		0	1.701 379 R
787.46 (623)	Sanierung Moorfleeter Brack Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-14.	0 GB	0	3.431 2.701 R
787.59	Sanierung Curslacker Neuer Deich 70/AAB Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-14.		0	183
787.71 (623)	Sanierung Am Grasbrookhafen - HafenCity - Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-14.	7.700	2.550 9.250 VE	0
787.90 (623)	Fortlaufende Sicherung, Überwachung sowie Unterhaltung und Erneuerung von Sanierungsanlagen und -bauwerken Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-14. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8700.125.01.	2.000 2.750 VE	2.311 2.500 VE	1.979 412 R
811.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-12.	15	15	795 11 R
891.01 (432)	Sielbau- und Sielanschlussbeiträge für Maßnahmen der Anstalt Hamburger Stadtentwässerung Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8700.341.37.	-	0	2.418 407 R
891.02 (432)	Kosten für Regen- und Mischwassersiele im Rahmen der Erstbesielung (Straßenentwässerungsanteil) Übertragbar Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden i.H.v. 2.50 % der Einnahmen bei 06.0.6300.341.31.	158	108	0 294 R
891.03 (432)	Erneuerung und Grundinstandsetzung von Straßenentwässerungsanlagen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.2.8700.671.04.	2.200 2.000 VE	1.600 703 VE	2.524
896.02 (623)	Zuschüsse zur Verringerung der Schadstoffbelastung der Elbe Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		0	50 700 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8700 -----				
	Zuwendungsanteil 100%			
	Gesamtausgaben	96.474	96.544	103.760
	Summe Verpflichtungsermächtigungen	23.201 VE	32.538 VE	9.962 R
8800	Naturschutz und Landschaftspflege			
(321)	-----			
	EINNAHMEN			
111.01	Verwaltungsgebühren	9	12	4
112.01	Zwangs- und Bußgelder	7	7	2
119.98	Vermischte Einnahmen	1	1	1
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	8	6	16
124.92	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften	18	16	17
131.91	Verkauf von Grundstücken	818	818	1.375
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8800.821.01 08.2.8800.821.06.			
182.01	Rückzahlung des Darlehens durch den NFR	-	0	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8800.741.01.			
231.01 (249)	Ruherechtsentschädigung für Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft durch den Bund	489	489	490
	81.89 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8800.545.02.			
231.02 (249)	Kostenerstattung des Bundes für die Pflege der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft auf den Friedhöfen der FHH	518	520	518
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.2.1230.545.33 01.3.1330.545.33 01.6.1630.545.33 01.7.1730.545.33 01.8.1830.545.33 08.2.8800.545.01.			
233.01	Zuweisungen der Behörde für Wirtschaft und Arbeit zur Intensivierung der Sauberkeit im öffentl. Grün	-	0	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8800.521.86 08.2.8800.521.87.			
235.01	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit zur Intensivierung der Sauberkeit im öffentl. Grün	-	0	0
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8800.521.86 08.2.8800.521.87.			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8800 -----				
261.01	Erstattung von Personalausgaben aus dem Wirtschaftsplan des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8600.461.01.	-	0	122
261.02	Erstattung von Sachkosten aus dem Wirtschaftsplan des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege 25.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8800.547.10.	-	0	14
261.03	Erstattung von IuK-Folgekosten aus dem Wirtschaftsplan des Sondervermögens Naturschutz und Landschaftspflege 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8600.535.56.	-	0	0
271.01	Erstattungen der EU und des Bundes f. das Programm Biotopschutz durch Einschränkung der Bewirtschaf- tung von Flächen - Extensivierungsprogramm - Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8800.681.02.	-	0	0
282.03	Spenden für den Naturschutz 0 GB Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8800.541.01 08.2.8800.541.81 08.2.8800.541.86.	-	0	2
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8800.546.91.	-	0	0
341.01 (329)	Kostenbeitrag Dritter für Kleingartenersatzland Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8800.821.01.	-	0	0
341.02	Zuweisungen Dritter aufgrund vertraglicher Verpflichtungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8800.741.10 08.2.8800.791.01.	-	0	0
341.03 (332)	Einzahlungen für naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsmaßnahmen einschl. Entwicklungspflege aufgrund von Bauleitplänen 0 GB Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8800.535.02 08.2.8800.742.02 08.2.8800.821.02.	-	0	0
381.01 (332)	Einnahmen aus den Kostenerstattungsbeiträgen des Allgemeinen Grundvermögens für Ausgleichsmaßnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8800.535.02 08.2.8800.742.02 08.2.8800.821.02.	-	0	0
	Gesamteinnahmen	1.868	1.869	2.559
	AUSGABEN			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	3.894	6.882	3.909
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	23

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8800 -----				
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	801	437	0
459.95 (012)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	-	0	0
	0 GB			
521.02	Erhaltung kulturell und historisch wertvoller Denkmale auf staatlichen Friedhöfen	3 3 VE	0	0
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8800-05 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen			
521.81	Betriebsausgaben für Grünanlagen, Spielplätze und Kleingärten sowie Vorsorge- u. Sanierungsmaßnahmen an Bäumen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	11.546	12.076	(13.843)
	Übertragbar			
521.82 (439)	Betriebskosten der Friedhöfe, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	1.273	1.273	(1.270)
	Übertragbar			
521.86	Intensivierung der Pflege des Straßenbegleitgrüns (Mäh- und Gehölzflächen), Zweckzuweisungen an die Bezirke	1.300	0	(0)
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8800.521.86 08.2.8800.521.87 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8800.233.01 08.2.8800.235.01.			
521.87	Intensivierung der Maßnahmen zur Reinigung und Pflege öffentl. Grün- u. Erholungsanlagen und Spielplätze, Zweckzuweisungen an die Bezirke	1.100	0	(0)
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8800.521.86 08.2.8800.521.87 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8800.233.01 08.2.8800.235.01.			
525.01	Überbezirkliche Aus- und Fortbildung von Bediensteten der Grünverwaltungen	14 14 VE	14	12
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8800-05 .			
526.01	Ausgaben und Preise für Wettbewerbe, Prämien u.dgl		0	15
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8800-05 .			
535.01	Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen an Bäumen	110 110 VE	110 155 VE	21
	Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8800-05 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen			
	0 GB			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8800 -----				
535.02 (332)	Unterhaltung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichsmaßnahmen aufgrund von Festsetzungen in Bauleitplänen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.2.8800.742.02 08.2.8800.821.02. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8800.341.03 08.2.8800.381.01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	15 15 VE	15 15 VE	0
541.01 (332)	Allgemeine Betriebsausgaben für den Naturschutz Übertragbar Zuwendungsanteil 5% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8800-05 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8800.282.03.	452 410 VE	452 410 VE	450 29 R
541.81 (332)	Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz, Rahmenezuweisungen an die Bezirke Übertragbar Zuwendungsanteil 5% Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8800.282.03.	49	49	(40)
541.86 (332)	Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Zuwendungsanteil 5% Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8800.282.03.	20	20	(32)
545.01 (249)	Pflege der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8800.231.02.	518	520	452 34 R
545.02 (249)	Ruherechtsentschädigung für Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 81.89 % der Einnahmen bei 08.2.8800.231.01.	401	401	401 401 R
545.03 (439)	Grabgebühren und Unterhaltung der Gräber im öffentlichen Interesse auf den Friedhöfen der Anstalt Hamburger Friedhöfe Übertragbar	64	64	64
545.04 (439)	Zuführung an den Wirtschaftsplan der Anstalt Hamburger Friedhöfe für Grabpflege (Altverträge) Übertragbar	600	628	622 27 R
545.06 (439)	Bestattungen gemäß § 10 Bestattungsgesetz Obdachloser oder unbekannt Verstorbener Übertragbar 0 GB Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8800.545.06 08.2.8800.545.86 .	50 50 VE	50 50 VE	70

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8800 -----				
545.86 (439)	Bestattungen gemäß § 10 Bestattungsgesetz, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8800.545.06 08.2.8800.545.86 .	600 50VE	600 50VE	(579) 4R
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar 0 GB Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8800.282.91. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	-	0	8
547.10 (331)	Sächliche Verwaltungsausgaben für das Amt für Naturschutz und Landschaftspflege Übertragbar 0 GB Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8800-05 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.2.8600.124.20. Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 25.00 % der Einnahmen bei 08.2.8800.261.02.	82	87	79
681.01 (332)	Leistungen nach §§ 38 und 39 Hamburgisches Natur- schutzgesetz (Enteignung und Entschädigung) Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.2.8800.681.02.	15 15 VE	15 15 VE	0 36 R
681.02 (332)	Vertragsnaturschutz (Programm Biotopschutz durch Einschränkung der Bewirtschaftung von Flächen - Extensivierungsprogramm) Übertragbar 0 GB Zuwendungsanteil 5% Einseitig deckungsfähig zugunsten 08.2.8800.681.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8800.271.01.	407 409 VE	409 460 VE	624 1 R
684.01 (249)	Zuschüsse und Zuwendungen an den Volksbund deut- scher Kriegsgräberfürsorge Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8800-06 .	7	13	0
684.03 (332)	Zuschuss an die Stiftung Naturschutz Hamburg und Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8800-06 .	70	93	100
684.08 (332)	Zuwendungen an die Naturschutzverbände Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8800-06 .	145	142	121
684.10 (332)	Zuwendungen an Naturschutzverbände für die Über- nahme auslaufender AB-Maßnahmen Zuwendungsanteil 100%	240 234 VE	234 276 VE	255

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8800 -----				
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8800-06 .			
685.02	Unterhaltung des öffentlichen Grüns etc. durch die Anstalt Hamburger Friedhöfe	2.429	2.370	2.370
685.91 (332)	Mitgliedsbeiträge	176	174	174
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8800-05 .			
702.84	Neubau des Betriebsstützpunktes Pflanzen und Blumen, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Hamburg-Mitte Übertragbar		0	(308)
710.01 (812)	Neubau der Revierförsterei Volksdorf Übertragbar		0	0 24 R
	0 GB			
720.01	Neueindeckung des Reetdaches Schafstall Fischbeker Heide Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		69	0
720.02 (332)	Grundinstandsetzung des Gebäudes Turmwurt 12 auf der Insel Neuwerk "Ottos Gartenlokal" Übertragbar	- 100 VE	0	0
741.01	Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen Übertragbar	3.850 3.600 VE	3.718 3.600 VE	48
	0 GB			
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8800-07 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8800.182.01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen			
741.05 (329)	Herrichtung und Umgestaltung von Kleingartenanla- gen, Aufschließungsmaßnahmen in Kleingarten- und Behelfsheimgebieten, vorbereitende Untersuchungen Übertragbar	450 1.300 VE	1.000 1.000 VE	13 10 R
	0 GB			
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8800-07 . Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen			
741.10	Vorbereitung von Straßenbaumpflanzungen und Instandsetzungsmaßnahmen einschl. digitaler Erfassung Übertragbar	850 2.000 VE	500 200 VE	89
	0 GB			
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8800-07 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8800.341.02. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen			
741.81	Investitionen für Grün- und Erholungsanlagen, Pflanzung von Straßenbäumen, Ausstattung der Gar- tenbauabteilungen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke Übertragbar	1.300 1.300 VE	1.700 1.350 VE	(2.943)

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8800 -----				
	Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8800-07 .			
741.86	Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar (Weggefallener Ansatz)		771	(0)
741.87 (439)	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Tiefbau, Herrichtung von Belegungsflächen, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8800-07 .	180 180VE	170 180VE	(111)
742.02 (332)	Naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsmaßnahmen einschl. Entwicklungspflege aufgrund von Bauleitplänen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.2.8800.535.02. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8800.742.02 08.2.8800.821.02 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8800.341.03 08.2.8800.381.01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	50 50 VE	0 100 VE	0 806 R
742.03 (332)	Verbesserung der Lebensbedingungen für Pflanzen und Tiere in und an Gewässern Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-082-8800-07 .	- 135 VE	130 77 VE	5 102 R
742.04 (332)	Ökologische Ausgleichsmaßnahmen für Baggergutunterbringung sowie Vergütungen an Vertragsarchitekten, -ingenieure und dgl. für Planung und Entwurf Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	155 250 VE	150 220 VE	135 242 R
742.06 (332)	Herrichtung der Außenanlagen der Infostationen Duvenstedter Brook und Boberger Niederung für Lehrzwecke Übertragbar		0	1 50 R
742.08 (332)	Erweiterung des Naturschutzinformationshauses Duvenstedter Brook Übertragbar		0	51
742.09 (332)	Bau eines Informationszentrums für den Nationalpark Hamburgisches Wattenmeer auf Neuwerk Übertragbar		0	301 627 R
742.84 (332)	Ausgleichsmaßnahmen für die Wohnerschließung von Neu-Allermöhe-West, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Bergedorf Übertragbar	307	307 307VE	(37)
748.84	Städt. Grünplanung im Neubaugebiet Allermöhe II, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Bergedorf Übertragbar	- 1.130VE	355 1.130VE	(969)

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8800 -----				
749.84	Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen in Planten un Blumen/Wallringpark, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Hamburg-Mitte Übertragbar	910 700VE	410 500VE	(776)
750.84	Umgestaltung der Grünanlage Wandsbeker Markt, Einzelzuweisung an den Bezirk Wandsbek Übertragbar	600 275VE	1.120 875VE	(0)
791.01	Ökologische Pflegemaßnahmen, Verbesserungs- und Sanierungsmaßnahmen im öffentlichen Grün und auf bezirklichen Friedhöfen Übertragbar	750 1.000 VE	850 1.000 VE	266
	0 GB			
811.02 (439)	Erstausrüstung des Nationalpark-Hauses auf der Insel Neuwerk Übertragbar	20	0	0
811.03 (439)	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen Übertragbar	80	0	0
811.81 (439)	Investitionen für die Gartenbauabteilungen - Bereich Friedhöfe -, Rahmenezuweisungen an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-12.	307 307VE	340 307VE	(380)
812.01 (812)	Aufbau Fachinformationssysteme Forsten, Grün und Naturschutz Übertragbar		0	18 31 R
821.01	Grunderwerb für Grünanlagen, Spielplätze und Kleingarten-Ersatzflächen Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.2.8800.131.91. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8800.341.01.	893 1.000 VE	1.325	524 2.293 R
821.02 (332)	Grunderwerb für naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsflächen aufgrund von Festsetzungen in Bebauungsplänen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 08.2.8800.535.02. Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8800.742.02 08.2.8800.821.02 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.8.1830.281.05 08.2.8800.341.03 08.2.8800.381.01.	150	230	7 86 R
821.06	Abbau von Schulden beim Grundstock für Grunderwerb Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.2.8800.131.91.	510	510	0 2.923 R

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8800 -----				
821.25	Grunderwerb für die Grünflächen im Neubaugebiet Allermöhe II Übertragbar	700	670 300 VE	0 1.072 R
821.26	Grunderwerb für den Stadtpark Rothenburgsort Übertragbar		0	0 204 R
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	38.443 14.637 VE	41.453 12.577 VE	11.223 9.004 R
8900	Immissionsschutz und Betriebe			
(331)	----- EINNAHMEN			
099.01 (623)	Abwasserabgabe gewerblicher Direkteinleiter	1.176	1.176	1.068
099.02 (623)	Einnahmen aus öffentlichen Abwasserabgaben	3.911	3.911	2.780
111.03	Verwaltungsgebühren	1.900	1.657	2.690
111.04	Verwaltungsgebühren nach der Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LUFTKOSTV)	8	10	7
111.11	Benutzungsgebühren nach der Umweltgebühren- ordnung	725	850	723
112.01	Zwangs- und Bußgelder	13	20	12
119.01	Erstattung besonderer Auslagen	-	0	15
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8900.541.01.			
119.02	Einnahmen durch Serviceleistungen der Fachgruppe Datenbank RESY	-	0	30
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8900.429.04 08.2.8900.534.03.			
119.93	Ersatzvornahmen	14	0	39 737 R
	95.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 08.2.8900.546.93.			
119.98	Vermischte Einnahmen	-	0	29
122.01 (821)	Konzessionsabgabe Hamburgische Electricitäts Werke AG	86.000	87.000	90.541

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8900 -----				
122.02 (822)	Konzessionsabgabe Hein Gas Hamburger Gaswerke GmbH	2.800	2.863	2.762
122.03 (823)	Konzessionsabgabe Hamburger Wasserwerke GmbH	27.330	26.722	26.786
231.01 (621)	Erstattung des Bundes für die Durchführung des Atomgesetzes	5	11	3
231.03 (332)	Zuweisung für Betrieb der Datenbank RESY Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8900.429.04 08.2.8900.534.03.	-	0	0
232.06	Erstattungen im Rahmen der Aufgabe Beratung Chemieunfallbekämpfung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 08.2.8900.429.06 08.2.8900.534.06.	-	0	42
261.01	Erstattung von Verwaltungskosten durch die Anstalt Hamburger Stadtentwässerung	1.079	1.079	2.134
	Gesamteinnahmen	124.961	125.299	129.661
	AUSGABEN			
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	13.022	12.830	13.629
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	-	0	18
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	-	0	2
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	99-	222-	0
429.04	Verwendung von Zuweisungen für den Betrieb der Datenbank RESY - Personalmittel - Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8900.119.02 08.2.8900.231.03.	-	0	0
429.06	Personalkosten im Rahmen der Aufgabe Beratung Chemieunfallbekämpfung Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8900.232.06.	-	0	28 39 R
459.95 (012)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	-	0	0
	0 GB			
511.81 (432)	Betriebsausgaben für den technischen Umweltschutz, Rahmenezuweisung an die Bezirke Übertragbar	5 3VE	5 3VE	(6)
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar	25	25	24

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8900 -----	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-15.			
526.01	Gutachten zur Bearbeitung feuerwehrrelevanter Sachverhalte Übertragbar		0	0 51 R
526.02	Förderung von Umweltmanagementsystemen Übertragbar Zuwendungsanteil 75%		0	0
534.03	Verwendung von Zuweisungen für den Betrieb der Datenbank RESY - Sachmittel - Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8900.119.02 08.2.8900.231.03.	-	0	9 138 R
534.05	Verwendung von Zuweisungen der EU zur Durchführung des Projektes BALTSPIEL Übertragbar		0	0
534.06	Sachkosten im Rahmen der Aufgabe Beratung Chemieunfallbekämpfung Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 08.2.8900.232.06.	-	0	0 6 R
535.86	Beseitigung von Schäden an öffentlichen Anlagen, Zweckzuweisung an die Bezirke Übertragbar	32 12VE	14 30VE	(64) 7R
541.01	Allgemeine Betriebsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe Übertragbar Künftig wegfallend 6 Tsd. EUR Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8900.119.01.	300 250 VE	327 250 VE	312 93 R
	0 GB			
541.02	Förderung der UmweltPartnerschaft Übertragbar Zuwendungsanteil 20%	100 100 VE	0	0
546.93	Ersatzvornahmen Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 95.00 % der Einnahmen bei 08.2.8900.119.93.	13	13	70
	0 GB			
547.01	Sächliche Verwaltungsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 08.2.8600.124.20.	119	131	122 20 R
	0 GB			
631.01	Kostenerstattung an das Wasser- und Schifffahrtsamt Cuxhaven für die Beseitigung von Schadstoffverschmutzungen	10	10	2

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8900 -----				
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8900.631.01 08.2.8900.631.02 08.2.8900.632.01 .			
631.02	Zuweisung a.d. Wasser- u. Schifffahrtsamt Cuxhaven bzw. a.d. Land Schl.-Hol.f.Betrieb u.Unterhaltung v. Schadstoffbekämpfungsgeräten u. -einrichtungen	290 150 VE	280 150 VE	305
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8900.631.01 08.2.8900.631.02 08.2.8900.632.01 .			
632.01	Zuweisung für die Sonderstellen der Küstenländer und des Bundes	40 17 VE	35 10 VE	38 3 R
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8900.631.01 08.2.8900.631.02 08.2.8900.632.01 .			
671.05 (432)	Erstattungen an die Hamburger Wasserwerke für die Einziehung von Abwasserabgaben von Kleininleitern		18	0
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)			
685.01	Zuweisung an das Deutsche Institut f. Bautechnik (DIBt) f. die Durchführung der Bauartzulassung von Abwasserbehandlungsanlagen	7	7	6
	Zuwendungsanteil 100%			
702.01	Grundinstandsetzung der Ölauffanganlage		0	29 187 R
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)			
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-16.			
791.10 (960)	Maßnahmen zur Reduzierung des Heizenergie-, Strom- und Wasserverbrauchs der öffentl. Einrichtungen, u.a. Thermostatventile	3.510 3.964 VE	4.602 4.972 VE	1.395 669 R
	Übertragbar Zuwendungsanteil 10%			
	Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8900.791.10 08.2.8900.892.10 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 08.2.8900.342.01. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen			
811.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen	44 26 VE	40 20 VE	10 41 R
	Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-082-12.			
881.03	Zuweisung a.d. Wasser- u. Schifffahrtsamt Cuxhaven bzw. Land Schl.- Hol. f. d. Beschaffung von Schad- stoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen	550 250 VE	450 250 VE	337 336 R
	Übertragbar			
892.10 (610)	Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie von Umwelttechnologien	6.565 7.435 VE	6.000 6.598 VE	6.051 365 R
	Übertragbar			

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ansatz 2004 Tsd EUR	Ansatz 2003 Tsd EUR	Ergebnis 2002 Tsd EUR
1	2	3	4	5
8900 -----				
	<p style="text-align: right;">0 GB</p> <p>Zuwendungsanteil 85%</p> <p>Gegenseitig deckungsfähig sind 08.2.8900.791.10 08.2.8900.892.10 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 08.2.8700.125.02.</p>			
893.02	<p>Technische Lärminderungsmaßnahmen auf Container-Terminals</p> <p>Übertragbar (Weggefallener Ansatz)</p> <p>Zuwendungsanteil 75%</p>		66 20 VE	0 43 R
	<p>Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen</p>	<p>24.533 12.207 VE</p>	<p>24.631 12.303 VE</p>	<p>22.389 1.998 R</p>

- LEERSEITE -

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
8600	Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz -Behörde für Umwelt und Gesundheit-	46	---	---
8600	Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	6.851	---	2.439
8620	Amt für Gesundheit -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	17.242	---	3.536
8620	Amt für Gesundheit -Behörde für Umwelt und Gesundheit-	147	---	---
8670	Verbraucherschutz und Veterinärwesen -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.149	---	1.141
8700	Umweltschutz -Behörde für Umwelt und Gesundheit-	27	---	---
8700	Umweltschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	12.449	---	2.423
8800	Naturschutz und Landschaftspflege -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	3.894	---	713
8900	Immissionsschutz und Betriebe -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	13.022	---	2.991
	Summe Gesamtansatz 2004	58.827	---	13.243
	Summe Vergleichszahl 2003	59.629	---	13.383
	Summe (Vergleichs-)Ist 2002	65.204	---	15.317
	Summe Rest 2002	---	---	---

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

08.2 Behörde für Umwelt und Gesundheit

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel	431.93	432.93
		Gesamt- betrag	Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
8600	Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	11.008	---	6.190
8620	Amt für Gesundheit -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	6.887	---	3.415
8630	Institut für Hygiene und Umwelt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.286-	---	307-
8640	Arbeitsschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	1.250-	---	722-
8650	Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	501	---	251
8670	Verbraucherschutz und Veterinärwesen -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	435-	---	179-
8700	Umweltschutz -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	322	---	317
8800	Naturschutz und Landschaftspflege -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	801	---	605
8900	Immissionsschutz und Betriebe -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	99-	---	136
	Summe Gesamtansatz 2004	16.449	---	9.706
	Summe Vergleichszahl 2003	16.158	---	9.533
	Summe (Vergleichs-)Ist 2002	---	---	---
	Summe Rest 2002	---	---	---

08.2 Behörde für Umwelt und Gesundheit

Titel	435.93	436.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Angestellten	Versorgungs- bezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8	9
8600	3.896	161	761
8620	2.979	3-	496
8630	944-	53-	18
8640	577-	---	49
8650	44-	251	43
8670	252-	22-	18
8700	103-	9-	117
8800	20-	127	89
8900	350-	---	115
	4.585	452	1.706
	4.903	36	1.686
	---	---	---
	---	---	---

8600 Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Hierzu wird auf die Produktinformationen des Produktbereichs 01 „Service, Steuerung und Leitungsunterstützung“ verwiesen. Der Produktbereich umfasst folgende Produktgruppen (PG):

- PG 01 Service, Ressourcenmanagement, Recht und Teilnehmungsmanagement
- PG 02 Ministerielle Aufgaben, Informationsmanagement, Nachhaltige Entwicklung

2. Zuwendungen

Zuwendungen werden bei den Titeln 547.10 „Förderung internationaler Zusammenarbeit auf den Feldern Umwelt und Gesundheit“, 684.01 „Förderung von Maßnahmen der Umweltberatung u.a.“, 684.02 „Zuschuss an den Zukunftsrat Hamburg“, 684.40 „Zuschüsse für Betrieb und Unterhaltung des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe“ und 893.01 „Rückstellung für Freibäder“ gewährt (vgl. ggf. auch die jeweiligen Titelerläuterungen).

Förderung von Maßnahmen der Umweltberatung u.a. (Titel 684.01)

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Zuwendungszweck ist es in erster Linie, durch die Förderung der Umweltberatung der Verbraucherzentrale Hamburg (VZ) auf die Bevölkerung einzuwirken, durch geeignete Auswahl von Produkten und Dienstleistungen die Belastungen für Umwelt und Gesundheit so gering wie möglich zu halten. Die Bevölkerung soll zu umweltbewusstem Einkauf und Verhalten angeleitet werden, insbesondere zur Verringerung des Einsatzes chemischer Produkte im Haushalt, zur Abfallvermeidung und umweltverträglichen Abfallentsorgung, zu umwelt- und gesundheitsbewusstem Bauen und Wohnen, zu umweltbewusstem Freizeitverhalten.

Alter und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Das Projekt Umweltberatung der VZ wird seit dem Haushaltsjahr 1989 von der Behörde für Umwelt und Gesundheit gefördert. Ein Abschluss des Projekts ist derzeit nicht absehbar.

Erfolgskontrollen:

Erfolgskontrollen werden in erster Linie durch Prüfung des Jahresberichtes der VZ vorgenommen, der Bestandteil des Verwendungsnachweises ist. Methodisch werden z.B. folgende Leistungskennzahlen erfasst:

- Persönliche, telefonische und schriftliche Beratung und Kurzauskünfte
- Vorträge, Kurse und Seminare mit Zielgruppen
- Kontakte auf Ausstellungen und Messen
- Kontakte mit Presse, Hörfunk und Fernsehen
- Abmahn- und Verbandsklageverfahren wegen irreführender Werbung u.Ä.

Zuschuss an den Zukunftsrat Hamburg (Titel 684.02)

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Zuwendungszweck ist es in erster Linie, über die Geschäftsführung des Vereins „Stiftung Zukunftsrat Hamburg e.V.“ den Zukunftsrat bei der Verfolgung seiner Ziele zu unterstützen, also der Unterstützung einer ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung der Stadt.

Alter und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Der Titel wurde erstmalig im Haushaltsjahr 1998 eingerichtet. Ein Abschluss ist derzeit nicht absehbar.

Erfolgskontrollen:

Der Zukunftsrat hat sich zu einem wichtigen Forum zur Gestaltung einer ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Agenda 21 entwickelt. Erfolgskontrollen werden auf Grund der engen Zusammenarbeit bei einzelnen Projekten/Maßnahmen/Veranstaltungen und des Verwendungsnachweises durchgeführt.

Zuschüsse für Betrieb und Unterhaltung des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe (Titel 684.40)

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Zuwendungszweck ist der Betrieb des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe als Bildungsstätte mit dem Schwerpunkt Natur- und Umweltbildung, wobei die Bildungsangebote mit dem Ziel der Förderung eines Bewusstseins für eine nachhaltige Entwicklung in breiten Bevölkerungskreisen weiter entwickelt werden sollen.

Alter und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Der Titel wurde erstmalig im Haushaltsjahr 2001 eingerichtet. Ein Kooperationsvertrag mit dem neuen Träger BUND hat eine Laufzeit von drei Jahren. Bei der geplanten Fortsetzung der Zusammenarbeit verlängert sich die Laufzeit um weitere drei Jahre bis Ende 2006.

Erfolgskontrollen:

Erfolgskontrollen werden in erster Linie auf der Grundlage des vom BUND zu erstellenden Jahresberichts über das Umweltzentrum durchgeführt. Dabei wird besonderes Augenmerk auf die Erbringung der im Kooperationsvertrag genannten Leistungen gelegt werden wie Veranstaltungen mit Vorschulgruppen, Veranstaltungen mit Schulklassen allgemein bilden der Schulen, familienorientierte Veranstaltungen (z.B. Kindergeburtstage), Ferienprogramme mit mehrstündigem Angebot für Kinder, Kurse und Veranstaltungen für Erwachsene und Multiplikatoren sowie Abenteuercamps.

Rückstellung für Freibäder (Titel 893.01)

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Zuwendungszweck ist es in erster Linie, die Funktionsfähigkeit der drei verpachteten Freibäder (Neugraben, Naturbad Farmsen, Naturbad Volksdorf) zu erhalten und den Betrieb dieser Anlagen, die z.T. in sozialen Brennpunkten liegen, sicher zu stellen. Ohne diese Zuwendungen müssten die Bäder geschlossen werden, da die Pächter allein aus den Einnahmen die Ausgaben für dringende Reparaturarbeiten an Heizungsanlagen, Rohrsystemen, Sanitäranlagen, Schwimmbecken und Gebäuden nicht abdecken könnten.

Alter und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Die verpachteten Freibäder werden seit 1993 durch derartige Zuwendungen unterstützt. Eine Beendigung des Programms ist derzeit nicht absehbar.

Erfolgskontrollen:

Erfolgskontrollen werden überwiegend durch Prüfung der Verwendungsnachweise, der vorzulegenden Rechnungen der ausführenden Handwerksfirmen, durch Bauüberwachung durch den Eigentümer der Bäder, der Bäderland Hamburg GmbH sowie durch Baubesichtigungen nach Abschluss der Baumaßnahmen vorgenommen.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Es wird auf die Produktinformationen für den Produktbereich 01 „Service, Steuerung und Leitungsunterstützung“, insbesondere auf die Einnahme-/Ausgabeschwerpunkte der Produktgruppen 01 und 02 verwiesen.

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorwort zum Einzelplan 8.2

Sach- und Fachausgaben

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. wegen erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

- 511.86 – Geschäftsbedarf einschließlich Vergabe von karten- und drucktechnischen Arbeiten, Zweckzuweisungen an die Bezirke –
Veranschlagt sind Mittel für karten- und drucktechnische Arbeiten, insbesondere für die laufende Grünplanbearbeitung, für den Neu- und Nachdruck von Naturschutzverordnungskarten, für Wassergüteberichte, für die Vervielfältigung von Gutachten sowie das Anfertigen von Luftbildern.
Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2004 Tsd. EUR	Ansatz 2003 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	11,0	11,0
Altona	4,5	4,5
Eimsbüttel	5,0	5,0
Hamburg-Nord	4,5	4,5
Wandsbek	10,0	10,0
Bergedorf	5,5	5,5
Harburg	4,5	4,5
Gesamt	45,0	45,0

519.04 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen –
Veranschlagt sind Mittel für die Unterhaltung des Dienstgebäudes Billstraße 84 (Anteil der Behörde für Umwelt und Gesundheit). Mehr in Folge Richtsatzveranschlagung, nachdem der Ansatz in den Vorjahren zwecks Restabbaus reduziert war.

526.50 und 526.81 – Gutachten und Untersuchungen –
Veranschlagt sind Mittel für Gutachten- und Untersuchungsvorhaben aus dem Gesamtbereich der Behörde für Umwelt und Gesundheit. Die Vorhaben können sich über mehrere Jahre erstrecken. Vorgesehen sind beispielsweise:

- Betriebswirtschaftliche Untersuchungen
- Begleitung von Maßnahmen, Planverfahren bzw. Diskussionsprozessen durch externe Moderatoren
- Maßnahmen der Informations- und Kommunikationstechnik, soweit es sich um Evaluierungs-, Machbarkeits- oder technikunterstützte Studien handelt
- Untersuchungen zur Gewässer-, Boden- und Luftqualität, sofern diese nicht von der Behörde für Umwelt und Gesundheit selbst durchgeführt werden können
- Untersuchungen zur Unterstützung der Planungen in allen Bereichen der Behörde, insbesondere zur Abfallwirtschafts-, Schallimmissions-, Lärminderungs-, Gewässergüte- sowie Landschafts- und Grünplanung
- Monitoringverfahren zur Erfolgskontrolle von Maßnahmen im Naturschutz
- Untersuchungen zur Vorbereitung von Maßnahmen in der Landschafts- und Grünanlagenpflege
- Ingenieurtechnische Expertisen im Rahmen der Genehmigung und Überwachung von Industrieanlagen
- Gutachten und Untersuchungen zur Vorbereitung gesundheitspolitischer Maßnahmen
- Gutachten und Untersuchungen in den Bereichen Drogen und Sucht

Die Vorhaben werden grundsätzlich nach umwelt- und gesundheitspolitischen Schwerpunkten und fachlichen Notwendigkeiten im Rahmen einer zeitnahen Gutachtenplanung für die gesamte Behörde für Umwelt und Gesundheit festgelegt. Insofern können sich bei den genannten Maßnahmen Änderungen ergeben, wenn es erforderlich wird, nicht vorhergesehene dringendere Maßnahmen durchzuführen.

Die Ansatzerhöhung bei dem Titel 526.50 um 50 Tsd. EUR gegenüber dem Vorjahr ist in erster Linie eine Folge des Wegfalls der Deckungsnotwendigkeit für die Aufwendungen im Zusammenhang mit dem UMK-Vorsitz Hamburgs (Titel 8600.547.09).

Für das Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisungen beim Titel 526.81 entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004 Tsd. EUR	Ansatz 2003 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	1,0	1,0
Altona	2,0	2,5
Eimsbüttel	2,0	2,0
Hamburg-Nord	4,0	4,0
Wandsbek	2,0	2,0
Bergedorf	2,0	1,5
Harburg	2,0	2,0
Gesamt	15,0	15,0

531.01 – Öffentlichkeitsarbeit –
Aus diesem Titel werden im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Behörde Broschüren, Berichte, Faltblätter, die Unterstützung von Aktivitäten von Lokalen Agenda 21-Prozessen sowie die Durchführung oder Beteiligung von/an Aktionen, Projekten, Ausstellungen, Foren u.a. finanziert.
Die Ansatzreduzierung um 50 Tsd. EUR ist begründet in der anteiligen Deckung für den Titel 8900.541.02 „Förderung der UmweltPartnerschaft“.

547.10 – Förderung internationaler Zusammenarbeit auf den Feldern Umwelt und Gesundheit –
Veranschlagt sind Mittel zur Unterstützung von Umweltschutzprojekten im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit insbesondere mit den Partnerstädten Hamburgs, aber auch im Ostseeraum. Im Einzelfall können aus den Mitteln auch Zuwendungen finanziert werden.

547.40 – Förderung der Umweltbildung –
und

684.40 – Zuschüsse für Betrieb und Unterhaltung des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe –
(vgl. auch Erläuterungen unter 2. „Zuwendungen“)
Die veranschlagten Mittel sind wie bisher vorgesehen für die Finanzierung von Vorhaben der Umweltbildung der Behörde für Umwelt und Gesundheit sowie für den Betrieb und die Unterhaltung des Hamburger Umweltzentrums Karlshöhe.

8600

Das Umweltzentrum steht seit 2001 in nichtstaatlicher Trägerschaft und wird vom BUND geführt, wobei Hamburg weiterhin einen Zuschuss für die Bewirtschaftung und Unterhaltung leistet. Entsprechende Verträge sind 2001 mit dem BUND Landesverband Hamburg e.V. zunächst für eine Laufzeit von drei Jahren abgeschlossen worden. Bei der geplanten Fortsetzung der Zusammenarbeit verlängert sich die Laufzeit um weitere drei Jahre bis Ende 2006. Für 2004 sollen dem Träger wie in den Vorjahren 44 Tsd. EUR als Zuwendung aus dem Titel 684.40 zur Verfügung gestellt werden.

- 549.01 – Globale Minderausgabe –
Der interne Prozess zur Konkretisierung der an dieser Stelle ausgebrachten globalen Minderausgabe ist noch nicht abgeschlossen.
- 681.86 – Schadenersatzleistungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke –
Veranschlagt sind die Kosten für Schadenersatzleistungen aus den Fachbereichen der Behörde für Umwelt und Gesundheit.
Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2004 Tsd. EUR	Ansatz 2003 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	1,5	1,5
Altona	10,5	10,5
Eimsbüttel	1,5	1,5
Hamburg-Nord	1,5	1,5
Wandsbek	5,0	5,0
Bergedorf	1,5	1,5
Harburg	1,5	1,5
Gesamt	23,0	23,0

- 681.92 – Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden) –
Veranschlagt sind Ausgaben für Schadenersatzleistungen, zu denen die Behörde für Umwelt und Gesundheit verpflichtet ist.
Die Ansatzreduzierung um 22 Tsd. EUR gegenüber dem Vorjahr resultiert aus dem Wegfall einzelner größerer Zahlungsverpflichtungen.
- 682.01 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 8600: Ergebnis Wert-GmbH –
Veranschlagt ist ein Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich.

Erfolgsplan

WERT Wertstoff-Einsammlung GmbH

WERT

(mit der HGV besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag)

	Vorschau GJ 2004 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2003 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2002 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Umsatzerlöse	9.600	10.707	12.617
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	50	50	73
Summe der Erträge	9.650	10.757	12.690
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand			
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	360	360	386
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.050	3.110	3.371
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	4.776	5.133	5.682
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen			
2.3 Abschreibungen	428	400	441
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	966	1.339	971
Summe der Aufwendungen	9.580	10.342	10.851
3. Finanzergebnis	- 60	- 35	- 10
4. Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
5. Gewinnabführung an die HGV	10	380	1.829

WERT

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003
(haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. EUR</u>
1.1 Umsatzerlöse	
Die Umsatzerlöse werden sich aufgrund der Einführung des Pflichtpfands auf Dosen zum 01.01.2003 und durch die strukturellen Änderungen bei den neuen Geschäftsfeldern stark vermindern.	- 1.910
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen	
Der Minderaufwand steht im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Geschäftsfelder aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen.	+ 261
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	
Die Verminderung beruht auf dem Abschluss eines neuen Tarifvertrags aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen.	+ 549
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Die erhöhten Aufwendungen stehen im Zusammenhang mit der Einstellung von Tätigkeiten im Bereich der neuen Geschäftsfelder (einmaliger Effekt) und betreffen die Renovierung von Sozialräumen.	- 368

WERT

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2004
(haushaltswirksam 2005) gegenüber 2003
(ergebnisbezogene Veränderungen Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

	<u>Tsd. EUR</u>
1.1 Umsatzerlöse	
Die Umsatzerlöse des Jahres 2004 stehen unter der Prämisse, dass die Gesellschaft den Zuschlag in der laufenden Ausschreibung für die Leichtverpackungssammlung von der Duales System Deutschland AG für das Hamburger Gebiet für den Zeitraum 2004 bis 2005 erhält. Die Entgelte für die Sammelmengen werden sich stark reduzieren.	- 1.107
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	
Die Verminderung beruht auf dem Abschluss eines neuen Tarifvertrags aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen.	+ 357
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Die erhöhten Aufwendungen des Jahres 2003 betreffen einen einmaligen Effekt.	+ 373
682.02 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 8600: Ergebnis GBS – Veranschlagt ist ein Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich. Der von der GBS in 2002 erwirtschaftete Verlust soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der Zuschussbedarf der HGV wird somit davon nicht berührt.	
682.05 – Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich (zentral veranschlagt bei 9590.682.10), fachpolitische Zuständigkeit im Kapitel 8600: Bäderbetrieb HWW – Veranschlagt ist ein Zuschuss an die HGV zum Verlustausgleich.	

Erfolgsplan

Hamburger Wasserwerke GmbH

HWW

(mit der HGV besteht ein Beherrschungsvertrag und ein Gewinnabführungsvertrag)

	Vorschau GJ 2004 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2003 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2002 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Umsatzerlöse	184.763	180.841	182.910
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	25.642	18.123	19.379
Summe der Erträge	210.405	198.964	202.289
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand	23.846	23.888	23.660
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen			
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	53.033	53.777	53.961
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	8.386	8.313	7.134
2.3 Abschreibungen	39.877	30.420	32.596
2.4 Konzessionsabgabe	28.402	27.787	28.197
2.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen	16.948	17.351	17.641
Summe der Aufwendungen	170.492	161.536	163.189
3. Beteiligungsergebnis	+ 290	- 17.052	- 17.155
4. Finanzergebnis	- 4.555	- 3.850	- 3.373
5. Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
6. Gewinnabführung an die HGV / HWW-BG	35.648	16.526	18.572

HWW

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003
 (haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002
 (ergebnisbezogene Veränderungen in Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

	<u>Tsd. EUR</u>
1.1 Umsatzerlöse	
Geringeres Wassergeld aufgrund rückläufiger Mengen, dagegen höhere Erlöse aus Grund- und Basispreisen durch Zugänge bei abzurechnenden Wohnungs- und Grundstücksversorgungen und einem Anstieg der Ertragszuschüsse.	- 2.069
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	
Fortfall der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil. Dagegen Mehrerträge aus der Auflösung von Rückstellungen und höhere aktivierte Eigenleistungen durch gestiegenes Investitionsvolumen.	- 1.256
2.1 Materialaufwand	
In der Planung keine Differenzierung nach Material und Fremdleistungen. Höhere Aufwendungen im Rahmen des Unterhaltungsplans, dagegen gesunkene Energiekosten als Folge der prognostizierten Minderabgabe.	- 228
2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	
Verringerung durch Personalabbau, dagegen Anstieg durch angemessene Tarifabschlüsse, Berücksichtigung neuer Beitragsbemessungsgrenzen.	+ 184
2.2.2 Versorgungsbezüge und Pensionsrückstellungen	
Gestiegene Zuführungen zur Pensionsrückstellung und höhere laufende Pensionszahlungen gemäß versicherungsmathematischem Gutachten, aber Minderaufwand für Vorruhestand (keine neuen Fälle).	- 1.179
2.3 Abschreibungen	
Niedrigere Abschreibungen durch neue Abschreibungsvorschauwerte, Fortfall der Verrechnung von Veräußerungsgewinnen mit Anlagenzugängen gemäß § 6 b EStG.	+ 2.176
2.4 Konzessionsabgabe	
Niedrigere Konzessionsabgaben durch Umsatzrückgang infolge der rückläufigen Wasserabgabe.	+ 410
2.5 Sonstige betriebliche Aufwendungen	
Diese Position enthält in beiden Jahren den konstanten Steueraufwand (0,4 Mio. Euro). Mehraufwendungen für Beratung und Aus- und Fortbildungsmaßnahmen hauptsächlich im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Anrechnungssystems IS-U und für Versicherungen, dagegen niedrigere Kosten für die Beschaffung von Software-Updates und PC-Aufrüstungen, für Archivierungen sowie für Material und Fremdleistungen in der Verwaltung.	+ 290
3. Beteiligungsergebnis	
Verbesserung des Bäderergebnisses im Wesentlichen durch höhere Umsatzerlöse.	+ 103
4. Finanzergebnis	
Höhere Zinsaufwendungen wegen Neuaufnahme langfristiger Darlehen.	- 477

HWW

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2004
(haushaltswirksam 2005) gegenüber 2003
(ergebnisbezogene Veränderungen in Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

		<u>Tsd. EUR</u>
1.1	Umsatzerlöse	
	Anstieg der Erlöse aufgrund von Preiserhöhungen im Rahmen der Inflationsrate, höhere Grund-/Basispreiseinnahmen durch Zugänge bei Wohnungs- und Grundstücksversorgungen. Berücksichtigung rückläufiger Abgabemengen.	+ 3.922
1.2	Sonstige betriebliche Erträge	
	Höhere aktivierte Eigenleistungen durch steigendes Investitionsvolumen, Mehrerträge aus der Wartung und Bereitstellung von Warmwasserzählern und aus dem Einzugsentgelt für Sielgebühren sowie höhere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil.	+ 7.519
2.2.1	Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand	
	Auswirkungen angemessener Tariferhöhungen, dagegen Personaleinsparungen, Berücksichtigung höherer Beitragsbemessungsgrenzen.	+ 744
2.3	Abschreibungen	
	Anstieg im Wesentlichen durch Verrechnung von Veräußerungsgewinnen mit Anlagenzugängen gemäß § 6 b EStG und höherer Anlagenzugänge.	- 9.457
2.4	Konzessionsabgabe	
	Höhere Konzessionsabgaben durch Umsatzanstieg infolge von geplanten Preiserhöhungen für Wasserlieferungen.	- 615
2.5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	
	Diese Position enthält in beiden Jahren 0,4 Mio. Euro Steueraufwand. Geringerer Ansatz für Beratungskosten und Migration KISSY/IS-U.	+ 403
3.	Beteiligungsergebnis	
	Übernahme des Fehlbetrags BLH entfällt, da BLH ab 2004 nicht mehr zum HWW-Konzern gehört.	+ 17.342
4.	Finanzergebnis	
	Gestiegene Zinsaufwendungen durch höhere Neuverschuldung und steigende Zinssätze.	- 705

Erfolgsplan

Bäderland Hamburg GmbH

BLH

(bis 2003 besteht mit der HWW ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, ab 2004 besteht ein Gewinnabführungsvertrag mit der HGV)

	Vorschau GJ 2004 Tsd. EUR	Erfolgsplan GJ 2003 Tsd. EUR	Ergebnis GJ 2002 Tsd. EUR
1	2	3	4
1. Erträge			
1.1 Umsatzerlöse	19.749	19.014	18.034
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	3.139	579	868
Summe der Erträge	22.888	19.593	18.902
2. Aufwendungen			
2.1 Materialaufwand	10.502	10.461	10.309
2.1.1 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			
2.1.2 Aufwendungen für bezogene Leistungen			
2.2 Personalaufwand			
2.2.1 Vergütungen und gesetzl. Sozialaufwand	16.618	16.523	16.331
2.2.2 Versorgungsbezüge und Zuführung zu Pensionsrückstellungen	2.095	2.037	1.844
2.3 Abschreibungen	7.869	5.014	5.027
2.4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.997	3.036	3.093
Summe der Aufwendungen	40.081	37.071	36.604
3. Finanzergebnis	- 4	136	201
4. Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
5. Verlustübernahme durch die HWW / HGV	- 17.197	- 17.342	- 17.501

BLH

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2003
(haushaltswirksam 2004) gegenüber 2002
(ergebnisbezogene Veränderungen in Spalte 3 gegenüber Spalte 4)

	Tsd. EUR
1.1 Umsatzerlöse	
Mehrerlöse durch steigende Besucherzahlen aufgrund von Angebotsverbesserungen und Preiserhöhungen.	+ 980
1.2 Sonstige betriebliche Erträge	
Rückgang im Wesentlichen aus geringeren Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen und aus Versicherungsschäden.	- 289
2.1 Materialaufwand	
In der Planung keine Differenzierung nach Material und Fremdleistungen. Geringere Aufwendungen im Rahmen des Unterhaltungsplanes, dagegen Mehraufwand im Energiebereich u.a. durch höhere Ökosteuern.	- 152

2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand

Zuwachs wegen individueller Vergütungsanpassungen und Einstellungen im Jahr 2002 sowie aufgrund neuer Beitragsbemessungsgrenzen bei den Sozialabgaben, außerdem durch die Rückkehr beurlaubter Mitarbeiter und die Übernahme von Auszubildenden.

- 192

2.2.2 Versorgungsbezüge und Pensionsrückstellungen

Mehraufwand aufgrund neuer versicherungsmathematischer Gutachten, Minderaufwand für Vorruhestand (keine neuen Fälle).

- 193

3. Finanzergebnis

Rückgang im Wesentlichen wegen geringerer Zinserträge als Folge der Rückzahlung des den HWW gewährten Darlehens zur Finanzierung des Neubaus des Bille-Bades.

- 65

BLH

Erläuterungen zu den wesentlichen Einzelpositionen 2004
(haushaltswirksam 2005) gegenüber 2003
(ergebnisbezogene Veränderungen in Spalte 2 gegenüber Spalte 3)

Tsd. EUR**1.1 Umsatzerlöse**

Mehrerlöse durch Angebotsverbesserungen und Preiserhöhungen.

+ 735

1.2 Sonstige betriebliche Erträge

Anstieg der Erträge durch den Verkauf einer Teilfläche des Grundstücks Bergedorf (Bille-Bad)

+ 2.560

2.2.1 Vergütungen und gesetzlicher Sozialaufwand

Zuwachs wegen höherer Sozialversicherungsbeiträge und aufgrund neuer Beitragsbemessungsgrenzen bei den Sozialabgaben.

- 95

2.3 Abschreibungen

Anstieg im Wesentlichen aufgrund der Verrechnung des Veräußerungsgewinns aus dem Verkauf einer Teilfläche des Grundstücks des Bille-Bades in Bergedorf.

- 2.855

3. Finanzergebnis

Rückgang im Wesentlichen wegen geringerer Zinserträge als Folge der Rückzahlung des den HWW gewährten Darlehens und höhere Zinsaufwendungen durch die Aufnahme von Tagesgeldern bei den HWW für die Finanzierung der vorzunehmenden Investitionen.

- 140

684.01 – Förderung von Maßnahmen der Umweltberatung u.a. –
(vgl. auch Erläuterungen unter 2. „Zuwendungen“)
Veranschlagt sind Zuschüsse an die Verbraucherzentrale Hamburg (VZ) für den Teilbereich Umweltberatung sowie ggf. an verschiedene Vereine, Initiativen u.a. für Projekte und Aktionen zur Förderung umweltgerechter Verhaltensweisen, die ohne staatliche Hilfe nicht realisiert werden könnten. Die Zuwendung zur Projektförderung an die VZ wird zu etwa 80% zur Finanzierung von Personalkosten (ein Mitarbeiter) verwendet.

Investitionen

Es wird auf die Produktinformationen für den Produktbereich 01 „Service, Steuerung und Leistungsunterstützung“, insbesondere auf die Einnahme-/Ausgabeschwerpunkte der Produktgruppen 01 und 02 verwiesen. Nachstehende Titel werden wegen ihrer Bedeutung und der Veränderungen gegenüber dem Vorjahr im Einzelnen erläutert.

- 701.01 – Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Hochbau –
Veranschlagt sind Mittel für Hochbaumaßnahmen und -planungen einschl. damit zusammen hängender Bau-
nebenkosten. Mittel dieses Titels dienen einerseits der Finanzierung von Maßnahmen an oder im Verwaltungs-
gebäude Billstraße, werden aber auch zur Deckung von Bedarfen im Zusammenhang mit anderen Objekten
eingesetzt und hierzu ggf. auf die sachlich zuständigen Titel übertragen.
Im Ansatz ist ein einmaliger Betrag in Höhe von 300 Tsd. EUR enthalten, der für den Umbau und die Kapazi-
tätserweiterung der Kantine im Dienstgebäude Billstraße 84 im Zusammenhang mit der Zentralisierung der Be-
hörde für Umwelt und Gesundheit benötigt wird (vgl. auch 812.01).
- 812.01 – Ersatz und Erweiterung der Kantineinrichtung in der Billstraße –
Veranschlagt sind Mittel für die Ersatz- und Erweiterungsbeschaffung der Kantineinrichtung im Zusammen-
hang mit der Kapazitätserweiterung des Personalrestaurants im Hinblick auf die beabsichtigte Zentralisierung
der Behörde für Umwelt und Gesundheit am Standort Billstraße (vgl. auch 701.01).
- 823.01 – Jahresleistungsrate für das Verwaltungsgebäude Billstraße –
Veranschlagt sind die vertraglich vereinbarten Mietkaufraten für das Gebäude Billstraße 82 - 84 (Anteil der Be-
hörde für Umwelt und Gesundheit).
Die Ansatzserhöhung gegenüber dem Vorjahr ergibt sich nach Vorliegen der endgültigen Baukostenabrechnung
aus der damit verbundenen Neufestsetzung der Mietkaufrate. Da auch variable Erstattungsbeträge zu berück-
sichtigen sind (z.B. Versicherungen), wird die Mietkaufrate voraussichtlich künftig steigen.

8620 Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Diesen Bereich prägen insbesondere folgende Aufgaben:

- Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheitsversorgung und Gesundheit und Umwelt, ebenso die Versorgungsplanung im Gesundheitswesen und den Maßregelvollzug.
- Gesundheitsschutz und Gesundheitssicherung
Dies umfasst insbesondere die Seuchenhygiene und Infektionsepidemiologie; Krankenhaus- und Wasserhygiene; Schulärztlichen und Schulzahnärztlichen Dienst; Weiterentwicklung und Modernisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes; Pharmaziewesen; Sicherheit von Medizinprodukten, Medizintechnische Entwicklung u.a. Telematik, Patientenschutz, Reproduktionsmedizin; Berufe im Gesundheitswesen.
- Allgemeiner und wirtschaftlicher Verbraucherschutz (Zuwendungen für die institutionelle Förderung und den Hamburger Anteil zur Ernährungsberatung – vgl. Kapitel 8670)
- Dezentrale Steuerungs- und Intendanzaufgaben.

Der Mittel- und Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- Gesundheitsförderung und Prävention mit verändertem Schwerpunkt des ÖGD entsprechend dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst sowie bei anderen Trägern (Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung, Pro FAMILIA, KISS etc.),
- Krankenhausinvestitionen,
- nachgeordnete Dienststellen, z.B. Zentrum für Hafen- und Flughafenärztliche Dienste mit dem Bereich der Schiffschiffsmedizin, Zentralinstitut für Arbeitsmedizin, Krankenhausbettennachweis, Beratungszentrum Sehen, Hören, Bewegen, Sprechen, Zentrale Beratungsstelle für sexuell übertragbare Erkrankungen, Beratungsstelle für Gesundheit

Einzelheiten der Aufgabenwahrnehmung sind der Produktinformation zu entnehmen.

2. Zuwendungen

Betriebskonto Z 71 – Gesundheitsförderung und Prävention

Veranschlagt sind Kosten der Gesundheitsförderung und der Prävention.

Beim Titel 534.71 sind Mittel für Gesundheitsinformation und -bildung, Prävention und Gesundheitsförderung, Informations- und Öffentlichkeitsveranstaltungen im Rahmen von Projekten und Maßnahmen, Beratungsangebote sowie Mittel zur AIDS-Prävention, zur Behindertenarbeit und zu sexuell übertragbaren Erkrankungen veranschlagt. Die Mittel werden im Rahmen dieser Zweckbestimmung nach den jeweiligen Erfordernissen verwendet. Für 2004 ist derzeit u.a. vorgesehen:

- Aktivitäten im Rahmen des Landesrahmenprogramms Gesunde Stadt Hamburg
- Beteiligung an der „Reisemesse“
- Fortsetzung der Öffentlichkeitskampagne zur AIDS - Prävention, Veranstaltungen zur Sexualerziehung und zur geschlechtsspezifischen Gesundheitsförderung
- Informations- und Diskussionsveranstaltungen für chronisch kranke Menschen
- Schulung von Multiplikatoren aus Kindergärten, Schulen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Krankenhäusern und Einrichtungen der Behindertenhilfe
- Aktivitäten zu Frühförderung und Früherkennung
- Aktivitäten zur interkulturellen Öffnung von Einrichtungen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes
- Aktualisierung des Ratgebers für chronisch kranke Menschen
- Regionale Fortbildungen und Kooperationen zum Thema „Gewalt gegen Kinder“
- Aktivitäten zur Frühintervention bei Alkoholmissbrauch und -abhängigkeit
- Veröffentlichung des Gesundheitsberichtes zum Thema „Suizid in Hamburg“
- Aktivitäten im Rahmen des Kooperationsprojektes „Gesunde Soziale Stadt Hamburg“

8620.684.71 – Zuschüsse an Vereine, Institute u. dgl. zur Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention –

Für 2004 sind folgende Zuwendungen veranschlagt:

	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	in EUR		
- AIDS Hilfe	467.188,00	467.188,00	472.273,00
- Arbeit und Gesundheit	46.016,00	46.016,00	46.016,00
- Arbeiterwohlfahrt	92.910,00	92.910,00	89.352,48
- BASIS	247.678,00	247.678,00	246.555,00
- Diakonisches Werk	56.242,00	56.242,00	55.727,00
- Familienplanungszentrum	425.000,00	424.883,00	427.209,00
- Hamburger Arbeitsgemeinschaft f. Gesundheitsförderung	288.598,00	288.598,00	299.200,00
- Hilfe nach Krebs	0,00	0,00	22.744,00
- Jugend hilft Jugend (HIDA)	156.000,00	155.934,00	164.000,00
- KISS (SG e.V.)	540.728,00	540.728,00	556.252,00
- Magnus-Hirschfeld-Zentrum	131.300,00	131.300,00	130.973,00
- Mieten Aphasiker, CED, Tumornachsorge	22.500,00	22.496,00	22.496,84
- Prävention	185.659,00	185.659,00	181.318,00
- Pro FAMILIA	570.000,00	570.000,00	571.559,00
- Selbsthilfegruppen-Topf	85.693,00	76.693,00	76.693,78
- Patientenberatungsstelle der Verbraucherzentrale	256.157,00	256.157,00	255.965,00
- Sozialdienst Katholischer Frauen e.V.	161.857,00	161.857,00	35.790,00
- Konfliktberatungsstelle des Diakonischen Werkes	134.000,00	134.000,00	40.903,00
- Caritas Konfliktberatungsstelle	58.500,00	58.500,00	0
- Familienhebammen	30.677,00	30.677,00	35.451,68
- Tarifierhöhung für 2002	0	0	12.782,30
- Tarifvorsorge für 2004	77.000,00	0	0
Insgesamt	4.033.703,00	3.947.516,00	3.786.147,72
Auf-/Abgerundet:	4.034.000,00	3.948.000,00	

Zur Umsetzung der Anforderungen des Neuen Steuerungsmodells wird die Steuerung der Zuwendungsempfänger in der Regel auf Basis der Leistungsvereinbarungen bzw. einvernehmlichen Leistungsbeschreibungen durchgeführt.

Es wurde mit allen Zuwendungsempfängern eine Leistungsvereinbarung bzw. eine einvernehmliche Leistungsbeschreibung für 2003 abgeschlossen, sofern sie eine Zuwendung von mindestens 50.000 EUR erhalten.

Die Steuerung der Zuwendungsempfänger mit dem Ziel der beständigen Prüfung der fachlichen Angemessenheit der Leistungsprofile und deren Effizienz ist prospektiv ausgerichtet. Hierzu wird, in Abhängigkeit vom Umfang der Förderung, eine Kombination folgender Instrumente (zum Teil wiederholend im Jahresablauf) eingesetzt:

- Auswertung der Verwendungsnachweise
- Auswertung der Jahresberichte
- Auswertungs- und Perspektivgespräche mit den Trägern
- Organisations- und Wirtschaftlichkeitsberatungen
- Betriebswirtschaftliche Überprüfungen
- Besuche vor Ort
- Besprechungen in Fachgruppen und Arbeitskreisen zur Koordinierung der Träger

Die Ansatzbemessung schließt die Tarifierhöhung in 2004 für Angestellte in Höhe von 77 Tsd. EUR mit ein. Haushaltsreste sind 2002 in einer Größenordnung von rd. 35 Tsd. EUR entstanden.

682.03 – Zuschüsse an den Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg -Anstalt öffentlichen Rechts- für die Betriebskosten der Räume der Zentralambulanz für Betrunkene (ZAB) –

Der Betrieb der Zentralambulanz für Betrunkene ist zum 1.4.2003 in die Verantwortung der Behörde für Inneres / Feuerwehr (BfI) übergegangen. Entsprechend den zugrunde liegenden Vereinbarungen zwischen BUG, BfI und LBK Hamburg übernimmt die BUG bis zum Umzug der Einrichtung in andere Räumlichkeiten bzw. längstens bis zum 31.3.2004, die Betriebskosten der Räume Brennerstraße. (Verlagerung von 415.000 EUR in den Einzelplan der BfI.)

- 682.04 – Zuschüsse an den Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg -Anstalt öffentlichen Rechts- für den Betrieb der Massageschule im AK Eilbek –

Der Landesbetrieb Krankenhäuser betreibt die Massageschule seit vielen Jahren. Dieses Ausbildungsangebot soll aus ausbildungs- und berufspolitischen Gründen aufrechterhalten bleiben, auch weil Hauptschulabsolventen hier die Möglichkeit haben, eine Ausbildung in einem Gesundheitsfachberuf, der gute Arbeitsmarktchancen hat, absolvieren zu können.

Die Zuschussfinanzierung zur Fortführung des Betriebs der Massageschule durch den LBK verursacht für den Haushalt 2004 der Freien und Hansestadt Hamburg Kosten in Höhe von voraussichtlich 110 Tsd. EUR.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen werden insbesondere geprägt durch:

- Erstattung Dritter für die Gestellung von Personal (8620.261.03, 8620.261.04)
- Erhebung von Gebühren (z.B. 8620.111.01)
- Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung von Grundstücken (8620.124.01).

Die Einnahmen bei der Erstattung Dritter für die Gestellung von Personal (8620.261.03, 8620.261.04) sind rückläufig durch die kontinuierliche Verringerung des Personals.

- 119.07 – Einnahmen für die Durchführung von Veranstaltungen/Kursen u.a. für das ZfA –
(neu)

Das Zentralinstitut für Arbeitsmedizin beabsichtigt, Kurse und sonstige Veranstaltungen durchzuführen (z.B. Crashkurs „Lungenfunktionsüberprüfung“). Die entsprechenden Teilnehmerentgelte sollen bei diesem Titel verinnahmt werden. Da die Höhe der Einnahmen nicht vorhersehbar ist, ist ein Leertitel veranschlagt.

Die Einnahmen dienen zur Deckung der im Zusammenhang mit der Durchführung anfallenden Sachkosten beim Titel 8620.534.10.

- 232.02 – Einnahmen aus Zahlungen anderer Bundesländer im Rahmen der Finanzbeteiligung für ein
(neu) Behandlungszentrum am BNI –

Die Klinische Abteilung des BNI wurde in den Krankenhausplan 2005 mit dem grundsätzlichen Anspruch auf Förderung nach dem KHG / HmbKHG aufgenommen. Mit der nun vorgesehenen Maßnahme soll eine infektiologische Isolierstation im Rahmen des bundesweiten Konzepts zur flächendeckenden Versorgung in der Klinischen Abteilung des BNI hergerichtet werden. Ziel ist es, bei bestmöglicher medizinischer Behandlung des Patienten die äußerste Minimierung der Gefahren für Umwelt und Betreuungspersonal zu gewährleisten. Um die Ansteckungsgefahr zu minimieren, sollen Patienten mit hochkontagiösen Infektionskrankheiten in einer Unterdruck-Isoliereinheit versorgt werden. Die Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein planen, sich im Rahmen der Sicherstellung der gesetzlichen Verpflichtung der Länder zur Bereitstellung von Quarantäneeinrichtungen nach § 30 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. Abs. 6 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) an dieser Maßnahme zu beteiligen.

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt aus dem Titel 8620.893.79.

Ausgaben

Personalausgaben

s. Vorwort zum Einzelplan 8.2

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben werden insbesondere geprägt durch:

- Ausgaben im Rahmen des Betriebskontos Z 61
- Auftragsleistung des Landesbetriebes Krankenhäuser Hamburg in Höhe von ca. 12 Mio. EUR
- Zuwendungen an den Landesbetrieb Krankenhäuser in Höhe von 110 Tsd. EUR
- Zuwendungen in Höhe von 4.034 Tsd. EUR
- Vertragliche Verpflichtungen im Rahmen der Norddeutschen Kooperation
- Zuschüsse aufgrund von Länderabkommen (IMPP/AföG) in Höhe von 249 Tsd. EUR

534.10 – Sachausgaben für die Durchführung von Veranstaltungen, Kursen u.a. für das ZfA –

(neu) Der Leertitel wird benötigt für die im Zusammenhang mit der Durchführung von Kursen und sonstigen Veranstaltungen des Zentralinstituts für Arbeitsmedizin anfallenden Sachkosten.

Die Ausgaben werden durch entsprechende Einnahmen beim Titel 8620.119.07 gedeckt.

534.81 – Gesundheitsschutz, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt ist eine Rahmenzuweisung an die Bezirksamter für

- Geräte und Verbrauchsmaterialien für die medizinische Diagnostik bei den Gesundheitsämtern
- Erstattungen an den Landesbetrieb Krankenhäuser
- Aufwendungen für Wasser-, Boden- und Luftuntersuchungen
- Maßnahmen der bezirklichen Gesundheitsförderung
- Zuschüsse für die Patientenclubs und die therapeutische Gruppenarbeit der jugend- und sozial-psychiatrischen Dienste.

Für das Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Aufteilung nach fachbezogenen Schlüsseln bei den jeweiligen Titeln. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004	Ansatz 2003
	in Tsd. EUR	
Hamburg-Mitte	46,5	43,5
Altona	39,0	36,0
Eimsbüttel	35,0	31,0
Hamburg-Nord	138,0	133,5
Wandsbek	45,0	39,5
Bergedorf	15,5	14,5
Harburg	32,0	53,0
Gesamt	351,0	351,0

534.86 – Festgelegte Aufgaben im Gesundheitsbereich, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Veranschlagt sind Zweckzuweisungen an die Bezirksamter für Kosten im Zusammenhang mit Fahrgelderstattungen an die, von den Gesundheitsämtern zur Untersuchung vorgeladenen, mittellosen Personen und die bei den Wirtschafts- und Ordnungsämtern entstehenden Kosten für Zuführungen und Untersuchung zur Feststellung übertragbarer Krankheiten auf der Grundlage des Bundesseuchengesetz (BSeuchG).

Für das Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Aufteilung nach fachbezogenen Schlüsseln bei den jeweiligen Titeln. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004	Ansatz 2003
	in Tsd. EUR	
Hamburg-Mitte	1,5	1,5
Altona	6,0	6,0
Eimsbüttel	0,5	0,5
Hamburg-Nord	0,5	0,5
Wandsbek	0,5	0,5
Bergedorf	0,5	0,5
Harburg	0,5	0,5
Gesamt	10,0	10,0

681.86 – Gesetzliche Aufgaben im Gesundheitsbereich; Zweckzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt ist eine Zweckzuweisung an die Bezirksämter für Aufwendungen nach dem BSeuchG. Im Einzelnen handelt es sich hierbei um Kosten für Verdienstausschüttungen, Kosten für Isolierungsmaßnahmen, Entschädigungskosten für beschlagnahmte Gegenstände sowie Kosten für Gammaglobulin-Prophylaxe.

Für das Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Aufteilung nach fachbezogenen Schlüsselwörtern wie im Vorjahr. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004	Ansatz 2003
	in Tsd. EUR	
Hamburg-Mitte	2,0	2,0
Altona	1,5	1,5
Eimsbüttel	4,0	4,0
Hamburg-Nord	3,5	3,5
Wandsbek	1,0	1,0
Bergedorf	2,5	2,5
Harburg	0,5	0,5
Gesamt	15,0	15,0

682.02 – Zuweisung an Dritte für den Maßregelvollzug –

Bei Straftätern, die wegen psychischer Erkrankung oder Suchtmittelabhängigkeit nicht oder nur vermindert schuldfähig sind, kann durch das Gericht die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus (§ 63 Strafgesetzbuch (StGB)) oder in einer Entziehungsanstalt (§ 64 StGB) angeordnet werden. Verantwortlich für die Durchführung des Maßregelvollzuges sind die Länder. In Hamburg werden die Maßregeln für psychisch kranke Rechtsbrecher (§ 63 StGB) und für alkoholranke Rechtsbrecher (§ 64 StGB) gemäß § 4 Hamburgisches Maßregelvollzugsgesetz (HmbMVollzG) im Klinikum Nord -Betriebssteil Ochsenzoll- vollzogen. Seit dem 2. Quartal 2002 stehen dort nach Fertigstellung des Erweiterungsbaus des Hauses 18 125 Plätze sowie in Haus 9 32 Plätze für den Vollzug der Maßregeln nach §§ 63 und 64 StGB zur Verfügung. Infolge der strukturellen Veränderungen durch die Inbetriebnahme des Erweiterungsbaus des Hauses 18 ist keine Vergleichbarkeit mehr mit den Daten der Jahre vor 2003 gegeben.

Für den Maßregelvollzug in Haus 18 werden auf Grundlage des Ergebnisses des ersten Quartals 2003 48.254 Berechnungstage, für den Maßregelvollzug in Haus 9 11.988 Berechnungstage veranschlagt.

Zuweilen ist die Unterbringung aus therapeutischen Gründen in auswärtigen Maßregelvollzugseinrichtungen erforderlich. Die in den zurückliegenden Jahren kapazitätsbedingt notwendige Unterbringung von drogenkranken Maßregelvollzugspatienten in anderen auswärtigen Einrichtungen konnte sukzessive abgebaut werden, da mit dem Erweiterungsbau des Hauses 18 zusätzliche Plätze im Klinikum Nord geschaffen wurden.

Insgesamt hat sich die Zahl der Berechnungstage gegenüber den Vorjahren als Folge der zunehmenden Verhängung von Maßregeln sowie aufgrund steigender Verweildauern infolge größerer Zurückhaltung bei der Gewährung von Entlassungen dramatisch erhöht.

Für den Vollzug der Maßregeln nach § 64 StGB bei Abhängigkeit von illegalen Drogen standen aufgrund eines Länderabkommens im NLK Brauel 15 Plätze für Hamburger Patientinnen und Patienten zur Verfügung. Das Länderabkommen ist zum 31.12.01 ausgelaufen. Die Therapien der Patientinnen und Patienten, die ihre Behandlung im NLK Brauel begonnen haben, werden aber aus therapeutischen Gründen dort vereinbarungsgemäß noch zu Ende geführt werden. Diese Behandlungen laufen voraussichtlich im Jahr 2003 aus. In der Veranschlagung 2004 sind deshalb keine Kosten für Unterbringung im NLK Brauel und für andere auswärtige Unterbringungen mehr enthalten.

- 684.04 (neu) – Humanitäre Hilfe zugunsten der durch Blutprodukte HIV-infizierten Menschen – Der Bund, die Länder und die Industrie stellten bereits früher rd. 128 Mio. EUR für die „Humanitäre Soforthilfe“ an durch Blut oder Blutprodukte HIV-Infizierte oder an AIDS erkrankte Personen zur Verfügung. Nach Berechnungen der Stiftung „Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“ reichen die bisher zur Verfügung gestellten Mittel längstens bis ins Jahr 2004. Um die Leistungsansprüche Geschädigter bis ins Jahr 2017 finanzieren zu können, werden weitere 87 Mio. EUR benötigt. Laut Gesundheits-Minister-Konferenz-Beschluss werden die Länder 10,6 Mio. EUR ab dem Jahr 2004 zweijährig bis 2010 bereitstellen. Der Hamburger Anteil beträgt nach dem Königsteiner Schlüssel rd. 270 Tsd. EUR (68 Tsd. EUR in den Jahren 2004, 2006, 2008 und 2010).

Investitionen

Investitionsförderung der Krankenhäuser

Krankenhäuser haben aufgrund des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG) und des HmbKHG Anspruch auf Übernahme ihrer Investitionskosten im Wege öffentlicher Förderung, soweit und solange sie in den Krankenhausplan eines Landes und bei Investitionen nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 KHG bzw. § 21 HmbKHG (Einzelförderung) in das Investitionsprogramm aufgenommen sind. Die Hamburgische Krankenhausgesellschaft und die Krankenkassen-Verbände in Hamburg (unmittelbar Beteiligte) sowie die Behörde für Umwelt und Gesundheit (BUG) bilden gem. § 18 HmbKHG den Landesausschuss für Krankenhaus- und Investitionsplanung, der einvernehmliche Vorschläge für die Aufstellung der Investitionsprogramme nach § 16 HmbKHG erarbeiten soll.

- 893.62 – Fördermittel nach § 22 HmbKHG für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter für Krankenhäuser –

Veranschlagt sind Finanzmittel für die „Pauschale Förderung“ der Krankenhäuser gemäß § 22 HmbKHG. Die Bewilligung der Pauschalmittel richtet sich nach der Verordnung über die Pauschale Förderung der Krankenhäuser (PauschVO) vom 28.11.95 (HmbGVBl. S. 308) unter Berücksichtigung der jeweiligen Änderungsverordnung.

Durch feste jährliche Pauschalbeträge werden gefördert:

1. Die Wiederbeschaffung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen mit einer Nutzungsdauer von 3 bis 15 Jahren (kurzfristige Anlagegüter).
2. Die nicht zur Instandhaltung gehörende Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen (kurzfristige Anlagegüter).
3. Kleine Baumaßnahmen sowie sonstige nach § 21 HmbKHG förderungsfähige Investitionen, wenn die Kosten für das einzelne Vorhaben die Kostengrenze von 100 Tsd. EUR nicht übersteigen.

Die Mittel werden den Krankenhäusern, die nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gefördert werden, überwiegend entsprechend der Krankenhausleistung (Anzahl der behandelten Fälle) und daneben für die Grundvorhaltung der Krankenhausversorgung in Form einer reduzierten Bettenpauschale gewährt.

Die Einrichtungen der Not- und Unfallversorgung, die psychiatrischen Institutsambulanzen, die Suchtambulanzen und die Ausbildungsplätze werden gesondert berücksichtigt.

Veranschlagt sind 30.662 Tsd. EUR für die Pauschalförderung der Krankenhäuser.

- 893.79 – Fördermittel nach §§ 21, 23, 24 und 27 HmbKHG für Krankenhäuser –

Veranschlagt sind die Fördermittel für die in den Krankenhausplan aufgenommenen Krankenhäuser im Wesentlichen für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten einschließlich Erstausrüstung und Honorare, für die Nutzung von Anlagegütern, für Anlauf- und Umstellungskosten.

Die Bau- und Beschaffungsmaßnahmen sind nach dem gesetzlich vorgesehenen Verfahren mit den unmittelbar Beteiligten (Krankenkassen, Verbände, Hamburgische Krankenhausgesellschaft, Fördermittelbehörde) mit dem Ziel des Einvernehmens erörtert worden.

Es werden in Zukunft weiterhin in hohem Umfang Haushaltsmittel für die Umsetzung der geplanten Strukturmaßnahmen benötigt. Hierzu zählen die Fusions- bzw. Kooperationsprozesse in Bergedorf, Eimsbüttel und Harburg, die Neuordnung der Psychiatrie (Albertinen - Krankenhaus, Asklepios Westklinikum, Klinikum Nord) sowie der Neubau des AK Barmbek (Abfinanzierung ab 2006). Darüber hinaus sind in weiteren Krankenhäusern Strukturmaßnahmen bewilligt (Altonaer Kinderkrankenhaus, Israelitisches Krankenhaus, Asklepios Westklinikum, AK Eilbek und AK St. Georg) oder in den kommenden Jahren geplant (z.B. Marienkrankenhaus).

Um in größerem Umfang Maßnahmen zur Verbesserung der Krankenhausstrukturen insbesondere in den Bezirken Eimsbüttel/angrenzend Hamburg-Nord und dem Bezirk Harburg bewilligen zu können, ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 150 Mio. EUR erforderlich, die wie folgt veranschlagt ist:

2005 :	30 Mio. EUR	
2006 :	30 Mio. EUR	
2007 :	45 Mio. EUR	
2008 :	45 Mio. EUR	
	150 Mio. EUR	

Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen beim Titel 8620.124.01.

8630 Institut für Hygiene und Umwelt

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Ausgaben und Einnahmen für das Institut für Hygiene und Umwelt (HU) werden in einem Wirtschaftsplan nach § 15 Abs. 2 LHO veranschlagt und erläutert. Sie sind in der Anlage 2 (rosa Seiten) dargestellt. Im Kapitel 8630 „Institut für Hygiene und Umwelt“ sind entsprechend der Nettoveranschlagung lediglich die Zuweisungen bzw. Zuschüsse an das Institut veranschlagt.

Allgemeines

(Vgl. hierzu die allgemeinen Vorbemerkungen im Lagebericht des Institut für Hygiene und Umwelt in den “rosa” Seiten).

2. Zuwendungen

Zuwendungen sind in diesem Kapitel nicht veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

s. Wirtschaftsplan

Ausgaben

s. Wirtschaftsplan

Investitionen

891.56 – luK - Investitionskostenzuschuss für das Institut für Hygiene und Umwelt –
(neu)

2004 wird ein Leertitel neu veranschlagt, um die zentral veranschlagten Mittel für luK - Investitionen in den Wirtschaftsplan des Instituts für Hygiene und Umwelt überführen zu können.

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Der Mittel- und Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- Fortentwicklung von Wissenschaft und Technik,
- Wandel der gesellschaftlichen Anforderungen an den Arbeitnehmerschutz und daraus resultierende politische Vorgaben zur Aufgabenerledigung,
- neue gesetzliche Regelungen,
- Anzahl von Betrieben und Anlagen.

Einzelheiten der Aufgabenwahrnehmung sind der Produktinformation zu entnehmen.

2. Zuwendungen

Zuwendungen sind in diesem Kapitel nicht veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen sind insbesondere geprägt durch:

- Verwaltungsgebühren für überwachungsbedürftige Anlagen,
- Verwaltungsgebühren im Bereich Arbeitsschutz,
- Verwaltungsgebühren im Bereich Strahlenschutz.

Ausgaben

Personalausgaben

s. Vorwort zum Einzelplan 8.2

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen:

- Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb,
- Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung technischer Geräte,
- Mitgliedsbeiträge und Zuschüsse.

Investitionen

Das Investitionsvolumen für diesen Bereich wird im Wesentlichen durch Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten für das Arbeitsschutzlabor und den Strahlenschutz geprägt.

8650 Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Das Bernhard-Nocht-Institut widmet sich tropenmedizinischer Forschung und der Behandlung von Patienten mit tropischen Infektionskrankheiten. Gegenstände der heutigen Forschungsaktivitäten sind die molekular- und zellbiologischen Mechanismen der Pathogenität von Erregern tropischer Infektionen, die immunologischen Grundlagen der Interaktion zwischen Erreger und Wirt, genetische Grundlage der Resistenz gegen diese Erreger, die Reservoirs und Überträger tropenmedizinisch relevanter Erreger und die klinische Forschung an Patienten mit tropischen Infektionskrankheiten. Neben der wissenschaftlichen Arbeit, der ambulanten und stationären Patientenversorgung und der Feldforschung ist die Lehre eine wesentliche Aufgabe des Instituts. Es finden Universitätsvorlesungen, Veranstaltungen zur Weiterbildung von Ärzten, Biologen und Veterinärmedizinern statt (der dreimonatige Ärztekurs ermöglicht den Erwerb der Zusatzbezeichnung „Tropenmedizin“). Im Rahmen von Forschung und Lehre sind am Institut jeweils etwa 50 Doktoranden und Diplomanden aus den Fachbereichen Medizin, Biologie und Chemie der Universität Hamburg und anderer deutscher Universitäten tätig. Die Mitarbeiter des Instituts werden von Gerichten, Behörden des Bundes und der Länder, internationalen Organisationen und von wissenschaftlichen Förderungseinrichtungen zu zahlreichen gutachterlichen Aufgaben herangezogen. Die mikrobiologische Zentraldiagnostik des Instituts ist Nationales Referenzzentrum für tropische Infektionserreger. Die Tätigkeit des Instituts ist überregional.

Das Institut wird als außeruniversitäre Forschungseinrichtung von überregionaler Bedeutung aufgrund der nach Maßgabe des Art. 91b GG abgeschlossenen „Rahmenvereinbarung Forschungsförderung“ von Bund und Sitzland im Verhältnis 50:50 finanziert. Der Anteil des Sitzlandes wird zu einem Viertel durch die Ländergemeinschaft getragen. Bei Bauinvestitionen trägt das Sitzland den vollen Länderanteil. Der hamburgische Anteil an den Gesamtkosten des Bernhard-Nocht-Instituts beträgt mindestens 37,5 %.

2. Zuwendungen

Sind in diesem Kapitel nicht veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Die Veranschlagung für 2004 ist auf der Grundlage von § 15 Abs. 2 LHO vorgenommen worden. Damit wurden die haushaltstechnischen Voraussetzungen geschaffen, das Bernhard-Nocht-Institut zukünftig zu einer neuen Rechtsform (analog zur Organisationsform der Mehrzahl der Institute der „Blauen Liste“) weiterzuentwickeln. In 2004 ist der Zuweisungsbetrag als Ansatz und der hamburgische Anteil als Grundbewilligung veranschlagt.

Der Wirtschaftsplan ist Bestandteil der Anlage 2 (rosa Seiten).

Einnahmen

231.01 / 232.02 / 331.02 / 332.01 Die Ansätze wurden aufgrund der Verteilungsschlüssel für Institute der Blauen Liste auf der Basis der Wirtschaftsplanverhandlungen vom 18.02.2003 errechnet.

Ausgaben

Der ausgewiesene Zuschussbedarf für das Bernhard-Nocht-Institut betrifft allein den Betriebsbereich Forschung.

Die Wirtschaftsplanverhandlungen mit dem Bund am 18.02.2003 haben einen Zuschussbedarf zu den Betriebskosten in Höhe von 9.435 Tsd. EUR (8650.632.91 und 682.01) ergeben. Nach dem Finanzierungsschlüssel für Institute der Blauen Liste entfallen hiervon 3.539 Tsd. EUR auf die Freie und Hansestadt Hamburg, 4.717 Tsd. EUR auf den Bund und 1.179 Tsd. EUR auf die Ländergemeinschaft.

Für Investitionen ist ein Zuschussbedarf von 4.611 Tsd. EUR veranschlagt, davon trägt die Freie und Hansestadt Hamburg 2.259 Tsd. EUR, der Bund 2.306 Tsd. EUR und die Ländergemeinschaft 46 Tsd. EUR.

In diesem Investitionszuschuss sind 4.090 Tsd. EUR (davon 2.045 Tsd. EUR hamburgischer Anteil) für die Maßnahme „Erweiterungsbau des BNI“ enthalten. Die Finanzierung der Gesamtkosten ist für die Jahre 2001 bis 2006 vorgesehen.

8660 Drogen und Sucht

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Ausstiegsorientierung ist das zentrale Element der Drogen- und Suchthilfe, das bei allen Angeboten und Maßnahmen oberstes Gebot ist. An dieser Vorgabe orientiert sich auch die im Jahr 2003 durchgeführte externe Evaluation des Hilfesystems, deren Ergebnisse ab dem Haushaltsjahr 2004 umgesetzt werden sollen. Die Veranschlagung für das Haushaltsjahr 2004 ist insofern als vorläufige Planung zu verstehen. Die zu finanzierenden Leistungen umfassen im ambulanten Bereich Maßnahmen der Suchtprävention, niedrigschwellige gesundheitliche Basis- und Überlebenshilfen, Angebote qualifizierter Beratung und Vermittlung in weiterführende Behandlung, psychosoziale Betreuung Substituierter sowie die Förderung der Selbsthilfe und Angehörigenarbeit. Im Bereich der stationären Suchtkrankenhilfe werden aus dem Kapitel 8660 solche Maßnahmen gefördert, die durch vorrangige Kostenträger derzeit nicht finanziert werden oder für die aufgrund nicht versicherter Klienten kein vorrangiger Kostenträger zur Verfügung steht.

Weitere Einzelheiten zur Aufgabenwahrnehmung sind der Produktinformation in der Produktgruppe P2 „Drogen und Sucht“ zu entnehmen.

2. Zuwendungen

Auf der Rechtsgrundlage der Zuwendungsbewilligung werden im Kapitel 8660 ca. 50 Einzelprojekte gefördert. Die Zuwendung erfolgt auf der Basis einer differenzierten Leistungsbeschreibung und setzt die Einhaltung verbindlicher Qualitätsstandards voraus. Hierzu gehört insbesondere die Verpflichtung zur Teilnahme an der klientenbezogenen Basisdatendokumentation sowie der einrichtungsbezogenen Leistungsdokumentation.

In der Regel wird den Trägern der Drogen- und Suchthilfe die Förderung im Rahmen von Zuwendungsbescheiden gewährt. Darüber hinaus besteht auch seit einigen Jahren die Möglichkeit, Zuwendungsverträge zu schließen; diese Form der Zuwendungsgewährung hat sich sowohl für die Träger als auch für den Zuwendungsgeber als vorteilhaft erwiesen, da ein Vertrag die wirtschaftliche Eigenverantwortung stärkt. Im Haushaltsjahr 2003 bestehen 13 Verträge über eine mehrjährige Finanzierung von 28 Projekten und Maßnahmen.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Ausgaben

684.01 – Modellversuch akupunkturgestützte Suchtbehandlung –

Im Rahmen eines dreijährigen Modellvorhabens (2002 - 2004) werden mit der ambulanten Ohrakupunktur Suchtpatienten mit dem Ziel behandelt, sie zu stabilisieren, ihre Behandlungsbereitschaft zu erhöhen sowie ihre Bereitschaft zur Annahme weiterführender Behandlungsangebote (qualifizierte Beratung, Entwöhnungsbehandlung) zu sichern. Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel können ausschließlich Alkoholpatienten berücksichtigt werden. Für das Modellvorhaben sind mindestens 100 Personen zu behandeln. Das Vorhaben wird mit exakten Leistungsvorgaben in der Einrichtung „DIE HUMMEL“ in Trägerschaft der Martha-Stiftung durchgeführt. Es wird ein feststehender Betrag in der Gesamthöhe von 56 Tsd. EUR jährlich für die Behandlungen zur Verfügung Sach- und Fachausgabengestellt. Die notwendige wissenschaftliche Begleitforschung wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Gesundheit finanziert. Die Erkenntnisse aus der Evaluation sollen zum einen die Ermessensentscheidungen der gesetzlichen Krankenkassen im Rahmen ihrer „Kann-Leistungen“ positiv beeinflussen und zum anderen eine erneute Befassung des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen befördern, so dass die Anwendung von Akupunktur in der Suchtbehandlung perspektivisch eine mögliche Regelleistung wird.

671.61 – Eingliederungshilfe für Behinderte – Stationär - Hilfe für Suchtkranke und -gefährdete –

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Leistungen der Eingliederungshilfe für Suchtkranke. Dies umfasst sowohl die stationäre medizinische Entwöhnungsbehandlung in Fachkliniken und therapeutischen Wohngemeinschaften für die Fälle, in denen die Kosten aus Mitteln der Sozialhilfe bestritten werden müssen, da kein vorrangiger Leistungsträger für diese Hilfen aufkommt, als auch Maßnahmen der sozialen Rehabilitation in Übernachtungsstätten und Krisenwohnungen, den Aufenthalt in Vorsorge- und Übergangseinrichtungen sowie in Nachsorgeeinrichtungen. In den Übernachtungsstätten und Krisenwohnungen sollen die Suchtkranken zur Ruhe kommen und eine Ausstiegsmotivation entwickeln. In die Vorsorge- und Übergangseinrichtungen werden die Abhängigen aufgenommen, die mit Hilfe weiterführender medizinischer und therapeutischer Angebote in Fachkliniken und Therapeutischen Wohngemeinschaften ihre Abhängigkeit bewältigen wollen, aufgrund ihrer besonderen sozialen Situation zur Vorbereitung auf diese Maßnahmen aber einen stationären Rahmen benötigen. In den Nachsorgeeinrichtungen werden die Suchtkranken betreut, die nach Durchlaufen einer medizinischen Rehabilitation weiterer Unterstützung bei der Eingliederung in das soziale Umfeld bedürfen.

684.61 – Zuschüsse an Vereine und dgl. –

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Hilfen für Suchtkranke und -gefährdete im Bereich ambulanter Beratungs- und Versorgungsangebote. Für 2004 ist folgende Verteilung der veranschlagten Mittel vorgesehen:

Träger/Projekt	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	in EUR		
Hamburgische Landesstelle gegen die Suchtgefahren e.V., Büro für Suchtprävention	431.846	445.846	445.846
Deutscher Guttemplerorden, Beratungsstelle	189.576	184.576	167.587
Ev. Landesarbeitsgemeinschaft	30.369	39.369	35.765
Hamburgische Gesellschaft für soziale Psychiatrie, "Boje I+II"	502.000	512.811	493.397
DW Blankenese, Beratungsstelle "Eidelstedter Platz"	412.114	421.816	421.816
DW Blankenese, LUKAS	378.070	388.070	365.250
Martha Stiftung "DIE HUMMEL"	443.305	443.305	442.465
Die Heilsarmee, Park Inn, Straßensozialarbeit	437.380	447.380	443.888
Alida Schmidt-Stiftung, AHA	88.453	88.453	82.742
Kreuzbund e.V.	8.692	8.692	8.590
Blaues Kreuz	46.640	51.640	41.912
Jugend hilft Jugend e.V. KODROBS-Altona (mit Drogenkonsumraum) KODROBS-Bergedorf KODROBS-Süderelbe AGB-Arbeitsprojekt Projekt Laufwerk PSB Beratung im Strafvollzug	2.257.000	2.300.000	2.281.000
Therapiehilfe e.V. Seehaus-Projekt Rückfallprophylaxe Selbsthilfeprojekte Projekt Laufwerk Projekt PSB (MAT West, MAT Harburg, MAEX) Beratung im Strafvollzug	2.139.068	2.173.068	2.239.409
Jugendhilfe e. V. Drob Inn (mit Drogenkonsumraum) Viva Wandsbek Stay Alive (mit Drogenkonsumraum) PSB, La Strada Projekt Laufwerk Frauenperspektiven e.V. Frauenberatungsstelle Ragazza e. V. Angebot für drogenabhängige Prostituierte (inkl. Drogenkonsumraum) Waage e. .	2.899.177	2.895.782	2.669.408
Drogenhilfe Eimsbüttel	405.195	750.231	724.235
Drogenambulanzen GmbH Drogenambulanz I Drogenambulanz II Drogenambulanz III	1.031.713	1.073.713	1.027.696

Träger/Projekt	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	in EUR		
Freiraum e.V. Fixstern (mit Drogenkonsumraum) Abrigado (mit Drogenkonsumraum) Drugmobil Spriztentausch	1.354.017	1.395.017	1.397.500
Steps gGmbH, droBill (mit Drogenkonsumraum)		0	117.795
Selbsthilfe Drogenabhängiger und Angehöriger	62.258	62.258	54.150
Wissenschaftliche Forschung/ Auswertung BADO e.V.	98.679	98.679	71.581
Jugendhilfe e. V. temporärer Drogenkonsumbus		83.395	83.395
Betreutes Wohnen (Jugendhilfe e.V., Jugend hilft Jugend e. V.)	128.212	128.212	115.680
Die Brücke e.V. PSB	601.520	616.520	582.553
Palette e.V. PSB	1.932.522	2.083.522	2.071.347
Subway e.V. PSB	610.000	620.000	642.954
Aktive Suchthilfe e.V., Beratung im Strafvollzug	280.414	290.414	297.766
Zwischensumme	18.006.854	18.841.403	18.551.922
./. Rückflüsse	224.854	250.403	249.254
./. Absenkung des Titels	300.000	800.000	
Tarifvorsorge für 2004	352.000		
Gesamtsumme	17.834.000	17.791.000	18.302.668

Die Absenkung des Titels im Haushaltsjahr 2003 in Höhe von 800 Tsd. EUR, die in 2004 fortgeschrieben wird, wurde durch die Schließung des Drogenkonsumraums und Cafébereichs bei der Drogenhilfe Eimsbüttel umgesetzt. Darüber hinaus wurden bei Trägern bzw. Projekten mit einem Zuwendungsvolumen von mehr als 200 Tsd. EUR mit Ausnahme der Frauenprojekte Absenkungen im Umfang von durchschnittlich 3 Prozent vorgenommen. Die weitere Absenkung in Höhe von 300 Tsd. EUR ist vorerst nicht konkretisiert, dies wird zum 1.1.2004 erfolgen.
Die Ansatzbemessung schließt die Tarifierfassung in 2004 für Angestellte in Höhe von 352 Tsd. EUR mit ein.

Erläuterungen zu den Resten aus 2002 (1.433.145 EUR):

Der Haushaltsrest in Höhe von 1.433.145 EUR besteht auch 2002 zum größten Teil aus Rücklagen, die mehrere Zuwendungsempfänger im Rahmen ihrer Zuwendungsverträge erwirtschaften konnten. Diese Mittel verbleiben zunächst beim Zuwendungsgeber und erhöhen deshalb rechnerisch die Haushaltsreste. Sie werden jedoch in Abstimmung mit dem Zuwendungsgeber vom Zuwendungsempfänger für Zwecke der Suchtkrankenhilfe verwendet. Der verbleibende Rest - nach Abzug der Rücklagen - wird benötigt, um anfallende Investitionen, insbesondere bei erforderlichen Umzügen von Suchtthilfeeinrichtungen, zu finanzieren.

685.61 – Nationale Erprobung der ärztlichen Heroingabe –

Veranschlagt sind Mittel für die Beteiligung der Freien und Hansestadt Hamburg am Modellversuch heroingestützte Behandlung Opiatabhängiger, der gemeinsam von Bund, Ländern und sieben Städten in den Jahren 2002 bis 2005 durchgeführt wird. Hierbei sollen in Hamburg 230 Probanden mit Heroin behandelt werden. Weitere 230 Patientinnen und Patienten erhalten im Rahmen einer Kontrollgruppe Methadon. Während der Bund die Kosten für die wissenschaftliche Forschung trägt, übernimmt Hamburg die Sach- und Personalkosten für die Durchführung vor Ort. In Hamburg wird das Vorhaben durch den Träger Drogenambulanzen Hamburg GmbH durchgeführt. Standort der Ambulanz in Containerbauweise ist ein Grundstück am Högerdamm in Hamburg-Mitte. Die anfängliche Skepsis von Nachbarn gegenüber dem Standort konnte beigelegt werden. Infolge der gemeinsamen Durchführung von „Runden Tischen“ mit allen Beteiligten ist die Ambulanz von der Nachbarschaft gut angenommen worden. Mit der Behandlung der Patientinnen und Patienten wurde am 1.9.2002 begonnen. Die Rekrutierung der Probanden nimmt mehr Zeit in Anspruch als erwartet, so dass eine Verlängerung der Rekrutierungsphase erforderlich wurde.

790.07 (neu) – Globale Minderausgaben für den Grunderwerb Wüstenrothaus –

Der Konkretisierungsprozess der Finanzierung für den Grunderwerb des Wüstenrothauses ist noch nicht abgeschlossen. Vgl. Einzelheiten in den Erläuterungen zum Titel 821.01.

821.01 (neu) – Grunderwerb zur Errichtung eines Gesundheits- und Beratungszentrums für Drogenabhängige –

Ab dem Haushaltsjahr 2004 wird ein neuer Investitionstitel „Grunderwerb zur Errichtung eines Gesundheits- und Beratungszentrums für Drogenabhängige“ für die Refinanzierung der Ankaufsumme für die Immobilien Repsoldstraße 4/ Besenbinderhof 70 und 71 veranschlagt. Die Gebäude wurden zunächst aus Mitteln des Grundstocks für Grunderwerb angekauft. Die Refinanzierung durch die Fachbehörde soll über einen Zeitraum von sechs Jah-

ren erfolgen. Die Gesamtkosten für den Grunderwerb belaufen sich auf 5,2 Mio. EUR. Der Konkretisierungsprozess der Finanzierung für den Grunderwerb des Wüstenrothauses ist noch nicht abgeschlossen. Vgl. Titel 790.07.

Am Besenbinderhof werden ab Herbst 2003 die bisherigen Einrichtungen Kontakt- und Beratungsstelle Drob Inn sowie die beiden Erstversorgungseinrichtungen Nox und ReAlex zusammengeführt und um weitere Angebote ergänzt, so dass in einer Einrichtung Übernachtungsmöglichkeiten, Krankenbetten/ Ruhebetten, Tagesaufenthalt, Kontaktstelle (Café, Spritzentausch, Duschen, Wäschewaschen,...), Beratungsstelle, Drogenkonsumraum, Akupunkturbehandlung, ärztlich-pflegerische Behandlung, Krisenintervention und nachgehende Sozialarbeit angeboten werden. Darüber hinaus ist geplant, im benachbarten Gebäude Repsoldstraße 4 Einrichtungen aus dem Bereich der Gesundheitsförderung, Prävention und Suchtkrankenhilfe in den vorhandenen Büroräumen unterzubringen.

8670 Verbraucherschutz und Veterinärwesen

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

In diesem Kapitel sind die Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die u.a. im Zusammenhang mit der Gewährleistung einer effektiven Lebensmittelüberwachung, der Sicherstellung der Tierseuchenbekämpfung (z.B. BSE und MKS), der Gewährleistung von fleischhygiene- und lebensmittelrechtlichen Kontrollen am Fleischgroßmarkt, den Einfuhruntersuchungen von Tieren und Erzeugnissen tierischer Herkunft einschließlich der lebensmittelrechtlichen Kontrollen bei Lebensmitteln pflanzlicher Herkunft sowie dem Schutz der Tiere vor Schmerzen, Leiden oder Schäden anfallen.

Der Mittel- und Stellenbedarf wird weitgehend durch

- Vorgaben in den einschlägigen Rechtsvorschriften zur Durchführung von amtlichen Untersuchungen oder Kontrollen; sowie
- einen stark wechselnden Arbeitsanfall in den Dienststellen des Tierärztlichen Dienstes, der sich primär an den Anforderungen der Wirtschaft orientiert und nur bedingt beeinflusst werden kann, bestimmt.

Einzelheiten der Aufgabenwahrnehmung sind der Produktinformation zu entnehmen.

2. Zuwendungen

685.08 – Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale Hamburg e.V. –

Veranschlagt sind für 2004 als Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale e.V. (institutionelle Förderung und Hamburger Anteil an der Ernährungsberatung) insgesamt 578 Tsd. EUR.
Die Ansatzbemessung schließt die Tarifierpassung in 2004 für Angestellte in Höhe von 10 Tsd. EUR mit ein.

686.61 – Zuschuss an den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V. –

Veranschlagt sind für 2004 als Zuschuss an den Tierschutzverein insgesamt 38 Tsd. EUR hiervon entfallen

1. 28 Tsd. EUR auf eine Finanzhilfe in Höhe des Erbbauzinses für das Grundstück Süderstraße, weil der Tierschutzverein (HTV) öffentliche Aufgaben wahrnimmt, die anderenfalls die Stadt übernehmen müsste (z.B. Aufgreifen und Verwahren herrenloser Tiere sowie deren tierärztliche Betreuung, Versorgung auf amtliche Anordnung untergebrachter seuchenverdächtiger Tiere).
2. 10 Tsd. EUR Zuschuss für Maßnahmen zur Begrenzung der Population verwilderter Hauskatzen durch den HTV (Kastration). Die entlaufenen Katzen vermehren sich und finden in der Stadt keine ausreichende Futtergrundlage. Viele Jungtiere erkranken, verhungern oder siechen dahin. Gezielte Kastrationsmaßnahmen, die einen hohen organisatorischen und personellen Aufwand erfordern, haben dazu beigetragen, dass die Zahl der zu kastrierenden Katzen stagniert bzw. sogar leicht rückläufig ist.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen in diesem Bereich setzen sich zusammen aus:

- Gebühreneinnahmen
- Einnahmen aus Bußgeldern
- sonstige Einnahmen.

Der Anteil der Gebühreneinnahmen an den Gesamteinnahmen beträgt 2.846 Tsd. EUR (99,6 %), während auf die Bußgelder 5 Tsd. EUR (0,2 %) und die sonstigen Einnahmen ca. 5 Tsd. EUR (0,2 %) entfallen.

271.02 – Erstattungen der EU für Kosten im Rahmen der Durchführung der BSE-Überwachungsprogramme in den Mitgliedsstaaten –

Veranschlagt sind die Einnahmen für die auf Hamburg entfallenden Beträge über die finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an den BSE-Überwachungsprogrammen der Mitgliedsstaaten. Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 8670.671.01.

Ausgaben

Personalausgaben

s. Vorwort zum Einzelplan 8.2

427.82 – Lebensmittelüberwachung; Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Für das Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Aufteilung nach fachlichen Schlüsseln bei dem jeweiligen Titel. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004	Ansatz 2003
	in Tsd. EUR	
Hamburg-Mitte	2,5	2,5
Altona	2,5	2,5
Eimsbüttel	1,5	1,5
Hamburg-Nord	5,0	5,0
Wandsbek	2,5	2,5
Bergedorf	2,5	2,5
Harburg	3,5	3,5
Gesamt	20	20

427.86 – Pauschale Aufwandsentschädigungen; Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Veranschlagt sind Entschädigungen im Zusammenhang mit der Begutachtung giftiger Tiere auf dem Hamburgischen Staatsgebiet.

Für das Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Aufteilung nach fachlichen Schlüsseln bei dem jeweiligen Titel. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004	Ansatz 2003
	in Tsd. EUR	
Hamburg-Mitte	7	7
Altona	–	–
Eimsbüttel	–	–
Hamburg-Nord	–	–
Wandsbek	–	–
Bergedorf	–	–
Harburg	–	–
Gesamt	7	7

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen:

- Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb
- Ausgaben für Beschaffungen im ärztlichen und wissenschaftlichen Bereich
- Zuschüsse.

534.81 – Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinärwesen; Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt sind Ausgaben für Geräte, Instrumente und Verbrauchsmittel für den tierärztlichen Bereich.

Für das Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Aufteilung nach fachlichen Schlüsseln bei dem jeweiligen Titel. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004	Ansatz 2003
	in Tsd. EUR	
Hamburg-Mitte	1	1
Altona	1	1
Eimsbüttel	1	1
Hamburg-Nord	1	1
Wandsbek	1	1
Bergedorf	1,5	1,5
Harburg	2,5	2,5
Gesamt	9	9

671.01 – Erstattungen von Kosten für die Durchführung der BSE-Überwachungsprogramme in den Mitgliedstaaten –
(neu)

Veranschlagt sind die Ausgaben, die in Höhe der Einnahmen aus den finanziellen Beteiligungen der Gemeinschaft an den BSE-Überwachungsprogrammen der Mitgliedsstaaten beim Titel 271.02 an das Institut für Hygiene und Umwelt weitergeleitet werden und an die Berechtigten ausgezahlt bzw. mit den Kosten für die BSE-Untersuchungen verrechnet werden.

Z 62 Veranschlagt sind u.a. Mittel für die Betreuung der Tiere und für den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V. im Zusammenhang mit der Durchführung der Hundeverordnung.

8700 Umweltschutz

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Hierzu wird auf die Produktinformationen des Produktbereichs 02 „Umweltschutz“ verwiesen. Der Produktbereich umfasst folgende Produktgruppen (PG):

- PG 03 Gewässerschutz,
- PG 04 Bodenschutz/Altlasten,
- PG 05 Abfallwirtschaft,
- PG 06 Altlastensanierung,
- PG 07 Geologisches Landesamt.

Die bisherige PG 08 „Umweltuntersuchungen“ entfällt, da ab 2003 die Zusammenlegung der zur Behörde für Umwelt und Gesundheit gehörenden Einrichtungen „Hygiene Institut“ und „Fachamt Umweltuntersuchungen“ zu einer netto-veranschlagten Einrichtung gem. § 15 (2) LHO beschlossen wurde (vgl. Drs. 17/1527).

2. Zuwendungen

Zuwendungen werden aus dem Titel 671.02 „Maßnahmen zur Stadtteilpflege durch Förderung zusätzlicher Reinigungsarbeiten und anderer Vorhaben zur Verbesserung der Sauberkeitssituation (z.B. Graffiti-Aktion)“ gewährt.

Maßnahmen zur Stadtteilpflege durch Förderung zusätzlicher Reinigungsarbeiten und anderer Vorhaben zur Verbesserung der Sauberkeitssituation (z.B. Graffiti-Aktion) (Titel 671.02)

Bewilligungen werden u.a. für

- zusätzliche Reinigungsaktivitäten und Maßnahmen von Dritten in Schwerpunktgebieten, die strukturelle Verbesserungen und Verhaltensänderungen zum Ziel haben und
- Maßnahmen zur nachhaltigen Verdrängung von Graffiti aus dem Stadtbild

ausgesprochen.

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Zuwendungszweck ist in Ergänzung zu regelhaften Reinigungen (z.B. durch SRH und Bezirke) ein insgesamt akzeptables Erscheinungsbild des öffentlichen Raums zu erreichen. Ziel ist es, den Wert eines gepflegten Stadtbildes im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu verankern. Des Weiteren werden Modellversuche zur Optimierung der Reinigungsorganisation durchgeführt (z.B. Schanzenkieker-Projekt).

Alter und vorgesehene Laufzeit des Programms

Zusätzliche Stadtteilpflegemaßnahmen in Schwerpunktgebieten werden seit 1998, Anti-Graffiti-Maßnahmen seit 2002 gefördert. Die Dauer der Förderung richtet sich jeweils nach den Ergebnissen der Erfolgskontrollen.

Erfolgskontrollen

Erfolgskontrollen werden insbesondere durch Überprüfungen der Sauberkeitssituation vor Ort, durch Projektbesprechungen und Auswertungen der Sachberichte vorgenommen.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblicher Veränderung im Einzelnen erläutert:

- 111.02 – Einnahmen aus der Grundwassergebühr –
Veranschlagt sind die Gebühren nach dem Gesetz über die Erhebung einer Gebühr für Grundwasserentnahmen (Grundwassergebührengesetz) vom 26.06.1989 (HmbGVBl. S. 115) in der jeweils geltenden Fassung. Produktionsverlagerungen, betriebsinterne Umstellungen von Produktions- und Kühlverfahren, Wassersparmaßnahmen und Veränderungen im Verbrauchsverhalten vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Gesamtsituation mit der Notwendigkeit zur Kostenreduzierung führen insgesamt zu stagnierenden Fördermengen. Die Gebührenerhöhung zum 1.1.2001 hat bisher nicht zu sinkenden Fördermengen geführt. Der Ansatz 2004 berücksichtigt die derzeit aktuelle Einschätzung der Entwicklung unter Einbeziehung von Erfahrungswerten.
- 111.05 – Verwaltungsgebühren für die Erteilung von Genehmigungen im Zusammenhang mit Entsorgungsvorgängen nach der Umweltgebührenordnung –
Veranschlagt sind die Gebühren für die Erteilung von Genehmigungen im Zusammenhang mit Entsorgungsvorgängen nach der Umweltgebührenordnung vom 05.12.1995 (HmbGVBl. S. 365) in der jeweils geltenden Fassung.
Die Gesamteinnahmen dieses Titels werden wesentlich durch die Einnahmen im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Entsorgungsnachweisen und Notifizierungen geprägt. Der überwiegende Teil der Entsorger ist inzwischen als Entsorgungsfachbetrieb zertifiziert. In diesen Fällen können erforderliche Entsorgungsnachweise im privilegierten Verfahren ohne Behördenentscheidung geführt werden. Dem daraus folgenden weiteren Rückgang der Fallzahlen bei Entsorgungsnachweisen im Grundverfahren steht eine geringe Steigerung der Gebühreneinnahmen bei den Notifizierungs- und Überwachungsverfahren gegenüber.

Insgesamt zeichnet sich eine Entwicklung der Gebühreneinnahmen ab, die sich auf einem Niveau von 300 Tsd. EUR stabilisieren wird.

Das in 2002 erhöhte Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus einer einmaligen Mehreinnahme aufgrund eines Überhangs aus der Gebührenerhebung 2001.

- 111.06 – Einnahmen aus der Abgabe zur Finanzierung von Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen für die Entsorgung von Schiffsabfällen –
Der Verpflichtung zur Umsetzung der „Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände“ ist die FHH mit Inkrafttreten des Hamburgischen Gesetzes über Schiffsabfälle und Ladungsrückstände (Hmb. Schiffsentsorgungsgesetz – HmbSchEG) vom 27. Dezember 2002 (HmbGVBl. S. 343) mit Wirkung vom 1. Januar 2003 nachgekommen.
Das Gesetz sieht vor, dass bei Anlaufen des Hamburger Hafens eine nutzungsunabhängige Abgabe zu entrichten ist, aus der die vollständigen Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen finanziert werden (vgl. 8600.461.01 und 8700.542.02). Die Höhe der Abgabe ergibt sich mit Wirkung vom 15. Mai 2003 aus der Verordnung über die Erhebung einer Abgabe für die Entsorgung von Schiffsabfällen (Schiffsabfallabgabenverordnung – SchiffsAbgV) vom 6. Mai 2003 (HmbGVBl. S.101).
Da die jährliche Anzahl der zu berücksichtigenden Seeschiffsankünfte und damit die Höhe der Einnahmen nicht absehbar ist, wird ein Leertitel eingerichtet.
- 341.36 – Sielbau- und Sielanschlussbeiträge gem. § 8 Abs. 1 Sielabgabengesetz –
Veranschlagt sind Erstattungen von Sielbau- und Sielanschlussbeiträgen, soweit die Freie und Hansestadt Hamburg im Rahmen von Erschließungsmaßnahmen zur Vorfinanzierung der Kosten Dritter herangezogen worden ist.
Das Ergebnis 2002 ist nicht repräsentativ. Für die Zukunft wird mit rückläufigen Einnahmen gerechnet, da größere Erschließungen nicht mehr zur Abrechnung anstehen und das Sielbauprogramm langsam ausläuft.
- 341.37 – Sielbau- und Sielanschlussbeiträge für Maßnahmen der Anstalt Hamburger Stadtentwässerung –
Die eingehenden Sielbau- und Sielanschlussbeiträge sind an die Anstalt Hamburger Stadtentwässerung abzuführen (vgl. Titel 891.01).

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorwort zum Einzelplan 8.2

Sach- und Fachausgaben

Das Volumen der Sach- und Fachausgaben für den Bereich „Umweltschutz“ entfällt im Wesentlichen auf die Bereiche Gewässerschutz und Abfallwirtschaft.

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

517.81 – Betriebskonto der öffentlichen Toiletten, Rahmenzuweisungen an die Bezirke – Betriebsangaben	2004	2003	2002
a) Öffentliche Toiletten – Bestand ¹	47	47	55
davon Pissoire	3	3	3
davon Container	19	16	26
b) Anlagen mit ständig bzw. zeitweise beschäftigtem Wartungspersonal	14	14	14

Für das Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Aufteilung auf die Bezirke gem. § 27 Abs. 8 BezVG entsprechend der Bedarfsanmeldungen der Bezirke auf der Basis des aktuellen Bestandes an zu bewirtschaftenden öffentlichen Toiletten und unter Berücksichtigung der bereits erfolgten Privatisierung. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

¹ ohne Anlagen, die bereits aus anderen Einzelplänen bewirtschaftet werden (Behörde für Bau und Verkehr, Behörde für Wirtschaft und Arbeit)

Bezirksamt	Ansatz 2004 Tsd. EUR	Ansatz 2003 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	261	304
Altona	10	10
Eimsbüttel	27	31
Hamburg-Nord	57	49
Wandsbek	10	10
Bergedorf	35	42
Harburg	231	234
Gesamt	631	680

Mittel für Grundinstandsetzungen (u.a. aufgrund von Vandalismusschäden) der zu betreibenden öffentlichen Toiletten sind beim Titel 701.02 veranschlagt.

Zur Finanzierung dieses Titels werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 8900.099.02) verwendet.

521.03 u. 521.87 – Bewirtschaftung und Unterhaltung von Trinkwassernotbrunnen nach dem Wassersicherstellungsgesetz (WasSG) –

Die mit Mitteln des Bundes erstellten Trinkwassernotbrunnen außerhalb von Schutzraumbauten sind nach § 9 Abs. 1 WasSG von Hamburg zu unterhalten.

Veranschlagt sind in 2004

- für die von den Bezirken zu unterhaltenden 57 Brunnen 19 Tsd. EUR
- für die Überwachung der Funktionsfähigkeit der Brunnen 10 Tsd. EUR
- sowie eine Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2005 von 5 Tsd. EUR

Die Unterhaltungsmittel werden den Bezirken zugewiesen (Zweckzuweisungen).

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2004 Tsd. EUR	Ansatz 2003 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	4,0	3,5
Altona	1,7	1,5
Eimsbüttel	3,9	4,0
Hamburg-Nord	1,5	1,5
Wandsbek	3,9	4,0
Bergedorf	1,0	1,0
Harburg	3,0	3,5
Gesamt	19,0	19,0

In Hamburg sind derzeit 94 Notbrunnen vorhanden, die unter die Bestimmungen des Wassersicherstellungsgesetzes (WasSG) fallen. Diese Brunnen sind gem. § 9 WasSG einem jährlichen Wartungsdienst zu unterziehen. Dieser umfasst im Wesentlichen

- Überwachung und Wartung der näheren Umgebung des Brunnenstandortes
- Überwachung der zugänglichen Bauteile des Brunnens
- Wartung der Betriebs- und Fördereinrichtungen sowie der beweglichen Anlageteile.

Die Zuständigkeit für die Durchführung von Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen liegt für

- 57 Trinkwassernotbrunnen bei den Bezirken (vgl. Titel 521.87),
- 9 Trinkwassernotbrunnen bei den Krankenhäusern,
- 5 Trinkwassernotbrunnen bei staatlichen Einrichtungen/anderen Behörden,
- 23 Trinkwassernotbrunnen bei gemäß WasSG verpflichteten privaten Brunnenbetreibern.

Neben den Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten ist vor dem Hintergrund notwendiger Sicherheitsvorkehrungen nach dem Terroranschlag des Jahres 2001 in New York eine grundsätzliche Aufarbeitung des Zustandes der Notbrunnen und der laufende Erhalt ihrer Funktionsfähigkeit von besonderer Bedeutung.

521.86 – Allgemeine Betriebsausgaben für Schnee- und Eisbeseitigung auf Gehwegen, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Veranschlagt sind Mittel für die Schnee- und Eisbeseitigung auf Gehwegen in Ausübung der Verpflichtungen der FHH als Anlieger (Allgemeines Grundvermögen) oder Träger der Wegebaulast nach dem Hamburgischen Wegegesetz.

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2004 Tsd. EUR	Ansatz 2003 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	150 VE 99	164 VE 99
Altona	124 VE 123	135 VE 123
Eimsbüttel	125 VE 80	137 VE 80
Hamburg-Nord	100 VE 66	109 VE 66
Wandsbek	130 VE 127	150 VE 127
Bergedorf	88 VE 77	96 VE 77
Harburg	264 VE 200	290 VE 200
Gesamt	981 VE 772	1.081 VE 772

535.04 – Gebühren für Entwässerung öffentlicher Wege und Abwasserabgabe für Niederschlagswasseranteil – Die nicht vom Sielbenutzer zu tragenden Kosten der Abwasserbeseitigung werden vom Haushalt der FHH gedeckt. Der Ansatz 2004 ist geschätzt und stellt kein Präjudiz für die künftige Gebührenentwicklung dar.

541.03 – Allgemeine Betriebsausgaben der Abfallwirtschaft – Veranschlagt sind die Sach- und Fachausgaben des Fachamtes Abfallwirtschaft. Aufgabe des Fachamtes ist es, Dienstleistungen zu erbringen, die einer ökologischen und ökonomischen Abfallwirtschaft entsprechen. Die Reduzierung des Ansatzes 2004 gegenüber Veranschlagung bzw. Ergebnis der Vorjahre ist im Wesentlichen auf den Wegfall der bisherigen Schiffsentsorgungskosten nach MARPOL I ab 2003 zurückzuführen. Aus diesem Titel werden auch fachbezogene Sachausgaben (z. B. für Dienst- und Schutzkleidung, Geräte- und Ausstattungsgegenstände) geleistet.

Nachstehende Maßnahmen werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:

1. Schiffsentsorgung nach MARPOL II

Das Internationale MARPOL-Übereinkommen verpflichtet seit 1987, die Einrichtung von Auffanganlagen zur Aufnahme von Chemikalienabwässern (MARPOL – Anlage II) von Seeschiffen in deutschen Häfen sicherzustellen sowie entsprechende Entsorgungsmöglichkeiten zu schaffen.

Veranschlagt werden deshalb Mittel für die Vorhaltung von Tankraum zur Aufnahme von Chemikalienabwässern in Höhe von 25 Tsd. EUR.

2. Ausgaben für die Rückholung von gescheiterten und illegalen Abfallexporten

Im Bedarfsfall sollen Rückholaktionen bei gescheiterten, illegalen Abfallexporten aus diesem Titel finanziert werden. Zur Abdeckung von möglichen Verpflichtungen im Rahmen der Länder-Nachschusspflicht zum Solidarfonds ist hierfür eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 118 Tsd. EUR vorgesehen.

Die Maßnahme ist begründet durch den Vollzug der Verordnung des Rates zur Überwachung und Kontrolle der Europäischen Gemeinschaft vom 1.2.1993 (Art. 27).

3. Fortbildungsmaßnahmen nach dem Qualitätsmanagementsystem EN DIN ISO 9000:2000

Für den Bereich der Abfallwirtschaft ist ein Qualitätsmanagementsystem nach EN DIN ISO 9000:2000 durch Erstellung eines Qualitätsmanagementhandbuches mit dem Ziel einer stetigen Qualitätsverbesserung erarbeitet worden. Ein umfangreiches Fortbildungskonzept zur Erreichung der Ziele sieht für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Recht und die Pflicht von Fortbildungsmaßnahmen vor.

Zur Umsetzung des Konzeptes werden Kassenmittel in Höhe von 30 Tsd. EUR benötigt.

4. Aufwendungen zur Optimierung der Wertstoffeffassung

Maßnahmen zur Abfallvermeidung und -verwertung sind ein wesentlicher Beitrag zur Ressourcenschonung und sollen deshalb in ausgewählten Bereichen weiter optimiert werden. Neben Förderung von nachhaltigem Konsumverhalten zur Abfallvermeidung sollen Systemvergleiche Fragen im Zusammenhang mit der Effizienz der Sammelsysteme (Depotcontainer, Bündelsammlung am Straßenrand u.a.) und deren Auswirkungen auf die Sauberkeitssituation geprüft werden.

Veranschlagt sind hierfür Kassenmittel in Höhe von

46 Tsd. EUR.

Zur anteiligen Finanzierung dieses Titels werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 8900.099.02) verwendet.

- 541.04 – Allgemeine Betriebsausgaben für den Gewässer- und Bodenschutz –
Veranschlagt sind die Sach- und Fachausgaben des Fachamtes für Gewässer- und Bodenschutz.
Nachstehende Maßnahmen werden wegen ihrer besonderen Bedeutung im Einzelnen erläutert:
1. Betriebskosten für Einrichtungen zur Verbesserung der Gewässergüte
Vorgesehen sind Aufwendungen für den Betrieb, die Wartung und die Unterhaltung u.a. für
 - die im Isebekkanal installierte Sauerstoffanreicherungsanlage,
 - die Gewässergütemessstationen an Hamburger Regensielen, Rückhaltebecken und Gewässern,
 - die Anlagen zur Nährstoffreduktion in Sommerbädern.
 2. Betrieb gewässerkundlicher Messanlagen sowie gewässerkundliche Messungen und Untersuchungen
Die Mittel sind vorgesehen für
 - den Betrieb der gewässerkundlichen Oberflächengewässer- und Grundwassermessnetze, die von bisher manuellen Handlotungen und analogen Messverfahren zu digitaler Messwerterfassung und Datenübermittlung durch extern Beauftragte umgestellt werden,
 - die Entnahme von Wasserproben und deren Analytik zur Beschaffenheitsuntersuchung des Grundwassers sowie
 - die verstärkte Überwachung des Grundwassers in Hamburger Wasserschutzgebieten.
 3. Zuweisungen Hamburgs zur Finanzierung des „Länderfinanzierungsprogramms Wasser und Boden“.
Zur Vereinheitlichung des wasserrechtlichen und bodenschutzrechtlichen Vollzugs führen die Länder ein vollzugsunterstützendes Programm zur Finanzierung erforderlicher Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, Regelwerksarbeit und Normung durch. Die Obergrenze des Programms liegt bei 1.790 Tsd. EUR je Haushaltsjahr. 80 % der Mittel stehen für Aufgaben des wasserrechtlichen und wasserwirtschaftlichen Vollzuges, 13,5 % für Aufgaben des bodenschutz- und atlasrechtlichen Vollzuges zur Verfügung. Der Restbetrag dient zur Abdeckung von Programmvollzugskosten.
 4. Gewässerschutz- und Bewirtschaftungspläne
Zur Sicherung und/oder der quantitativen und qualitativen Verbesserung der Gewässerressourcen sind nach der EG-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) Gewässerschutz-/Bewirtschaftungspläne aufzustellen, die dem Schutz der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes, der Schonung der Grundwasservorräte und verschiedener Nutzungsanforderungen Rechnung tragen.
 5. Grundlagen und Verfahrensbegleitung Bodenschutz
Bei Einwirkungen auf den Boden sind Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen und der Archivfunktionen gem. §§ 1 und 2 BBodSchG soweit wie möglich zu vermeiden bzw. es ist Abhilfe zu schaffen, wenn der Stoffhaushalt gestört ist. Voraussetzung für die Erfüllung dieser Aufgabe ist das Erfassen der Bodendaten vor Ort und das Bewerten der Bodenfunktionen für Zwecke der Überwachung sowie für Zulassungs-/ Planungsverfahren.
Zur anteiligen Finanzierung dieses Titels werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 8900.099.02) verwendet.
- 542.02 – Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen zur Entsorgung von Schiffsabfällen –
Das internationale MARPOL-Übereinkommen von 1973 verpflichtet, die Einrichtung von Auffanganlagen zur Aufnahme ölhaltiger Abwässer (MARPOL- Anlage I) von Seeschiffen in deutschen Häfen sicherzustellen sowie entsprechende Entsorgungsmöglichkeiten zu schaffen. Mit dem Hamburgischen Schiffsentsorgungsgesetz (HmbSchEG) vom 17. Dezember 2002 (HmbGVBl. S. 343) wird die „Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 27. November 2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände“ ab dem 1. Januar 2003 umgesetzt. Künftig sind die Öl- und Müllentsorgung der Seeschiffe über eine nutzungsunabhängige Abgabe zu finanzieren, die bei Anlaufen des Hamburger Hafens zu entrichten ist (vgl. 111.06).
Aus dem Aufkommen der Abgabe sind die Aufwendungen für Hafenauffangeinrichtungen zur Entsorgung von Schiffsabfällen – einschließlich der Behandlung und Entsorgung der Abfälle – sowie der mit der Erhebung, Verwaltung und Auszahlung der Abgabe verbundene Personal- und Sachaufwand zu decken, bevor eine Auszahlung für die durchgeführten Entsorgungsdienstleistungen vorgenommen wird.
Ein Leertitel wird veranschlagt, da die Finanzierung der Aufwendungen haushaltsneutral ausschließlich aus den Abgaben der Schiffsbetreiber geleistet werden soll.
- 547.01 – Sächliche Verwaltungsausgaben – Amt für den Umweltschutz –
Veranschlagt werden hier – zentral für das Amt für Umweltschutz – die Ausgaben aus dem ehemaligen Kontenrahmen für Sachausgaben des Kapitels 8700 „Umweltschutz“. Durch die Zusammenführung des Bereichs Umweltuntersuchungen und des Hygiene Instituts ab 2003 reduziert sich der Ansatz aufgrund der Überleitung der Haushaltsmittel aus dem Kapitel 8700 in den Wirtschaftsplan 2003 des Instituts für Hygiene und Umwelt erheblich. Der Vergleichsansatz des Vorjahres berücksichtigt bereits diese Veränderung.
- 637.01 – Zuweisung für die Wassergütestelle Elbe –
Netto-veranschlagte Einrichtung nach § 15 Abs. 2 LHO.
Die Wassergütestelle Elbe ist verwaltungsmäßig der Behörde für Umwelt und Gesundheit der Freien und Hansestadt Hamburg angegliedert. Sowohl die Grundlagen für die Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft für die Reinhaltung der Elbe als auch die verwaltungsmäßige Abwicklung zwischen den Elbanliegerländern sind in der 1993 gemeinsam beschlossenen Verwaltungsvereinbarung festgelegt. Danach beschließen die sieben Länder in der ARGE ELBE den Wirtschaftsplanentwurf für die Wassergütestelle Elbe gemeinsam. Die Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung der Wassergütestelle Elbe werden entsprechend § 7 der Verwaltungsvereinbarung von den Ländern Hamburg, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein zu je einem Sechstel und von den Ländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu je einem Zwölftel getragen. Über die Ausgaben wird jährlich ein Verwendungsnachweis von der Wassergütestelle Elbe vorgelegt.

Die Aufgaben der Wassergütestelle Elbe werden sich durch die beabsichtigte Gründung einer Flussgebietsgemeinschaft für den deutschen Teil des Einzugsgebietes der Elbe (FGG Elbe/ vgl. 637.02) ändern. Der für 2004 vorgelegte Wirtschaftsplan der ARGE ELBE berücksichtigt bereits ein reduziertes Kostenvolumen der Wassergütestelle, das im Vergleich zu 2003 zu einem niedrigeren Finanzierungsbeitrag der einzelnen ARGE-Partnerländer führt.

Zur Finanzierung dieses Titels werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 8900.099.02) verwendet.

- 637.02 – Zuweisung Hamburgs an die Flussgebietsgemeinschaft Elbe –
Die Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (EG-Wasserrahmenrichtlinie) fordert von den Mitgliedsstaaten eine flussgebietsbezogene Bewirtschaftung der Gewässer durch Aufstellung von Maßnahmenprogrammen und Bewirtschaftungsplänen. Eine neu zu gründende Flussgebietsgemeinschaft für den deutschen Teil des Einzugsgebietes der Elbe (FGG Elbe) mit Sitz in Magdeburg soll die Maßnahmen koordinieren.
Die Freistaaten Bayern, Sachsen und Thüringen, die Länder Berlin, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und die Bundesrepublik Deutschland werden eine Verwaltungsvereinbarung über die Gründung der FGG sowie deren Strukturierung und Finanzierung schließen, sobald eine endgültige Einigung der Partnerländer vorliegt.
Der FGG Elbe soll jährlich ein Finanzvolumen von 285 Tsd. EUR zur Verfügung gestellt werden. Für den Kostenverteilungsschlüssel ist der Flächenanteil am Einzugsgebiet der Elbe sowie der Einwohnerstand der Mitgliedsländer maßgebend. Der FGG-Anteil Hamburgs wird sich danach auf rd. 5 % von 285 Tsd. EUR (14.255 EUR) belaufen.
- 671.01 – Erstattungen der FHH an SRH u.a. für nicht gebührenpflichtige Leistungen im Rahmen der Sauberkeit der Stadt –
Veranschlagt sind die Erstattungen an die Anstalt des öffentlichen Rechts „Stadtreinigung Hamburg“ u.a. für nicht gebührenpflichtige Leistungen im Rahmen der Sauberkeit in der Stadt. Diese umfassen die Bereiche Fahrbahnreinigung, Papierkorbleerung, Gehwegreinigung und Sonderdienste, für die eine Vergabe an Dritte auch möglich ist.
Die Erhöhung des Ansatzes 2004 berücksichtigt Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt (vgl. Drs. 17/2231).
- 671.04 – Erstattungen an die Anstalt Hamburger Stadtentwässerung für Betrieb und Unterhaltung von Straßenentwässerungsanlagen –
Die nicht vom Sielbenutzer zu tragenden Kosten für Betrieb und Unterhaltung von Straßenentwässerungsanlagen werden vom Haushalt der FHH gedeckt.
Der Ansatz 2004 berücksichtigt eine Umschichtung von Mitteln zur Deckung eines angemeldeten Mehrbedarfs beim korrespondierenden Investitionstitel 8700.891.03.
Zur anteiligen Finanzierung dieses Titels werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 8900.099.92) verwendet.
- 671.05 – Erstattungen der FHH an SRH für den Winterdienst –
Veranschlagt sind die Erstattungen an die Anstalt des öffentlichen Rechts „Stadtreinigung Hamburg“ für nicht gebührenpflichtige Leistungen im Rahmen des Winterdienstes.
Die Höhe der Ausgaben 2002 ist auf die besonderen Witterungsbedingungen des Winters und den damit verbundenen überplanmäßigen Material- und Personalaufwand zurückzuführen.
- 681.86 – Schadenersatzleistungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke –
Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2004 EUR	Ansatz 2003 EUR
Hamburg-Mitte	500	500
Altona	500	500
Eimsbüttel	500	500
Hamburg-Nord	500	500
Wandsbek	500	500
Bergedorf	-	-
Harburg	500	500
Gesamt	3.000	3.000

Investitionen

Das Investitionsvolumen für den Bereich „Umweltschutz“ entfällt im Wesentlichen auf die Bereiche Gewässerschutz, Bodenschutz/Altlasten und Altlastensanierung.

Nachstehende Investitionstitel werden gesondert erläutert:

742.02 – Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte –
Veranschlagt sind Mittel für:

- Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte,
- Maßnahmen des Oberflächengewässer- und Grundwassermessnetzes,
- Planungsmittel.

Gewässergüteverbessernde Sanierungsmaßnahmen sind an Gewässern vorgesehen, die als besonders belastet erkannt wurden. Die Einzelmaßnahmen sollen durch Architekten und Ingenieure auf der Basis vorhandener Gewässergütedaten und örtlicher Gegebenheiten konzipiert werden. Für 2004 ist u.a. der Beginn einer Restaurierung des Badegewässers Eichbaumsee mit modernen Restaurierungstechniken vorgesehen, da die seit Jahren betriebene Zwangszirkulationsanlage des Sees die Zunahme der die Nutzung beeinträchtigenden Blaualgenblüte dauerhaft nicht mehr unterbinden kann. Auch die Sanierung des Öjendorfer Sees soll wegen der zunehmend zu beobachtenden Blaualgenmassenentwicklung in 2004 begonnen werden. Ziel dieser Sanierung ist die wesentliche Verminderung von Einträgen an Nährstoffen, ökotoxischen Verbindungen und Schwebstoffen durch Vorschaltung eines bewachsenen Bodenfilters. Aus den Mitteln können auch die zur Erfolgskontrolle notwendigen wissenschaftlichen Begleituntersuchungen einschl. Probenahme, Analytik, Bewertung von Gewässeruntersuchungen, Bestandsaufnahmen vor Ort usw. finanziert werden.

Im Bereich des Oberflächengewässer- und Grundwassermessnetzes sind Mittel für Neu- und Rückbau von Messstellen, die Sanierung tiefer Grundwassermessstellen und die Ausstattung von Messstellen mit digitaler Messtechnik einschließlich Datenfernübertragung veranschlagt. Die bei der Behörde für Umwelt und Gesundheit durchzuführende Wasserstandüberwachung der Oberflächengewässer und des Grundwassers begründet sich auf § 64 Abs. 1 HWaG. Zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe werden Messnetze betrieben, die je nach Notwendigkeit der wasserwirtschaftlichen und gewässerkundlichen Fragestellung im Rahmen der vorzunehmenden Messnetzoptimierung neu- oder rückgebaut bzw. umgesetzt werden müssen. Daneben sind die Messstellen sukzessive mit der neuesten Technik auszurüsten, um effektiv und aktuell aussagefähig zu sein.

Die Planungsmittel sind u.a. vorgesehen für Untersuchungen und Ingenieurleistungen hinsichtlich

- der Sicherstellung und Verbesserung des Datenflusses hydrologischer Messwerte und Stammdaten sowie zur Messnetzoptimierung,
- der fachtechnischen Erhebung und Bewertung von dezentralen Abwasseranlagen mit dem Schwerpunkt der Versickerung häuslichen Abwassers,
- der hydrologischen Untersuchungen in/an Oberflächengewässern,
- des Ausbaus der Fachinformationssysteme Oberflächengewässer und Grundwasser,

da diese Aufgaben nicht vollständig mit eigenem Personal bewältigt werden können. Darüber hinaus ist auch die Finanzierung von Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich der Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte aus diesen Mitteln möglich.

Zur Finanzierung dieses Titels werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 8900.099.02) verwendet.

787.01 – Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei Untergrundverunreinigungen –
Veranschlagt sind in Bezug auf altlastverdächtige Flächen insbesondere Mittel für

1. das Aufspüren, allgemeine Untersuchen sowie Beobachten dieser Flächen einschließlich der Auswertung und Bewertung der Ergebnisse. Die Maßnahmen werden aufgrund der Regelungen des Bundesbodenschutzgesetzes, des Wasserrechts und anderer einschlägiger Rechtsgrundlagen und daneben auch aus wirtschaftspolitischen Interessen (z.B. zügige Bereitstellung von Flächen für den Wirtschafts-/ Gewerbebereich – insbes. im Hafengebiet) durchgeführt.

Mittel für das Aufstellen genereller, nicht auf den Einzelfall bezogener Arbeitsunterlagen zur Beurteilung von Untergrundverunreinigungen werden hier bereit gestellt. Darüber hinaus ist das Beschaffen und Betreiben von Geräten, die dem Aufspüren von Verunreinigungen und dem Untersuchen von Verdachtsflächen dienen, aus diesen Mitteln möglich. Dazu gehören auch elektronische Arbeitsmittel zur effektiveren Detailbearbeitung.

2. die objektbezogenen Untersuchungen zur Erkennung und Abschätzung des Gefährdungspotentials bei Untergrundverunreinigungen, die Beobachtung, die ggf. notwendigen Sicherungs- und Vorwegmaßnahmen zur Abwendung einer akuten Gefahrensituation sowie die Nachsorge nach abgeschlossener Sanierung. Darunter fallen z. B. auch Aufwendungen für das Ableiten, Abtransportieren sowie ggf. das Aufbereiten und begleitende Untersuchen von verunreinigtem Wasser, die sich über einen längeren, vorher nur sehr ungenau abschätzbaren Zeitraum (mehrere Jahre) erstrecken können.

Aus diesem Titel werden auch die nach Ausschöpfen der eigenen Personalkapazität einzusetzenden privaten Sachverständigen und Ingenieurbüros sowie Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit bezahlt.

Veranschlagt sind für 2004
Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2005 und Folgejahre

3.400 Tsd. EUR
4.100 Tsd. EUR

- 787.02 – Aufwendungen im Zusammenhang mit Untergrundverunreinigungen durch Munition und Kampfstoffe –
Veranschlagt sind Mittel für Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Bergungsarbeiten, die im Rahmen der Flächensanierung durch den Kampfmittelräumdienst der Behörde für Inneres für Munition und Kampfstoffe zu Lande oder in Wasserflächen anfallen. Dabei handelt es sich in erster Linie um Ortungen, Bodenanalysen, Grabungs- und Bergungsarbeiten sowohl in der Voruntersuchungs- als auch in der Durchführungsphase bei der Altlastensanierung. Die Arbeiten konzentrieren sich im Jahre 2004 auf die Bereitstellung von Flächen für den privaten und staatlichen Wohnungsbau und auf Gewerbeerschließungen privater und staatlicher Investoren. Daneben sind Arbeiten nach der Hamburger Bearbeitungsliste (HBL) durchzuführen. Aus diesen Mitteln werden auch Kosten für das Aufstellen genereller, nicht auf den Einzelfall bezogener Arbeitsunterlagen zur Beurteilung von Untergrundverunreinigungen durch Munition und Kampfstoffe gedeckt. Darüber hinaus ist das Beschaffen und Betreiben von Geräten, die unmittelbar der Flächensanierung dienen, möglich.
Die Mittel werden auch für die nach Ausschöpfen der eigenen Personalkapazität einzusetzenden privaten Sachverständigen und Ingenieurbüros verwendet.
- | | |
|--|----------------|
| Veranschlagt sind für 2004 | 2.000 Tsd. EUR |
| Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2005 und Folgejahre | 1.800 Tsd. EUR |

Allgemeines zu den Titeln 8700.787.06 bis 787.90

Als Sanierungsmaßnahmen gelten insbesondere Ausheben und Verbringen kontaminierten Materials auf Deponien, Einkapselungen, Entnahme, Ableitung, Abtransport und/oder Behandlung (biologisch, chemisch, physikalisch) von verunreinigtem Wasser, Böden sowie von Deponiegasen. Diese Maßnahmen erstrecken sich erfahrungsgemäß über einen längeren, vorher nur sehr ungenau abschätzbaren Zeitraum (mehrere Jahre) und beinhalten in der Regel begleitende Untersuchungen der entnommenen und behandelten Stoffe. Aus diesen Titeln können nach Ausschöpfen der eigenen Personalkapazitäten einzusetzende Labore sowie private Sachverständige, Architekten, Ingenieurbüros etc. sowie sonstige Baunebenkosten bezahlt werden. Darüber hinaus können Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit und die Beratung und Betreuung Sanierungs betroffener, Entschädigungen und Zahlungen aus Billigkeitsgründen sowie Kredithilfen und Gerichtskosten geleistet werden. Das Beschaffen und Betreiben von Geräten, die zur Unterstützung einer speziellen Sanierungsvorbereitung bzw. Sanierung für einen konkreten Einzelfall erforderlich sind, ist aus diesen Mitteln möglich. Gleiches gilt für erforderliche Qualifizierungsmaßnahmen, die in direktem Zusammenhang mit der Sanierung bzw. dem laufenden Betrieb der Sanierungsanlagen stehen. Außerdem können die Anteile an Forschungs- und Entwicklungsprojekten oder sonstigen Fördermaßnahmen zur Verfügung gestellt werden, die vom Bund oder sonstigen Dritten teilfinanziert werden.

- 787.06 –Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen –
Veranschlagt sind Mittel zur Vorbereitung der Sanierung von Flächen, auf denen die FHH sanierungspflichtig ist bzw. in Ersatzvornahme tätig wird. Es handelt sich um Flächen, die mit Schadstoffen verunreinigt sind und/oder auf denen in der Vergangenheit gefährliche Chemikalien bearbeitet, gehandelt, gelagert oder abgelagert wurden.
Für die sich über das Haushaltsjahr 2004 hinaus erstreckenden Aufträge ist eine Verpflichtungsermächtigung von 1.040 Tsd. EUR zu Lasten 2005 und Folgejahre veranschlagt.
Das Ergebnis 2002 ist wegen eines größeren Vorbereitungsbedarfs auf die Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit im Deckungskreis 14 „Flächensanierung“ zurückzuführen.
- 787.07 – Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen –
Veranschlagt sind Mittel zur Fortsetzung bereits vor 1994 (Einrichtung eines gesonderten Vorbereitungstitels) begonnener Sanierungsvorbereitungen sowie zur Durchführung von Sanierungen, soweit die Gesamtkosten voraussichtlich 5.113 Tsd. EUR im Einzelfall nicht überschreiten.
Der reduzierte Ansatz gegenüber 2003 hat seine Ursache im Wesentlichen darin, dass die für die Altlastensanierung insgesamt festgeschriebene Investitionsobergrenze durch die gesonderte Veranschlagung der Sanierungsmaßnahme Am Grasbrookhafen - HafenCity - mit ihrem Ausgabeschwerpunkt in 2004 (vgl. 787.71) ausgeschöpft wird und deshalb kleinere Maßnahmen in größerer Anzahl nicht durchgeführt werden können.
Für die sich über das Haushaltsjahr 2004 hinaus erstreckenden Aufträge ist eine Verpflichtungsermächtigung von 9.088 Tsd. EUR zu Lasten 2005 und Folgejahre veranschlagt.
- 787.71 – Sanierung Am Grasbrookhafen - HafenCity - –
Das Strukturkonzept für die HafenCity sieht auf dem Gelände des ehemaligen, im Jahre 1980 abgebrochenen Gaswerkes Grasbrook eine hochwertige städtebauliche Nutzung vor. Der Boden im Bereich der ehemaligen Betriebsstätten ist hochgradig mit gaswerktypischen Schadstoffen bis in große Tiefen belastet. Vor einer neuen Nutzung muss das Gelände, das gegenwärtig flächendeckend mit einer Betonplatte befestigt ist, nach den Bestimmungen des Bundesbodenschutz-Gesetzes und den einschlägigen hamburgischen Regelungen saniert werden. Das Grundstück gehört zum "Sondervermögen Stadt und Hafen", sanierungspflichtig ist die FHH.
Es ist geplant, das Grundstück durch Auskoffnung der kontaminierten Bereiche zu sanieren. Die Sanierungsdurchführung, die nach inzwischen abgeschlossener Konzeptbearbeitung der sachgerechten Sanierungsvarianten und detaillierter Kostenschätzung Aufwendungen in Höhe von insgesamt 17,1 Mio. EUR für die Gefahrenabwehr verursachen wird, erstreckt sich voraussichtlich über einen Zeitraum von 3 Jahren. Mit der Durchführung ist im Jahr 2003 begonnen worden, der Schwerpunkt der Arbeiten ist für 2004 vorgesehen.
Die Kostensteigerung gegenüber den bisher geschätzten Gesamtkosten von 11,8 Mio. EUR wird durch die Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit im Deckungskreis 14 „Flächensanierung“ aufgefangen.

- 787.90 – Fortlaufende Sicherung, Überwachung sowie Unterhaltung und Erneuerung von Sanierungsanlagen und –bauwerken –
Nach Abschluss von Sicherungs- und Sanierungsbaumaßnahmen ist der fortlaufende Sanierungserfolg zu gewährleisten. Gesicherte Altlasten sind hinsichtlich der Funktionsfähigkeit der Sicherungselemente und der Wirkung auf die Umwelt fortlaufend zu überwachen. Sanierungsbetriebsanlagen sind bis zum Erreichen des Sanierungszieles zu betreiben. Der Schwerpunkt der Veranschlagung liegt bei den Aufwendungen für die Betriebsführung der Sanierungsanlagen einschließlich der Entsorgung anfallender Reststoffe sowie bei der kontinuierlichen Funktionskontrolle und Überwachung gesicherter Altlasten.
Zur Vergabe von mehrjährigen Verträgen wird eine Verpflichtungsermächtigung von 2.750 Tsd. EUR zu Lasten der Folgejahre veranschlagt.
- 891.01 – Sielbau- und Sielanschlussgebühren für Maßnahmen der Anstalt Hamburger Stadtentwässerung –
Vereinnahmte Sielbau- und Sielanschlussbeiträge (vgl. Titel 341.37) sind an die Anstalt Hamburger Stadtentwässerung abzuführen.
- 891.02 – Kosten für Regen- und Mischwassersiele im Rahmen der Erstbesielung (Straßenentwässerungsanteil) –
Nach § 13 (3) des Gesetzes über die Stadtentwässerung vom 20. 12. 1994 (SEG) sind der Anstalt Hamburger Stadtentwässerung diejenigen Kosten durch die FHH zu erstatten, die nicht durch Einnahmen gedeckt sind. Hierzu gehören u.a. die anteiligen Herstellungskosten für die Erstbesielung (Straßenentwässerungsanteil). Abgerechnet werden grundsätzlich jeweils die Maßnahmen des Vorjahres.
Den Ausgaben stehen im Wesentlichen Einnahmen gegenüber, die im Zusammenhang mit den Wegebaubeiträgen nach dem Hamburgischen Wegegesetz erhoben werden (Titel 6300.341.31) und deshalb als zuwachsende Einnahmen dem Ausgabetitel zufließen.
- 891.03 – Erneuerung und Grundinstandsetzung von Straßenentwässerungsanlagen –
Berücksichtigt sind die im investiven Bereich anfallenden Aufwendungen für die Erneuerung (im Zuge von Sielerneuerungsarbeiten) bzw. Grundinstandsetzung der Trummen und -anschlussleitungen. Aufgrund des Alterungsprozesses des städtischen Sielsystems steigt die Anzahl defekter Trummen und Trummenanschlussleitungen. Seit 1999 werden daher defekte Systeme, insbesondere im Zusammenhang mit Sielerneuerungsmaßnahmen, verstärkt saniert bzw. erneuert.
Der erhöhte Ansatz berücksichtigt eine ab 2004 dauerhafte Umschichtung von Mitteln in Höhe von 200 Tsd. EUR (vgl. 671.04), um eine bedarfsgerechtere Veranschlagung der Investitionsmittel zu erreichen und eine jährlich hohe Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit zu vermeiden. Auch das Ergebnis 2002 beinhaltet erhebliche Deckungsmittel.
Zur Finanzierung dieses Titels werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 8900.099.02) verwendet.

8800 Naturschutz und Landschaftspflege

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Dieser Produktbereich umfasst die Produktgruppen Stadtgrün und Erholung und Naturschutz. Im Wesentlichen prägen diesen Bereich Aufgaben zum Schutz, zur Pflege, Entwicklung sowie zur Sicherung der Freiflächen Hamburgs, insbesondere des öffentlichen Grüns, des Nationalparks und der Natur- und Landschaftsschutzgebiete auf der Grundlage fachlicher Anforderungen und politischer Vorgaben.

Vgl. auch Vorwort zum Einzelplan 8.2 und Produktinformation – Ziele des Produktbereichs 03.

2. Zuwendungen

Die Zuwendungen, die durch das Naturschutzamt bewilligt werden (684.08, 684.10), dienen überwiegend der institutionellen Förderung der Naturschutzverbände. Von den Verbänden wird zum einen durch Bildungs- und Aufklärungsarbeit das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für den Naturschutz entwickelt, zum anderen durch die Mitglieder der Verbände auch praktische Arbeit in den Naturschutzgebieten geleistet.

Die Betreuung von Naturschutzgebieten durch Verbände ermöglicht eine verminderte Vergabe von Arbeiten an Firmen und entlastet somit den Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg. Die durchgeführten Arbeiten werden vor Ort durch Mitarbeiter des Naturschutzamtes begutachtet und beurteilt. Die Ergebnisse werden mit den Verbänden erörtert und fließen in die Planung weiterer Maßnahmen ein.

Die Zuwendungen decken nur einen Teil des Aufwands der Verbände; sie sind Grundlage für eine kontinuierliche Finanzplanung sowie Ansporn für die ehrenamtliche Arbeit. Der größte Teil der Ausgaben für die Verbandsarbeit wird jedoch aus Spenden an die Verbände finanziert.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Es wird auf die Produktinformationen für den Produktbereich 03 „Naturschutz und Landschaftspflege“ verwiesen.

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorwort zum Einzelplan 8.2

Sach- und Sachausgaben

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblichen Veränderungen im Einzelnen erläutert:

- 521.81 – Betriebsausgaben für Grünanlagen, Spielplätze und Kleingärten sowie Vorsorge- und Sanierungsmaßnahmen an Bäumen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke –
Für das Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004 Tsd. EUR	Ansatz 2003 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	3.610	3.743
Altona	1.614	1.644
Eimsbüttel	1.001	1.038
Hamburg-Nord	1.624	1.688
Wandsbek	1.769	1.812
Bergedorf	791	952
Harburg	1.137	1.199
Gesamt	11.546	12.076

Betriebsangaben (Veranschlagung nach dem Stand des 1.1. des Vorjahres)	2004 geschätzt	2003 geschätzt	2002 Ergebnis
a) Grün- und Erholungsanlagen	3209,0 ha	3209,0 ha	3208,2 ha
davon öffentliches Grün in Dauerkleingartenanlagen	340,9 ha	340,9 ha	340,9 ha
b) Spielplätze	270 ha	270 ha	269,9 ha
c) Straßenbegleitgrün			
1. Grünflächen einschl. Trennstreifen nur Behörde für Umwelt und Gesundheit	7,2 ha	7,2 ha	7,2 ha
2. Straßenbäume	225.000	224.000	223.817
d) Schutzgrün	36,1	36,1	36,1
e) Denkmäler u. Plastiken	466	466	466
f) Brunnen	84	84	84
g) Grabsteine in Grünanlagen	427	427	427
h) Betriebsplätze/Stützpunkte	15/25	15/25	15/25
i) Betriebsfahrzeuge	189	189	189
j) Werkstätten	7	7	7
k) Anzuchtstätten	2 (16,6 ha)	2 (16,6 ha)	2 (16,6 ha)
l) Kompostplätze	10	10	10

Planten un Blumen

Für die Betriebskosten Planten un Blumen werden für das Haushaltsjahr 2004 2.450.000 EUR veranschlagt. Die Mittel sind für die Unterhaltung und Bewirtschaftung des Wallringparks bestimmt.

Betriebsangaben	2004 geschätzt	2003 geschätzt	2002 Ergebnis
Fläche	44,19 ha	44,19 ha	44,19 ha
Betriebsplätze	2	2	2
Fahrzeuge	9	9	9
Werkstätten	1	1	1

Durch die Art und Qualität der Angebote unterscheidet sich Planten un Blumen von allen anderen Hamburger Parkflächen und wirkt über die Grenzen Hamburgs hinaus.

Aufgrund seiner zentralen Lage hat der Park sehr unterschiedliche Funktionen zu erfüllen:

- Planten un Blumen dient als wohnungs- und arbeitsstättennahes Erholungsgrün.
- Der Park ist mit seinem dicht gestaffelten Veranstaltungsprogramm (z.B. Musikpavillon, Wasserlichtkonzerte, Kindertheater) und seinen Spiel- und Sportangeboten (z.B. Eislauf-/Rollschuhbahn) ein bedeutender Freizeit- und Veranstaltungspark.
- Der Park hat in Verbindung mit dem Messe- und Congress-Centrum spezielle Erholungs- und Repräsentationsaufgaben zu erfüllen.
- Er ist durch die Vielfalt und den Formenreichtum der Pflanzenwelt ein Anziehungspunkt für Pflanzenfreunde.
- Planten un Blumen besitzt eine Reihe wertvoller, gartendenkmalpflegerisch bedeutsamer Objekte und Flächen.

- 521.82 – Betriebskosten der Friedhöfe, Rahmenzuweisungen an die Bezirke –
Für das Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisungen entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004 Tsd. EUR	Ansatz 2003 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	55	53
Altona	302	301
Eimsbüttel	1	1
Wandsbek	189	187
Bergedorf	316	317
Harburg	410	414
Gesamt	1.273	1.273

Betriebsangaben	2004 geschätzt	2003 geschätzt	2002 Ergebnis
a) Gräberflächen u. allg. Friedhofsanlagen			
Friedhöfe bei der Bezirksverwaltung, auf denen Beisetzungen erfolgen	13/217 ha	13/217 ha	13/217 ha
Gärtnermeistereien	3	3	3
Dauer- und Ehrengräber	1.343	1.343	1.343
b) Bestattungsbetrieb			
Kapellen und Feierhallen	14	14	14
Aschenbeisetzungen	2.000	2.000	2.000
Erdbestattungen	1.400	1.400	1.400
c) Betriebsplätze u. -fahrzeuge			
Betriebsplätze (einschl. Werkstätten)	8	8	8
Betriebsfahrzeuge	34	34	34
Arbeitsgeräte	44	44	44

- 521.86 (neu) – Intensivierung der Pflege des Straßenbegleitgrüns (Mäh- und Gehölzflächen), Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Um die Verkehrssicherheit und das Erscheinungsbild der Stadt dauerhaft zu verbessern, ist die Fortsetzung der erstmalig in 2003 von der Bürgerschaft beschlossenen Maßnahme (vgl. Bürgerschaftsdrucksache 17/2231) erforderlich.

Mit den Mitteln sollen Sichtbehinderungen im Straßenraum, die durch starken Grünaufwuchs verursacht werden, und unerwünschter Wildwuchs beseitigt werden. Gehölzpflanzungen sollen zurückgeschnitten und Straßenbegleitgrünflächen gemäht werden. Darüber hinaus können die Mittel für ergänzende Maßnahmen zur Erleichterung der Pflege eingesetzt werden.

- 521.87 (neu) – Intensivierung der Maßnahmen zur Reinigung und Pflege öffentlicher Grün- und Erholungsanlagen und Spielplätze, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Um das Erscheinungsbild und die Nutzbarkeit der öffentlichen Grünflächen dauerhaft zu verbessern, ist die Fortsetzung der erstmalig in 2003 von der Bürgerschaft beschlossenen Maßnahme (vgl. Bürgerschaftsdrucksache 17/2231) erforderlich.

Vorgesehen ist neben der Intensivierung der Reinigungsintervalle in stark genutzten Anlagen, zusätzliche Reinigungen an Sommerwochenenden mit hohen Besucherzahlen sowie die Reinigung und Instandhaltung der Park-einrichtung. Darüber hinaus sollen Pflegemaßnahmen durchgeführt werden, die dazu beitragen, das äußere Erscheinungsbild der Parks und Spielplätze zu verbessern, z.B. Maßnahmen zur Beseitigung von Wildkraut und ungepflegter Bereiche oder strukturverbessernde Maßnahmen zur besseren Reinigung.

- 535.02 – Unterhaltung von naturschutzrechtlich verbindlichen Ausgleichsmaßnahmen aufgrund von Festsetzungen in Bauleitplänen –

Vgl. Erläuterungen zu den Titeln 341.03, 381.01 und 821.02.

Nach dem Baugesetzbuch sind bei zu erwartenden Eingriffen in Natur und Landschaft Flächen für Ausgleichsmaßnahmen in Bebauungsplänen verbindlich festzusetzen. Im Rahmen der Anwendung dieser bundesgesetzlichen Verpflichtung werden in Hamburg regelmäßig entsprechende Bebauungspläne verabschiedet und müssen umgesetzt werden.

Die Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen ist aufgrund der verbindlichen Festsetzung in den Bebauungsplänen eine gesetzliche Verpflichtung. Die Unterhaltung und Pflege für diese Maßnahmen muss, soweit andere Regelungen nicht getroffen werden, von der FHH übernommen werden. Eine Refinanzierung der entstandenen

Kosten durch den Verursacher des Eingriffs endet nach der Verordnung zur Durchführung des Kostenerstattungs-gesetzes (KostEG) mit der Entwicklungspflege der Maßnahmen nach zwei bis fünf Jahren.

- 541.81 – Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz, Rahmenzuweisungen an die Bezirke – Veranschlagt ist die Unterhaltung von Naturschutzgebieten, soweit die Bezirksverwaltung zuständig ist. Die Mittel werden seit 1999 als Rahmenzuweisungen veranschlagt. Für das Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisungen entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004 EUR	Ansatz 2003 EUR
Altona	9.800	9.800
Hamburg-Nord	9.800	9.800
Wandsbek	9.800	9.800
Bergedorf	9.800	9.800
Harburg	9.800	9.800
Gesamt	49.000	49.000

- 541.86 – Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen für den Naturschutz, Zweckzuweisungen an die Bezirke – Veranschlagt ist die Unterhaltung von Naturschutzgebieten, soweit die Bezirksverwaltung zuständig ist. Über die Maßnahmen hinaus, die aus dem Titel 8800.541.81 finanziert werden, stellt die Behörde für Umwelt und Gesundheit Mittel für besondere Schutz-, Pflege-, und Entwicklungsmaßnahmen als Zweckzuweisungen zur Verfügung.
- 545.06 – Bestattung gemäß § 10 Bestattungsgesetz - Obdachloser oder unbekannt Verstorbener – Veranschlagt sind Mittel für die Bestattung Obdachloser und unbekannter Verstorbener nach § 10 Absatz 1 Bestattungsgesetz. Die Veranlassung dieser Bestattungen ist wegen der ansonsten gegebenen sozialhilferechtlichen Zuständigkeit dem Amt für Soziales und Rehabilitation – Referat für allein stehende wohnungslose Menschen – der Behörde für Soziales und Familie übertragen worden. Da die Gesamthöhe der Bestattungskosten jährlich schwankt, dient die Verpflichtungsermächtigung dazu, flexibel auf mögliche Mittelbedarfe reagieren zu können.
- 545.86 – Bestattung gemäß § 10 Bestattungsgesetz, Zweckzuweisungen an die Bezirke – Bei diesem Titel werden Mittel für die Bestattung Verstorbener – ausgenommen Obdachlose und unbekannt Verstorbene – gemäß § 10 Absatz 1 Bestattungsgesetz veranschlagt. Im Hinblick auf eine angemessene Durchführung der Bestattungen nach § 10 Absatz 1 Bestattungsgesetz in Fällen Verstorbener ohne Angehörige oder mit Angehörigen, die nicht tätig werden, ist bei den Bezirksämtern die bestattungsrechtliche Zuständigkeit nach § 10 Absatz 1 Bestattungsgesetz mit der sozialhilferechtlichen Zuständigkeit zusammen geführt worden.
- 681.02 – Vertragsnaturschutz (Programm Biotopschutz durch Einschränkung der Bewirtschaftung von Flächen - Extensivierungsprogramm) – Es werden im Rahmen des Programms „Biotopschutz durch Einschränkung der Bewirtschaftung von Flächen“ Verträge für die Erhaltung, Pflege, Entwicklung und Anlage besonders wertvoller landwirtschaftlicher Flächen und ihrer Randbiotop, für ihre Vernetzung, den Schutz des Grundwassers und der Oberflächengewässer sowie den Schutz insbesondere der gefährdeten Pflanzen- und Tierarten der Kulturlandschaft mit Landwirten geschlossen. Die Verträge werden in der Regel von der EU kofinanziert. Aus naturschutzfachlichen Gründen wird die standortgerechte extensive Nutzung von Feldern, Wiesen und Weiden, die noch der landwirtschaftlichen Produktion dienen, unterstützt. Einzelheiten werden in Bewirtschaftungs- bzw. Pflegeverträgen, die die Behörde für Umwelt und Gesundheit mit den Nutzern der Flächen mit einer Vertragsdauer von in der Regel 5 bis 20 Jahren schließt bzw. in Vereinbarungen mit Naturschutzverbänden festgelegt. Für Erfolgskontrollen gem. § 44 LHO werden ca. 10 % der durchschnittlichen Zuwendungen ausgegeben. Die Ergebnisse fließen in die Steuerung und die mögliche Weiterführung der Maßnahmen ein.
- 685.02 – Unterhaltung des öffentlichen Grüns etc. durch die Anstalt Hamburger Friedhöfe – Der Anstalt Hamburger Friedhöfe sind nach dem Errichtungsgesetz (vgl. Drs. 15/3596) von der FHH u.a. die Pflege des öffentlichen Grüns, der öffentlichen Verkehrsflächen und der öffentlichen Beleuchtung auf den Friedhöfen der Anstalt zugewiesen worden. Nach § 13 (3) des Gesetzes erstattet die FHH der Anstalt 1995 dafür einen Betrag in Höhe von 2.143 Tsd. EUR, der jährlich in Höhe des Vorhundertersatzes des Manteltarifvertrages für Arbeiter der Länder anzupassen ist. Für 2004 ergibt sich eine Erstattung in Höhe von 2.429 Tsd. EUR, da von einer Erhöhung des Manteltarifvertrages von 2,5 p.a. ausgegangen wurde.

Investitionen

Für alle Investitionsausgaben gilt, dass sich im Laufe des Haushaltsjahres Änderungen ergeben können, wenn es notwendig wird, unvorhergesehene dringendere Maßnahmen durchzuführen.

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblichen Veränderungen im Einzelnen erläutert:

720.02 – Grundinstandsetzung des Gebäudes Turmwurt 12 auf der Insel Neuwerk „Ottos Gartenlokal“ –
Das Gebäude ist zz. vermietet und wird als Laden und Gartenlokal von den Einwohnern und Besuchern der Insel Neuwerk genutzt. Bei den regelmäßigen Baubegehungen hat sich gezeigt, dass an dem Gebäude größere Instandsetzungsmaßnahmen notwendig sind, z.B. Erneuerung der Wasserleitungen, der Holztreppe und Fenster sowie Beseitigung von Schäden am Dach.

741.01 – Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen –
Mit den veranschlagten Mitteln sollen vorrangig in Bereichen der sozialen Stadtteilentwicklung und in Neubaugebieten sowie in dicht bebauten und unterversorgten Stadtteilen Grünanlagen und Spielplätze hergerichtet bzw. bedarfsgerecht umgestaltet werden. Maßnahmen von besonderer Bedeutung und/oder Baukosten von mehr als 5.000 Tsd. EUR werden einzeln veranschlagt.
In dem Ansatz sind Mittel für gartendenkmalpflegerische Maßnahmen, Realisierungswettbewerbe sowie die für Baumaßnahmen erforderlichen Architektenhonorare, Kosten für Baugrunduntersuchung, Vermessung und sonstige vorbereitende Tätigkeiten enthalten.
Der Ansatz wird im Rahmen der Bewirtschaftung unter gesamthamburgischen Gesichtspunkten und Beteiligung der Bezirksverwaltungen aufgeteilt und zugewiesen. Die aus den Baumaßnahmen resultierenden Folgekosten werden mit den bei dem Titel 521.81 veranschlagten Mitteln getragen.
Die bisher bei dem Titel 8800.741.86 „Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen, Zweckzuweisungen an die Bezirke“ veranschlagten Mittel sind ab 2004 in diesem Titel enthalten.

Folgende Maßnahmen mit Baukosten über 250 Tsd. EUR sind vorgesehen:

Kurzbezeichnung der Maßnahme	Voraussichtliche Gesamtkosten (aktueller Stand)	Finanziert bis einschließlich 2003	Voraussichtlicher Mittelbedarf in 2004
1	2	3	4
Marktachse Rothenburgsort	337	0	50
Horner Geest	1.600	105	200
Ehem. Israelitisches Krankenhaus	585	143	100
Grünanlage Baron-Vogt-Straße	2.574	2.280	130
Alsenpark	409	50	104
Grünverbindung Gasstraße	261	60	201
Spielplätze Altona- Altstadt 21	291	100	50
Antonipark	1.426	347	173
Spielplatz Lüttkamp	302	0	151
Osdorf 33	720	100	80
Grünanlage Am Weiher	333	133	200
Wasserleitungssystem Stadtpark Winterhude	1.534	1.184	350
Grünanlage Steilshooper Straße / Langenfort	1.534	289	245
Planschbecken Stadtpark Winterhude	403	257	146
Grünzug Dulsberg	294	170	70
Spielplatz Joosthöhe	399	0	199
Boltwiesen	308	184	124
Hohenhorst-Grünzug	395	300	95
Grundinstandsetzung Rathauspark	261	0	184
Minnerweg	537	486	51
Stubbenhof/Maakenhofwinkel	512	0	150

Bei einigen Maßnahmen werden Kosten zum Teil von der Behörde für Bau und Verkehr oder anderen Bedarfsträgern übernommen.

- 741.05 – Herrichtung und Umgestaltung von Kleingartenanlagen, Aufschließungsmaßnahmen in Kleingarten- und Behelfsheimgebieten, vorbereitende Untersuchungen –
Die Mittel werden im Wesentlichen zur Erfüllung der Ersatzlandverpflichtung nach dem Bundeskleingartengesetz verwendet. Dazu gehören auch Planungs- und Untersuchungsaufwendungen.
Außerdem sollen Aufschließungsmaßnahmen (Wasserleitungen, Wegebeleuchtung, gemeinschaftlich genutzte Entsorgungsanlagen) in Kleingärten und Behelfsheimgebieten fortgesetzt werden.
Da die umzusetzenden Maßnahmen zu Beginn eines Jahres nicht immer feststehen, werden die Mittel zentral bei der Behörde für Umwelt und Gesundheit veranschlagt und den Bezirken durch Sollübertragung für abgestimmte Projekte zugewiesen.
- 741.10 – Vorbereitung von Straßenbaumpflanzungen und Instandsetzungsmaßnahmen einschl. digitaler Erfassung –
Mit den veranschlagten Mitteln sollen Voruntersuchungen zum Ersatz umweltgeschädigter, nicht mehr regenerierbarer Straßenbäume finanziert werden (vgl. 8800.741.81).
Im Rahmen einer digitalen Ersterfassung sollen Basisdaten zum Zustand des gesamten Hamburger Straßenbaumbestandes erhoben und vorliegende Grunddaten überprüft und ergänzt werden. Diese Daten fließen in das digitale Straßenbaumkataster ein und sind Grundlage für Instandsetzungsmaßnahmen und Ersatzpflanzungen. Sie bilden auch die Basis für notwendige Verkehrssicherheitskontrollen. Der Mittelbedarf umfasst die Kartierung im Rahmen der Ersterfassung des Straßenbaumkatasters, den Datensupport und daraus resultierende Grundsanierungsbedarfe.
- 741.81 – Investitionen für Grün- und Erholungsanlagen, Pflanzung von Straßenbäumen, Ausstattung der Gartenbauabteilungen, Rahmenezuweisungen an die Bezirke –
Veranschlagt sind Mittel für kleinere gestalterische Maßnahmen in Grünanlagen und auf Spielplätzen zur Disposition durch die Bezirksversammlung.
Außerdem sollen mit den veranschlagten Mitteln umweltgeschädigte, nicht mehr regenerierbare Straßenbäume ersetzt und der Baumbestand ergänzt werden (vgl. Drs. 14/4586). Die Kosten entstehen für Material, Pflanzung und die Erfassung, Kartierung und Fortschreibung des Straßenbaumkatasters. Die aufgrund der digitalen Ersterfassung der Grunddaten des Straßenbaumbestands deutlich gewordenen dringenden Grundsanierungsbedarfe sollen aus diesem Ansatz ebenfalls finanziert werden.
Für das Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Verteilung der Rahmenezuweisungen entsprechend dem Verteilungsschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004		Ansatz 2003	
	Tsd. EUR	(VE)	Tsd. EUR	(VE)
Hamburg-Mitte	201	(201)	248	(213)
Altona	226	(226)	253	(239)
Eimsbüttel	143	(143)	324	(143)
Hamburg-Nord	241	(241)	262	(254)
Wandsbek	235	(235)	285	(235)
Bergedorf	107	(107)	154	(118)
Harburg	147	(147)	174	(148)
Gesamt	1.300	(1.300)	1.700	(1.350)

- 741.87 – Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Tiefbau, Herrichtung von Belegungsflächen, Zweckzuweisungen an die Bezirke –
Die Mittel werden für die Grundinstandsetzung von Wegen und Wasserleitungen auf Friedhöfen sowie für die Wiederherrichtung abgelauener Grabstätten und zur Herrichtung weiterer Flächen durch Wegebau und Bepflanzung veranschlagt.
Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004		Ansatz 2003	
	Tsd. EUR	(VE)	Tsd. EUR	(VE)
Hamburg-Mitte	13	(3)	13	(23)
Altona	95	(63)	60	(88)
Wandsbek	0	(0)	0	(0)
Bergedorf	55	(76)	87	(50)
Harburg	17	(38)	10	(19)
Gesamt	180	(180)	170	(180)

- 742.02 – Naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsmaßnahmen einschließlich Entwicklungspflege aufgrund von Bauleitplänen –
Vgl. Erläuterungen zu den Titeln 341.03, 381.01, 535.02 und 821.02.
Gemäß Baugesetzbuch sind bei zu erwartenden Eingriffen in Natur und Landschaft Flächen für Ausgleichsmaßnahmen in Bebauungsplänen verbindlich festzusetzen. Im Rahmen der Anwendung dieser bundesgesetzlichen Verpflichtung werden in Hamburg laufend entsprechende Bebauungspläne verabschiedet und müssen umgesetzt werden.
Die Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen ist aufgrund der verbindlichen Festsetzung in den Bebauungsplänen eine gesetzliche Verpflichtung. Die Herrichtung einschließlich der Entwicklungspflege für die Maßnahmen muss, soweit andere Regelungen nicht getroffen werden, von der FHH übernommen werden. Eine Refinanzierung der entstandenen Kosten durch den Verursacher des Eingriffs kann nur erfolgen, sofern im Bebauungsplan eine Zuordnung zwischen Eingriffs- und Ausgleichsfläche festgesetzt wurde.
- 742.03 – Verbesserung von Lebensbedingungen für Pflanzen und Tiere in und an Gewässern –
Es ist die Renaturierung von Gewässern und deren Einzugsgebieten vorgesehen.
Die gem. § 20 b BNatSchG durchgeführten Kartierungen der einheimischen Tier- und Pflanzenarten haben zu dem Ergebnis geführt, dass zahlreiche u.a. auch im Wasser lebende Arten wegen ihrer Existenzbedrohung in die Rote Liste der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten aufgenommen werden mussten. Zum Schutz und zur Regeneration gefährdeter Populationen wurden Artenschutzprogramme erstellt. Zur Unterstützung solcher Programme, die auch für aquatische Arten entwickelt wurden, bedarf es u.a. der Umgestaltung verbauter oder degradierter Gewässer. Die dafür notwendigen wasserbaulichen Eingriffe müssen auf die speziellen Bedürfnisse der jeweils zu fördernden Tier- und Pflanzenarten Rücksicht nehmen.
- 742.04 – Ökologische Ausgleichsmaßnahmen für Baggergutunterbringung sowie Vergütungen an Vertragsarchitekten, -ingenieure und dgl. für Planung und Entwurf –
Veranschlagt werden ökologische Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des Bebauungsplan- und Grünordnungsplangebietes Francop 5 für die Beeinträchtigung von Natur und Landschaft durch den Bau der Schlicklagerstätte in Francop (einschließlich Planungs- und Grunderwerbskosten und sonstiger damit zusammenhängender Leistungen). Innerhalb von 20 Jahren – beginnend 1991 – sollen dafür jährlich rd. 256 Tsd. EUR bereitgestellt werden. In 2004 werden aufgrund des Bedarfes 155 Tsd. EUR zur Verfügung gestellt. Veranschlagt sind in 2004 neben den Kosten für die Umsetzungsplanung und -koordinierung, die wissenschaftliche Begleitung ökologischer Ausgleichsmaßnahmen, um die Veränderungen im Naturhaushalt zu erfassen und zu bewerten. Zudem werden das Biomonitoring und das hydrologische Monitoring fortgesetzt.
- 742.84 – Ausgleichsmaßnahmen für die Wohnerschließung von Neu-Allermöhe-West, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Bergedorf –
Mit dem am 4. Juni 1992 beschlossenen Bebauungsplan Allermöhe 25/Billwerder 21/Bergedorf 87 ist für den Ausgleich ein Entwicklungskonzept zur Aufwertung des Naturhaushaltes mit einem Gesamtvolumen von rd. 1.687 Tsd. EUR vorgesehen. In 2004 sind Kassenmittel in Höhe von 307 Tsd. EUR veranschlagt.
In dem Entwicklungskonzept sind folgende zwei Maßnahmenblöcke vorgesehen:
– Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durch Schaffung einer großen Weidefläche mit einem Kostenvolumen von rd. 971 Tsd. EUR (Wiederherstellung der Allermöher Landscheide und des Grabensystems, Errichtung von zwei Windpumpen, Anlegen von Flachwasserzonen). Die Folgekosten betragen jährl. ca. 8 Tsd. EUR.
– Maßnahmen zur landschaftsplanerischen Gestaltung mit einem Kostenvolumen von rd. 614 Tsd. EUR (Wanderwegeverbindung zwischen dem neuen Stadtteil und Allermöhe inkl. Brückenbau und begleitende Grünanlage). Die jährlichen Folgekosten werden aus dem Titel 535.02 finanziert.
- 748.84 – Städtische Grünplanung im Neubaugebiet Allermöhe II, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Bergedorf –
Die Flächen, die im Neubaugebiet Allermöhe II als Grünflächen ausgewiesen werden, sollen als Folgemaßnahme des Wohnungsbauprogramms unter landschaftsbaulichen Gesichtspunkten gestaltet und bepflanzt werden. Aufgrund der Projektgröße ist es nicht möglich, eine Haushaltsunterlage-Bau für die Gesamtmaßnahme zu erstellen. Daher werden Haushaltsunterlagen-Bau für die je nach dem Wohnungsbaufortschritt erforderlichen Landschaftsbaumaßnahmen sukzessive erstellt. Da die Flächen tlw. nicht wie geplant verfügbar sind, ergeben sich Verzögerungen bei der Umsetzung der Maßnahme.

Die geschätzten Gesamtkosten betragen rd.	10.283.000 EUR
davon Baukosten rd.	9.203.000 EUR
davon (Gesamtkosten) bis 2003 veranschlagt	9.153.000 EUR
2004 veranschlagt	0 EUR
vorbehalten bleiben	1.130.000 EUR
davon Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2005 und 2006	1.130.000 EUR

Jährliche Folgewirkungen ab 2004	Jahresbetrag
Mehrausgaben	465.276 EUR
Minderausgaben	
Mehreinnahmen	
Mindereinnahmen	
Netto-Mehrbelastung	465.276 EUR

- 749.84 – Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen in Planten un Blumen/Wallingpark, Einzelzuweisung an das Bezirksamt Hamburg-Mitte –
 Es ist beabsichtigt, den Wallingpark einschließlich Planten un Blumen zum überregionalen Treffpunkt für Pflanzenfreunde, Erholungssuchende und Touristen sowie als Ergänzung des Messe- und Kongressbetriebes entsprechend den seit dem Frühjahr 1985 vorliegenden Wettbewerbsergebnissen herzurichten. Die Durchführung erfolgt im Rahmen von Regie- und Vergabearbeiten. Soweit Teilmaßnahmen von einer Beschäftigungs-GmbH umgesetzt werden, ist vorgesehen, auch Investitionszuschüsse bei diesem Titel nachzuweisen. Die Gesamtkosten der Umgestaltung werden nach der vorliegenden Rahmenplanung auf 10.226 bis 12.782 Tsd. EUR geschätzt (vgl. Bürgerschaftsdrucksache Nr. 11/6767). Aus diesem Ansatz sollen auch außerhalb der umzugestaltenden Bereiche Verkehrssicherungsmaßnahmen durchgeführt werden.
 Veranschlagt ist u.a. der Umbau der Kleinen Wallanlagen.

Die Gesamtkosten betragen nach der HU - Bau (vom 11.05.98/07.07.98)	2.250.000 EUR
Davon bis 2003 veranschlagt	1.484.000 EUR
2004 veranschlagt	766.000 EUR

Weitere 144.000 EUR sind für Verkehrssicherungsmaßnahmen einzusetzen.
 Die Folgekosten ändern sich durch die Rückbau - und Sanierungsmaßnahmen nicht.

- 750.84 – Umgestaltung der Grünanlage Wandsbeker Markt, Einzelzuweisung an den Bezirk Wandsbek –
 Die ca. 7.000 m² große Grünfläche „Wandsbeker Markt“ soll anschließend an die Umbauarbeiten am ZOB zu einem Stadtplatz mit hochwertiger Ausstattung umgestaltet werden. Es ist vorgesehen, auf der Fläche ein Cafe durch einen privaten Investor errichten zu lassen. Die Gesamtkosten betragen gemäß der geprüften HU-Bau 1.995.000 EUR, davon 1.120.000 EUR in 2003, 600.000 EUR in 2004 und 275.000 EUR in 2005. Höhere Folgekosten entstehen durch den Umbau der Fläche nicht.
- 791.01 – Ökologische Pflegemaßnahmen, Verbesserungs- und Sanierungsmaßnahmen im öffentlichen Grün und auf bezirklichen Friedhöfen –
 Die Haushaltsmittel werden für die Regenerierung umweltgeschädigter Baumbestände, für Schutzpflanzungen, ökologische Verbesserungsmaßnahmen sowie für weitere Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherung der Vielfalt, Funktion und Qualität im öffentlichen Grün und Straßenraum eingesetzt. Die Mittel können auch für Voruntersuchungen zur Vorbereitung von Maßnahmen (Pflege- und Entwicklungspläne) verwendet werden. Den Bezirken werden für abgestimmte Projekte die erforderlichen Haushaltsmittel von der BUG zur Verfügung gestellt.
- 811.03 – Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen –
 Die zurzeit zur Überwachung der Insel Neßsand eingesetzte Barkasse ist über 25 Jahre alt und daher altersbedingt stark reparaturanfällig. Als Ersatzbeschaffung ist ein Boot aus Aluminium vorgesehen.
- 811.81 – Investitionen für die Gartenbauabteilungen - Bereich Friedhöfe -, Rahmenzuweisungen an die Bezirke –
 Die Mittel werden für Rahmenzuweisungen an die Bezirke für Neu- und Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen sowie für kleinere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten- Hochbau- veranschlagt.
 Für das Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung entsprechend dem Verteilerschlüssel nach § 27 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004		Ansatz 2003	
	Tsd. EUR	(VE)	Tsd. EUR	(VE)
Hamburg - Mitte	10	(10)	9	(10)
Altona	74	(74)	73	(74)
Wandsbek	18	(18)	56	(18)
Bergedorf	72	(72)	71	(72)
Harburg	133	(133)	131	(133)
Gesamt	307	(307)	340	(307)

821.02 – Grunderwerb für naturschutzrechtlich verbindliche Ausgleichsflächen aufgrund von Festsetzungen in Bebauungsplänen –

Vgl. Erläuterungen zu den Titeln 341.03, 381.01, 535.02 und 742.02.

Gemäß § 21 BNatSchG sind bei Eingriffen in Natur und Landschaft Ausgleichsflächen („Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen“) bereits in der Bauleitplanung verbindlich auszuweisen und festzusetzen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen ist Verursacherpflicht und muss - soweit nicht im Einzelfall andere Regelungen getroffen werden können - von der FHH übernommen werden (§ 135 a BauGB). Sofern die FHH die zugeordneten Ausgleichsmaßnahmen an Stelle und auf Kosten der Vorhabensträger oder Eigentümer durchführt, kann eine Refinanzierung nach dem Kostenerstattungsgesetz erfolgen.

Zur Durchführung der Maßnahmen ist in vielen Fällen Grunderwerb notwendig. Künftig soll der Grunderwerb für Ausgleichsmaßnahmen grundsätzlich aus zuwachsenden Einnahmen der Titel 341.03 und 381.01 finanziert werden.

8900 Immissionsschutz und Betriebe

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Diesen Bereich prägen insbesondere folgende Aufgaben:

- Luftreinhaltung (Genehmigung und Überwachung von Anlagen, Luftreinhalteplanung, Klimaschutz),
- Lärmschutz (Lärminderungsplanung, z.B. Gewerbelärminderung, Fluglärmschutz),
- Schutz der oberirdischen Gewässer und öffentlichen Abwasseranlagen (Genehmigung von Anlagen, Erlaubnisse für Einleitungen, Überwachung von Betrieben),
- Anlagenbezogener Gewässerschutz (einschließlich Grundwasser, Genehmigung und Überwachung von Anlagen),
- Umweltgefahrenabwehr (Anlagen- und Betriebssicherheit durch Genehmigung und Überwachung, Sofortmaßnahmen bei Schadensfällen),
- Schutz vor Gefahren durch gentechnisch veränderte Organismen (Genehmigung und Überwachung von Anlagen),
- Strahlenschutz (Katastrophenschutzplanung, Überwachung von Kernbrennstofftransporten),
- Bearbeitung energiepolitischer Grundsatzfragen,
- Einführung und Überwachung Energie und Wasser sparender Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Verwaltung,
- Förderung und Umsetzung eines zukunftsfähigen Umgangs mit Energie und anderen Ressourcen für eine nachhaltige Entwicklung Hamburgs und als Beitrag Hamburgs zur globalen Verantwortung für Klima und Ressourcenerhalt.

Der Mittel- und Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- Anzahl, Umfang und Schwierigkeitsgrad von Verfahren zu Anlagengenehmigungen und Einleitungserlaubnissen,
- Umfang und Intensität der Überwachung und daraus resultierende Handlungsbedarfe,
- Gefahrenabwehr nach dem Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG), Beseitigung von Schäden an öffentlichen Anlagen, Gewässern und dgl.,
- Umsetzung politischer Vorgaben hinsichtlich der Durchführung von Förderprogrammen zur Einsparung von Energie und Wasser, zur Verringerung der CO₂-Emissionen, zur Durchsetzung alternativer Energiearten sowie anderer ressourcenschützender Maßnahmen.

Vgl. auch Vorwort zum Einzelplan 8.2 und Produktinformationen – Ziele des Produktbereiches 04.

2. Zuwendungen

Zuwendungen werden bei dem Titel 685.01 „Zuweisung an das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) für die Durchführung der Bauartzulassung von Abwasserbehandlungsanlagen“ und im Rahmen der im folgenden dargestellten Förderprogramme des Titels 892.10 „Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie von Umwelttechnologien“ gewährt (vgl. auch die jeweiligen Titelerläuterungen):

Zuweisung an das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) für die Durchführung der Bauartzulassung von Abwasserbehandlungsanlagen (Titel 685.01)

Durch die Bauartzulassung von Abwasserbehandlungsanlagen durch das DIBt sollen vermehrt anfallende Einzelgenehmigungen für Abwasserbehandlungsanlagen durch Serienzulassungen ersetzt werden. Dies hat zur Folge, dass Genehmigungsverfahren beschleunigt werden und gleichzeitig der Überwachungsaufwand bei Einleitungen durch anlagenbezogene Funktionskontroll- und Wartungsvorgaben für den Betreiber verringert wird.

Maßnahmen zum Ressourcenschutz in Produktion und Dienstleistung „Unternehmen für Ressourcenschutz“ (Titel 892.10)

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Ziele des Programms „Unternehmen für Ressourcenschutz“ sind die Reduzierung der CO₂-Emissionen sowie eine Stärkung des vorsorgenden Umweltschutzes. Gefördert werden Investitionen, die zu einem effizienteren Umgang mit Energie, Wasser und Rohstoffen führen. Effizientes Wirtschaften ist eine Grundlage für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort und sichert eine hohe Lebens- und Umweltqualität in der Stadt. Das Programm wird in Kooperation mit der Hamburger Wirtschaft umgesetzt.

Die Zielgruppe sind alle Hamburger Unternehmen in Industrie, Handwerk und im Dienstleistungsbereich. Um möglichst viele Unternehmen zu eigenen Investitionen anzuregen, werden verschiedene Ansätze verfolgt. Die Investitionsförderung erfolgt im Rahmen von Pilot- und Demonstrationsprojekten mit besonderer Multiplikatorwirkung, branchenspezifischen Förderansätzen und mit Standardprogrammen, die auf bestimmte Techniken (z. B. Beleuchtungsanlagen, Druckluftanlagen) ausgerichtet sind. Zur Steuerung der Förderungen werden die Projekte begleitet von Voruntersuchungen und Betriebs-Checks. Im Zusammenhang mit Investitionen in Ressourcenschutzmaßnahmen wird auch die Einführung von Umweltmanagementsystemen (ÖKOPROFIT) gefördert.

Beginn und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Mit dem Programm „Unternehmen für Ressourcenschutz“ erfolgte zu Anfang des Jahres 2002 eine neue Schwerpunktsetzung im Umweltschutz. Eine zeitliche Befristung ist bisher nicht vorgesehen. Die Förderrichtlinien des Hamburger Förderprogramms für Umwelttechnologien (Amtlicher Anzeiger vom 24.9.1997) gelten in diesem Rahmen fort.

Erfolgskontrollen:

Erfolgskontrollen erfolgen projektbegleitend und durch eine Endprüfung der umgesetzten Maßnahmen vor Ort. Von den Projektträgern werden grundsätzlich Erfahrungsberichte über einen einjährigen Betriebszeitraum verlangt. Jährlich erfolgt eine DV-unterstützte Gesamtauswertung der umgesetzten Maßnahmen mit dem Ziel, den Einsatz der Fördermittel zu optimieren.

Wärmeschutzmaßnahmen im Gebäudebestand (Titel 892.10)

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Durch die Förderung der Wärmedämmung im Hamburger Gebäudebestand sollen Heizenergiebedarfe und Schadstoffemissionen gesenkt werden. Jährlich sollen etwa 2.500 Wohneinheiten energetisch modernisiert und auf den Standard der neuen Energie-Einsparverordnung angehoben werden. Damit wird eine durchschnittliche Energieeinsparung von rd. 40 % erreicht.

Aufgabenverteilung:

Die Gestaltung des Förderprogramms erfolgt durch die Behörde für Umwelt und Gesundheit. Die Abwicklung für kleine Modernisierungsvorhaben erfolgt nach dem Bauteilverfahren durch das ZEWU (Zentrum für Energie-, Wasser- und Umwelttechnik) der Handwerkskammer. Umfangreiche Modernisierungsvorhaben werden nach dem Bilanzverfahren durch die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt abgewickelt.

Beginn und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Das Programm läuft seit Ende 1996. Eine zeitliche Befristung ist bisher nicht vorgesehen.

Erfolgskontrollen:

Den Zuwendungsempfängern wird auferlegt, die zukünftigen Energieverbräuche für drei Jahre zu melden.

Förderung der solaren Warmwasserbereitung (Titel 892.10)

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Ziel ist die breite Markteinführung von Solarkollektoren für Warmwasser und Heizung. Durch das Programm „Heizung + Solar“ soll in 5-7 Jahren der Marktanteil der mit Solaranlagen kombinierten Heizungen auf 15% der erneuerten und 20% aller erstinstallierten Heizungsanlagen gesteigert werden. Damit werden zugleich zukunftsfähige Arbeitsplätze im Handwerk geschaffen.

Für das Sanitär- und Heizungshandwerk zählt die Solarenergie zu den wichtigsten technischen Innovationen. Verlässliche finanzielle Förderungen und begleitende Qualifizierungs- und Marketing-Maßnahmen sind erforderlich, um die Marktentwicklung zu unterstützen.

Das Programm „Heizung + Solar“ wurde mit dem Hamburger Handwerk entwickelt. Durch die finanzielle und organisatorische Unterstützung der Installationsbetriebe soll das Handwerk als zentraler Akteur im Markt etabliert werden. Die Abwicklung der Förderung erfolgt durch die Innung Sanitär Heizung Klempner.

Beginn und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Solaranlagen zur Warmwasserbereitung werden durch die Behörde für Umwelt und Gesundheit seit 1990 finanziell gefördert.

Das Programm „Heizung + Solar“ läuft seit dem 1.7.1999. Es ist eine Laufzeit von 5-7 Jahren vorgesehen.

Erfolgskontrollen:

Der Erfolg des Förderprogramms ist primär durch die Zahl der installierten Anlagen bzw. die installierte Kollektorfläche zu quantifizieren. Der für die Förderung notwendige Qualifizierungsnachweis des Installationsbetriebs sowie stichprobenartige Prüfungen bei installierten Anlagen sichern die Qualität der Anlagen.

Förderung des Passivhausbaus in Hamburg (Titel 892.10)

Ziele, Erwartungen und Qualitätskriterien:

Das Förderkonzept Passivhausbau ist ein Projekt der Hamburger Initiative „Arbeit und Klimaschutz“. Ziel ist es, den am Bau beteiligten Berufsgruppen, z.B. Architekten, Ingenieuren, Energieberatern, dem Handwerk und potentiellen Investoren, Kenntnisse über den Bau von Passivhäusern zu vermitteln.

Schwerpunkt des Konzeptes ist der Passivhaus-Preis. Mit ihm möchte die Behörde für Umwelt und Gesundheit Architekten und Investoren zum Bau von Passivhäusern motivieren. Am konkreten Projekt sollen die Bauteams lernen, dass Gestaltungsqualität und energiesparendes Bauen kein Widerspruch sein müssen. Die Qualitätssicherung der Projekte stellt einen Schwerpunkt des Wettbewerbs dar. Zur Qualitätssicherung werden die Projekte beraten und finanziell unterstützt.

Alter und vorgesehene Laufzeit des Programms:

Das Förderkonzept Passivhausbau wurde 2001 begonnen. Das angestrebte Ziel soll in sechs Jahren zu erreichen sein.

Erfolgskontrollen:

Die Erfolgskontrolle erfolgt über die Anzahl der Wettbewerbsteilnehmer und die Anzahl der tatsächlich in Hamburg gebauten Passivhäuser.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Einnahmen in diesem Bereich werden insbesondere erzielt aus

- Konzessionsabgaben der hamburgischen Versorgungsunternehmen HEW, HGW und HWW (116.130 Tsd. EUR)
- Abwasserabgaben (5.087 Tsd. EUR)
- Verwaltungsgebühren (1.908 Tsd. EUR)
- Benutzungsgebühren (725 Tsd. EUR)
- Erstattung von Verwaltungskosten (1.079 Tsd. EUR).

Gegenüber dem Haushalt 2003 wird mit Mindereinnahmen in Höhe von 338 Tsd. EUR gerechnet. Dies ergibt sich als Saldo aus im Wesentlichen folgenden Mehr- und Mindereinnahmen:

- höhere Einnahmeerwartungen bei den Verwaltungsgebühren aufgrund der Ergebnisse 2002 (111.03/ + 243 Tsd. EUR)
- Mehreinnahmen bei der Konzessionsabgabe der Hamburgischen Wasserwerke (HWW) aufgrund der Schätzungen der Unternehmensplanung der HWW entsprechend der bisherigen Entwicklung. Der Ansatz errechnet sich aufgrund der monatlichen nachschüssigen Zahlungsweise der HWW aus der letzten Rate aus 2003 sowie 11 Monatsraten für das Jahr 2004 (122.03/ + 608 Tsd. EUR)
- weniger bei den Benutzungsgebühren aufgrund einer weiteren dauerhaften Kürzung der Entnahme- und Einleitungen des Kraftwerks Moorburg (HEW) (111.11/ - 125 Tsd. EUR)
- Mindereinnahmen aus den Konzessionsabgaben der Hamburgischen Electricitätswerke (HEW) aufgrund von Mittelfristigen Finanzplanungen bzw. Schätzungen der bisherigen Entwicklungen. Die Ansätze errechnen sich aufgrund der monatlichen nachschüssigen Zahlungsweise aus der letzten Rate für 2003 sowie 11 Monatsraten für das Jahr 2004 (122.01/ - 1.000 Tsd. EUR)
- verminderte Einnahmeerwartungen bzgl. der Konzessionsabgabe der Hamburgischen Gaswerke (HGW) aufgrund der Schätzungen der Unternehmensplanung der HGW entsprechend der bisherigen Entwicklung. Der Ansatz errechnet sich aufgrund der monatlichen nachschüssigen Zahlungsweise der HGW aus der letzten Rate aus 2003 sowie 11 Monatsraten für das Jahr 2004 (122.02/ - 63 Tsd. EUR).

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorwort zum Einzelplan 8.2

Sach- und Fachausgaben

Der Bereich der Sach- und Fachausgaben wird insbesondere durch die Sammeltitel 541.01 „Allgemeine Betriebsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe“ sowie 547.01 „Sächliche Verwaltungsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe“ geprägt.

Daneben sind die Zuweisungen bzw. Erstattungen im Zusammenhang mit der Bund-/Länder-Vereinbarung über die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen (Titel 631.01, 631.02 und 632.01) von größerer Bedeutung.

- 511.81 – Betriebsausgaben für den technischen Umweltschutz, Rahmenzuweisung an die Bezirke – Veranschlagt sind Mittel für die Unterhaltung sowie Neu-, Ergänzungs- und Ersatzbeschaffung von Geräten und Instrumenten für den wissenschaftlichen Bereich im Rahmen von Überwachungsaufgaben im technischen Umweltschutz.
Für das Haushaltsjahr 2004 erfolgt die Verteilung der Rahmenzuweisung nach dem Verteilungsschlüssel gemäß § 27 Abs. 4 BezVG. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2004 Tsd. EUR	Ansatz 2003 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	0,5 VE 0,5	VE 1,0
Altona	1,5	1,5
Eimsbüttel	0,5 VE 0,5	VE 1,0
Hamburg-Nord	1,5	1,5
Wandsbek	0,5 VE 0,5	VE 1,0
Bergedorf	0,25 VE 0,75	1,0
Harburg	0,25 VE 0,75	1,0
Gesamt	5,0 VE 3,0	5,0 VE 3,0

- 535.86 – Beseitigung von Schäden an öffentlichen Anlagen, Zweckzuweisung an die Bezirke –
Veranschlagt sind die Mittel für die Beseitigung von Schäden an Gewässern, Bauwerken und Betriebsanlagen, die durch Dritte oder höhere Gewalt verursacht wurden.
Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 27 Abs. 8 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf im Hinblick auf das Ergebnis 2002 und in Anlehnung an den Vorjahresansatz. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2004 Tsd. EUR	Ansatz 2003 Tsd. EUR
Hamburg-Mitte	2	VE 2
Altona	VE 2	VE 2
Eimsbüttel	16	VE 16
Hamburg-Nord	7	7
Wandsbek	7	7
Bergedorf	VE 10	VE 10
Harburg	0	0
Gesamt	32 VE 12	14 VE 30

- 541.01 – Allgemeine Betriebsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe –
Veranschlagt sind allgemeine Betriebsausgaben für den technischen Umweltschutz der Behörde für Umwelt und Gesundheit und des Amtes für Strom- und Hafenbau der Behörde für Wirtschaft und Arbeit. Hierzu zählen die Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen, die energiewirtschaftliche Überwachung von Dienstgebäuden, der Betrieb und die Unterhaltung der Pressluftölsperre, Betrieb und Unterhaltung von Geräten zur Schadstoffbekämpfung, die Beseitigung der durch Andere oder höhere Gewalt verursachten Schäden an öffentlichen Anlagen, Gewässern u. dgl. sowie Kosten für die Durchführung von Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren sowie Überwachungsmaßnahmen.
Die Ansatzverminderung um 27 Tsd. EUR gegenüber dem Vorjahr resultiert aus dem rückläufigen Ergebnis für die Schadensbeseitigung an ober- und unterirdischen Gewässern. Die Entwicklung der Schadensfälle kann ansonsten aber nicht vorhergesagt werden.
Zum Abbau aufgelaufener Haushaltsreste werden für die Unterhaltung der Pressluftölsperre auch für 2004 keine Kassenmittel veranschlagt (Anordnungsbefugnis Strom- und Hafenbau).
Zur Finanzierung anteiliger Maßnahmen werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 099.02) verwendet.

- 541.02 – Förderung der UmweltPartnerschaft –
Veranschlagt sind Mittel für die Kommunikation der UmweltPartnerschaft in die Unternehmen, Verbände und die Öffentlichkeit, für Gutachten und Untersuchungen sowie zur Förderung von Projekten durch direkte Aufträge und durch Zuwendungen. Auf Grund der Verpflichtungsermächtigung ist eine flexible und jahresübergreifende Planung, eine bessere Steuerung der Umsetzung der Vereinbarung und die Forcierung einzelner Vorhaben möglich.

- 546.93 – Ersatzvornahmen –
Veranschlagt sind Ersatzvornahmen aus dem Bereich Immissionsschutz und Betriebe. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die Beseitigung von Schäden und Verhinderung einer Schadensausbreitung insbesondere bei Ölunfällen im Hafengebiet. Die von der FHH zunächst getragenen Aufwendungen für zu ergreifende Maßnahmen sind vom Verursacher generell zu erstatten.
- 547.01 – Sächliche Verwaltungsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe –
Veranschlagt werden die sächlichen Verwaltungsausgaben der Behörde für Umwelt und Gesundheit und Bezirksverwaltung für den technischen Umweltschutz.
Gegenüber dem Vorjahr liegt die Veranschlagung infolge der Abdeckung von Mehrbedarfen im Kapitel (z.B. Aufstockung bei 8900.631.02) um 12 Tsd. EUR niedriger.

Investitionen

Das Investitionsvolumen in diesem Bereich wird geprägt durch

- die Bereitstellung von Mitteln für Heizenergie, Strom und Wasser sparende Maßnahmen in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen (Titel 791.10),
- die Zuweisung an das Wasser- und Schifffahrtsamt Cuxhaven bzw. Land Schleswig-Holstein für die Beschaffung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen (Titel 881.03),
- die Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie von Umwelttechnologien (Titel 892.10).

Im Einzelnen werden die Investitionsausgaben wie folgt erläutert:

- 791.10 – Maßnahmen zur Reduzierung des Heizenergie-, Strom- und Wasserverbrauchs der öffentlichen Einrichtungen
Veranschlagt sind Mittel zur Durchführung Heizenergie, Strom und Wasser sparender Maßnahmen an bzw. in öffentlichen Gebäuden und an nichtstaatlichen Gebäuden, zu deren finanzieller Förderung Hamburg gesetzlich verpflichtet ist. Entsprechende Maßnahmen in Gebäuden, die im Rahmen der Neuorganisation des Managements öffentlicher Gebäude ausgegliedert wurden – aber von Behörden genutzt werden – können im Rahmen eines Zuwendungsverfahrens gefördert werden.
Aus diesem Titel werden auch die entsprechenden Baunebenkosten und unumgängliche Instandsetzungsmaßnahmen aus Gründen der Ressourcenschonung finanziert sowie Untersuchungen zur Energie- und Wassereinsparung an bzw. in den öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen (z.B. Potenzialstudien zu Verbrauch und Kosten, Investitionsermittlungen zur Senkung des Verbrauchs, Energiekonzepte, Wirtschaftlichkeitsanalysen verschiedener Ausführungsvarianten u. dgl.).
Weiterhin können Maßnahmen finanziert werden zur Information und Motivation der Gebäudenutzer zur Heizenergie-, Strom- und Wassereinsparung im öffentlichen Bereich.
Zur Verbesserung der Effektivität der aus diesem Titel finanzierten Projekte soll das Energiemanagement durch gezielte Auswertungsmaßnahmen (Erfolgskontrollen) verbessert werden.
Es ist daher erforderlich, aus diesem Titel die entsprechenden Software- und Schulungskosten zu finanzieren.

Veranschlagt sind für 2004	3.610 Tsd. EUR
Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2005	3.964 Tsd. EUR

Die Einsparung von Heizenergie, Strom und Wasser in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen ermöglicht erhebliche Einsparungen im Betriebshaushalt der FHH.

In der Mehrzahl der Fälle werden die Mittel durch Sollübertragungen zur Verfügung gestellt; in Einzelfällen werden die Maßnahmen auch direkt durch die Behörde für Umwelt und Gesundheit abgewickelt.

- 811.01 – Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen –
Vorgesehen ist die Ersatzbeschaffung mehrerer Kleingeräte für die Lärmstelle sowie die Ersatzbeschaffung von Ölsperren. Außerdem kann es in gewissen Abständen erforderlich werden, die Container, in denen die Ölsperren eingelagert sind, Grund zu überholen.
- 881.03 – Zuweisung an das Wasser- und Schifffahrtsamt Cuxhaven bzw. Land Schleswig-Holstein für die Beschaffung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen –
Veranschlagt sind Mittel für die Beschaffung von Schiffen, für deren Aus- bzw. Umrüstung und von Geräten und Ausstattungsgegenständen zur Bekämpfung von Schadstoffunfällen und deren Beseitigung (vgl. Bürgerschaftsdrucksachen 9/3485 und 15/1578).
Aufgrund der Umsetzung von veränderter Veranschlagung aus den Vorjahren liegt der Ansatz im Vergleich zum Vorjahr um 100 Tsd. EUR höher.
Zur Finanzierung dieser Maßnahme werden zweckgebundene Einnahmen aus dem Aufkommen nach dem Abwasserabgabengesetz (Titel 099.02) verwendet.
- 892.10 – Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie von Umwelttechnologien –
(Vgl. auch Erläuterungen unter 2. „Zuwendungen“)

Mit den Mitteln dieses Globaltitels sollen insbesondere Vorhaben privater und gewerblicher Investoren

- zur Energie sparenden Bauweise,
- zur Umsetzung Ressourcen schonender Maßnahmen im Energie- und Wasserbereich,
- zur Einführung von umweltfreundlichen und innovativen Technologien und
- zur Anwendung erneuerbarer Energien

gefördert werden. Die Förderung soll die Entwicklung Ressourcen schonender Techniken vorantreiben bzw. deren Verbesserung anstoßen. Sie soll die zum Teil noch fehlende Wirtschaftlichkeit neuer Technologien ausgleichen und das Vertrauen der Anwender in diese Technologien stärken sowie zur Markteinführung und zur Entwicklung bzw. zum Erhalt von Know-how in Hamburg beitragen.

Die Mittel werden auf der Grundlage der verschiedenen Förderprogramme eingesetzt.

Der finanzielle Schwerpunkt der Förderungen liegt beim Wärmeschutz im Rahmen der Hamburger Initiative „Arbeit und Klimaschutz“.

Für freiwillige Investitionen in den Ressourcen- und Klimaschutz durch Hamburger Unternehmen werden Finanzierungshilfen mit dem Ziel gewährt, einen effizienten Umgang mit Ressourcen wie Energie, Wasser und Rohstoffen sowie eine Reduzierung der CO₂-Emissionen im jeweiligen Unternehmen zu erreichen. Außerdem werden technische Innovationen und zukunftsweisende Umweltschutztechnologien zum vorbeugenden Umweltschutz gefördert, um neuen Techniken und Verfahren zum Durchbruch zu verhelfen.

Es können auch Maßnahmen finanziert werden, die zur besseren Kenntnis über die von der Behörde für Umwelt und Gesundheit geförderten und empfohlenen Techniken und Maßnahmen führen oder die Akzeptanz und Nachfrage nach diesen Maßnahmen stärken. Zielgruppen sind das planende und ausführende Gewerbe sowie potenzielle Investoren im privaten Bereich.

Darüber hinaus können Vorhaben aus den genannten Sachbereichen auch im öffentlichen Bereich finanziert werden.

Aus den Mitteln können auch Planungs- und Gutachterkosten sowie Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Akquisition von Projekten) finanziert werden, sofern sie mit den Programmen in Zusammenhang stehen.

Veranschlagt sind für 2004

6.565 Tsd. EUR

Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 2005

7.435 Tsd. EUR

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2004

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 8.2

Behörde für Umwelt und Gesundheit

Einzelplan 8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit
-----------------------	--

I. Stellenbestand

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 11,60 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 50,23 Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	61,83	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Gesamt ohne *
			Planstellen	andere Amtsstellen	Nach- wuchs *	Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin- nen/Arbeiter	Nachwuchs Arb. *	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
8600	Verwaltg./Allg. Umweltsch.	2004	68,00			73,89		3,18		145,07
		2003	68,00			75,71		3,27		146,98
8620	Gesundh.+Verbrauchersch.	2004	299,00			416,61		15,57		731,18
		2003	295,00			421,91		16,24		733,15
8700	Umweltschutz	2004	53,60			158,92	0,00	4,00		216,52
		2003	72,00			263,17	2,00	4,50		339,67
8800	Natursch., Landschaftspf.	2004	24,00			39,71				63,71
		2003	25,00			41,49				66,49
8900	Immissionsschutz, Betriebe	2004	79,00			151,53				230,53
		2003	79,00			156,53				235,53
	gesamt:	2004	523,60	0,00	0,00	840,66	0,00	22,75	0,00	1.387,01
		2003	539,00	0,00	0,00	958,81	2,00	24,01	0,00	1.521,82

Einzelplan 8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit
-----------------------	--

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2003	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2003				Stellenplan 2004	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2004	
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
8.2	8600 Verwaltg./Allg. Umweltsch.	146,98		8,22	-4,00		-6,13	145,07	-1,91
	8620 Gesundh.+Verbrauchersch.	733,15		4,77	-7,99	8,38	-7,13	731,18	-1,97
	8700 Umweltschutz	339,67		4,27	-108,76	2,50	-21,16	216,52	-123,15
	8800 Natursch., Landschaftspf.	66,49	-1,00	1,00	-1,00	1,67	-3,45	63,71	-2,78
	8900 Immissionsschutz, Betriebe	235,53				1,50	-6,50	230,53	-5,00
	Summe:	1521,82	-1,00	+18,26	-121,75	+14,05	-44,37	1387,01	-134,81

Einzelplan	8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit
Kapitel	8600	Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
					3,50	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. Stellenbestand

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
Beamtinnen/ Beamte Planstellen						
B 4	1,00			0,00		
B 3	0,00			1,00		
A 16	2,00			2,00		
A 15	5,00			5,00		
A 14	15,00	1,00	1)	14,00		Rückverlagerung der Stelle in ein Schulkapitel nach Freiwerden der Stelle
A 13	6,00			8,00		
A 13	1,00			1,00		
A 12	12,50			12,50		
A 11	17,00	1,00	2)	17,00		ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freiwerden der Stelle
A 10	0,50			0,50		
A 9	3,00			3,00		
A 8	3,00			2,00		
A 7	1,00			1,00		
A 6	1,00			1,00		
Summe:	68,00			68,00		

B 4	Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
B 3	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
A 16	Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
A 15	Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (4,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (1,00)
A 14	Oberbaurätin/ Oberbaurat (4,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (7,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (1,00), Wissenschaftliche Oberärztin/ Wissenschaftlicher Oberarzt im Verwaltungsdienst (3,00)
A 13	Baurätin/ Baurat (1,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (5,00)
A 13	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
A 12	Amtsärztin/ Amtsarzt (11,50), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (1,00)
A 11	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (17,00)
A 10	Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,50)
A 9	Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (3,00)
A 8	Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (3,00)
A 7	Regierungsoberssekretärin/ Regierungsoberssekretär (1,00)
A 6	Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

Einzelplan 8.2
Kapitel 8600

Behörde für Umwelt und Gesundheit
Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 4				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9000; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9000; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8700; kapitelübergreifender Stellentausch
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8700; Stellenverlagerung in das Kapitel 8700
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8700; kapitelübergreifender Stellentausch
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8620; Stellenverlagerung in das Kapitel 8620
A 11						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	2,00	-4,00	1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	2,00	-4,00	2,00	0,00	0,00	0,00	

Einzelplan 8.2
Kapitel 8600

Behörde für Umwelt und Gesundheit
Verwaltung und Allgemeiner Umweltschutz

I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 14	3,00			3,00	
A 12	2,00			3,00	
A 8	4,00			5,00	
Summe:	9,00			11,00	

A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (3,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (1,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (4,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
SAV Ang.hD	1,00			1,00	
I a	1,00			1,00	
II a/ I a	0,00			0,00	
I b	6,00	0,50	3)	6,00	kw: 0,50 VergGr. I b nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
		1,00	4)		Freigestelltes Personalratsmitglied
II a hD	14,63	0,50	5)	13,75	Freigestelltes Personalratsmitglied
III	1,00			1,00	
IV a	9,25	0,50	6)	11,50	Freigestelltes Personalratsmitglied
		1,00	7)		kw: 1,00 VergGr. IV a Stellenstreichung 2003, voraussichtlich 06/2005
IV b	3,00			3,00	
V b gD	2,00			2,00	
V b mD	1,00			1,00	
V c	8,45			7,40	
VI b	11,25	0,50	8)	12,75	Freigestelltes Personalratsmitglied
VII	5,56	1,00	9)	5,50	kw: 1,00 VergGr. VII nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
IX b/VII	5,45			5,56	
VIII	4,30	1,00	10)	4,25	kw: 1,00 VergGr. VIII nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
Summe:	73,89			75,71	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
4	1,00			1,00	
2	1,00			1,00	
1 (R)	1,18			1,27	
Summe:	3,18			3,27	
Summe (ohne *) insgesamt	145,07			146,98	

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 14	3,00				3,00	Nr. 6	
A 12	1,00				2,00	Nr. 6	
A 12	1,00				1,00	Nr. 6	
A 8	4,00				5,00	Nr. 6	
gesamt	9,00				11,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
III				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8620; Stellenstreichungen AZ-Verf. Im Besoldungsbereich und Einsparungen Intendanz
III			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung (Arbeitszeitverlängerung)
IV a						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
V b g D				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8620; Finanzierung Stellentausch erste A 11 - Stelle G 1
V b g D			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung im Personalwesen und Service (Konsolidierung)
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	-2,00	2,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	-4,04	4,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,18	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	0,00	-6,04	6,22	0,00	-2,00	0,00	0,00	-1,82	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	-0,09	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,09	
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt										
	0,00	0,00	-0,09	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,09	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	-6,13	8,22	-4,00	0,00	0,00	0,00	-1,91	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
IV a	7) kw: 1,00 VergGr. IV a Stellenstreichung 2003, voraussichtlich 06/2005	

Einzelplan 8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit				
Kapitel 8620	Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz				

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
					8,50	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Außerdem Krankenpflegepersonal (2) beim Krankenhaus Edmundsthal-Siemerswalde, ferner 63 Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter beim DRK- und Freimaurer-Krankenhaus Hamburg-Rissen gem. Gestellungsvertrag (Drucksache 9/1390).

Die Aufgaben der Leitung des Zentralinstitutes für Arbeitsmedizin werden von einer Universitätsprofessorin/einem Universitätsprofessor an der Universität Hamburg wahrgenommen.

I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 6	1,00			1,00	
B 3	5,00			5,00	
A 16	12,00			13,00	
A 15	37,00			36,00	
A 14	43,00			43,00	
A 13	30,00			29,00	
A 13	14,00			14,00	
A 12	33,00	1,00	1)	33,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
		1,00	2)		ku: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt nach BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach Freiwerden der Stelle
A 11	50,00	1,00	3)	48,00	ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freiwerden der Stelle
A 10	43,00	1,00	4)	43,00	ku: 1,00 BesGr. A 10 Oberinspektorin/ Oberinspektor im Betriebsdienst nach VergGr. V b gD nach Freiwerden der Stelle
A 9	12,00	1,00	5)	12,00	ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach VergGr. V b gD nach Freiwerden der Stelle
		1,00	6)		ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach VergGr. IV b nach Freiwerden der Stelle
A 9	4,00			4,00	
A 8	7,00			7,00	
A 7	6,00			6,00	
A 6	2,00			1,00	
Summe:	299,00			295,00	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- B 3 Direktorin/ Direktor des Amtes für Arbeitsschutz (1,00), Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (2,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00), Leitende Veterinärärztin/ Leitender Veterinärarzt (1,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00), Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (2,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (4,00), Leitende Veterinärärztin/ Leitender Veterinärarzt (3,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor (1,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (1,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (3,00), Gewerbedirektorin/ Gewerbedirektor (6,00), Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor (9,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (5,00), Veterinärärztin/ Veterinärarzt (6,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor (4,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (4,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (7,00), Obergewerberätin/ Obergewerberat (11,00), Obermedizinalrätin/ Obermedizinalrat (5,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (4,00), Oberveterinärärztin/ Oberveterinärarzt (8,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (5,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (3,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (7,00), Gewerberätin/ Gewerberat (6,00), Medizinalrätin/ Medizinalrat (3,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00), Veterinärärztin/ Veterinärarzt (5,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (4,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (3,00)
- A 13 Gewerbeoberamtsärztin/ Gewerbeoberamtsarzt (6,00), Oberamtsärztin/ Oberamtsarzt (5,00), Sozialoberamtsärztin/ Sozialoberamtsarzt (2,00), Technische Oberamtsärztin/ Technischer Oberamtsarzt (1,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (16,00), Gewerbeamtsärztin/ Gewerbeamtsarzt (14,00), Sozialamtsärztin/ Sozialamtsarzt (1,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (2,00)
- A 11 Gewerbeamtfrau/ Gewerbeamtmann (20,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (26,00), Sozialamtfrau/ Sozialamtmann (3,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (1,00)
- A 10 Gewerbeoberinspektorin/ Gewerbeoberinspektor (23,00), Oberinspektorin/ Oberinspektor im Betriebsdienst (1,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (17,00), Sozialoberinspektorin/ Sozialoberinspektor (1,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (1,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (12,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (4,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (7,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (6,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (2,00)

Einzelplan 8.2
Kapitel 8620

Behörde für Umwelt und Gesundheit
Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1300; Stellentausch BUG - BA-Altona
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 1300; Stellentausch BUG - BA Altona
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Stellenverlagerung in das Kapitel 8620
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Stellenverlagerung in das Kapitel 8620
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8600; Stellenverlagerung in das Kapitel 8620
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	4,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	3,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	4,00	-1,00	1,00	0,00	0,00	4,00	

Einzelplan 8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit
Kapitel 8620	Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004		Vermerk Nr.	2003	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
B 3	1,00			0,00	
A 16	8,00			1,00	
A 15	7,00			2,00	
A 14	4,00			0,00	
A 13	2,00			0,00	
A 13	9,00			1,00	
A 12	18,00			1,00	
A 11	22,00			2,00	
A 10	2,00			1,00	
A 9	3,00			2,00	
A 9	6,00			0,00	
A 8	12,00			1,00	
A 7	2,00			0,00	
A 6	2,00			1,00	
Summe:	98,00			12,00	

- B 3 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (1,00)
- A 16 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (2,00), Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (4,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (1,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (1,00), Chefärztin/ Chefarzt (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (4,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor (1,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (4,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00)
- A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (8,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (12,00), Sozialamtsrätin/ Sozialamtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (6,00)
- A 11 Gewerbeamtfrau/ Gewerbeamtman (1,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (19,00), Sozialamtfrau/ Sozialamtman (2,00)
- A 10 Gewerbeoberinspektorin/ Gewerbeoberinspektor (1,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (3,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (6,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (11,00), Steuerhauptsekretärin/ Steuerhauptsekretär (1,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (2,00)
- A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (2,00)

Wertigkeit	2004		Vermerk Nr.	2003	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
I	1,50			1,50	
I a	4,00			4,00	
II a/I a	28,48	1,00	7)	29,09	kw: 1,00 VergGr. II a/I a nach Freiwerden der Stelle
I b	15,00			13,50	
II a hD	30,49	0,50	8)	32,54	Freigestellte/er Vertrauensfrau/mann der Schwerbehinderten

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2004				2003	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
B 3	1,00			0,00	Nr. 5	
A 16	1,00			1,00	Nr. 3	
A 16	1,00			0,00	Nr. 5	
A 16	1,00			0,00	Nr. 5	
A 16	4,00			0,00	Nr. 5	
A 16	1,00			0,00	Nr. 6	
A 15	1,00			0,00	Nr. 5	
A 15	1,00			0,00	Nr. 5	
A 15	2,00			2,00	Nr. 6	
A 15	2,00			0,00	Nr. 5	
A 15	1,00			0,00	Nr. 5	
A 14	4,00			0,00	Nr. 5	
A 13	2,00			0,00	Nr. 5	
A 13	0,00			1,00	Nr. 5	
A 13	8,00			0,00	Nr. 5	
A 13	1,00			0,00	Nr. 5	
A 12	11,00			0,00	Nr. 5	
A 12	1,00			0,00	Nr. 6	
A 12	0,00			1,00		H.Beschl.
A 12	6,00			0,00	Nr. 5	
A 11	1,00			1,00	Nr. 6	
A 11	1,00			1,00	Nr. 4	
A 11	1,00			0,00	Nr. 6	
A 11	17,00			0,00	Nr. 5	
A 11	2,00			0,00	Nr. 5	
A 10	1,00			1,00	Nr. 6	
A 10	1,00			0,00	Nr. 5	
A 9	0,00			1,00	Nr. 6	
A 9	1,00			1,00		H.Beschl.
A 9	1,00			0,00	Nr. 7	
A 9	1,00			0,00	Nr. 5	
A 9	6,00			0,00	Nr. 5	
A 8	1,00			1,00	Nr. 7	
A 8	1,00			0,00	Nr. 7	
A 8	9,00			0,00	Nr. 5	
A 8	1,00			0,00	Nr. 6	
A 7	2,00			0,00	Nr. 5	
A 6	1,00			1,00	Nr. 5	
A 6	1,00			0,00	Nr. 5	
gesamt	98,00			12,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I b							1,00		1,00	Neubewertung, verändertes Aufgabengebiet
II a hD							-1,00		-1,00	Neubewertung, verändertes Aufgabengebiet

Einzelplan 8.2
Kapitel 8620

Behörde für Umwelt und Gesundheit
Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004		Vermerk Nr.	2003	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
II a hD		0,75	9)		kw: 0,75 VergGr. II a hD nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
Richtl. Ang.hD	2,03			2,03	
II a gD	3,50			3,50	
III	46,00			47,00	
IV a	21,50			21,50	
IV b	36,40	0,50	10)	35,41	ku: 0,50 VergGr. IV b nach VergGr. V c nach Freierwerden der Stelle
V b gD	42,66	0,50	11)	43,73	kw: 0,50 VergGr. V b gD nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
		1,00	12)		Freigestelltes Personalratsmitglied
V c	54,93			53,59	
VI b	44,09	3,00	13)	47,26	kw: 3,00 VergGr. VI b nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
VII	24,59	0,25	14)	24,81	kw: 0,25 VergGr. VII nach Abschluss der Förderung durch das Integrationsamt
IX b/VII	16,94			16,98	
VIII	43,50	3,00	15)	44,47	kw: 3,00 VergGr. VIII nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
Kr. IV a	1,00			1,00	
Summe:	416,61			421,91	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
6	6,00			6,00	
5	1,00			1,00	
4	5,50			5,50	
1 (R)	3,07			3,07	
Richtl. Arb.	0,00			0,67	
Summe:	15,57			16,24	
Summe (ohne *) insgesamt	731,18			733,15	

Einzelplan 8.2
Kapitel 8620

Behörde für Umwelt und Gesundheit
Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
III					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8600; Stellenstreichungen AZ-Verf. Im Besoldungsbereich und Einsparungen Intendanz
IV b		1,00							1,00	Wahrnehmung neuer Aufgaben nach Herauslösen aus BAGS
V b g D						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 8600; Finanzierung Stellentausch erste A 11 - Stelle G 1
V b g D		1,00							1,00	Aufgabenübergang aus der BWA
V c						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 8700; Stellentausch
V c		1,50							1,50	Aufgabenübergang bei der Herauslösung aus der BAGS
VI b			-1,00						-1,00	Finanzierung einer neuen Stellen entsprechend Aufgabenübergang aus der ehemaligen BAGS
VII		1,00							1,00	Aufgabenübergang aus der ehemaligen BAGS
VII			-1,08						-1,08	Stellenteilung
Summe Angestellte	0,00	4,50	-2,08	0,00	-3,00	0,00	0,00	0,00	-0,58	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	3,88	-4,38	0,77	-3,99	0,00	0,00	0,00	-3,72	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	8,38	-6,46	0,77	-6,99	-1,00	0,00	0,00	-5,30	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	-0,67	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,67	
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt	0,00	0,00	-0,67	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,67	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	8,38	-7,13	4,77	-7,99	0,00	0,00	0,00	-1,97	

Einzelplan 8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit
Kapitel 8700	Umweltschutz

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
					3,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					23,00	Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	26,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 6	1,00			1,00	
B 3	1,00			2,00	
A 16	4,60	1,00	1)	6,00	kw: 1,00 BesGr. A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"
A 15	7,00	1,00	2)	9,00	kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"
A 14	12,00			21,00	
A 13	7,00	1,00	3)	8,00	kw: 1,00 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"
		1,00	4)		Vermerk weggefallen
A 13	2,00			2,00	
A 12	5,00			5,00	
A 11	9,00			11,00	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- B 3 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (2,60), Leitende Direktorin/ Leitender Direktor des Geologischen Landesamtes (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor (0,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (6,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor (0,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (1,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (9,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (2,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (4,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (0,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (1,00)
- A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (2,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (3,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (2,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (5,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (4,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
A 15			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung auf der Abteilungsleitungsebene W2 (0,81 Konsolidierung 1994-2001 sowie 0,19 Arbeitszeitverlängerung)
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
A 14						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8600; kapitelübergreifender Stellentausch
A 14					-8,00				-8,00	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8800; Verlagerung in das Kapitel 8700
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8620; Stellenverlagerung in das Kapitel 8620
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8600; Stellenverlagerung in das Kapitel 8700
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8600; kapitelübergreifender Stellentausch
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
A 11						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 13	4) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 13 Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder

Einzelplan 8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit
Kapitel 8700	Umweltschutz

I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 10	3,00			3,00	
A 9	0,00			1,00	
A 9	1,00			2,00	
A 7	1,00			1,00	
Summe:	53,60			72,00	

- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 15	3,00			3,00	
A 14	1,00			1,00	
A 13	4,00			4,00	
A 13	4,00			4,00	
A 12	9,00			9,00	
A 11	7,00			7,00	
A 10	4,00			4,00	
A 9	4,00			4,00	
A 8	4,00			4,00	
Summe:	40,00			40,00	

- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (2,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (3,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
- A 13 Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (4,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (3,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (6,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (5,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (2,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (4,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (4,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (4,00)

Einzelplan 8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit
Kapitel 8700	Umweltschutz

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2004				2003	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 15	2,00			2,00	Nr. 5	
A 15	1,00			1,00	Nr. 5	
A 14	1,00			1,00	Nr. 5	
A 13	2,00			2,00	Nr. 5	
A 13	1,00			1,00	Nr. 6	
A 13	1,00			1,00	Nr. 5	
A 13	4,00			4,00	Nr. 5	
A 12	3,00			3,00	Nr. 5	
A 12	1,00			1,00	Nr. 6	
A 12	5,00			5,00	Nr. 5	
A 11	5,00			5,00	Nr. 5	
A 11	2,00			2,00	Nr. 5	
A 10	4,00			4,00	Nr. 5	
A 9	4,00			4,00	Nr. 5	
A 8	4,00			4,00	Nr. 5	
gesamt:	40,00			40,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-1,00	3,00	-16,00	1,00			-13,00	
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8620; Stellenverlagerung in das Kapitel 8620
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f.
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
A 9			-1,00						-1,00	Straffung der Verwaltung im Hinblick auf die Zusammenlegung H/Hi (Intendanzbereich)
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	-2,00	3,00	-20,00	1,00	0,00	0,00	-18,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	-0,40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,40	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	0,00	-2,40	3,00	-20,00	1,00	0,00	0,00	-18,40	

Einzelplan 8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit
Kapitel 8700	Umweltschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			2003		Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
Angestellte						
I	2,00	1,00	5)	1,00		
I a	4,00	1,00	6)	7,00		kw: 1,00 VergGr. I a nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"
II a/I a	0,00			0,00		
I b	16,00	2,00	7)	24,00		kw: 2,00 VergGr. I b nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"
		1,00	8)			Vermerk weggefallen
II a hD	49,67	1,00	9)	55,67		kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Abschluss der Arbeiten zum Abfallwirtschaftsplan
		7,50	10)			kw: 7,50 VergGr. II a hD nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"
		2,00	11)			kw: 2,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
		1,00	12)			Vermerk weggefallen
		1,00	13)			Vermerk weggefallen
II a gD	12,28	1,50	14)	14,78		kw: 1,50 VergGr. II a gD nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"
III	20,50	2,00	15)	23,25		kw: 2,00 VergGr. III nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"
		1,00	16)			kw: 1,00 VergGr. III nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
IV a	8,50	1,00	17)	29,00		kw: 1,00 VergGr. IV a nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I							1,00		1,00	Tarifrrechtliche Bewertung nach Umorganisation im Bereich Gewässer- und Bodenschutz
I a			-1,00						-1,00	Einsparung durch Umorganisation im Bereich Gewässerschutz; Zusammenlegung von Referaten (Konsolidierung)
I a							-1,00		-1,00	Tarifrrechtliche Bewertung nach Umorganisation im Bereich Gewässer- und Bodenschutz
I a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
I b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8800; Verlagerung in das Kapitel 8800
I b			-1,00						-1,00	Einsparung durch Umorganisation im Bereich Gewässerschutz; Zusammenlegung von Referaten (Konsolidierung)
I b					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
II a hD						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
II a hD			-1,00						-1,00	Vermehrte Beauftragung externer Büros und / oder Sachverständiger (Konsolidierung)
II a hD							1,00		1,00	Tarifrrechtliche Bewertung
II a hD					-2,50				-2,50	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
II a hD						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
II a hD					-2,00				-2,00	Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
II a gD			-1,00						-1,00	Aufgabeneinschränkung beim Betrieb langfristiger Sanierungsanlagen (Konsolidierung)
II a gD							-1,00		-1,00	Tarifrrechtliche Bewertung
III							1,00		1,00	Tarifrrechtliche Bewertung nach Aufgabenveränderung
III					-4,25				-4,25	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
III							1,00		1,00	Tarifrrechtliche Bewertung - veränderte Anforderungen im Bereich Flächenrecycling
IV a						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV a							-1,00		-1,00	Tarifrrechtliche Bewertung nach Aufgabenveränderung
IV a			-1,00						-1,00	Aufgabenstraffung, bzw. Aufgabenreduzierung im Bereich Oberflächengewässerschutz (Konsolidierung)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
I	5) 1,00	
I b	8) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
II a hD	10) kw: 7,50 VergGr. II a hD nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"	kw: 7,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"
II a hD	12) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggenburger Straße
II a hD	13) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Planungsarbeiten
II a gD	14) kw: 1,50 VergGr. II a gD nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"	kw: 4,00 VergGr. II a gD nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"
III	16) kw: 1,00 VergGr. III nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder	kw: 2,00 VergGr. III nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder

Einzelplan 8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit
Kapitel 8700	Umweltschutz

I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
IV a		1,00	18)		<i>Vermerk weggefallen</i>
IV b	4,00			6,00	
V b gD	0,50	2,00	19)	16,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
		2,00	20)		<i>Vermerk weggefallen</i>
V b mD	9,00	1,00	21)	10,00	<i>kw: 1,00 VergGr. V b mD nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"</i>
V c	8,00	1,00	22)	28,11	<i>kw: 1,00 VergGr. V c nach Beendigung der Aufgabe "Flächensanierung"</i>
VI b	13,00	1,00	23)	22,00	<i>kw: 1,00 VergGr. VI b nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder</i>
		1,00	24)		<i>kw: 1,00 VergGr. VI b nach Freierwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
VII	6,25	1,00	25)	10,75	<i>Vermerk weggefallen</i>
IX b/VII	1,50	0,30	26)	3,30	<i>Vermerk weggefallen</i>
		0,50	27)		<i>Vermerk weggefallen</i>
VIII	3,72			8,50	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-5,00		-16,75	-1,00	1,00		-21,75	
IV a			-1,00						-1,00	Straffung der Aufgaben in der Ingenieurgeologie (Konsolidierung)
IV a			-1,00						-1,00	Aufgabenreduzierung in der Abfallstromkontrolle (Konsolidierung)
IV a		1,00							1,00	Für die Umsetzung des Gesetzes über Schiffsabfälle und Ladungsrückstände
IV a					-15,00				-15,00	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
IV a							-1,00		-1,00	Tarifrechtliche Bewertung - veränderte Anforderungen im Bereich Flächenrecycling
IV b			-1,00						-1,00	Reduzierung des Wassergütemessnetzes (Konsolidierung)
IV b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
V b g D					-16,50				-16,50	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
V b m D					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8620; Stellentausch
V c			-1,00						-1,00	Reduzierung der Wasseruntersuchungen (Konsolidierung)
V c			-1,00						-1,00	Weitgehende Reduzierung der Innenraummessungen auf organische Schadstoffe (Konsolidierung)
V c		1,50							1,50	Für die Umsetzung des Gesetzes über Schiffsabfälle und Ladungsrückstände
V c					-19,50				-19,50	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
VI b			-1,00						-1,00	Aufgabenreduzierung in der Überwachung (Konsolidierung)
VI b					-7,00				-7,00	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
VII					-2,50				-2,50	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
IX b/VII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
VIII			-1,00						-1,00	Prozessoptimierung in der Begleitscheinerfassung (Konsolidierung)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
IV a	18) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. IV a nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggenburger Straße

Einzelplan 8.2
Kapitel 8700

Behörde für Umwelt und Gesundheit
Umweltschutz

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004		Vermerk Nr.	2003	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
Richtl. Ang.mD	0,00			2,72	
Richtl. Ang.eD	0,00			0,59	
Summe:	158,92			263,17	
Nachwuchskräfte (Angestellte)*					
Nachwuchs mD	0,00			2,00	
Summe:	0,00			2,00	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
5	4,00			4,00	
1	0,00			0,50	
Summe:	4,00			4,50	
Summe (ohne *) insgesamt	216,52			339,67	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		2,50	-12,00	1,00	-80,25	-1,00			-89,75	
VIII					-6,15				-6,15	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	2,50	-12,00	1,00	-86,40	-1,00	0,00	0,00	-95,90	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-6,76	0,27	-1,86	0,00	0,00	0,00	-8,35	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	2,50	-18,76	1,27	-88,26	-1,00	0,00	0,00	-104,25	
Nachwuchs mD		2,00							2,00	Schaffung von Ausbildungsplätzen für Laboranten
Nachwuchs mD					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 8630; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
<i>Summe Nachwuchskräfte (Angestellte)*</i>										
	0,00	2,00	0,00	0,00	-4,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-0,50	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	2,50	-21,16	4,27	-108,76	0,00	0,00	0,00	-123,15	

Einzelplan	8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit
Kapitel	8800	Naturschutz und Landschaftspflege

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 2,10 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 4,23 Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6,33	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 4	1,00			1,00	
A 16	1,00			1,00	
A 15	4,00	1,00		3,00	
A 14	5,00	0,10	2)	5,00	<i>kw: 0,10 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat Stellenstreichung 2003; nach Freiwerden der Stelle</i>
A 13	2,00			3,00	
A 13	1,00			0,00	
A 12	2,00	1,00	3)	4,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 12 Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt nach Freiwerden der Stelle Vermerk weggefallen</i>
A 11	5,00	0,00	31)	5,00	
A 11	5,00	1,00	4)	5,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann Stellenstreichung 2003; nach Freiwerden der Stelle</i>
A 10	1,00			1,00	
A 9	2,00			2,00	
Summe:	24,00			25,00	

- B 4 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Direktorin/ Leitender Direktor für den Naturschutz (1,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (3,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (4,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (2,00)
- A 13 Oberamtsärztin/ Oberamtsarzt (1,00)
- A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (0,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (2,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (3,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 8	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

Einzelplan 8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit
Kapitel 8800	Naturschutz und Landschaftspflege

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 8	1,00				1,00		H.Beschl.
gesamt	1,00				1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15							1,00		1,00	für die Abt.leitung Eingriffsregelung und UVP
A 14						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14							-1,00		-1,00	für die Abt.leitung Eingriffsregelung und UVP
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 8700; Verlagerung in das Kapitel 8700
A 13							1,00		1,00	Obergrenzenregelung luK
A 12							-1,00		-1,00	Obergrenzenregelung luK
A 12	-1,00								-1,00	KW nach Ausscheiden des Mitarbeiters
A 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	-1,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,90	-0,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	-1,00	0,90	-0,90	0,00	-1,00	1,00	0,00	0,00	-1,00	

Vemerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 14	2) kw: 0,10 BesGr. A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat Stellenstreichung 2003; nach Freiwerden der Stelle	
A 11	4) kw: 1,00 BesGr. A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann Stellenstreichung 2003; nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan 8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit
Kapitel 8800	Naturschutz und Landschaftspflege

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I	1,00			1,00	
I a	1,00			1,00	
I b	2,00			2,00	
II a hD	13,50	1,00	5)	13,50	<i>kw: 1,00 VergGr. II a hD Stellenstreichung 2003, voraussichtlich in 12/03</i> <i>kw: 1,00 VergGr. II a hD Stellenstreichung 2003; nach Freiwerden der Stelle</i>
		1,00	6)		
II a gD	1,00			1,00	
III	9,22	1,00	7)	10,00	<i>kw: 1,00 VergGr. III Stellenstreichung 2003; nach Freiwerden der Stelle</i>
IV a	3,50			3,50	
V b mD	1,00	1,00	8)	1,00	<i>kw: 1,00 VergGr. V b mD Stellenstreichung 2003; nach Freiwerden der Stelle</i>
V c	1,50			1,50	
VI b	2,00	0,23	9)	2,00	<i>kw: 0,23 VergGr. VI b Stelleneinsparung 2003, nach Freiwerden der Stelle</i>
VII	3,50			4,50	
Richtl. Ang.mD	0,49			0,49	
Summe:	39,71			41,49	
Summe (ohne *) insgesamt	63,71			66,49	

Einzelplan 8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit
Kapitel 8800	Naturschutz und Landschaftspflege

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I b					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Verlagerung in das Kapitel 8800
I b						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
III						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
III						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
<i>Summe Angestellte</i>										
	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,77	-2,55	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,78	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	0,77	-2,55	1,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,78	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-1,00	1,67	-3,45	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-2,78	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
II a hD	5) kw: 1,00 VergGr. II a hD Stellenstreichung 2003, voraussichtlich in 12/03	
II a hD	6) kw: 1,00 VergGr. II a hD Stellenstreichung 2003; nach Freierwerden der Stelle	
III	7) kw: 1,00 VergGr. III Stellenstreichung 2003; nach Freierwerden der Stelle	

Einzelplan 8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit
Kapitel 8900	Immissionsschutz und Betriebe

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
					6,50	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
					11,00	Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 4	1,00			1,00	
A 16	3,00			3,00	
A 15	11,00	1,00	1)	10,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor Stellenstreichung 2003, spätestens nach Freiwerden der Stelle</i>
A 14	25,00	2,00	2)	26,00	<i>kw: 2,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat nach Abschluss der Genehmigungsverfahren</i>
		1,00	3)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat Stellenstreichung 2003, voraussichtlich in 05/2005</i>
		1,00	4)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat Stellenstreichung 2003, voraussichtlich in 09/2004</i>
A 13	10,00	0,50	5)	10,00	<i>kw: 0,50 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat Stellenstreichung 2003, spätestens nach Freiwerden der Stelle</i>
A 13	5,00			5,00	
A 12	6,00			6,00	
A 11	10,00	1,00	6)	10,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freiwerden der Stelle</i>
A 10	3,00			3,00	
A 9	1,00	1,00	7)	1,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor Stellenstreichung 2003, spätestens nach Freiwerden der Stelle</i>
A 9	1,00			0,00	
A 8	1,00			2,00	
A 7	2,00			2,00	
Summe:	79,00			79,00	

- B 4 Erste Baudirektorin/ Erster Baudirektor (1,00)
- A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (2,00), Leitende Regiergungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (10,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (22,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (1,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (8,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (1,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (1,00)
- A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (4,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (4,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (7,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00)
- A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
- A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (2,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15							1,00		1,00	Hebung der Stelle für die Referatsleitung Lärminderungsplanung, Lärmesstelle
A 14							-1,00		-1,00	Hebung der Stelle für die Referatsleitung Lärminderungsplanung, Lärmesstelle
A 11						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11			-1,00						-1,00	Reduzierung des Standards bei der Betriebsüberwachung (Konsolidierung)
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>		0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>		0,00	0,50	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>		0,00	0,50	-1,50	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00

Vemerkeänderungen

Wertigkeit	Vemerke gültig ab 2004	alter Vemerke 2003
A 15	1) kw: 1,00 BesGr. A 15 Baudirektorin/ Baudirektor Stellenstreichung 2003, spätestens nach Freiwerden der Stelle	
A 14	3) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat Stellenstreichung 2003, voraussichtlich in 05/2005	
A 14	4) kw: 1,00 BesGr. A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat Stellenstreichung 2003, voraussichtlich in 09/2004	
A 13	5) kw: 0,50 BesGr. A 13 Baurätin/ Baurat Stellenstreichung 2003, spätestens nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan 8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit
Kapitel 8900	Immissionsschutz und Betriebe

I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 14	0,00			1,00	
A 10	0,00			1,00	
A 9	1,00			1,00	
Summe:	1,00			3,00	

A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
SAV Ang.hD	1,00	1,00	8)	1,00	Besetzt entsprechend Bezügen nach BesGr. B 3
I	2,00			2,00	
I a	4,00	1,00	9)	4,00	<i>kw: 1,00 VergGr. I a Stellenstreichung 2003, voraussichtlich in 08/2004</i>
I b	7,00			8,00	
II a hD	43,00	1,00	10)	44,00	<i>kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Aufgabe 'Flächensanierung'</i>
		0,50	11)		<i>kw: 0,50 VergGr. II a hD Stellenstreichung 2003, spätestens nach Freiwerden der Stelle</i>
II a gD	3,00			3,00	
III	32,50	1,00	12)	33,50	<i>kw: 1,00 VergGr. III Fallzahlenentw. der Genehmigungsverfahren bei Grundstücksentwässerungen</i>
IV a	23,75	1,00	13)	25,75	<i>kw: 1,00 VergGr. IV a Fallzahlenentw. der Genehmigungsverfahren bei Grundstücksentwässerungen</i>
		1,00	14)		<i>kw: 1,00 VergGr. IV a Stellenstreichung 2003, voraussichtlich in 02/2004</i>
		1,00	15)		<i>kw: 1,00 VergGr. IV a Stellenstreichung 2003, voraussichtlich in 12/2003</i>
		1,50	16)		<i>kw: 1,50 VergGr. IV a Stellenstreichung 2003, spätestens nach Freiwerden der Stelle</i>
IV b	4,00			4,00	
V b gD	3,00			3,00	
V b mD	10,00	1,00	17)	10,00	<i>kw: 1,00 VergGr. V b mD Stellenstreichung 2003, voraussichtlich in 10/2005</i>
V c	8,00			6,00	
VI b	7,50	1,00	18)	9,50	<i>kw: 1,00 VergGr. VI b Stellenstreichung 2003, spätestens nach Freiwerden der Stelle</i>
VII	2,78	1,00	19)	2,78	<i>kw: 1,00 VergGr. VII Stellenstreichung 2003, spätestens nach Freiwerden der Stelle</i>
Summe:	151,53			156,53	
Summe (ohne *) insgesamt	230,53			235,53	

Einzelplan 8.2	Behörde für Umwelt und Gesundheit
Kapitel 8900	Immissionsschutz und Betriebe

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon				§ 50a (1)	
A 14	0,00				1,00	Nr. 6	
A 10	0,00				1,00	Nr. 7	
A 9	1,00				1,00	Nr. 6	
gesamt	1,00				3,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
II a hD			-1,66						-1,66	Reduzierung des Standards bei der Betriebsüberwachung (Konsolidierung)
II a hD							1,00		1,00	Tarifrrechtliche Bewertung nach Aufgabenveränderung
III							-1,00		-1,00	Tarifrrechtliche Bewertung nach Aufgabenveränderung
IV a						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
IV a			-1,00						-1,00	Deregulierung im Abwasserbereich (Konsolidierung)
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	-2,66	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-3,66	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	1,00	-2,34	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,34	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	1,00	-5,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-5,00	

Summe (ohne *) insgesamt	0,00	1,50	-6,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-5,00	
---------------------------------	------	------	-------	------	------	------	------	------	-------	--

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
I a	9) kw: 1,00 VergGr. I a Stellenstreichung 2003, voraussichtlich in 08/2004	
II a hD	11) kw: 0,50 VergGr. II a hD Stellenstreichung 2003, spätestens nach Freiwerden der Stelle	
IV a	14) kw: 1,00 VergGr. IV a Stellenstreichung 2003, voraussichtlich in 02/2004	
IV a	15) kw: 1,00 VergGr. IV a Stellenstreichung 2003, voraussichtlich in 12/2003	
IV a	16) kw: 1,50 VergGr. IV a Stellenstreichung 2003, spätestens nach Freiwerden der Stelle	

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2004

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung ^{*)}
Sonstige Stellenveränderungen				
1	8620	1,00	Wissenschaftliche Rätin/Wissenschaftlicher Rat A 13 in Regierungsrätin/Regierungsrat A 13	aus laufbahnrechtlichen Gründen

^{*)} bei Stellenhebungen und sonstigen Stellenveränderungen soweit Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 und höher sowie der Besoldungsordnungen B, C und R oder Stellen der Vergütungsgruppe IV a und höher betroffen sind

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg für das Haushaltsjahr 2004

Wirtschaftsplan

Institut für Hygiene und Umwelt

Hamburger Landesinstitut für Lebensmittelsicherheit,
Gesundheitsschutz und Umweltuntersuchungen

(§ 15 Abs. 2 LHO)

zugleich auch als Erläuterung zu den Titeln

8630.632.91	„Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne“
8630.682.01	„Betriebskostenzuschuss an das Institut für Hygiene und Umwelt“
8630.682.56	„Betriebskostenzuschuss an das Institut für Hygiene und Umwelt für den laufenden Sachaufwand im Zusammenhang mit der IuK-Technik“
8630.891.01	„Investitionskostenzuschuss für das Institut für Hygiene und Umwelt“
8630.891.56	„IuK-Investitionskostenzuschuss für das Institut für Hygiene und Umwelt“

Haushaltsrechtlicher Vermerk

Der Wirtschaftsplan ist analog der Verwaltungsvorschriften zu §§ 26,74,85 und 87 LHO zu bewirtschaften. Eine Kaufmännische Buchhaltung wurde noch nicht eingeführt.

1. Ansätze für Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehrausgaben im Erfolgsplan verwandt werden.
2. Verlustvorträge zur Abdeckung von Verlusten, die nicht durch Auflösung der Position „nicht verbrauchte Deckungsmittel“ gedeckt werden können, dürfen gebildet werden, wenn die Abdeckung dieser Verluste in den Folgejahren durch Einnahmeüberhänge zu erwarten ist. Die Verlustvorträge sind in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
3. Zweckgebundene Drittmittel sowie sonstige zweckgebundene Einnahmen dürfen nur im Rahmen der Bewilligungsbedingungen der Mittelgeber für Ausgaben im Erfolgsplan und für Investitionen im Finanzierungsplan verwendet werden. Am Jahresende noch nicht verwendete Drittmittel sind im Finanzierungsplan unter dem Konto „noch verfügbare Deckungsmittel“ auszuweisen; für Personal- und Sachausgaben bei der Unterposition „aus Drittmitteln für Betriebsausgaben“ und für Investitionen bei der Unterposition „aus Drittmitteln für Investitionen“.

Veranschlagung 2004

Veranschlagt sind die Ausgaben und Einnahmen, Finanzbedarfe und Deckungsmittel für das Institut für Hygiene und Umwelt.

Das ehemalige Hygiene Institut Hamburg (HI) sowie das frühere Fachamt Umweltuntersuchungen (H) wurden am 1.1.2003 zum Institut für Hygiene und Umwelt organisatorisch zusammengeführt. Da die Mittel für das Fachamt Umweltuntersuchungen in 2002 noch nicht in einem Wirtschaftsplan veranschlagt und bewirtschaftet wurden, werden die differenzierten Ergebnisse 2002 in dem Wirtschaftsplan 2004 separat als Erfolgsplan 2002 ausgewiesen.

Die Überleitung der Mittel des ehemaligen Fachamtes H ist im Wesentlichen mit dem Wirtschaftsplan 2003 erfolgt; Einzelpositionen sind noch mit dem Wirtschaftsplan 2005 überzuleiten, da diese zum Veranschlagungszeitpunkt des Wirtschaftsplanes 2004 noch nicht hinreichend abgrenzbar waren.

Die Gliederung der Erläuterungen entspricht den Kontengruppen im Wirtschaftsplan.

Erfolgsplan 2002-2004

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002 (nur HI alt)
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
A. ERFOLGSPLAN			
<u>Einnahmen</u>			
1. Betriebseinnahmen			
10 Gebühren und Nutzungsentgelte	2.432	2.355	1.914
11 Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung			
12 Verkaufserlöse			
13 Einnahmen aus Veröffentlichungen			
14 Einnahmen aus Erstattungen zu Zuweisungen für haushaltsfinanzierten Aufwand			
19 Sonstige betriebliche Einnahmen	35	31	95
Summe 1.	2.467	2.386	2.009
2. Sonstige Einnahmen			
21 Entgelte aus Beratungen und Arbeiten für Dritte	287	368	321
21.1 Erlöse aus Veräußerungen von Gegenständen			
22 Zuwendungen und Zuweisungen im Rahmen von Kooperationen und Programmen			
22 Sonstige zweckgebundene Zuweisung aus dem öffentlichen Bereich			
23 Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung nach Ruhegeldrecht			
2.1 Sonstige Einnahmen aus Drittmitteln Zuweisung und Zuschüsse des Bundes, der EU und sonstiger Dritter zur Forschungsförderung			
Summe 2.	287	368	321
3. Zinseinnahmen oder ähnliche Einnahmen			
...			
...			
Summe 3.			
<u>Gesamteinnahmen</u>	2.754	2.754	2.330

	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002 (nur HI alt)
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
A. ERFOLGSPLAN			
<u>Ausgaben</u>			
1. Materialausgaben			
60 Ärztlicher und wissenschaftlicher Bedarf	1.437	1.203	1.095
Summe 1.	1.437	1.203	1.095
2. Personalausgaben			
2.1 Gehälter und Löhne		12.675	8.218
40.1 Beamtenbezüge	1.571		
40.2 Angestelltenvergütungen	10.804		
40.3 Arbeiterlöhne	611		
427 Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	36	36	
Summe 2.1	13.022	12.711	8.218
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
40.21 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte			
40.31 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeiter			
40.11 bis 40.23 Versorgungsbezüge		1.512	¹ 146
40.11 Versorgungsbezüge für Beamte	471		
40.22 Versorgungsbezüge für Angestellte	976		
40.23 Versorgungsbezüge für Arbeiter	55		
41 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	66	66	34
42 Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie für soziale Einrichtungen	7	7	8
450 Beiträge zur Landesunfallkasse			
Summe 2.2	1.575	1.585	188
Summe 2.	² 14.597	14.296	8.406
3. Sonstige betriebliche Ausgaben			
3.1 Personalbedingte Ausgaben			
46 Prämien im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens	4	4	
49 Maßnahmen betrieblicher Gesundheitsförderung	36	36	43
Summe 3.1	40	40	43

¹ Seit April 2002 wurden die Versorgungsbezüge außerhalb des Wirtschaftsplanes abgewickelt. Die Versorgungsbezüge sollten verursachungsgerecht dem Wirtschaftsplan zugeordnet werden und sind deshalb wie in den Vorjahren auch für 2004 veranschlagt.

² Über eine Besoldungsanpassung wurde noch nicht entschieden.

Anlage 2.1

	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002 (nur HI alt)
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
3.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
52 Bewirtschaftung	1.212	1.212	635
53 Unterhaltung der Grundstücke	449	449	215
50 Unterhaltung der Dienstfahrzeuge	41	41	36
Summe 3.2	1.702	1.702	886
3.3 Ausgaben für den Geschäftsbetrieb			
50 Verwaltungsbedarf	214	214	168
51 Geräte- und Ausstattungsgegenstände	280	308	236
54 Mieten und Pachten	2.143	2.143	1.146
55 Aus- und Fortbildung	42	42	6
56 Erstattung			
59 Sonstiger Sachaufwand der Verwaltung	40	40	28
60 Sachaufwand für die chemischen, medizinischen Abteilungen und Umweltbereiche	389	312	202
61 Akkreditierungsaufwand	10	10	5
62 Entgelte für Dienstleistungen Dritter	42	88	0
63 Sachaufwand für Lehre und Forschung			25
64 Sachaufwand aus zweckgebundenen Mitteln der FHH			
65 Verwendung zweckgebundener Einnahmen			
66 Betrieb und Unterhaltung Gewässergütemessnetz		70	
67 Betrieb und Unterhaltung Luftmessnetz		175	
Summe 3.3	3.160	3.402	1.816
3.4 Übrige sonstige Ausgaben			
Summe 3.4	0	0	0
Summe 3	4.902	5.144	2.745
4. Zinsausgaben und ähnliche Ausgaben			
Summe 4.	0	0	0
5. Steuern			
Summe 5.	0	0	0
<u>Gesamtausgaben</u>	20.936	20.643	12.246
<u>Jahresfehlbetrag</u>	<u>18.182</u>	<u>17.889</u>	<u>9.916</u> ³

³ 774 Tsd. EUR Versorgungsbezüge wurden seit April 2002 außerhalb des Wirtschaftsplanes berücksichtigt. Das Ergebnis 2002 stellt deshalb nicht den tatsächlichen Mittelbedarf dar, der für 2003 und 2004 im Wirtschaftsplan veranschlagt ist.

Finanzierungsplan:

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	VE 2004	Ansatz 2003	VE 2003	Ergebnis 2002 (nur HI alt)
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
B. Finanzierungsplan					
I. Finanzbedarf					
1. Investitionen					
01.701 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten					
01.801 Beschaffung wissenschaftlicher Geräte über 5.000 EUR sowie Maschinen und Anlagen	1.376		1.186	460	632
01.801 IUK-Investitionen	-				
Summe 1.	1.376		1.186	460	632
2. Sonstiger Finanzbedarf					
2.1 Jahresfehlbetrag					
900 Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss zu den Betriebskosten des Hygiene Institut Hamburg inkl. Nr. 956, 900.1 8630.682.01	16.454		16.143		9.916 ⁴
900.1 Versorgungs- und Nebenleistungen 8630.632.91	1.502		1.512		
956 IuK- Zuschuss 8630.682.56	226		234		
Summe 2.1.	18.182		17.889		9.916
2.2. Noch verfügbare Deckungsmittel der FHH					
900.2 Betriebszuschuss der FHH					227
900.2.1 Betriebszuschuss: eingegangene Verpflichtungen					(+ 54) 218
Altersteilzeit: Eingegangene Verpflichtungen					700
956.1 IuK-Zuschuss					4
956.2 IuK-Zuschuss: eingegangene Verpflichtungen ⁶					(+ 3)
910 Investitionszuschuss					327
910.1 Investitions-Zuschuss: Eingegangene Verpflichtungen ⁷					(+ 33) 29
Summe 2.2.					(+90) 1.505
Davon nicht gebunden					231

⁴ 774 Tsd. EUR Versorgungsbezüge wurden außerhalb des Wirtschaftsplanes abgewickelt.

⁵ In Klammern: Festlegungen des ehemaligen Fachamtes Umweltuntersuchungen, die noch nicht in den Wirtschaftsplan überführt wurden.

⁶ In Klammern: Festlegungen des ehemaligen Fachamtes Umweltuntersuchungen, die noch nicht in den Wirtschaftsplan überführt wurden.

⁷ In Klammern: Festlegungen des ehemaligen Fachamtes Umweltuntersuchungen, die noch nicht in den Wirtschaftsplan überführt wurden.

Anlage 2.1

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	VE 2004	Ansatz 2003	VE 2003	Ergebnis 2002 (nur HI alt)
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
2.3. Drittmittel-Ausgaben					208
2.4. Noch verfügbare Deckungsmittel aus Drittmitteln ⁸					(+ 102) 375
Summe 2.	18.182		17.889		(+192) . 12.004
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	19.558		19.075	460	⁹ 12.636
II. <u>Deckungsmittel</u>					
1. FHH-Zuschüsse					
300 Betriebskostenzuschuss aus dem Haushalt 8630.682.01	16.454		16.143		10.036
300.1 Versorgungs- und Nebenleistungen 8630.632.91	1.502		1.512		197
356 IuK - Zuschuss 8630.682.56	226		234		162
310 Investitionszuschuss 8630.891.01	1.376		1.186		796
311 IUK-Inv.-Zuschuss 8630.891.56	-				
Summe 1.	19.558		19.075		11.191
2. Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungs- mittel der FHH					
300.2 Betriebszuschuss					635
356.1 IuK - Zuschuss					34
310.1 Investitions-Zuschuss					193
Summe 2.					862
3. Drittmittelleinnahmen					245
4. Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungs- mittel aus Drittmitteln					338
<u>Summe Deckungsmittel</u>	19.558		19.075		12.636

⁸ In Klammern: Drittmittel-Reste des ehemaligen Fachamtes Umweltuntersuchungen, die noch nicht in den Wirtschaftsplan überführt wurden.

⁹ 774 Tsd. EUR Versorgungsbezüge wurden seit April 2002 außerhalb des Wirtschaftsplanes abgewickelt. Das Ergebnis 2002 stellt deshalb nicht den tatsächlichen Mittelbedarf, der für 2003 und 2004 im Wirtschaftsplan veranschlagt ist, dar.

Erfolgsplan für 2002: Die Zusammenführung Hygiene Institut und Fachamt Umweltuntersuchungen erfolgte ab 1.1. 2003. Nachfolgend ist das Ergebnis 2002 der beiden Einrichtungen zusammengeführt worden, um vergleichbare Ergebniszahlen darzustellen.

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2002 HI	Ergebnis 2002 H	Ergebnis 2002 Summe
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
A. ERFOLGSPLAN			
<u>Einnahmen</u>			
1. Betriebseinnahmen			
10 Gebühren und Nutzungsentgelte	1.914	312	2.226
11 Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung			
12 Verkaufserlöse			
13 Einnahmen aus Veröffentlichungen			
14 Einnahmen aus Erstattungen zu Zuweisungen für haushaltsfinanzierten Aufwand			
19 Sonstige betriebliche Einnahmen	95	63	158
Summe 1.	2.009	375	2.384
2. Sonstige Einnahmen			
24 Entgelte aus Beratungen und Arbeiten für Dritte	321	0	321
21.1 Erlöse aus Veräußerungen von Gegenständen			
23 Zuwendungen und Zuweisungen im Rahmen von Kooperationen und Programmen			
25 Sonstige zweckgebundene Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich			
26 Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung nach Ruhegeldrecht			
2.1 Sonstige Einnahmen aus Drittmitteln Zuweisungen und Zuschüsse des Bundes, der EU und sonstiger Dritter zur Forschungsförderung			
Summe 2.	321	0	321
3. Zinseinnahmen oder ähnliche Einnahmen			
...			
...			
Summe 3.			
<u>Gesamteinnahmen</u>	2.330	375	2.705

Anlage 2.1

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2002 HI	Ergebnis 2002 H	Ergebnis 2002 Summe
	in Tsd. EUR		
1	2	3	4
A. ERFOLGSPLAN			
<u>Ausgaben</u>			
1. Materialausgaben			
60 Ärztlicher und wissenschaftlicher Bedarf	1.095	434	1.529
Summe 1.	1.095	434	1.529
2. Personalausgaben			
2.1 Gehälter und Löhne			
40.1 Beamtenbezüge			
40.2 Angestelltenvergütungen			
40.3 Arbeiterlöhne			
427 Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter			
Summe 2.1	8.218	4.804	13.022
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
40.21 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte			
40.31 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Arbeiter			
40.11,40.22 und 40.33 Versorgungsbezüge	146 ¹⁰	605	751
40.11 Versorgungsbezüge für Beamte			
40.22 Versorgungsbezüge für Angestellte			
40.33 Versorgungsbezüge für Arbeiter			
41 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	34	33	67
43 Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie für soziale Einrichtungen	8	2	10
450 Beiträge zur Landesunfallkasse			
Summe 2.2	188	640	828
Summe 2.	8.406	5.444	13.850
3. Sonstige betriebliche Ausgaben			
3.1 Personalbedingte Ausgaben			
46 Prämien im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens			
49 Maßnahmen betrieblicher Gesundheitsförderung	43		43
Summe 3.1	43		43

¹⁰ 774 Tsd. EUR Versorgungsbezüge wurden seit April 2002 außerhalb des Wirtschaftsplanes abgewickelt. Das Ergebnis 2002 stellt deshalb nicht den tatsächlichen Mittelbedarf, der für 2003 und 2004 im Wirtschaftsplan veranschlagt ist, dar.

3.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
52 Bewirtschaftung	635	530	1.165
53 Unterhaltung der Grundstücke	215	85	300
50 Unterhaltung der Dienstfahrzeuge	36		36
Summe 3.2	886	615	1.501
3.3 Ausgaben für den Geschäftsbetrieb			
50 Verwaltungsbedarf	168	114	282
51 Geräte- und Ausstattungsgegenstände	236	78	314
54 Mieten und Pachten	1.146	721	1.867
55 Aus- und Fortbildung	6	6	12
56 Erstattung			
59 Sonstiger Sachaufwand der Verwaltung	28	1	29
60 Sachaufwand für die chemischen, medizinischen Abteilungen und Umweltbereiche	202	301	503
61 Akkreditierungsaufwand	5	0	5
62 Entgelte für Dienstleistungen Dritter	0	57	57
63 Sachaufwand für Lehre und Forschung	25	0	25
64 Sachaufwand aus zweckgebundenen Mitteln der FHH			
65 Verwendung zweckgebundener Einnahmen			
66 Betrieb und Unterhaltung Gewässergütemessnetz			
67 Betrieb und Unterhaltung Luftmessnetz			
Summe 3.3	1.816	1.278	3.094
3.4 Übrige sonstige Ausgaben			
Summe 3.4			
Summe 3	2.745	1.893	4.638
4. Zinsausgaben und ähnliche Ausgaben			
Summe 4.	0	0	0
5. Steuern			
Summe 5.	0	0	0
<u>Gesamtausgaben</u>	12.246	7.771	20.017
<u>Jahresfehlbetrag</u>	<u>9.916</u>	<u>7.396</u>	<u>11 17.312</u>

¹¹ 774 Tsd. EUR Versorgungsbezüge wurden seit April 2002 außerhalb des Wirtschaftsplanes abgewickelt. Das Ergebnis 2002 stellt deshalb nicht den tatsächlichen Mittelbedarf, der für 2003 und 2004 im Wirtschaftsplan veranschlagt ist, dar.

Anlage 2.1

Finanzierungsplan 2002: Die unter 2.2 und 2.4 aufgelisteten noch verfügbaren Deckungsmittel des ehemaligen Fachamtes Umweltuntersuchungen sind dem Wirtschaftsplan noch nicht zugeführt worden.

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2002 HI		Ergebnis 2002 H		Ergebnis 2002 Summe
	in Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
B. Finanzierungsplan					
I. Finanzbedarf					
1. Investitionen					
01.701 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten					
01.801 Beschaffung wissenschaftlicher Geräte über 5.000 EUR sowie Maschinen und Anlagen	632				
01.801 IUK-Investitionen	-				
Summe 1.	632				
2. Sonstiger Finanzbedarf					
2.1 Jahresfehlbetrag					
900 Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss zu den Betriebskosten des Hygiene Instituts Hamburg inkl. Nr. 956, 900.1 8630.682.01	¹² 9.916				
900.1 Versorgungs- und Nebenleistungen 8630.632.91					
956 IuK - Zuschuss 8630.682.56					
Summe 2.1.	9.916				
2.2. Noch verfügbare Deckungsmittel der FHH					
900.2 Betriebszuschuss der FHH	227				
900.2.1 Betriebszuschuss: eingegangene Verpflichtungen	218		54		
Altersteilzeit: Eingegangene Verpflichtungen	700				
956.1 IuK-Zuschuss	4				
956.2 IuK-Zuschuss: Eingegangene Verpflichtungen	0		3		
910 Investitionszuschuss	327				
910.1 Investitionszuschuss: Eingegangene Verpflichtungen	29		33		
Summe 2.2.	1.505		90		
Davon nicht gebunden	231				

¹² 774 Tsd. EUR Versorgungsbezüge wurden seit April 2002 außerhalb des Wirtschaftsplanes abgewickelt. Das Ergebnis 2002 stellt deshalb nicht den tatsächlichen Mittelbedarf, der für 2003 und 2004 im Wirtschaftsplan veranschlagt ist, dar.

2.3. Drittmittel Ausgaben	208				
2.4. Noch verfügbare Deckungsmittel aus Drittmitteln	375		102		
Summe 2.	12.004		192		
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	12.636				
II. <u>Deckungsmittel</u>					
1. FHH-Zuschüsse					
300 Betriebskostenzuschuss aus dem Haushalt 8630.682.01	10.036				
300.1 Versorgungs- und Nebenleistungen 8630.632.91	197				
357 IuK - Zuschuss 8630.682.56	162				
312 Investitionszuschuss 8630.891.01	796				
313 IUK-Inv.-Zuschuss 8630.891.56	-				
Summe 1.	11.191				
2. Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel der FHH					
300.2 Betriebszuschuss	635				
356.1 IuK - Zuschuss	34				
310.1 Investitionszuschuss	193				
Summe 2.	862				
3. Drittmiteleinnahmen	245				
4. Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel aus Drittmitteln	338				
<u>Summe Deckungsmittel</u>	12.636				

Erläuterungen

Veranschlagt sind die Aufwendungen und Erträge, Finanzbedarfe und Deckungsmittel für das Institut für Hygiene und Umwelt. Das ehemalige Fachamt Umweltuntersuchungen ist ab 1.1.2003 integriert.

Erträge im Erfolgsplan

10

bis –Erträge–

31

10 –Gebühren und Nutzungsentgelte–

Veranschlagt sind Erträge aus der Erhebung von Gebühren und Entgelten

	Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 (HI alt) in Tsd. EUR
1. Bereich Lebensmitteluntersuchungen	509	258	363
2. Bereich Human- und veterinärmedizinische Untersuchungen	1.553	1.731	1.549
3. Bereich Umweltuntersuchungen	370	366	(312)
Gesamt	2.432	2.355	1.914

Gebühren werden im Wesentlichen erhoben

- nach der Gebührenordnung für das öffentliche Gesundheitswesen (GebOöG) vom 03. Dezember 2002 (in der jeweils geltenden Fassung).
- Bei medizinischen Laboruntersuchungen gilt die Erhebung in Verbindung mit der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ).
- Bei den Umweltuntersuchungen gilt die Umweltgebührenordnung (UmwGebO) vom 05. Dezember 1995, Anlage 3: Benutzungsgebühren für Umweltuntersuchungen in der Fassung vom 3.12.2002.

Zu 1.: Mehreinnahmen bei den Importuntersuchungen 251 Tsd. EUR

Zu 2.: Mindereinnahmen in der Summe 178 Tsd. EUR

Zu 3.: Mehreinnahmen 4 Tsd. EUR

In der Summe Mehreinnahmen von 77 Tsd. EUR

- | | | |
|----|--|-----------|
| 11 | – Erträge aus Vermietung und Verpachtung –
Wegfall im Rahmen des Gebäudemanagements durch GWG Gewerbe. | – |
| 12 | – Verkaufserlöse –
Vorgesehen für Einnahmen, z. B. aus der Abgabe von entbehrlichen Geräten.
Kein Ansatz, da die Höhe nicht vorhersehbar ist. | – |
| 13 | – Erträge aus Veröffentlichungen und Veranstaltungen –
Kein Ansatz, da die Höhe der Einnahmen aus Veröffentlichungen und Veranstaltungen nicht vorhersehbar ist und repräsentative Durchschnittswerte aufgrund nicht regelmäßig zu erwartender Erträge nicht vorliegen. | – |
| 14 | – Erträge aus Erstattungen und Zuweisungen für haushaltsfinanzierten Aufwand –
Kein Ansatz, da schadensersatzbegründende Ereignisse nicht absehbar sind. | – |
| 19 | – Sonstige betriebliche Einnahmen –
Veranschlagt für verschiedene Erträge, die anderweitig nicht zugeordnet werden können.

Mehreinnahmen gegenüber 2003: 4 Tsd. EUR.
Die Einnahmen aus der Kooperationsvereinbarung mit der Firma GesundheitScout 24 .de entfallen (26 Tsd. EUR).
Aus dem Bereich Umweltuntersuchungen sind 30 Tsd. EUR Einnahmen zu erwarten. | 35 |
| 20 | – Zuweisungen und Zuschüsse des Bundes, der EU und sonstiger Dritter –
Kein Ansatz, da die Höhe der Erträge nicht vorhersehbar ist.
Die entsprechenden Aufwendungen werden bei den Kontengruppen im Finanzplan dargestellt. | – |
| 21 | Entgelte aus Beratungen und Arbeiten für Dritte | |

	Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 (HI alt) in Tsd. EUR
1. Veranschlagt sind im Wesentlichen die Einnahmen aus der Nebentätigkeit der liquidations- berechtigten Mitarbeiter des Instituts	205	204	182
2. Erstattungen für Nährböden	0	5	6
3. Rattenbekämpfung im Siel für die Stadtentwässerung – Personal- und Sachkosten	0	51	51
4. Personal- und Sachkostenausgleich für Laboruntersuchungen im Auftrag des Veterinärarnstes Grenz- dienst	51	51	51
5. Betriebskosten Arbeitsschutzlabor (AS)	31	31	31
6. Sonstige zweckgebundene Zuweisung aus dem öf- fentlichen Bereich - Personalkostenerstattung	-	26	0
Gesamt	287	368	321

Zu 2.: Mindereinnahmen 5 Tsd. EUR: Die Erstattungen des Fachamtes Umweltuntersuchungen entfallen durch organisatorische Zusammenführung.

Zu 3.: Mindereinnahmen 51 Tsd. EUR: Die Zahlungen der Hamburger Stadtentwässerung entfallen aufgrund Kündigung des Vertragsverhältnisses.

Zu 6.: Mindereinnahmen 26 Tsd. EUR durch geändertes Zahlungsverfahren.

- 22 – Zuwendungen und Zuweisungen im Rahmen von Kooperationen und Programmen – –
Kein Ansatz, da die Höhe der Einnahmen nicht vorhersehbar ist.
Die entsprechenden Aufwendungen können bei den Kontengruppen B44, B60 und B64 sowie C 01.830 geleistet werden.
- 28 – Entnahme aus zweckgebundenen Rücklagen – –
(Vergleiche Erläuterungen zur Kontengruppe B68).
- 29 – Sonstige zweckgebundene Einnahmen – –
Kein Ansatz, da die Höhe der verschiedenen zweckgebundenen Einnahmen nicht vorhersehbar ist.
Die entsprechenden Ausgaben können bei den Kontengruppen B44, B65 und C01.830 geleistet werden.

Für die gerade erst zusammengeführten Einrichtungen Hygiene Institut und Fachamt Umweltuntersuchungen können die hier bisher dargestellten fiktiven Erträge noch nicht dargestellt werden.

Anlage 2.1

A. Aufwendungen im Erfolgsplan

Ausgaben

1. Materialausgaben

		Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 (HI alt) in Tsd. EUR
60	Ärztlicher und wissenschaftlicher Bedarf	1.437	1.203	1.095

Die in 2003 noch in den Messnetzen getrennt ausgewiesenen Aufwendungen für Materialausgaben, Geräte etc. werden ab 2004 auf die entsprechenden Wirtschaftsplanpositionen verteilt. Analysenvergaben (46 Tsd. EUR) werden ab 2004 über Materialausgaben abgewickelt.

Die Materialausgaben erhöhen sich dadurch um 234 Tsd. EUR auf 1.437 Tsd. EUR.

2. Personalausgaben

Die Veranschlagung erfolgt nach den für den Haushaltsplan geltenden Grundsätzen und berücksichtigt

- die Bezüge, Vergütungen und Löhne der beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter nach dem Besoldungs- / Tarifstand 2003 ¹³
- die entsprechenden Personalnebenkosten (Kontengruppe B41 und B42)
- die Beschäftigungsentgelte (insbesondere für studentische Praktikanten) sowie Honorare und Aufwandsentschädigungen, die nicht unter Kontengruppe B40 bis B42 zu veranschlagen sind (Kontengruppe B43)

		Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 (HI alt) in Tsd. EUR
	Beamtenbezüge, Angestelltenvergütungen, Löhne der Arbeiter	12.986	12.675	8.218
	- davon Beamtenbezüge	1.571		
	- davon Angestelltenvergütungen,	10.804		
	- davon Löhne der Arbeiter	611		
	Sonstige Aufwendungen mit Lohn- und Gehaltscharakter	36	36	0
	Versorgungs- und Nebenleistungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter	1.502	1.512	¹⁴ 146
	- davon Versorgungsbezüge für Beamte	471		
	- davon Versorgungsbezüge für Angestellte	976		
	- davon Versorgungsbezüge für Arbeiter	55		
	Beihilfen, Zuschüsse	73	73	42
		14.597	14.296	8.406

3. Sonstige betriebliche Ausgaben

3.1 Personalbedingte Ausgaben

46	Prämien im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens – Ansatz im Rahmen der Erwartungen	4
49	Betriebliche Gesundheitsförderung	36

¹³ Die Ansätze wurden gem. Tarifsteigerungen veranschlagt (ohne Besoldungsanpassungen).

¹⁴ 774 Tsd. EUR Versorgungsbezüge wurden seit April 2002 außerhalb des Wirtschaftsplanes berücksichtigt. Das Ergebnis 2002 stellt deshalb nicht den tatsächlichen Mittelbedarf dar, der für 2003 und 2004 im Wirtschaftsplan veranschlagt ist. Die Versorgungsbezüge sollten verursachungsgerecht dem Wirtschaftsplan zugeordnet werden und sind deshalb - wie in den Vorjahren auch - für 2004 veranschlagt.

3.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung

		Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 (HI alt) in Tsd. EUR
52	Bewirtschaftung	1.212	1.212	635
53	Unterhaltung der Grundstücke	449	449	215
50	Unterhaltung der Dienstfahrzeuge	41	41	36
	Gesamt	1.702	1.702	886

3.3 Ausgaben für den Geschäftsbetrieb

50 –Verwaltungsbedarf–

Veranschlagt sind für:

		Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 (HI alt) in Tsd. EUR
1.	Geschäftsbedarf	53	53	46
2.	Bücher und Zeitschriften	6	6	3
3.	Post und Fernmelde- u.a. Gebühren, Datenleitungskosten, Rundfunk- und Fernsehgebühren	105	105	97
4.	Dienst- und Schutzkleidung	12	12	8
5.	Dienstreisen	35	35	10
6.	Vermischte Verwaltungsausgaben	3	3	4
	Gesamt	214	214	168

51 –Geräte- und Ausstattungsgegenstände–

Veranschlagt sind die Mittel für die Beschaffung, Reparatur und Unterhaltung von Geräten für den nichtwissenschaftlichen Bedarf sowie Ausstattungsgegenstände und Aufwendungen für IuK - Maßnahmen

		Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 (HI alt) in Tsd. EUR
1.	Geräte und Ausstattungsgegenstände	54	74	44
2.	Laufender Sachaufwand im Zusammenhang mit der IuK-Technik IuK- Aus- und Fortbildung	226	234	192
	Gesamt	280	308	236

Zu 1.: Verschiebung von 20 Tsd. EUR zu den wissenschaftlichen Geräten im Sachaufwand für medizinische, chemische Untersuchungen und Umweltuntersuchungen -60-. Der Ansatz für IuK wurde um 8 Tsd. EUR abgesenkt.

54 –Mieten und Pachten–

Veranschlagt sind die Kosten der angemieteten bzw. noch anzumietenden Gebäude und Mieten für Maschinen, Fahrzeuge und Geräte.

		Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 (HI alt) in Tsd. EUR
1.	Gebäudemiete	2.142	2.142	1.146
2.	Maschinen/ Fahrzeuge/ Geräte	1	1	0
	Gesamt	2.143	2.143	1.146

55 –Aus- und Fortbildungsmaßnahmen–

		Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 in Tsd. EUR
	Aus- und Fortbildungsmaßnahmen	42	42	6

Anlage 2.1

56 –Erstattungen und Zuschüsse–
Vorsorgliche Einrichtung für eine eventuelle Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Landesamtes für Informationstechnik oder anderer Institutionen.

59 –Sonstiger Sachaufwand der Verwaltung–

Veranschlagt sind:

		Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 (HI alt) in Tsd. EUR
1.	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten	14	14	2
2.	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	26	26	26
3.	Mitgliedschaften			
4.	Sonstiges			
	Gesamt	40	40	28

60 – Sachaufwand für medizinische, chemische Untersuchungen und Umweltuntersuchungen–

Veranschlagt sind:

		Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 (HI alt) in Tsd. EUR
1.	Geräte und Instrumente für die medizinischen und chemischen Abteilungen; Umweltbereiche	329	252	146
2.	Bibliothek	52	52	50
3.	Wäschereinigung durch Dritte	8	8	6
	Gesamt	389	312	202

Zu 1. Die in 2003 noch in den Messnetzen getrennt ausgewiesenen Aufwendungen für u.a. Geräte werden ab 2004 auf die entsprechenden Wirtschaftsplanpositionen verteilt. Außerdem wurden 20 Tsd. EUR von 51 Geräte und Ausstattungsgegenstände übertragen.

Die Ausgaben für Geräte erhöhen sich dadurch um 77 Tsd. EUR auf 329 Tsd. EUR.

61 – Akkreditierung – 10
Das Institut hat die von der EU geforderte Akkreditierung der chemischen Abteilungen durch die Staatliche Akkreditierungsstelle Hannover erreicht und wird den Akkreditierungsumfang auf alle humanmedizinischen Laborbereiche ausdehnen. In diesem Zusammenhang wird mit Gesamtkosten in Höhe von voraussichtlich 10 Tsd. EUR im Jahr gerechnet.

62 –Entgelte für Dienstleistungen Dritter–

		Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 (HI alt) in Tsd. EUR
1.	Entgelte für Dienstleistungen Dritter	25	71	0
2.	Gutachten und Untersuchungen	17	17	0
	Gesamt	42	88	0

Zu 1 : Analysenvergaben (46 Tsd. EUR) werden ab 2004 über Materialausgaben abgewickelt. Der Ansatz dort wird um diesen Betrag erhöht.

63 - Sachaufwand für Lehre und Forschung - –
Kein Ansatz, da die Höhe der Erträge nicht vorhersehbar ist.

64 - Sachaufwand aus zweckgebundenen Mitteln (aus Erträgen) - –

65 - Verwendung zweckgebundener Erträge - –

66 –Betrieb und Unterhaltung des Gewässergütemessnetzes –

		Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 (HI alt) in Tsd. EUR
		0	70	0

Die hier in 2003 noch ausgewiesenen Aufwendungen für Materialausgaben und Geräte werden ab 2004 auf die entsprechenden Wirtschaftsplanpositionen verteilt.

67 Betrieb und Unterhaltung des Luftmessnetzes

		Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 (HI alt) in Tsd. EUR
		0	175	0

Die hier in 2003 noch ausgewiesenen Aufwendungen für Materialausgaben und Geräte werden ab 2004 auf die entsprechenden Wirtschaftsplanpositionen verteilt.

B Finanzierungsinplan

	Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 (HI alt) in Tsd. EUR
--	----------------------------	----------------------------	--

01.701 –Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten– –
Vorsorglich ausgebrachter Titel für die Installation und die Aufstellung bzw. den Anschluss wissenschaftlicher Geräte sowie für die Herrichtung freiwerdender Flächen nach Umzügen der Abteilungen. Darüber hinaus sind die Mittel zur Herrichtung neuer und zur Erhaltung vorhandener Flächen vorgesehen, um sie entsprechend den Bedürfnissen anpassen zu können.

01.800 –Ersatz- und Neubeschaffung von Fahrzeugen– –

01.801 –Beschaffung von Großgeräten für den wissenschaftlichen Bedarf in Höhe von jeweils über 5.000 EUR--

Veranschlagt sind die Mittel für die Neu- und Ersatzbeschaffung von Geräten für den wissenschaftlichen Bedarf mit dem Schwerpunkt von Ersatzbeschaffungen zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Instituts.

1. Investitionen	KM	1.376	1186	632
	VE		460	

2. Sonstiger Finanzbedarf:**2.1. Sonstiger Finanzbedarf: Jahresfehlbetrag**

900	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag incl. Nr. 900.1, 956 Haushaltsrechtlicher Vermerk zu 8630.682.01	16.454	16.143	¹⁵ 9.916
900.1	<u>Versorgungs- und Nebenleistungen</u> Haushaltsrechtlicher Vermerk zu 8630.642.91	1.502	1.512	
956	<u>Zuweisung der FHH für laufenden Sachaufwand und Fortbildung im Zusammenhang mit der LuK-Technik –</u> Haushaltsrechtlicher Vermerk zu 8630.682.56	226	234	
	Gesamt	18.182	17.889	9.916

2.2. Sonstiger Finanzbedarf: Noch verfügbare Deckungsmittel FHH		-	-	1.505
Davon nicht gebunden				231

¹⁵ 774 Tsd. EUR Versorgungsbezüge wurden seit April 2002 außerhalb des Wirtschaftsplanes abgewickelt. Das Ergebnis 2002 stellt deshalb nicht den tatsächlichen Mittelbedarf, der für 2003 und 2004 im Wirtschaftsplan veranschlagt ist, dar.

Anlage 2.1

2.3. Sonstiger Finanzbedarf: Drittmittel-Ausgaben

-Sachaufwand aus zweckgebundenen Drittmitteln für die chemischen und medizinischen Untersuchungen-

Personalaufwand Drittmittel			56
Geräte etc. zur Lebensmittelüberwachung gemäß Strahlenschutzvorsorgegesetz			11
Ärztlicher und wissenschaftlicher Bedarf für Zuwanderer-ersteruntersuchungen (Asyl)			64
Sächliche Ausgaben im Rahmen der Lebensmittelüberwachung / Strahlenschutz			10
Nationales Referenzzentrum für Salmonellen und andere Enteritiserreger (RKI)			25
BMBF			42
Gesamt			208

2.4. Sonstiger Finanzbedarf: Noch verfügbare Deckungsmittel aus Drittmitteln

920	Noch verfügbare Deckungsmittel aus dem zweckgebundenen Zuschuss der FHH „Asyl“			4
930.1	Noch verfügbare Deckungsmittel aus Drittmitteln für Betriebsaufwand			233
930.2	Noch verfügbare Deckungsmittel aus Drittmitteln für Investitionen			138
Gesamt				375

Summe 2.

Gesamtsumme Finanzbedarf

18.182	17.889	12.004
19.558	19.075	12.636

II Deckungsmittel

Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 (HI alt) in Tsd. EUR
----------------------------	----------------------------	--

1. Deckungsmittel: FHH - Zuschüsse

300	<u>Betriebszuschuss</u> <u>Titel 8630.682.01</u>	16.454	16.143	10.036
300.1	<u>Versorgungs- und Nebenleistungen</u> <u>Titel 8630.632.91</u>	1.502	1.512	197
356	<u>IuK - Zuschuss</u> <u>Titel 8630.682.56</u>	226	234	162
310	<u>Investitionszuschuss</u> <u>Titel 8630.891.01</u>	1.376	1.186	796
Gesamt		19.558	19.075	11.191

2. Deckungsmittel: Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel der FHH (Entnahmen)

Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 (HI alt) in Tsd. EUR
----------------------------	----------------------------	--

300.2	aus Betriebszuschuss der FHH			635
356.1	aus IuK - Zuschuss der FHH			34
310	aus Investitionszuschuss			193
Gesamt				862

3. Deckungsmittel: Drittmittel-Einnahmen		Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 (HI alt) in Tsd. EUR
320	Ärztlicher und wissenschaftlicher Bedarf für Zuwanderer- erstuntersuchungen (Asyl)			68
	Zuweisungen des Bundes zur LM-Überwachung			55
	RKI - Drittmittel			58
	Beschäftigungshilfe Arbeitsamt Hamburg			9
	BMBF - Netzwerk - Infektionsforschung - Drittmittel			55
330	Gesamt			245
4. Deckungsmittel: Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel aus Drittmitteln (Entnahmen)		Ansatz 2004 in Tsd. EUR	Ansatz 2003 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 (HI alt) in Tsd. EUR
320.1	„Asyl“			4
330.1	Betriebsaufwand			196
330.2	Investitionen			138
	Gesamt			338
	Summe Deckungsmittel	19.558	19.075	12.636

Vorwort zur Produktinformation 2004

Lagebericht

1. Allgemeines/Standortbestimmung

Die Klausurtagung des Senats am 04. und 05.05.2002 in Jesteburg hatte unter anderem zum Ergebnis, dass die beiden zur Behörde für Umwelt und Gesundheit (BUG) gehörenden Einrichtungen „Hygiene Institut“ (HI) und „Fachamt Umweltuntersuchungen“ (H) zu einer Einrichtung zusammengelegt werden. Am 08.10.2002 nahm der Senat die Zusammenlegung von HI und H mit Wirkung zum 01.01.2003 zur Kenntnis und stimmte zu, dass die beiden zusammengeführten Einrichtungen gemeinsam als nettoveranschlagte Einrichtung nach § 15 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung geführt werden und einen gemeinsamen Wirtschaftsplan aufstellen. Am 10.12.2002 nahm die Bürgerschaft im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2003 die Senatsvorlage zur Kenntnis (Drucksache 17/1527) und stimmte dem Überleitungsplan zur Veränderung des Einzelplanes 8.2 - BUG - einschließlich der Stellenübertragung zu.

Die neu gebildete Einheit heißt: **Institut für Hygiene und Umwelt** - Hamburger Landesinstitut für Lebensmittelsicherheit, Gesundheitsschutz und Umweltuntersuchungen (HU) - .

Das Institut vereint als amtliche Laboreinrichtung unter dem gemeinsamem Dach der BUG per 01.01.2003 insgesamt 367 (aktiv und passiv) Beschäftigte auf rund 343 Stellen. Das Ausgabenvolumen beläuft sich gemäß Veranschlagung im Wirtschaftsplan-Entwurf 2004 auf 20,936 Mio. EUR, wobei der Zuschuss aus dem öffentlichen Haushalt 18,182 Mio. EUR beträgt. Rund 70 Prozent der Aufwendungen des HU entfallen auf Personalausgaben.

Das HU besteht neben der Verwaltung aus den drei Fachbereichen Lebensmitteluntersuchungen, human- und veterinärmedizinische Untersuchungen und Umweltuntersuchungen. Den Fachbereichen sind insgesamt zehn Abteilungen zugeordnet.

Im Vordergrund der Institutsaufgaben stehen bakteriologische, serologische, immunologische, veterinärmedizinische sowie lebensmittelchemische und umweltanalytische Laboruntersuchungen. Darüber hinaus werden krankenhaushygienische Leistungen erbracht sowie Desinfektions- und Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen durchgeführt. Außerdem gehört zum Institut das Zentrum für Impfméizin und Infektionsepidemiologie, in dem eine breite Palette von Schutzimpfungen angeboten wird und die infektionsepidemiologischen Daten aus den Bezirken zentral gesammelt, gebündelt, ausgewertet und an das Robert-Koch-Institut weitergeleitet werden. Im Bereich der Umweltuntersuchungen stehen Wasseruntersuchungen (einschließlich der Gewässergütemessnetze), die Analyse von Bodenbelastungen und festen Abfallstoffen sowie Gentechnik, Radioaktivitätsmessungen und Luftuntersuchungen (einschließlich der Luftmessnetze) im Zentrum des Geschehens.

Mit 213 aktiv Beschäftigten (Stand 31.12.2002) führte das Hygiene Institut im Jahr 2002 insgesamt rund 619.000 Untersuchungen, Gutachten, Stellungnahmen, Beratungen, Impfleistungen sowie Maßnahmen zur Desinfektion und Schädlingsbekämpfung durch. Diese Zahlen bedeuten für das Hygiene Institut eine Steigerung der Leistungszahlen gegenüber dem Vorjahr (543.583 Untersuchungen) um 14 Prozent. Somit konnte das zahlenmäßige Leistungsniveau des Jahres 2000 (612.000 Untersuchungen) leicht übertroffen werden. Differenziert nach Bereichen betrachtet, steigerten die medizinischen/veterinärmedizinischen Abteilungen ihre Untersuchungszahlen in 2002 auf 509.273. Das bedeutet gegenüber dem Jahresergebnis 2001 (450.583 Untersuchungen) ein Plus von 13 Prozent. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die im Jahr 2002 abgeschlossene Umstellung auf ein neues Labordatensystem im medizinischen Bereich einen direkten Vergleich der Untersuchungszahlen der Jahre 2001 und 2002 nur hilfsweise zulässt.

Die lebensmittelchemischen Abteilungen führten im Jahr 2002 insgesamt 110.000 Untersuchungen durch (einschließlich BSE-Tests). Das bedeutet gegenüber dem Ergebnis des Jahres 2001 (93.000 Untersuchungen) eine Steigerung von 18 Prozent.

Im Fachamt Umweltuntersuchungen wurden in 2002 mit 117 aktiv Beschäftigten (Stand 31.12.2002) an 10.279 Proben 145.211 Untersuchungen (Parameter) durchgeführt. Damit wurde das Ergebnis des Vorjahres erreicht.

Mit knapp 90 Prozent ihrer Kapazitäten arbeiten die zusammengeführten Bereiche HI und H auf gesetzlicher Grundlage und im amtlichen Auftrag. In einer Größenordnung von rund 10 Prozent der Kapazitäten werden - überwiegend im Bereich der Medizinal- und Veterinäruntersuchungen - auch die Kundenwünsche privater Auftraggeber (Krankenhäuser etc.) abgedeckt.

2. Personalentwicklung

Im Hygiene Institut waren zum Stichtag 31.12.2002 auf 239,37 Stellen (ohne 12 Lebensmittelchemiker - Praktikantenstellen) 213 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktiv beschäftigt (2001 = 219; 2000 = 225). Das bedeutet eine Reduzierung des Personalvolumens im Laufe des Jahres 2002 um 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Seit dem Jahr 2000 wurde das Personal um insgesamt 12 Beschäftigte reduziert (5,3 Prozent innerhalb von zwei Jahren).

Im Verlauf des Jahres 2002 standen zwölf Einstellungen (davon neun unbefristet) 18 Personalabgänge (davon knapp die Hälfte aus Altersgründen) gegenüber. 18 Beschäftigte änderten ihre Arbeitszeit; davon wählten 15 Personen die Arbeits-

zeitreduzierung, wodurch in 2002 durch Neuanträge zusätzlich 128,7 Tsd. EUR eingespart werden konnten. Für acht Beschäftigte fand das Mutterschutzgesetz Anwendung (61 Prozent der im Hygiene Institut aktiv Beschäftigten waren in 2002 Frauen); nach Ablauf der Schutzfristen wählten alle acht Beschäftigten das Instrument der Elternzeit - mit der Konsequenz, dass in 2002 weitere 154,5 Tsd. EUR Personalmittel weniger aufzuwenden waren.

Das Thema Altersteilzeit stellt für das Institut nach wie vor ein hohes finanzielles Risiko dar. Insgesamt liegen derzeit aus den beiden zusammengeführten Institutsbereichen 22 genehmigte Anträge vor (20 Beschäftigte wählten das Blockmodell, zwei das Teilzeitmodell). Die Anträge umfassen durchschnittlich einen Zeitraum von 33,6 Monaten in der Freistellungsphase des Blockmodells. Dies bedeutet Personalkosten in Höhe von 100,64 Tsd. EUR pro Mitarbeiter in der Freistellungsphase bzw. 2.214,17 Tsd. EUR benötigte Personalkosten für alle Beschäftigten in der Zeit der Freistellungsphase. Da mit Sicherheit davon auszugehen ist, dass ein Teil der durch die Altersteilzeitregelung vakant gewordenen Stellen nachbesetzt werden muss, ist eine weitere Aufstockung der gebundenen Rücklage für Belastungen aus der Altersteilzeit von 400 Tsd. EUR (im Jahr 2002) auf aktuell 700 Tsd. EUR zwingend erforderlich. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme wird auch dadurch untermauert, dass die Personalmittel-Einsparungen der im Rahmen des Blockmodells noch aktiv Beschäftigten in 2002 lediglich einen Einsparbetrag bei den Personalmitteln in Höhe von 31,1 Tsd. EUR erbracht haben.

3. Aussagen zum Jahresabschluss 2002 des HI (Angaben zum Fachamt Umweltuntersuchungen, das 2002 noch im Rahmen des Haushalts veranschlagt wurde, in kursiv)

3.1 Einnahmen

Die Einnahmen des HI im Jahr 2002 (ohne die im Finanzierungsplan ausgewiesenen Drittmiteileinnahmen in Höhe von 177 Tsd. EUR) fielen mit 2,330 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahresergebnis um 246 Tsd. EUR höher aus. Gegenüber dem Ansatz 2002 (2,642 Mio. EUR) ergibt sich eine Differenz von 312 Tsd. EUR.

Das Fachamt Umweltuntersuchungen erzielte im Jahr 2002 Einnahmen in Höhe von 375 Tsd. EUR.

3.2 Aufwendungen

Die Aufwendungen des HI beliefen sich im Jahr 2002 auf 12,246 Mio. EUR (gegenüber 13,508 Mio. EUR im Jahr 2001). Die im Vergleich zum Vorjahresergebnis um 1,262 Mio. EUR niedrigere Summe kam im Wesentlichen zustande, weil

- in 2002 geringere außerordentliche Aufwendungen anfielen (nur 53 Tsd. EUR gegenüber 234 Tsd. EUR in 2001) und
- von den 920 Tsd. EUR gezahlten Versorgungs- und Nebenleistungen lediglich 146 Tsd. EUR im Wirtschaftsplan des HI verbucht wurden und der Rest zentral von der Finanzbehörde überwiesen wurde.

Der Personalaufwand, mit einem Anteil von knapp 70 Prozent der größte Ausgabenblock im Haushalt des HI, schlug 2002 mit rund 8,406 Mio. EUR zu Buche. Dies waren rund 280 Tsd. EUR weniger als im (um die Versorgungs- und Nebenleistungen – siehe oben) bereinigten Personalkostenansatz zur Verfügung standen.

Auch bei den Sachaufwendungen konnten erneut Einsparungen erzielt werden. Der Jahresabschluss weist dort einen Betrag von rund 3,840 Mio. Euro aus – 436 Tsd. EUR weniger als im Ansatz.

An außerordentlichen Sachaufwendungen fielen im Gegensatz zum Jahr 2001 (234 Tsd. EUR) in 2002 nur 53 Tsd. EUR an.

Beim Investitionstitel für Großgeräte über 5 Tsd. EUR betrug das Ist-Ergebnis am 31.12.2002 insgesamt 632 Tsd. EUR. Zur Verfügung standen insgesamt 989 Tsd. EUR (511 Tsd. EUR im Ansatz plus 193 Tsd. EUR Reste aus dem Vorjahr plus 285 Tsd. EUR Zuschuss aus dem öffentlichen Haushalt für energiesparende Investitionsmaßnahmen). Der Rest in Höhe von rund 357 Tsd. EUR musste bereits für weitere notwendige Ersatzinvestitionen in 2003 festgelegt werden.

Das Fachamt Umweltuntersuchungen hatte im Jahr 2002 Gesamtausgaben in Höhe von 7,771 Mio. EUR.

3.3 Positives Betriebsergebnis

Seit Existenz des Wirtschaftsplans im HI (ab 1997) wurde jeweils bei erkennbar nicht realisierbarem Einnahmesoll durch gezielte Reduzierungen bei den Ausgaben ein ausgeglichenes Betriebsergebnis erreicht. Durch diese Praxis konnte auch im Jahr 2002 ein positives Ergebnis erzielt werden. Gemäß oben dargestellter Zahlen, ist im Betriebshaushalt des HI ein Plus von rund 479 Tsd. EUR zu verzeichnen.

Diese Summe wird der Betriebsmittelrücklage des HU zugeführt, die somit auf 1,149 Mio. EUR anwächst (ohne Investitionsrücklage). 918 Tsd. EUR der Betriebsmittelrücklage sind bereits für den Umbau des Eingangsbereichs des HU und für Risiken aus der Altersteilzeit gebunden. Die verbleibende „freie“ Rücklage in Höhe von 231 Tsd. EUR ist als Handlungsreserve innerhalb des § 15-Betriebes unverzichtbar.

3.4 Zuschüsse aus dem Haushalt

Ein Blick auf die Zahlenreihe der so genannten Fehl Betragsrate im Erfolgsplan (bereinigt um Versorgungs- und Nebenleistungen sowie Mietaufwendungen) zeigt, dass die Zuwendungen aus dem öffentlichen Haushalt für das HI von 1997 bis 2004 um insgesamt 4,61 Prozent reduziert wurden (die jährlichen Preissteigerungsraten wurden dabei nicht berücksichtigt). Stand in 1997 noch ein Zuschuss von umgerechnet 11,603 Mio. EUR zur Verfügung, so sind es 2004 für den HI-Teil nur noch 11,068 Mio. EUR.

Anlage 2.1

4. Ausblick

Das zum 01.01.2003 aus zwei großen Laborbereichen zusammengeführte Institut für Hygiene und Umwelt hat zwar den formalen Zusammenschluss gut vollzogen, der Prozess des Zusammenwachsens wird aber erfahrungsgemäss noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Außer Frage steht, dass die Rahmenvorgaben eine Fortsetzung des Konsolidierungskurses innerhalb des HU auch in 2004 und darüber hinaus erforderlich machen. Dabei ist insbesondere auf der Ausgabenseite anzusetzen, weil nicht dauerhaft mit einer so positiven Einnahmeentwicklung zu rechnen ist, wie sie sich für das Jahr 2003 abzeichnet.

Eine wichtige Maßnahme im Katalog zur Optimierung von Untersuchungen und zur Eindämmung der Kosten stellt die Norddeutsche Kooperation im Bereich der Lebensmittelüberwachung dar. Hier gibt es bereits zwischen den Ländern Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg auf der Basis eines 1998 von den jeweiligen Behördenleitungen der Länder unterzeichneten Verwaltungsabkommens einen funktionierenden und sinnvollen Austausch, der ab 2003 noch intensiver stattfindet. So wird der bisher beschrittene Weg einer Schwerpunktbildung für bestimmte Lebensmittelgruppen kontinuierlich fortgesetzt. Aktuell hat zum Beispiel Hamburg für Schleswig-Holstein die gesamte Untersuchung von Wein und Spirituosen übernommen (vorbereitend dafür wurden umfangreiche Geräteinvestitionen getätigt, die in S-H nun nicht mehr anfallen). Im Gegenzug wurden die alkoholfreien Getränke zur Untersuchung nach Schleswig-Holstein abgegeben.

Die wachsende Flut von Einfuhren aus Drittländern über den Hamburger Hafen (aufgrund der angestrebten EU-Erweiterung ist ein weiterer enormer Zuwachs des Güterumschlags zu erwarten) und der damit zwangsläufig verbundene Anstieg an amtlichen Untersuchungen, zwingt das HU zur Ausweitung der Kapazitäten im Bereich der Lebensmitteluntersuchungen. Bisher konnten entsprechende Entwicklungen weitgehend innerhalb des Instituts durch erhebliche Organisationsveränderungen (gerade zum 31.12.2002 wurde zum Beispiel eine Abteilung aufgelöst) und den flexiblen Einsatz des Personals aufgefangen werden. So hat sich zum Beispiel das Fachamt Umweltuntersuchungen im Zuge der Zusammenlegung mit dem HI bereit erklärt, die Lebensmittelabteilungen bei spezifischen amtlichen Importuntersuchungen auf Tierarzneimittelrückstände temporär massiv zu unterstützen.

Um Aufgaben aus dem Institut auszugliedern, Kosten zu reduzieren und nicht zuletzt eine engere Beziehung zu Firmen aufzubauen, ist mittelfristig im Rahmen des Modells Public Private Partnership (-PPP-) die Abgabe der Rattenbekämpfung auf öffentlichem Grund an Private vorgesehen. Die Umsetzung des Modells soll sukzessive in enger Beziehung zur Mitarbeiterfluktuation im Bereich der Schädlingsbekämpfung des HU stehen. Sinnvolle Voraussetzungen für eine Realisierung dieser PPP-Variante sind, dass die Steuerungsfunktion der Rattenbekämpfung weiterhin im HU verbleibt, die Kosten der Schädlingsbekämpfung auf öffentlichem Grund gegebenenfalls zu Gunsten des Gesamthaushalts reduziert werden und die Qualität der Auftragsbefriedigung durch Private den Ansprüchen an eine saubere Stadt genügt.

Produktgruppe 19: Institut für Hygiene und Umwelt

(Wirtschaftsplanbereich nach § 15 LHO)

Aufgrund der Zusammenlegung von HI und H zum Institut für Hygiene und Umwelt und der damit verbundenen unterschiedlichen Datenlage konnten die produktbezogenen Ressourcenkennzahlen für 2004 nicht im bisherigen Umfang dargestellt werden. Eine inhaltlich stringente und vergleichbare Darstellung aller Produkte erfolgt mit der Produktinformation 2005.

Wirtschaftsplan ¹⁶	Plan 2004	Plan 2003	Ergebnis 2002 HI alt
Einnahmen in Tsd. EUR ¹⁷	2.754	2.754	¹⁸ 2.330
Personalausgaben in Tsd. EUR	14.597	14.296	8.406
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	6.339	6.347	¹⁹ 3.840
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.376	1.186	632
Stellen ²⁰	342,86	²¹ 239,37	239,37

Ziele der Produktgruppe

Z1 Stärkung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes durch qualitativ hochwertige Untersuchung und Beurteilung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen.

Z2 Sicherstellung und Weiterentwicklung des mikrobiologischen Verbraucherschutzes, der hygienischen Begutach-

¹⁶ Die Wirtschaftsplan¹⁶kennzahlen für 2002 beinhalten das Betriebsergebnis. Drittmittel und Rücklagen des Finanzierungsplanes sind nicht enthalten.

¹⁷ Rund 90 Prozent der Kapazitäten des Instituts für Hygiene und Umwelt werden auf Basis gesetzlicher Vorschriften und Verordnungen (z.B. Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände¹⁷gesetz, Infektionsschutzgesetz) im Auftrag der BUG sowie anderer Behörden und Dienststellen eingesetzt. Die entsprechenden (amtlichen) Leistungen werden ohne Erstattungen erbracht.

¹⁸ In 2002 wurden darüber hinaus Erträge im Drittmittelbereich in Höhe von 177 Tsd. EUR erzielt (siehe Finanzierungsplan).

¹⁹ Die Sachausgaben 2002 enthalten die außerordentlichen Ausgaben in Höhe von 53 Tsd. EURO (Umgestaltung des Eingangsbereiches).

²⁰ Jeweils zuzüglich 12 Stellen Lebensmittelchemiker-Praktikanten (Ausbildung) – sowie ab 2004 zuzüglich vier Stellen auszubildende Chemielaboranten.

²¹ Noch ohne die in 2003 laut Drucksache übergeleiteten 106,99 Stellen des Fachamtes Umweltuntersuchungen.

tungen und Beratungen, der Schädlingsbekämpfung sowie der impfmedizinischen und infektionsepidemiologischen Aufgabenwahrnehmung.

Z3 Sicherung/Verbesserung der Qualität der Umweltmedien Wasser, Boden, Luft gemäß EU-Richtlinien und anderer gesetzlicher Vorgaben; Bereitstellung von Umweltdaten für andere Ämter und Behörden sowie die Öffentlichkeit

Z4 Dauerhafte Sicherstellung praxisorientierter Ausbildung insbesondere von Hygienefachkräften und -beauftragten in Krankenhäusern, Altenheimen und Arzt- und Zahnarztpraxen sowie von Lebensmittelchemiker-Praktikanten und Chemielaboranten.

Produkte - Überblick

P 1 Lebensmittelüberwachung

P 2 Gesundheitsschutz

P 3 Umweltuntersuchungen

P 4 Ausbildung

Produkt 1: Lebensmittelüberwachung

Schwerpunkte:

- Lebensmittelüberwachung in Hamburg gemäß der Anordnung des Senats über die Zuständigkeiten der Durchführung der Lebensmittelüberwachung, insbesondere Ausbau der Lebensmittelvirologie und Intensivierung der Untersuchung gentechnisch veränderter Lebensmittel,
- Importkontrollen, insbesondere Konzentration von Untersuchungen auf Einfuhren aus Drittländern (z.B. aflatoxin-belastete Pistazien aus Iran, pestizidbelasteter Grüner Tee aus China), die Verstärkung der Untersuchung von Lebensmitteln auf Tierarzneimittelrückstände (z.B. Chloramphenicol in Shrimps aus Südostasien und Nitrofurantmetabolide in Geflügel aus Brasilien),
- Untersuchungen und Begutachtungen im behördlichen Auftrag

Im Bereich der Untersuchung und Beurteilung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen sind flankierend zur wachsenden Bedeutung des Verbraucherschutzes insbesondere im Hinblick auf das Probennahmekonzept die behördlichen Abstimmungsprozesse (Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz, Wirtschafts- und Ordnungsämter der Bezirke) verbessert worden.

Interne Umstrukturierungsmaßnahmen, wie z.B. die Neugründung einer Abteilung „Mikrobiologischer Verbraucherschutz“ und die somit hergestellte notwendige Interdisziplinarität (Humanmediziner, Veterinärmediziner, Biologen und Molekularbiologen arbeiten in einer Abteilung zusammen) führt zu einer intensivierten Aufgabenwahrnehmung bei der Aufklärung und Verhütung von Krankheitsübertragung vom Tier auf den Menschen (Zoonosen). Die BSE-Untersuchungen in einem akkreditierten Labor sind hierfür ein Beispiel.

Empfänger/Auftraggeber

Dienststellen der Behörde für Umwelt und Gesundheit; Wirtschafts- und Ordnungsämter sowie Gesundheits- und Umweltämter der Hamburger Bezirke; Wirtschaftsbehörde; Staatsanwaltschaft; Behörden und Dienststellen des Bundes; Zoll-Dienststellen; öffentliche Institutionen; Verbraucher und Rechtsunterworfenen (Firmen);

Anlage 2.1

Produktbezogene Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Ergebnis 2002
Stellen	102,77	102,30	102,30
Untersuchungen ²²	100.000	130.000	110.000
Probenanzahl	14.500	19.000	15.645
Aufträge an das Institut für Hygiene und Umwelt ²³	13.350	17.600	14.115
Lebensmittelüberwachung in Hamburg gemäß der Anordnung des Senats über die Zuständigkeiten der Durchführung der Lebensmittelüberwachung			
Aufträge	10.700	²⁴ 10.700	11.252
davon BSE	2.700	2.700	2.753
Untersuchungsaufträge pro Tausend Einwohner ²⁵			
(bei 1,7 Mio. Einwohner) ohne BSE-Untersuchungen	4,7	4,7	5,0
mit BSE-Untersuchungen	6,3	6,3	6,6
Aufträge pro Sachverständigem (19,3) pro Jahr	554	554	582
Importkontrollen, Anzahl der Aufträge ²⁶	2.000	²⁷ 3.200	2.162
Untersuchungen und Begutachtungen im behördlichen/ gesundheitspolitischen Auftrag			
a. Behördliche Aufträge ²⁸	400	400	434
b. vom HU akquirierte Aufträge ²⁹	250	³⁰ 3.300	267
Anzahl der Proben-Gutachten ³¹			4.080
Mitwirkung an Betriebskontrollen ³²			300
Qualitätskontrolle/ Ringversuche	100	100	103

Produkt 2: Gesundheitsschutz

Schwerpunkte:
- <u>Mikrobiologischer Verbraucherschutz:</u> Hygienisch-mikrobiologische Laboruntersuchungen, klinisch-mikrobiologische und serologische Untersuchungen, mikrobiologische Darmdiagnostik, Referenzzentrum für Enteritiserreger, veterinärmedizinische Diagnostik (ohne BSE-Diagnostik) ³³ , virologische Untersuchungen. <u>Aufgaben in originären Hygiene-Angelegenheiten:</u> Krankenhaushygienische und städtehygienische Begutachtungen und Beratungen, Schädlingsbekämpfung.
- <u>Impfmedizin und Infektionsepidemiologie:</u> Schutzimpfungen und Impfberatung, Masern-Mumps-Röteln-Programm an den Schulen, Fachberatung und

²² Die Leistungskennzahlen (Untersuchungen, Proben, Aufträge) weisen in 2003 eine deutliche Steigerung aus. Hier greift eine EU-Verordnung, die erhebliche zusätzliche Importuntersuchungen notwendig macht. Diese Verordnung hat voraussichtlich über 2003 hinaus keinen Bestand.

²³ Untersuchungs-Aufträge umfassen mehr als eine Probe, wenn es entsprechende rechtliche Vorgaben zur Probeentnahme gibt oder bestimmte analytische Zielsetzungen zur Produktions-/ Produktkontrolle dies erforderlich machen.

²⁴ Die Leistungskennzahlen in 2003 wurden der aktuellen Entwicklung angepasst. Die Planzahlen wurden hier reduziert, um zusätzliche Importkontrollen realisieren zu können.

²⁵ EU- und Bundesratsempfehlung: 5 Proben pro Tausend Einwohner; Proben entsprechen hier Aufträgen. Durch die Einbeziehung der BSE-Untersuchungen hat sich diese Quote erhöht.

²⁶ Aufträge vom Veterinäramt Grenzdienst (Fleisch, Fisch, Honig etc). Mykotoxine (Pistazien, Haselnüsse, Muskatnüsse) Aufträge vom Zoll (Wein). Importkontrollen sind abhängig vom Warenumsatz des Importplatzes Hamburg und von EU-Importregelungen.

²⁷ Die Leistungskennzahlen in 2003 wurden der aktuellen Entwicklung angepasst. Eine Zunahme erfolgt wegen zusätzlicher Importkontrollen auf Tierarzneimittel (Nitrofurantol- und Chloramphenicol-Untersuchungen).

²⁸ Aufträge von der BUG; von S-H und M-V im Rahmen der Norddeutschen Kooperation; Aufträge nach §3 Strahlenschutzverordnung; Radioaktivität in Pilzen; Muttermilch; Ringversuche; sonstige Amtshilfe;

²⁹ Sonstige Auftraggeber (Arge Elbe; Taiwan)

³⁰ Temporäre Zunahme wegen Übernahme von Nitrofurantol-Untersuchungen in Amtshilfe für das Bundesland Bremen.

³¹ Bei beanstandeten oder bemängelten Planproben; bei Verfolgs-, Verdachts- und Beschwerdeproben; bei Zollproben; keine Prognose möglich.

³² Mitwirkung bei Probennahme, bei Belehrungen von Rechtsunterworfenen oder bei Überprüfung eines Betriebs; keine Prognose möglich

³³ Die BSE-Untersuchungen werden im Bereich der Veterinärmedizinischen Diagnostik durchgeführt. Sie gehören zum Produkt Lebensmittelüberwachung.

Auskünfte des Impfzentrums, Infektionsepidemiologie.

Die notwendigen Leistungsanpassungen an veränderte Bedarfe beim mikrobiologischen Verbraucherschutz und beim Infektionsschutz (als Auswirkung des neuen Infektionsschutzgesetzes gingen die Einsendungszahlen in den Bereichen Darmdiagnostik, Virologie und Serologie deutlich zurück, andere Bereiche wie Infektionsepidemiologie nahmen an Bedeutung zu) sind mittlerweile realisiert, so dass sich diese Neuausrichtung des Produkts in den Schwerpunkten abbildet. Hierbei werden aufgrund aktueller Entwicklungen nach wie vor Ressourcen vom Gesundheitsschutz in den Verbraucherschutz temporär transferiert.

Die aktuellen personellen, räumlichen und apparativen Gegebenheiten ermöglichen ein schnelles und angemessenes Reagieren des öffentlichen Gesundheitsdienstes auf die immer wieder auftretenden infektionsbedingten Problematiken und aktuell hinzutretende Bedrohungen (z.B. Salmonelloseausbrüche, nosokomiale Infektionen, Milzbrand).

Empfänger

Patienten, Krankenhäuser, Ärzte, Bezirksamter und Behörden

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Ergebnis 2002
Stellen	130,50	130,50	130,50
Mikrobiologischer Verbraucherschutz			
- Hygienisch-mikrobiologische Laboruntersuchungen	85.000	³⁴ 85.000	85.960
- Laboruntersuchungen Klinische Mikrobiologie ³⁵	120.000	120.000	121.721
- Laboruntersuchungen Serologie	41.000	41.000	40.907
- Mikrobiologische Darmdiagnostik ³⁶	65.000	65.000	68.712
- Untersuchungen auf Enteritiserreger ³⁷	63.000	63.000	63.577
- Veterinärmedizinische Laboruntersuchungen (ohne BSE) ³⁸	6.000	6.000	13.500
- Laboruntersuchungen Virologie ³⁹	7.000	7.000	8.683
Hygiene (Begutachtungen; Beratungen; Schädlingsbekämpfungen)			
- Krankenhaushygienische Begutachtungen	10.000	10.000	11.738
- Städtehygienische Begutachtungen	2.500	2.500	2.771
- Schädlingsbekämpfungen ⁴⁰	27.000	27.000	48.559
Impfmedizin und Infektionsepidemiologie			
- Schutzimpfungen und Impfberatungen, inkl. Masern-Mumps-Röteln-Programm an den Schulen	18.000	18.000	18.145
- Fachberatungen und Auskünfte des Impfzentrums	25.000	25.000	25.000
Summe Untersuchungen, etc.	469.500	469.500	509.273
Qualitätskontrolle ⁴¹	100%	100%	100%

³⁴ Die Leistungskennzahlen in 2003 wurden der aktuellen Entwicklung angepasst.

³⁵ Die Leistungskennzahlen in 2003 und 2004 wurden der aktuellen Entwicklung angepasst. Hintergrund für den Rückgang von 160.000 auf 120.000 Untersuchungen ist jedoch im Wesentlichen eine neue Zählweise im neuen Laborsystem.

³⁶ Hintergrund für die Zunahme der Untersuchungen in 2002 von rd. 32.000 auf rd. 69.000 Untersuchungen ist im Wesentlichen eine neue Konfiguration im neuen Laborsystem.

³⁷ Hintergrund für die Zunahme der Untersuchungen in 2002 von rd. 23.000 auf rd. 63.000 Untersuchungen ist im Wesentlichen eine neue Konfiguration im neuen Laborsystem.

³⁸ Die gestiegene Anzahl veterinärmedizinischer Untersuchungen in 2002 hängt zusammen mit der turnusmäßigen Blutuntersuchungen an Rindern (alle 2-3 Jahre) sowie an einer neuen Verordnung (IBR), nach der Rinder über neun Monaten serologisch untersucht werden müssen. Die Planzahlen für 2003 und 2004 orientieren sich wieder an den Vorjahreszahlen.

³⁹ Die Leistungskennzahlen 2002 waren wegen der Norwalk-Ausbrüche relativ hoch. Die Planzahlen für 2003 und 2004 orientieren sich wieder an den Vorjahreszahlen.

⁴⁰ Der Rückgang der Schädlingsbekämpfungen hängt zusammen mit dem Auslaufen des Vertrages mit der Hamburger Stadtentwässerung. Danach entfallen voraussichtlich rd. 18.000 Rattenbekämpfungen im Sielnetz. Die Ausgangsplanzahlen von 45.000 für den Gesamtbereich Schädlingsbekämpfung in 2003 und 2004 reduzieren sich damit auf 27.000.

⁴¹ Die Qualität der Leistungen (der Teilleistungen) wird durch interne und externe Kontrollen (Ringversuche) ständig überprüft.

Produkt 3: Umweltuntersuchungen

<p><i>Ziele des Produktes und Erläuterungen zur Entwicklung</i></p> <p>Z1: Erhebung des Zustandes der Gewässer als Grundlage für die Erstellung von Maßnahmenprogrammen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (2000/60/EG), der Richtlinie über gefährliche Stoffe (76/464/EWG), der Fischgewässerrichtlinie (78/659/EWG) und der Badegewässerrichtlinie (76/160/EWG).</p> <p>Z2: Durchführung und Bewertung von Boden- und Abfall-(Produkt-)untersuchungen, Optimierung der Radioaktivitätsuntersuchungen zur rationellen Erfüllung der Aufgaben gemäß Strahlenschutzvorsorgegesetz, kontinuierliche Erweiterung des Methodenspektrums zur Überwachung gentechnisch veränderter Organismen, insbesondere unter Berücksichtigung der EU-Richtlinie über gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel.</p> <p>Z3: Sicherung bzw. Verbesserung der Luftqualität durch Umsetzung der EU-Luftqualitätsrahmenrichtlinie 96/62/EG und ihrer Tochterrichtlinien sowie der TA Luft, der 22. und 23. BImSchV durch entsprechende Untersuchungen, Information der Öffentlichkeit und Berichterstattung für die EU. Erfolgskontrolle von Luftreinhaltemaßnahmen bei Partikeln und Krebs erregenden Luftschadstoffen sowie hinsichtlich Ozon.</p> <p>Z4: Bereitstellung von organischen Einzelstoffanalysen bei schwierigen analytischen Fragestellungen. Untersuchung prioritärer organischer Stoffe nach EU-Wasserrahmenrichtlinie und Richtlinie 76/464/EWG. Verfügbarmachen der Datenbestände für Zugriffe über Intra- und Internet auf der Basis der in den Jahren 1999 - 2002 erneuerten Fachinformationssysteme.</p> <p>Mitwirkung bei der Schaffung rechtlicher Regelungen zu Untersuchung und Bewertung der Umwelt.</p>
<p><i>Leistungen</i></p> <p>L 1 Wasseruntersuchungen, Gewässergütemessnetz</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sachverständige Beratung innerhalb der FHH und in überregionalen Fachgremien zu Fragen der Qualität von Oberflächengewässern sowie von Grund-, Trink-, Deponiesicker- und Abwasser einschließlich deren Bewertung, zur Messstrategie und Messtechnik. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Untersuchungen von Oberflächengewässern und Grundwasser insbesondere in Wasserschutzgebieten (Pflanzenbehandlungsmittel, Arzneimittel, endokrin wirksame Stoffe u.a.) - Abschließende Bestandsaufnahme der Gewässer gemäß Anhang II der Wasserrahmenrichtlinie sowie Konzeption eines Pilot-Überwachungsprogramms gemäß Art. 8 und Anhang V. <p>L 2 Boden- und Abfalluntersuchungen</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Konzeptionierung von Untersuchungen, Probenahme und Analytik sowie Bewertung von Böden und Abfällen im Rahmen des vorsorgenden Bodenschutzes, der Altlastensanierung und des Flächenrecycling (Gefahrenabwehr und nachsorgender Bodenschutz) entsprechend BBodSchG (BBodSchV) bzw. Technische Regeln der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall etc. sowie im Rahmen der Überwachung und Amtshilfe gemäß KrW-AbfG, Strafrecht, SOG; Bereitstellen von Daten für den vorsorgenden Bodenschutz und eine nachhaltige Flächenentwicklung (HmbBodSchG - Bodeninformationssystem) - Überwachung der Umweltradioaktivität nach StrVG (Landesmessstelle für Umweltradioaktivität) und Bereitstellung von Ressourcen für Aufgaben des Katastrophenschutzes - Nachweis und Identifizierung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) im Rahmen der Überwachung gentechnischer Anlagen und Arbeiten nach dem GenTG und Überwachung freigesetzter und in Verkehr gebrachter GVO entsprechend der EU-Richtlinie für gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Untersuchungen von Oberböden unter landwirtschaftlicher und gärtnerischer Nutzung vorrangig auf den Flächen der Internationalen Gartenschau in Wilhelmsburg <p>L 3 Luftuntersuchungen, Luftmessnetz</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Notifizierung privater Messinstitute nach §§ 26, 28 BImSchG und diversen BImSchVs sowie Qualitätsüberwachung ihrer Messpraxis. - Sachverständige Beratung innerhalb der FHH, in Bund/Länder-Arbeitsgruppen und in Normungsgremien zu Fragen der Luftqualität in Immission und Emission, ihrer Bewertung sowie zur Messstrategie und Messtechnik. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausgangsbeurteilung für Schwermetalle und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe im Rahmen der EU-Richtlinie 96/62/EG. - Untersuchungen zur Luftbelastung durch Feinstpartikel als Beitrag zur Revision der EU-Partikelgrenzwerte. <p>L 4 Medienübergreifende Aufgaben</p> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sicherung der Qualität von im Auftrag der Hamburgischen Verwaltung erbrachten Umweltanalysen durch ein Zulassungsverfahren für private Untersuchungsstellen gemäß HWaG, HmbAbwG, AbfKlärV sowie die Durchführung von Ringversuchen - Komplexe organische Einzelstoffanalytik in allen Umweltmedien

Stellen	106,99	⁴² 0	0
---------	--------	-----------------	---

<i>Leistungsbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Ergebnis 2002
Wegen reduziertem Mittelansatz ist generell von relativ stark abgesenkten Leistungszahlen in 2003 und 2004 gegenüber dem Jahr 2002 auszugehen.			
L 1: Wasseruntersuchungen, Gewässergütemessnetz:			
Wasseruntersuchungen			
- Anzahl Proben	<u>5.000</u>	<u>5.000</u>	<u>5.982</u>
- Anzahl Untersuchungen/ Parameter	<u>85.000</u>	<u>85.000</u>	<u>99.616</u>
Betrieb autom. Oberflächenwassergütemessnetz und bio-log. Frühwarnsystem (Messstationen)	9	9	11
Kosten Wassergütemessnetz in Tsd. EUR	500	500	619
Bestandserhebung gemäß WRRL in Teileinzugsgebieten (Gewässergütedaten)	8	8	-
Überwachung zu Ermittlungszwecken gemäß WRRL in Belastungsschwerpunkten	2	4	-
L 2: Boden- und Abfalluntersuchungen:			
Projekte	1	3	4
Untersuchungen von Böden, Altablagerungen und Abfällen			
- Anzahl Proben	<u>2.200</u>	<u>2.600</u>	<u>2.262</u>
- Anzahl Untersuchungen/ Parameter	<u>18.000</u>	<u>21.000</u>	<u>18.614</u>
Radioaktivitätsmessungen			
- Anzahl Proben	<u>125</u>	<u>125</u>	<u>254</u>
- Anzahl Untersuchungen/ Parameter	<u>5.000</u>	<u>5.000</u>	<u>9.652</u>
Untersuchungen im Rahmen der Überwachung nach §25 GenTG			
- Anzahl Proben	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>147</u>
- Anzahl Untersuchungen/ Parameter	<u>2000</u>	<u>2000</u>	<u>2.891</u>
Teilnahme an Ringversuchen	7	7	10
L 3: Luftuntersuchungen, Luftmessnetz:			
Luftmessstationen inkl. Luftmesswagen insgesamt	18	18	18
Verkehrsmessstationen	6	6	6
Luftuntersuchungen außerhalb des Luftmessnetzes			
- Anzahl Proben	<u>1.000</u>	<u>1.000</u>	<u>1.099</u>
- Anzahl Untersuchungen/ Parameter	<u>4.000</u>	<u>4.000</u>	<u>4.055</u>
Kosten für den Betrieb des Luftmessnetzes inkl. Messwagen in Tsd. EUR	1.325	1.325	1.404
Messorte für EU-Richtlinien außerhalb des Luftmessnetzes (Anzahl)	10	10	8

⁴² Die laut Drucksache in das HU übergeleiteten 106,99 Stellen werden im anliegenden Stellenplan erst 2004 ausgewiesen.

Anlage 2.1

<i>Leistungsbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Ergebnis 2002
Wegen reduziertem Mittelansatz ist generell von relativ stark abgesenkten Leistungszahlen in 2003 und 2004 gegenüber dem Jahr 2002 auszugehen.			
L 4: Medienübergreifende Aufgaben:			
Aufwendige organische Einzelstoffuntersuchungen			
- Anzahl Proben	<u>500</u>	<u>500</u>	<u>535</u>
- Anzahl Untersuchungen/ Parameter	<u>10.000</u>	<u>10.000</u>	<u>10.383</u>
Teilnahme an Ringversuchen	2	2	2
Summe Anzahl Proben	<u>8.925</u>	<u>9.325</u>	<u>10.279</u>
Summe Untersuchungen/Parameter	<u>124.000</u>	<u>127.000</u>	<u>145.211</u>

Produkt 4: Ausbildung

<p>Praxisnahe Ausbildung von Lebensmittelchemiker-Praktikanten, Hygienefachkräften und -beauftragten sowie Desinfektoren; Fortführung der etablierten Ausbildungsangebote für diplomierte Lebensmittelchemiker und Chemielaboranten; weiterer Aufbau der Hygiene-Ausbildung für Altenheime und Arzt- und Zahnarztpraxen</p> <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aus- und Weiterbildung in Hygiene und Mikrobiologie (P 1) - Ausbildung und Prüfung von Lebensmittelpraktikanten (P 2) - Ausbildung von Chemielaboranten; derzeit 4 AZUBIS bei HU 4 ; eine Erweiterung der Ausbildungskapazität wird angestrebt. - Sonstige Ausbildung, Hospitanten, Praktikanten
<p><i>Empfänger</i></p> <p>Teilnehmerinnen und Teilnehmer bzw. entsendende Institutionen; Landesprüfungsamt</p>

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Ergebnis 2002
Stellen ⁴³	18,60	18,60	18,60
Angebotene <u>Unterrichtsstunden</u> im Rahmen der Aus- und Fortbildung von Hygienefachkräften, Desinfektoren, etc. (P 1)	460	460	570
<u>Teilnehmerstunden</u> im Rahmen der Aus- und Fortbildung von Hygienefachkräften, Desinfektoren, etc. (P 1) ⁴⁴	-	-	12.540
Anzahl der Lebensmittelchemiker-Praktikanten (P 2)	24	24	25
Anzahl der Prüfungen zum 2. Staatsexamen für Lebensmittelchemiker (P 2) ⁴⁵	72	72	72
Anzahl der Ausbilder für Lebensmittelchemiker (P 2)	8	8	8
Seminar-, Betreuungs- und Prüfungsaufwand (in Std.) für Lebensmittelchemiker-Praktikanten (P 2)	2.500	2.500	2.500
Durchschnittliche Teilnehmerzahl aller Veranstaltungen (P1): Teilnehmerstunden/ Unterrichtsstunden ⁴⁶	-	-	22
Durchschnittlicher Ausbildungsaufwand pro Ausbilder (P2)	13%	13%	13%
Anzahl Praktikanten ⁴⁷			25

⁴³ Jeweils inklusive 12 Stellen Lebensmittelchemiker-Praktikanten

⁴⁴ Keine Prognose für 2003 und 2004 möglich, weil abhängig von Meldungen.

⁴⁵ Seit September 1999 Alleinverantwortung für die Lebensmittel-Rechtsprüfungen durch den Prüfungsvorsitzenden im HU

⁴⁶ Keine Prognose für 2003 und 2004 möglich, weil abhängig von Meldungen.

⁴⁷ Keine Prognose für 2003 und 2004 möglich.

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne
Kapitel 8630	Institut für Hygiene und Umwelt

I. Stellenbestand

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 1,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 11,50 Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
Beamtinnen/ Beamte Planstellen						
B 3	1,00			0,00		
A 16	4,00			3,00		
A 15	8,00			7,00		
A 14	19,00			10,00		
A 13	6,00	1,00	1)	4,00		<i>kw: 1,00 BesGr. A 13 Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder</i>
A 13	1,00			1,00		
A 11	4,00			2,00		
A 10	1,00			1,00		
A 9	1,00			0,00		
Summe:	45,00			28,00		

- B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
- A 16 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (1,00), Leitende Veterinärdirektorin/ Leitender Veterinärdirektor (1,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor (2,00)
- A 15 Veterinärdirektorin/ Veterinärdirektor (1,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor (7,00)
- A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00), Oberveterinärärztin/ Oberveterinärarzt (3,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (15,00)
- A 13 Baurätin/ Baurat (1,00), Medizinalrätin/ Medizinalrat (1,00), Veterinärärztin/ Veterinärarzt (1,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (3,00)
- A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
- A 11 Gewerbeamtfrau/ Gewerbeamtmann (1,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (1,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
Angestellte						
I	1,00			1,00		
I a	1,00			0,00		
II a/I a	13,00	1,00	2)	13,00		<i>kw: 1,00 VergGr. II a/I a bei Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder</i>
I b	6,00	1,00	3)	0,00		

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
A 14				8,00					8,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
Summe Beamtinnen/ Beamte				17,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17,00	
I a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
I b				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
A 13	1) kw: 1,00 BesGr. A 13 Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder	
I b	3) kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			Vermerk Nr.	2003		Vermerke
	Anzahl	davon			Anzahl		
Angestellte							
II a hD	15,00	1,00	4)	10,50		<i>kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggenburger Straße</i>	
III	4,25	1,00	5)	0,00		<i>kw: 1,00 VergGr. III nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder</i>	
IV a	18,00	1,00	6)	3,00		<i>kw: 1,00 VergGr. IV a nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggenburger Straße</i>	
IV b	3,00			2,00			
V b gD	49,50	1,50	7)	33,00		<i>kw: 1,50 VergGr. V b gD nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggenburger Straße</i>	
		2,00	8)			<i>kw: 2,00 VergGr. V b gD nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder</i>	
V b mD	3,50			2,50			
V c	63,87	1,00	9)	42,37		<i>ku: 1,00 VergGr. V c nach VergGr. VI b nach Freiwerden der Stelle</i>	
VI b	43,00	1,00	10)	38,00		<i>kw: 1,00 VergGr. VI b nach Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg</i>	
		1,00	11)			<i>kw: 1,00 VergGr. VI b nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>	
VII	15,02			12,52			
IX b/VII	7,00			6,00			
VIII	27,26			20,52			
Kr. VIII	1,00			1,00			
Kr. VVI	1,00	1,00	12)	1,00		<i>kw: 1,00 VergGr. Kr. VVI nach Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg</i>	
Summe:	272,40			186,41			
Nachwuchskräfte (Angestellte)*							
Nachwuchs hD	12,00			12,00			
Nachwuchs mD	4,00			0,00			
Summe:	16,00			12,00			

II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				7,00					7,00	
II a hD				2,50					2,50	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
II a hD				2,00					2,00	Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
III				4,25					4,25	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
IV a				15,00					15,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
IV b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
V b gD				16,50					16,50	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
V b mD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
V c				19,50					19,50	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
VI b				7,00					7,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
VII				2,50					2,50	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
IX b/VII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
VIII				6,15					6,15	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
<i>Summe Angestellte</i>	0,00	0,00	0,00	85,40	0,00	0,00	0,00	0,00	85,40	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	0,00	0,00	0,59	0,00	0,00	0,00	0,00	0,59	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>	0,00	0,00	0,00	85,99	0,00	0,00	0,00	0,00	85,99	
Nachwuchs mD				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 8700; Zusammenführung Fachamt f. Umweltuntersuchungen und Hygieneinstitut
<i>Summe Nachwuchskräfte (Angestellte)*</i>	0,00	0,00	0,00	4,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2004	alter Vermerk 2003
II a hD	4) kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Muggenburger Straße	
III	5) kw: 1,00 VergGr. III nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder	
IV a	6) kw: 1,00 VergGr. IV a nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Muggenburger Straße	

Einzelplan WI
Kapitel 8630

Wirtschaftspläne
Institut für Hygiene und Umwelt

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2004			2003	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
6	2,00			2,00	
4	3,00			3,00	
3	1,00			1,00	
2	4,50			3,50	
1	0,50			0,00	
1 (R)	14,46			15,46	
Summe:	25,46			24,96	
Summe (ohne *) insgesamt	342,86			239,37	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	103,49	0,00	0,00	0,00	0,00	103,49	

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg für das Haushaltsjahr 2004

Wirtschaftsplan

des Bernhard-Nocht-Instituts Hamburg (§ 15 Abs. 2 LHO)

zugleich auch als Erläuterung zu den Titeln

8650.231.01	Zuweisungen des Bundes nach Art. 91 b GG für den Betrieb
8650.232.02	Zuweisungen der Länder nach Art. 91 b GG für den Betrieb
8650.331.02	Zuweisungen des Bundes nach Art. 91 b GG für Investitionen
8650.332.01	Zuweisungen der Länder nach Art. 91 b GG für Investitionen
8650.632.91	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne
8650.682.01	Zuweisung für Betriebskosten an das Bernhard-Nocht-Institut
8650.891.01	Zuweisungen für Investitionen an das Bernhard-Nocht-Institut

Der Wirtschaftsplan ist in analoger Anwendung der Verwaltungsvorschriften zu §§ 26, 74, 85 und 87 LHO zu bewirtschaften. Eine kaufmännische Buchführung wurde noch nicht eingeführt.

Rechtsgrundlage für die Finanzierung und Bewirtschaftung ist die Rahmenvereinbarung zwischen Bund und den Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Artikel 91 b GG einschließlich der jeweils geltenden Ausführungsvereinbarung (AV-FE) und der Bewirtschaftungsrichtlinien für Einrichtungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL).

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Mit Zustimmung Hamburgs können in Einzelfällen außerhalb von Sozialplänen und Arbeitsrechtsstreitigkeiten Abfindungen gezahlt werden, wenn ein dienstliches Interesse am Ausscheiden besteht. Die durch das Ausscheiden freigewordene Stelle darf solange nicht wiederbesetzt werden, bis der Betrag der Abfindung erwirtschaftet ist zuzüglich weiterer zwei Monate.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250.000 EUR steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250.000 EUR übersteigen.

Anlage 2.2

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	– in Tsd. EUR –		
1	2	3	4
A. ERFOLGSPLAN			
<u>Einnahmen</u>			
1. Betriebseinnahmen			
10 Gebühren und Nutzungsentgelte	583	583	624
11 Einnahmen aus Vermietung/Verpachtung	6	6	8
12 Honorarabgaben	80	80	0
14 Einnahmen aus Veröffentlichungen, Patenten	0	0	0
16 Einnahmen priv. Nutzung Telefon	2	2	0
19 Vermischte Einnahmen	846	846	733
Summe 1.	1.517	1.517	1.365
2. Sonstige Einnahmen			
20 Zuweisungen/Zuschüsse Bund, EU sonst. Dritter Forschungsförderung	0	0	(4.615) ¹
282 Zuschüsse Dritter Investition Ghana			417
Summe 2.	0	0	417
3. Zinseinnahmen oder ähnliche Einnahmen			
...			
Summe 3.	0	0	0
<u>Gesamteinnahmen</u>	1.517	1.517	1.782

¹ Drittmittel werden nur nachrichtlich ausgewiesen

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	– in Tsd. EUR –		
1	2	3	4
A. ERFOLGSPLAN			
<u>Ausgaben</u>			
1. Materialausgaben			
51 Geräte und Ausstattungsgegenstände	485	484	482
60 Sachaufwand für Lehre und Forschung	48	44	102
61 Wirtschaftsbedarf	1.100	1.100	891
Summe 1.	1.633	1.628	1.475
2. Personalausgaben			
2.1 Gehälter und Löhne			
40 Beamtenbezüge	460	460	529
40 Angestelltenvergütungen	4.384	4.302	4.274
40 Arbeiterlöhne	1.345	1.345	1.238
40 Aushilfskräfte	389	421	370
44 Beschäftigungsentgelte	275	275	243
45 Personalausgaben Drittmittel			(2.064) ¹
Summe 2.1	6.853	6.803	6.654
2.2 Soziale Abgaben und Ausgaben für Altersversorgung und für Unterstützung			
42 Versorgungsbezüge für Beamte	138	90	62
42 Versorgungsbezüge für Angestellte	461	481	448
42 Versorgungsbezüge für Arbeiter	142	130	130
41 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	15	15	0
48 Fürsorgeleistungen	3	3	10
49 Personalausgaben forschungsbedingter Mehraufwand	352	352	308
Summe 2.2	1.111	1.071	958
Summe 2.	7.964	7.874	7.612
3. Sonstige betriebliche Ausgaben			
3.1 Personalbedingte Ausgaben			
46 Umzugskosten, Trennungsschädigung	102	102	63
55 Aus- und Fortbildung	3	3	3
Summe 3.1	105	105	66
3.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
52 Bewirtschaftung	504	504	450
53 Unterhaltung	206	206	189
54 Mieten und Pachten	25	22	27
Summe 3.2	735	732	666
3.3 Ausgaben für den Geschäftsbetrieb			
50 Verwaltungsbedarf	297	295	330

¹ Drittmittel werden nur nachrichtlich ausgewiesen

Anlage 2.2

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	– in Tsd. EUR –		
1	2	3	4
56 Erstattungen und Zuschüsse	146	138	142
57 Sachaufwand PCR-Diagnostik	0	0	123
59 Sonst. Sachaufwand Verwaltung	40	30	64
Summe 3.3	483	463	659
3.4 Übrige sonstige Ausgaben			
64 Entgelte für Dienstleistungen Dritter	32	32	8
62 Sachaufwand Drittmittel			(2.018) ¹
Investitionen Drittmittel			(242) ¹
68 Lagerentnahme Klinik	0	0	58
Summe 3.4	32	32	66
Summe 3.	1.355	1.332	1.457
4. Zinsausgaben und ähnliche Ausgaben			
... ..			
Summe 4.	0	0	0
5. Steuern			
... ..			
Summe 5.	0	0	0
<u>Gesamtausgaben</u>	10.952	10.834	10.544
<u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u>	9.435	9.317	8.762

¹ Drittmittel werden nur nachrichtlich ausgewiesen

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	VE 2004	Ansatz 2003	VE 2003	Ergebnis 2002
	– in Tsd. EUR –				
1	2	3	4	5	6
B. Finanzierungsplan					
I. Finanzbedarf					
1. Investitionen					
701 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	153		153		112
702 Baumaßnahmen des Hochbaus	4.090	8.180	4.090	12.270	1.271
811 Ersatzbeschaffung Fahrzeuge	25		26		0
812 Maschinen und Anlagen	343		342		208
813 Einführung KLAR	0		0		0
Summe 1.	4.611	8.180	4.611	12.270	1.591
2. Sonstiger Finanzbedarf					
Jahresfehlbetrag	9.435		9.317		8.762
Festgelegte Deckungsmittel					3.931
Summe 2.	9.435	0	9.317	0	12.693
Gesamtsumme Finanzbedarf	14.046	8.180	13.928	12.270	14.284
II. Deckungsmittel					
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel					1.757
300 Zuweisung FHH zu den Betriebskosten	3.539		3.495		3.329
(8650.682.01; 632.91)					
310 Zuweisung Länder zu den Betriebskosten	1.179		1.164		1.110
(8650.682.01; 232.02)					
320 Zuweisung Bund zu den Betriebskosten	4.717		4.658		4.438
(8650.682.01; 231.01)					
330 Zuweisung FHH zu den Investitionen	2.259		2.259		1.771
(8650.891.01)					
340 Zuweisungen Bund zu den Investitionen	2.306		2.306		1.825
(8650.891.01/8650.331.02)					
350 Zuweisungen Länder zu den Investitionen	46		46		54
(8650.891.01/8650.332.01)					
... Nicht gedeckter Finanzbedarf (Vortrag auf das Folgejahr)					
Summe Deckungsmittel	14.046	0	13.928	0	14.284

ERLÄUTERUNGEN

Kurzbeschreibung des BNI

Das Bernhard-Nocht-Institut (BNI) ist seit dem Haushaltsjahr 2002 eine Einrichtung der Behörde für Umwelt und Gesundheit (BUG) der Freien und Hansestadt Hamburg. Es wurde im Jahre 1900 gegründet mit dem Auftrag, sich tropenmedizinischer Forschung und der Behandlung von Patienten mit tropischen Infektionskrankheiten zu widmen. Gegenstände der heutigen Forschungsaktivitäten sind:

- die molekular- und zellbiologischen Mechanismen der Pathogenität von Erregern tropischer Infektionen
- die immunologischen Grundlagen der Interaktionen zwischen Erreger und Wirt
- die genetische Grundlage der Resistenz gegen diese Erreger
- die Reservoirs und Überträger tropenmedizinisch relevanter Erreger
- die klinische Forschung mit Patienten, die an tropischen Infektionen erkrankt sind.

Die Forschung wird nach der „Rahmenvereinbarung Forschungsförderung“ durch den Bund und die Länder sowie durch die Hansestadt Hamburg finanziert. Daneben wirbt das Institut in großem Umfang Drittmittel ein, z.B. bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Europäischen Gemeinschaft, der Weltgesundheitsorganisation, dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie und bei verschiedenen Stiftungen.

Erläuterungen

Auf der Grundlage der getroffenen Regelungen und Vereinbarungen in den Wirtschaftsplanverhandlungen vom 18.02.2003 wird eine Veranschlagung für 2004 in einem Wirtschaftsplan für den Bereich Forschung vorgelegt.

Seit 1998 finanziert sich die Klinik des BNI ausschließlich aus Einnahmen für die stationäre und ambulante Krankenversorgung.

Mit dem Krankenhausplan 2005 werden die Betten der klinischen Abteilung des BNI auch nach dem HmbKHG gefördert.

I. Erfolgsplan

1. Einnahmen im Erfolgsplan

10

bis - Einnahmen -

19

2. Ausgaben im Erfolgsplan

40

bis - Personalausgaben -

49

- Allgemeine Erläuterungen –

Ab 01.01.2004 wird 1 Stelle BAT Vb aus dem Stellenplan gestrichen, zur Erfüllung der Bundesvorgabe zur Absenkung des Stellenbestandes um 1,5%.

Gem. Wirtschaftsplanverhandlung vom 18.02.2003 wurden 90 Tsd. EUR zweckgebunden für die Pathologie des BNI bewilligt (1 Stelle BAT Ib und 0,5 Stelle BAT Vb)

50

bis - Sachaufwand -

64

- Allgemeine Erläuterungen -

Gem. Wirtschaftsplanverhandlung vom 18.02.2003 wurde eine Erhöhung der Ansätze bei den Sach- und Fachausgaben um 28 Tsd. EUR (= + 1 %) vorgenommen.

II. Finanzierungsplan

Investitionen

701

bis - Investitionen -

811

- Allgemeine Erläuterungen -

- Die Ansätze des Jahres 2003 für die Kontogruppen 701, 811 und 812 wurden auf das Planjahr 2004 überrollt

Kontogruppe 702 (Hochbau):

- Erweiterungsbau Bernhard-Nocht-Institut

Der Ansatz für das Planjahr 2004 (4.090 Tsd. EUR) entspricht dem Zahlungsplan vom 19.02.2001.

Bzgl. des weiteren Mittelbedarfs wurde eine Prognose entsprechend des geplanten Baufortschritts vorgelegt. Die Teilnehmer der Wirtschaftsplanverhandlung waren sich darüber einig, dass schnellstmögliches Bauen anzustreben ist.

Der gem. Wirtschaftsplanverhandlung vom 19.02.2001 verabschiedete Zahlungsplan sieht folgende Raten in Tsd. EUR vor:

2001	2002	2003	2004	2005	2006
256	3.068	4.090	4.090	4.090	4.090

Außenstelle Afrika KCCR

Die Baumaßnahmen haben im März 2002 begonnen und werden plan- und vertragsgemäß im März 2003 beendet werden.

Umgestaltung Eingangsbereich

Die Umbaumaßnahmen im Eingangsbereich des BNI sind abgeschlossen und abgerechnet.

Klinische Abteilung – nachrichtlich

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	– in Tsd. EUR –		
1	2	3	4
A. ERFOLGSPLAN			
<u>Einnahmen</u>			
1. Betriebseinnahmen			
10 Gebühren und Nutzungsentgelte	5.113	5.113	5.399
12 Honorarabgaben	128	128	124
16 Einnahmen priv. Nutzung Telefon	7	7	2
19 Vermischte Einnahmen	51	51	45
Summe 1.	5.299	5.299	5.570
2. Sonstige Einnahmen			
Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Zusatzversorgung nach Ruhegeldrecht			
24 Einnahmen forschungsbedingter Mehraufwand	153	153	142
29 Sonstige zweckgebundenen Einnahmen	114	114	10
Summe 2.	267	267	152
3. Zinseinnahmen oder ähnliche Einnahmen			
...			
Summe 3.	0	0	0
<u>Gesamteinnahmen</u>	5.566	5.566	5.722

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	– in Tsd. EUR –		
1	2	3	4
A. ERFOLGSPLAN			
<u>Ausgaben</u>			
1. Materialausgaben			
51 Geräte und Ausstattungsgegenstände	134	134	200
60 Sachaufwand für Lehre und Forschung	62	62	61
61 Wirtschaftsbedarf	1.155	1.155	1.164
Summe 1.	1.351	1.351	1.425
2. Personalausgaben			
2.1 Gehälter und Löhne			
40 Angestelltenvergütungen	2.270	2.270	2.416
40 Aufwand für zentrale Dienste (an Forschung)	767	767	600
44 Beschäftigungsentgelte	65	65	14
Summe 2.1	3.102	3.102	3.030
2.2 Soziale Abgaben und Ausgaben für Altersversorgung und für Unterstützung			
42 Versorgungsbezüge für Angestellte	261	261	253
48 Sonst. Personalaufwand	1	1	260
47 Personalaufwand Impfauskunft	0	0	103
Summe 2.2	262	262	616
Summe 2.	3.364	3.364	3.646
3. Sonstige betriebliche Ausgaben			
3.1 Personalbedingte Ausgaben			
55 Aus- und Fortbildung	6	6	8
Summe 3.1	6	6	8
3.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
52 Bewirtschaftung	180	180	183
53 Unterhaltung	62	62	62
54 Mieten und Pachten	7	7	13
Summe 3.2	249	249	258
3.3 Ausgaben für den Geschäftsbetrieb			
50 Verwaltungsbedarf	140	140	119
56 Erstattungen und Zuschüsse	280	280	266
57 Speiseversorgung Klinik	337	337	286
59 Sonst. Sachaufwand Verwaltung	70	70	75
Summe 3.3	827	827	746
3.4 Übrige sonstige Ausgaben			
64 Entgelte für Dienstleistungen Dritter	25	25	35
Summe 3.4	25	25	35

Anlage 2.2

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	– in Tsd. EUR –		
1	2	3	4
Summe 3.	1.107	1.107	1.047
4. Zinsausgaben und ähnliche Ausgaben			
Summe 4.	0	0	0
5. Steuern			
Summe 5.	0	0	0
<u>Gesamtausgaben</u>	5.822	5.822	6.118
<u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u>	256	256	396

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	VE 2004	Ansatz 2003	VE 2003	Ergebnis 2002
	– in Tsd. EUR –				
1	2	3	4	5	6
B. Finanzierungsplan					
<u>I. Finanzbedarf</u>					
1. Investitionen					
701 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	25		25		177
812 Maschinen und Anlagen	50		50		57
Summe 1.	75	0	75	0	234
2. Sonstiger Finanzbedarf					
<u>Jahresfehlbetrag</u>	256		256		396
Festgelegte Deckungsmittel					99
Summe 2.	256	0	256	0	495
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	331	0	331	0	729
<u>II. Deckungsmittel</u>					
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	256		256		644
Zuweisungen für Investitionen	75		75		85
... Nicht gedeckter Finanzbedarf (Vortrag auf das Folgejahr)					
<u>Summe Deckungsmittel</u>	331	0	331	0	729

Produktinformationen

Produktgruppe 20: Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin

(Wirtschaftsplanbereich nach § 15 LHO)

Kapitel 8650

<i>Wirtschaftsplan</i> daten	Plan 2004	Plan 2003	Ergebnis 2002 ¹
Einnahmen in Tsd. EUR	1.517	1.517	1.782
Fiktive Einnahmen in Tsd. EUR	9.435	9.317	8.762
Personalausgaben in Tsd. EUR	7.964	7.874	7.612
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	2.988	2.960	2.932
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	4.611	4.611	1.548
Stellen ²	225,21	225,21	225,21

Ziele der Produktgruppe

Z 1: Ausprägung des Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin als Deutsches Kompetenzzentrum für Tropenmedizin und klinisches Referenzzentrum für Tropenmedizin und Infektionskrankheiten. Das BNI ist ab 01.01.2002 zum „Nationalen Referenzzentrum für tropische Infektionen“ bestellt worden.

Z 2: Überführung des BNI in eine neue Rechtsform.

Produkte – Überblick

P 1 Tropenmedizinische Forschung inkl. tropenmedizinischer Diagnostik

P 2 Kooperative Forschungsstation in Ghana

P 3 Reisemedizinisches Zentrum

P 4 Internistische Klinik mit dem Schwerpunkt tropische Infektionskrankheiten

P 5 Lehr- und Weiterbildungsveranstaltungen auf dem Gebiet tropischer Infektionskrankheiten und Reisemedizin

Produkt 1: Tropenmedizinische Forschung inkl. tropenmedizinischer Diagnostik

Erläuterungen/Schwerpunkte:

- konsequente Fortsetzung der biotechnologischen Forschung auf dem Gebiet der tropischen Infektionskrankheiten mit den Forschungsschwerpunkten:
- Malaria
- Hämorrhagische Fieber
- Amöbiasis
- Filariasis und
- HIV

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Ergebnis 2002
Zahl der durchgeführten Drittmittelprojekte für in- und ausländische Drittmittelgeber	85	85	86
Wissenschaftliche Veröffentlichungen	135	130	132

Produkt 2: Kooperative Forschungsstation in Ghana

Erläuterungen/Schwerpunkte:

- Ausbau der kooperativen Forschungsstation in Ghana Kumasi Centre for Cooperative Research (KCCR)

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Ergebnis 2002
Durchgeführte Projekte am KCCR			
- interne (BNI)	10	10	13

¹ In die Ergebnisse der Sach- und Fachausgaben sowie der Investitionsausgaben sind die Zuweisungen mit Soll = Ist eingeflossen.

² Zuzüglich sonstigem Personalbedarf in 2004 (4 Stellen).

Anlage 2.2

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Ergebnis 2002
- externe (Internationale Projekte)	7	6	4
Produkt 3: Reisemedizinisches Zentrum			
Erläuterungen/Schwerpunkte:			
- Ausbau des Reisemedizinischen Zentrums			
<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Ergebnis2002
Zahl der durchgeführten Impfauskünfte	17.000	16.500	13.500
Impfungen ohne Beratung	7.000	6.500	5.825
Produkt 4: Internistische Klinik mit dem Schwerpunkt tropische Infektionskrankheiten			
Erläuterungen/Schwerpunkte:			
- optimale diagnostische und therapeutische Betreuung von Patienten mit internistischen, Infektions- und Tropenkrankheiten einschließlich HIV und AIDS. Aufbau des „Überregionalen Behandlungszentrum Nord“.			
<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Ergebnis 2002
Zahl der stationär behandelten Patienten	1.500	1.500	1.324
Zahl der ambulant behandelten Patienten	5.900	5.900	5.840
Produkt 5: Lehr- und Weiterbildungsveranstaltungen auf dem Gebiet tropischer Infektionskrankheiten und Reisemedizin			
Erläuterungen/Schwerpunkte:			
- konsequenter Ausbau von Lehr- und Weiterbildungsveranstaltungen auf dem Gebiet der tropischen Infektionskrankheiten			
<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Ergebnis 2002
Kurs Tropenmedizin für Ärzte	1	1	1
Reisemedizinische Weiterbildung	6	6	4
Wissenschaftliche Lehrveranstaltungen	45	45	47
Dozenten mit Lehrverpflichtung an der Uni - Hamburg	7	7	7

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne
Kapitel 8650	Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin

I. Stellenbestand

kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw 2007	kw >2007	kw o.T.	Vermerke
					Anzahl der kw-Stellen 0,50	Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
Beamtinnen/ Beamte						
Planstellen						
A 15	7,00			7,00		
A 14	3,00			3,00		
A 13	1,00			1,00		
A 11	1,00			1,00		
Summe:	12,00			12,00		

A 15 Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor (7,00)
A 14 Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (3,00)
A 13 Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (1,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00)

2004				2003		Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl		
Angestellte						
nach I	1,00			1,00		
I	1,00			1,00		
I a	5,00			5,00		
II a/ I a	15,00			15,00		
I b	6,00			6,00		
II a hD	5,00			5,00		
IV a	3,00			3,00		
IV b	2,00			2,00		
V b gD	29,00			29,00		
V c	25,00	0,50	1)	25,00	Freigestelltes Personalratsmitglied	
VI b	8,50			8,50		
VII	5,50	0,50	2)	5,50	kw: 0,50 VergGr. VII nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)	
IX b/VII	3,00			3,00		
VIII	9,50			9,50		
Sonderregel.mD	3,04			3,04		
Kr. VIII	1,00			1,00		
Kr. VII	4,00			4,00		
Kr. VI	10,00			10,00		
Kr. IV a	34,00			34,00		
Summe:	170,54			170,54		
Arbeiterinnen/ Arbeiter						
6	3,00			3,00		
4	6,00			6,00		
3	1,00			1,00		
2	7,00			7,00		
1 (R)	25,67			25,67		
Summe:	42,67			42,67		
Summe (ohne *) insgesamt	225,21			225,21		

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne
Kapitel 8650	Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für das Haushaltsjahr 2004

Wirtschaftsplan
der Wassergütestelle Elbe
der Behörde für Umwelt und Gesundheit
(§ 15 Abs. 2 LHO)

Der Wirtschaftsplan ist analog der Verwaltungsvorschriften zu §§ 26, 74, 85 LHO zu bewirtschaften. Eine kaufmännische Buchführung wurde noch nicht eingeführt.

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Mehrerträge dürfen zur Deckung von Mehraufwendungen verwandt werden.
2. Die Ansätze für Personal- und Sachaufwand sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Unvorhergesehener Mehrbedarf, der nicht gedeckt werden kann, darf durch Auflösung von im Vorjahr nicht verbrauchten Deckungsmitteln gedeckt werden.
4. Verlustvorträge zur Abdeckung von Verlusten, die nicht durch Auflösung von im Vorjahr nicht verbrauchten Deckungsmitteln gedeckt werden können, dürfen gebildet werden, wenn die Abdeckung dieser Verluste in den Folgejahren durch Mehrerträge erwartet wird.

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	- in Tsd. EUR -		
1	2	3	4
A. ERFOLGSPLAN			
<u>Einnahmen</u>			
1. Betriebseinnahmen aus Kostenerstattung der Bundesländer			
Niedersachsen	158,95	196	194
Schleswig-Holstein	158,95	196	194
Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg je 1/2 Anteil	158,95	196	194
Sachsen-Anhalt	158,95	196	194
Sachsen	158,95	196	194
Hamburg	158,95	196	194
Summe 1.	953,70	1.176	1.164
2. Sonstige Einnahmen	0	0	0
Summe 2.	0	0	0
3. Zinseinnahmen und ähnliche Einnahmen	0	0	0
Summe 3.	0	0	0
<u>Gesamteinnahmen</u> ¹	953,70	1.176	1.164

¹ weniger in 2004 wegen Aufgabenreduzierung im Zusammenhang mit der Gründung der Flussgebietsgemeinschaft (FGG) Elbe mit eigener Geschäftsstelle

Anlage 2.3

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	- in Tsd. EUR -		
1	2	3	4
A. ERFOLGSPLAN			
<u>Ausgaben</u>			
1. Materialausgaben			
1.1 Hilfs- und Betriebsstoffe	15	18	15
1.2 Bezogene Leistungen	86,7	147	285
Summe 1.	101,7	165	300
2. Personalausgaben			
2.1 Gehälter und Löhne			
Beamtenbezüge	71	71	69
Angestelltenvergütungen	415	415	415
Summe 2.1	486	486	484
2.2 soziale Abgaben und Ausgaben für Altersversorgung und für Unterstützung			
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	83	83	77
Versorgungszuschläge – Beamte –	22	22	21
Versorgungszuschläge – Angestellte –	44	44	44
Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	0	0	1
Summe 2.2	149	149	143
Summe 2.	635	635	627
3. Sonstige betriebliche Ausgaben			
3.1 personalbedingte Ausgaben			
Reisekosten	25	25	19
Summe 3.1	25	25	19
3.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung			
Mieten, Unterhaltung Dienstgebäude	115	115	89
Summe 3.2	115	115	89
3.3 Ausgaben für den Geschäftsbetrieb			
sonstige betriebliche Ausgaben	51	51	41
Verwaltungsgebühren	26	26	25
Summe 3.3	77	77	66
3.4 übrige sonstige Ausgaben			
Koordinierung WRRL ²	0	159	0
Summe 3.4	0	159	0
Summe 3.	217	376	174
<u>Gesamtausgaben</u>	953,7	1.176	1.101
<u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u>	0	0	63

² Wegfall der Kosten wegen Verlagerung der Aufgaben auf die FGG-Elbe

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	VE 2004	Ansatz 2003	VE 2003	Ergebnis 2002
	- in Tsd. EUR -				
1	2	3	4	5	6
B. FINANZIERUNGSPLAN					
I. Finanzbedarf					
1. Investitionen					
Grunderwerb					
Baumaßnahmen					
Maschinen und Anlagen					
Fahrzeuge					
Betriebs- und Geschäftsausstattung					
Summe 1.	0	0	0	0	0
2. Sonstiger Finanzbedarf					
Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs					
Ablieferung an den Haushalt					
Jahresfehlbetrag					
Summe 2.	0	0	0	0	0
<u>Gesamtsumme Finanzbedarf</u>	0	0	0	0	0
II. Deckungsmittel					
Jahresüberschuss					63
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungs- mittel					133
Investitionszuschuss aus dem Haushalt (Titel ...)					
Betriebszuschuss aus dem Haushalt (Titel ...)					
<u>Gesamtsumme Deckungsmittel</u>	0	0	0	0	196
III. Noch verfügbare Deckungsmittel (+) ³	0	0	0	0	+ 196
Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)					

³ Die noch verfügbaren Deckungsmittel beinhalten Rückstellungen für die FGG in Höhe von 99.000 Euro

ERLÄUTERUNGEN

Die Wassergütestelle Elbe ist verwaltungsmäßig der Behörde für Umwelt und Gesundheit der Freien und Hansestadt Hamburg angegliedert. Die Grundlagen für die Arbeitsgemeinschaft für die Reinhaltung der Elbe als auch die verwaltungsmäßige Abwicklung zwischen den Elbeanliegerländern sind in der 1993 gemeinsam beschlossenen Verwaltungsvereinbarung festgelegt. Danach beschließen die sieben Länder in der ARGE ELBE den Haushaltsplanentwurf für die Wassergütestelle Elbe gemeinsam. Die Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung der Wassergütestelle Elbe werden entsprechend § 7 der Verwaltungsvereinbarung von den Ländern Hamburg, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein zu je einem Sechstel und von den Ländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu je einem Zwölftel getragen. Über die Ausgaben wird jährlich ein Verwendungsnachweis von der Wassergütestelle Elbe vorgelegt.

- Einnahmen im Erfolgsplan -

Ansatz 2004
in Tsd. EUR
953,7

Einnahmen von den o.a. Ländern

- Zuweisungen und Zuschüsse des Bundes, der EU und sonstiger Dritter
Kein Ansatz, da die Höhe der Einnahmen nicht vorhersehbar ist. Die entsprechenden Ausgaben werden bei den nachstehenden Kontengruppen geleistet.

- Ausgaben im Erfolgsplan -

1.	Materialausgaben		
1.1	Veranschlagt sind die Mittel für die Beschaffung, Reparatur und Unterhaltung von Geräten und Ausstattungsgegenständen	15	
1.2	Veranschlagt sind Entgelte für Hilfskräfte (Fremdpersonal) und Wassergüteuntersuchungen (Fremdlabore) einschließl. Sonderuntersuchungen gem. ARGE-ELBE-Messprogramm	86,7	
	Summe 1		101,7
2.	Personalausgaben		
	Die Veranschlagung erfolgt nach den für den Haushaltsplan der FHH geltenden Grundsätzen und berücksichtigt		
2.1	die Bezüge und Vergütungen der in der Wassergütestelle Elbe beschäftigten Beamten und Angestellten nach dem Besoldungs-/Tarifstand 2000 zuzüglich 1 % Steigerung	71 415	
	Summe 2.1		486
2.2	die entsprechenden Personalnebenkosten, Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte Versorgungszuschlag Beamte (30 %) + 4 % Beihilfe Versorgungszuschlag Angestellte (9 %)	83 22 44	
	Summe 2.2		149
3.	Sonstige betriebliche Ausgaben		
3.1	Reisekosten		25
3.2	Veranschlagt sind die Unterhaltung der Diensträume - Strom, Wasser, Heizungsnachzahlung, Entsorgung etc., Kfz-Unterhaltung Mieten f. Hubschrauber f. Messprogramme sowie Dienstgebäude, Miete Fotokopierer		115
3.3	sonstige betriebliche Aufwendungen Telefonkosten, Porto / Handkasse, Druckkosten / Bücher, Unterhaltung der Computer, Geschäftsbedarf sowie 4 % Verwaltungsgebühr auf die Bruttopersonalkosten	51 26	
	Summe 3.3		77

Produktinformation Wassergütestelle Elbe

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
<p>Z1: Verminderung der Belastungssituation der Elbe. Z2: Schaffung eines intakten ökologischen Umfeldes. Z3: Vertretung der Interessen der Partnerländer der ARGE-ELBE Z4: Mitwirkung bei der Umsetzung der Ziele der Ausschüsse „Hochwasserschutz“ sowie „Messen und Hydrologie“ Z5: Mitwirken bei Klassifizierungssystemen für die Qualitätskomponenten der EG-WRRL</p> <p>Folgende fachliche Entwicklungen sollen in 2004 weiterverfolgt werden: Analyse der Befunde im Zusammenhang mit dem Vollzug der Richtlinie 76/646/EWG für den Elbeschlauch und die Mündungen der Nebenflüsse und der damit verbundenen Maßnahmenprogramme.</p> <p>Insbesondere zählt zu den Entwicklungszielen die Schaffung eines intakten Naturhaushaltes, der den Pflanzen und Tieren auf der Basis eines guten ökologischen und chemischen Zustandes eine gesunde Lebensgrundlage bietet. Damit verbunden sind ausdrücklich auch solche Nutzungsmöglichkeiten durch den Menschen, die diesen Zielen nicht entgegenstehen. Entsprechende Maßnahmenprogramme werden den Weg dorthin bestimmen.</p> <p>Entsprechende Klassifizierungssysteme dienen der Einordnung der Befunde, die sich für die verschiedenen Qualitätskomponenten ergeben. Diskrepanzen zwischen dem bewerteten Ist-Zustand und dem geforderten guten Zustand zeigen den weiteren Handlungsbedarf auf.</p>
<i>Produkte</i>
<p>P 1 Messprogramme Erläuterungen: Die Fortführung und Weiterentwicklung von Standard-, Schwerpunkt- und Sondermessprogrammen dient der gezielten Erfassung des Ist-Zustandes. Anpassungen berücksichtigen die Erfordernisse der EG-WRRL.</p> <p>P 2 Berichte, Broschüren, Informationsblätter, Öffentlichkeitsarbeit Erläuterungen: Die Auswertung der Befunde und deren Veröffentlichung dient der kompetenten Unterrichtung der Kunden und Betroffenen.</p> <p>P 3 Vertretung der ARGE-ELBE-Interessen Erläuterungen: Die Ziele der ARGE ELBE sind in nationalen und internationalen Arbeitsgruppen, Ausschüssen und Gremien zu vertreten und unter Berücksichtigung von fachtechnischen und naturwissenschaftlichen Stellungnahmen schrittweise umzusetzen.</p>

	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ⁴	953,7	1.176	1.163	1.164
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	953,7	1.176	1.163	1.164
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	0	0	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	953,7	1.176	1.163	1.101
• Personalausgaben in Tsd. EUR	635	635	627	627
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	318,7	541	536	474
Stellen	10	10	10	10

⁴ weniger in 2004 wegen Aufgabenreduzierung und Gründung der Flussgebietsgemeinschaft (FGG) Elbe mit eigener Geschäftsstelle;

Anlage 2.3

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
<p>Einnahmen:</p> <p>Die Wassergütestelle Elbe ist verwaltungsmäßig der Behörde für Umwelt und Gesundheit der Freien und Hansestadt Hamburg angegliedert. Die Grundlagen für die Arbeitsgemeinschaft für die Reinhaltung der Elbe als auch die verwaltungsmäßige Abwicklung zwischen den Elbeanliegerländern sind in der 1993 gemeinsam beschlossenen Verwaltungsvereinbarung festgelegt. Danach beschließen die sieben Länder in der ARGE ELBE den Haushaltsplanentwurf für die Wassergütestelle Elbe gemeinsam. Die Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung der Wassergütestelle Elbe werden entsprechend § 7 der Verwaltungsvereinbarung von den Ländern Hamburg, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein zu je einem Sechstel und von den Ländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu je einem Zwölftel getragen.</p>
<p>Sach- und Fachausgaben :</p> <p>Die Sachausgaben ergeben sich im Wesentlichen durch:</p> <p>Gewässergüteuntersuchungen, die nicht von den landeseigenen Laboratorien geleistet werden können und deshalb in der Regel an Privatlaboratorien vergeben werden müssen. Es handelt sich bei den Gewässergüteuntersuchungen zum einen um die Durchführung systematischer Untersuchungen, die im Interesse aller Elbeanlieger als Gemeinschaftsaufgabe wahrzunehmen sind und zum anderen um spezielle Schadstoffanalysen, die nur in ausgewählten Speziallaboratorien durchgeführt werden können.</p> <p>Die Untersuchungsergebnisse sind sowohl im Hinblick auf die Vorbelastungssituation in der CR als auch im Hinblick auf die Belastung der Nordsee (internationale Nordseeschutzkonferenz) von großer Bedeutung.</p>

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Kalkulatorische Kosten in Tsd. EUR	28	28	28	28
- Raumkosten in Tsd. EUR	28	28	28	28
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	-	-	-	-
- innerbehördlich in Tsd. EUR	-	-	-	-
- überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	-	-	-	-

Produktbezogene Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
P 1: Messprogramme:				
Projekte	3	3	3	3
Wasseruntersuchungen (Anzahl Proben)	180	380	380	119
Schwebstoff-/Sedimentuntersuchungen (Anzahl Proben)	100	400	400	362
Biotauntersuchungen (Anzahl Proben)	130	150	150	123
Fischbestandskundliche Untersuchungen	-	8	8	6
Kosten für Wasseruntersuchungen in Tsd. EUR	14	25	49	21
Kosten Schwebstoff-/Sedimentuntersuchungen in Tsd. EUR	25	48	68	49
Kosten Biotauntersuchungen in Tsd. EUR	72	74	78	88
Kosten für Fischbestandskundliche Untersuchungen in Tsd. EUR	36	36	36	52
P 2: Berichte, Broschüren, Informationsblätter, Öffentlichkeitsarbeit:				
Projekte	3	3	3	3
Kosten für Berichte, Broschüren, Informationsblätter in Tsd. EUR	15	21	21	14

Produktbezogene Kennzahlen	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
P 3 Vertretung der ARGE-ELBE-Interessen:				-
Projekte	7	7	6	6
ARGE-ELBE-Ausschüsse	4	6	6	6
IKSE-Arbeitsgruppen	6	6	6	6
BUND-Länder-Messprogramm Nordsee /Ostsee	1	1	1	1
LAWA-Arbeitskreis	1	1	1	1
BWK-Arbeitskreis	1	1	-	-
Qualitätssicherungs-Arbeitsgruppen	2	2	2	2
Arbeitskreis Elbefischerei	1	1	1	1
Kosten für Dienstreisen in Tsd. EUR	18	18	18	19

Hinweis:

Diese Produktinformation entspricht dem Stand von Mai 2003. Es ist beabsichtigt, im Wege der Verwaltungsvereinbarung voraussichtlich im Herbst 2003 zwischen den beteiligten Bundesländern eine Flussgebietsgemeinschaft (FGG) ab 2004 zu gründen. Danach kann sich die vorstehende Produktinformation durch eine neue Aufgabenfestlegung zwischen der Wassergütestelle Elbe und der neuen FGG ändern.

Diese Einschränkung gilt entsprechend auch für den Wirtschaftsplan.

Einzelplan WI	Wirtschaftspläne	
Kapitel 8701	Wassergütestelle Elbe der Behörde für Umwelt und Gesundheit	

I. Stellenbestand

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 16	1,00			1,00	
Summe:	1,00			1,00	

A 16 Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00)

2004				2003	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I b	2,00			2,00	
III	2,00			2,00	
IV a	1,00			1,00	
V b gD	1,00			1,00	
V c	1,50			1,50	
VI b	1,00			1,00	
VII	0,50			0,50	
Summe:	9,00			9,00	
Summe (ohne *)	10,00			10,00	
insgesamt					

Einzelplan WI
Kapitel 8701

Wirtschaftspläne
Wassergütestelle Elbe der Behörde für Umwelt und Gesundheit

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg für das Haushaltsjahr 2004

Wirtschaftsplan des Sondervermögens für Naturschutz und Landschaftspflege der Behörde für Umwelt und Gesundheit (§ 26 Abs. 2 LHO)

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Mehreinnahmen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben verwandt werden.
2. Die Ansätze für Personal-, Sach-, und Unterhaltungsausgaben und Investitionen sind je für sich gegenseitig deckungsfähig.
3. Unvorhergesehener Mehrbedarf darf aus noch verfügbaren Deckungsmitteln gedeckt werden. Dabei dürfen die Personalmehrausgaben für befristete Beschäftigung von Personen im Rahmen von Dienst- und Honorarverträgen in der Behörde für Umwelt und Gesundheit einen Gesamtbetrag in Höhe von 36.000 EUR nicht übersteigen. Bis zu diesem Betrag wird die Behörde für Umwelt und Gesundheit ermächtigt, die notwendigen stellentechnischen Regelungen zu treffen.
4. Die Verzinsung der Guthaben des Sondervermögens erfolgt mit dem jeweiligen monatlich festgestellten durchschnittlichen Zinssatz, den die Freie und Hansestadt Hamburg für Tagesgelder bei der Hamburgischen Landesbank erhält bzw. erhalten würde.

Anlage 2.4

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	- in Tsd. EUR -		
1	2	3	4
A. ERFOLGSPLAN			
Einnahmen			
Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe der Behörde für Umwelt und Gesundheit			
1.1 Einnahmen aus Zahlungen von Privaten	0	3.770	3.641
1.2 Einnahmen aus Zahlungen anderer Behörden ¹	3.779	4.915	1.446
Summe 1.	3.799	8.685	5.087
2. Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe der Bezirke			
2.1 Einnahmen aus Zahlungen von Privaten	0	0	221
2.2 Einnahmen aus Zahlungen anderer Behörden	0	0	0
Summe 2.	0	0	221
3. Zinseinnahmen oder ähnliche Einnahmen			
3.1 Zinsen der Behörde für Umwelt und Gesundheit	0	0	80
3.2 Zinsen der Bezirke	0	0	20
Summe 3.	0	0	100
Gesamteinnahmen	3.779	8.685 ²	5.408

¹ Davon aus Altenwerder-Mitteln in 2002: 1.323 Tsd. EUR, in 2003: 2.067 Tsd. EUR und in 2004: 2.753 Tsd. EUR

² Die ursprünglich für 2003 prognostizierten Einnahmen aus Zahlungen von Privaten werden sich um rd. 3.600 Tsd. EUR reduzieren, weil sie bereits im Ergebnis 2002 enthalten sind. Auch die prognostizierten Einnahmen aus Zahlungen anderer Behörden haben sich aufgrund vorgezogener bzw. gestundeter Einnahmen verändert. Erwartet werden Einnahmen aus Zahlungen von Privaten in Höhe von 1.120 Tsd. EUR und Einnahmen aus Zahlungen anderer Behörden in Höhe von 3.880 Tsd. EUR, insgesamt 5.000 Tsd. EUR. Dadurch werden sich der Jahresüberschuss und die Zuführung an Rücklagen gegenüber des Ansatzes 2003 der Wirtschaftspläne 2003 und 2004 erheblich reduzieren.

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	- in Tsd. EUR -		
1	2	3	4
A. ERFOLGSPLAN			
Ausgaben			
1. Personalausgaben			
1.1 Gehälter und Löhne			
Beamtenbezüge	43	40	22
Angestelltenvergütungen	180	178	37
Beschäftigungsentgelte für vorübergehend Beschäftigte	0	0	0
Sonstige Personalausgaben (Zulagen, Überstundenentgelte und dgl.)	0	0	0
Summe 1.1	223	218	59
1.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte	38	38	9
Versorgungszuschlag für Beamte 30%	12	12	7
Versorgungszuschlag für Angestellte 9%	16	16	4
Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen 4%	2	2	1
Summe 1.2	68	68	21
Summe 1.	291	286	80
2. Sachausgaben			
2.1 Sachkosten			
Büroarbeitsplatzpauschale	22,8	22,8	14
Kosten für IuK-Geräte, Betriebsmittel	5,2	5,2	0
Summe 2.	28	28	14
3. Unterhaltungsausgaben			
3.1 Unterhaltung von Ausgleichsflächen der Behörde für Umwelt und Gesundheit	77	48	31
3.2 Unterhaltung von Ausgleichsflächen der Bezirke	2	2	0
Summe 3.	79	50	31
Gesamtausgaben	398	364	125
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	3.381	8.321³	5.283

³ Tatsächlich wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 4.022 Tsd. EUR in 2003 erwartet (vgl. Erläuterungen in Fußnote 2)

Anlage 2.4

Kontenbezeichnung	Ansatz 2004	Ansatz 2003	Ergebnis 2002
	- in Tsd. EUR -		
1	2	4	6
B. FINANZIERUNGSPLAN			
I. Finanzbedarf			
1. Investitionen			
Behörde für Umwelt und Gesundheit	3.055	4.200	1.146
Gründerwerb	460	250	336
Baumaßnahmen	2.595	3.950	810
Bezirksämter	175	115	16
Gründerwerb			2
Baumaßnahmen			14
Summe 1.	3.230	4.315	1.162
2. Sonstiger Finanzbedarf			
Zuführung an Rücklagen	151	4.006	4.121
Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs	0	0	0
Jahresfehlbetrag	0	0	0
Summe 2.	151	4.006	4.121
Gesamtsumme Finanzbedarf	3.381	8.321	5.283
II. Deckungsmittel			
Entnahme aus Rücklage			
Jahresüberschuss	3.381	8.321	5.283
Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel			
Summe Deckungsmittel	3.381	8.321⁴	5.283
III. Noch verfügbare Deckungsmittel (+)/			
Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)			

⁴ Tatsächlich wird eine Zuführung an Rücklagen in Höhe von 908 Tsd. EUR in 2003 erwartet (vgl. Erläuterungen in Fußnote 2)

ERLÄUTERUNGEN

Das Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege ist verwaltungsmäßig der Behörde für Umwelt und Gesundheit der Freien und Hansestadt Hamburg angegliedert.

Einnahmen im Erfolgsplan

Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe (§9 Abs.7 HmbNatSchG) sowie Einnahmen für von Dritten übernommenen Ersatzmaßnahmen (§9 Abs. 6 HmbNatSchG).

Diese werden sowohl von der Behörde für Umwelt und Gesundheit als auch den Bezirksämtern erhoben.

Unterschieden wird nach Einnahmen aus Zahlungen anderer Behörden und von Privaten. Letztere werden verzinst.

Die Einnahmeansätze sind von zukünftigen Senatsentscheidungen über Investitions-vorhaben und Infrastrukturmaßnahmen abhängig. Sie sind aufgrund langer Vorlaufzeiten von Plan-feststellungsbeschlüssen und, weil sie häufig erst nach Beendigung des Eingriffs fällig werden, schwer planbar.

Die Bezirke können Einnahmen schwer planen, da Eingriffe im Zuständigkeitsbereich der Bezirke keinen großen zeitlichen Vorlauf haben; es werden daher keine Planzahlen angegeben.

Zinseinnahmen sind nicht planbar; es werden daher keine Planzahlen angegeben.

Für die Durchführung von Ersatzmaßnahmen für Altenwerder stehen auf dem Haushaltstitel 7500.742.47 Mittel in Höhe von über 23 Mio. EUR zur Verfügung. Diese werden nach Planungs- und Baufortschritt von der Behörde für Wirtschaft und Arbeit abgefordert und an das Sondervermögen gezahlt. In 2002 wurden 1.323 Tsd. EUR für Planungs-, Investitions- und Unterhaltungskosten abgefordert. 2003 sollen 2.067 Tsd. EUR und 2004 2.753 Tsd. EUR abgefordert werden. Die in 2003 und 2004 darin beinhalteten 912 Tsd. EUR für Unterhaltungskosten sind abhängig von der Bereitschaft der Landwirte im Moorgürtel mit der Stadt Bewirtschaftungsverträge abzuschließen. Die Einnahmen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Altenwerder stehen unter dem Vorbehalt der noch anhängigen gerichtlichen Verfahren.

Die Einnahmen für 2004 setzen sich wie folgt zusammen:

**Ansatz 2004
in Tsd. EUR**

Behörde für Umwelt und Gesundheit
Bezirksämter

3.779
0

Summe:

3.779

Ausgaben im Erfolgsplan

Veranschlagt sind die Ausgaben für Personalkosten, Sach- und Unterhaltungsausgaben.

Personalkosten

Der Stellenplan des Sondervermögens weist 4 Stellen aus:

- Oberbaurat/Oberbaurätin BesGr. A 14 (derzeit besetzt mit Ang. BAT IIa),
- Regierungsamtmann/-frau BesGr. A 11,
- zwei Angestellte IIa BAT.

Die Personalkosten werden zunächst aus dem Personalbudget der Behörde für Umwelt und Gesundheit vorfinanziert und am Ende des Jahres vom Sondervermögen erstattet. Damit die Personalkosten noch dem Haushaltsjahr zu Gute kommen, in dem sie anfallen, wurden einmalig in 2002 nur die Kosten von Januar bis Oktober erstattet. Ab 2003 werden die Kosten der Monate November des Vorjahres bis Oktober des aktuellen Jahres erstattet.

Sachausgaben

Die Sachausgaben bestehen aus den Kosten für vier Büroarbeitsplatzpauschalen und den Kosten für IuK-Geräte bzw. Betriebsmittel. Diese Kosten werden der Behörde für Umwelt und Gesundheit erstattet. Ein Teil der erstatteten Kosten fließen den entsprechenden Ausgabebetiteln durch Haushalts-vermerk zu (Büroarbeitsplatzpauschale: 25%; IuK: 50%). Für 2002 wurden nur die Büroarbeitsplatz-pauschalen für die 2 Planstellen erstattet.

Unterhaltungsausgaben

Unterhaltungsausgaben fallen auf Grund langfristig abgeschlossener Bewirtschaftungsverträge jährlich an. Die Bewirtschaftungsentgelte sind langfristig festzulegen und müssen bei der Betrachtung der für Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel außer Acht gelassen werden.

Anlage 2.4

Für derzeit bestehende Bewirtschaftungsverträge werden für die langfristige Pflege Rücklagen in Höhe von 1.513 Tsd. Euro gebunden und verzinst. Darüber hinaus sind Mittel für unvorhersehbare Reparaturen und Baumaßnahmen vorzuhalten.

Aus weiteren Planfeststellungsbeschlüssen, deren Abgaben bereits an das Sondervermögen gezahlt wurden, ergeben sich neue Pflegeverpflichtungen, die nach der Umsetzung der Maßnahmen durch Bindung weiterer Rücklagen gesichert werden müssen.

1. Personalausgaben

Die Veranschlagung erfolgt nach dem Besoldungs-/Tarifstand / Netto-Personalkostentabelle 2002. Bei der Veranschlagung werden berücksichtigt

1.1 die Bezüge und Vergütungen der im Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege beschäftigten

Beamten und	43	
Angestellten	<u>180</u>	
	223	

1.2 die entsprechenden Personalnebenkosten, Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Angestellte Versorgungszuschlag Beamte (30%) Versorgungszuschlag Angestellte (10,5%) Beihilfe

	38	
	12	
	16	
	<u>2</u>	
	68	

Summe 1.

291

2. Sachausgaben

Es werden die Sachkosten für die Geschäftsführung des Sondervermögens veranschlagt. Diese setzen sich zusammen aus der Büroarbeitsplatzpauschale für 4 Büroarbeitsplätze

22,8

und der Kosten für IuK-Geräte und Betriebsmittel (4 Büroarbeitsplätze)

	<u>5,2</u>	
	28	

Summe 2.

28

3. Unterhaltungsausgaben

Veranschlagt sind die Kosten für die Unterhaltung von Ausgleichsflächen. Die Unterhaltungskosten verteilen sich wie folgt:

Behörde für Umwelt und Gesundheit

77

Bezirksämter

	<u>2</u>	
	79	

Summe 3.

79

Finanzierungsplan

I. Finanzbedarf

1. Investitionen

Veranschlagt sind die Ausgaben für den Grunderwerb, die Herrichtung und für Planungskosten. Die Investitionsansätze sind auf der Grundlage der mittelfristigen Maßnahmenplanungen des Sondervermögens geschätzt. Sie stehen durch zukünftige Senatsentscheidungen unter anderem in Abhängigkeit zu der Möglichkeit, geeignete Flächen erwerben und Bewirtschaftungsverträge abschließen zu können. Die für 2003 geplanten Maßnahmen Renaturierung des Neuländer Baggersees, die Fischschleuse am Deichsiel Hohenwisch und die Feuchtwiesenaufwertung in Curslack und in den Kirchwerder Wiesen wurden auf das Jahr 2004 verschoben.

In 2002 wurden für die Durchführung von Ersatzmaßnahmen für Altenwerder Planungs- und Unterhaltungsmittel in Höhe von 39 Tsd. EUR ausgegeben. 1.215 Tsd. EUR wurden durch den Abschluss von Pflegeverträgen langfristig gebunden.

Die investiven Ausgaben verteilen sich wie folgt:

Behörde für Umwelt und Gesundheit

Nach gegenwärtigen Stand sind Ausgaben vorgesehen aus der Abgabe Ersatzmaßnahmen Süderelberaum Altenwerder (ESA)

- die Fischschleuse am Deichsiel Hohenwisch (800 Tsd. EUR),
- Grunderwerb im Moorgürtel (260 Tsd. EUR) und
- die Aufwertung von Beregnungsteichen (93 Tsd. EUR).

für übernommene Ersatzmaßnahmen Süderelberaum Altenwerder (ESA)

- einen Teil der Grünlandaufwertung im Moorgürtel (30 Tsd. EUR)

für die Ersatzmaßnahme Zuschüttung des Neißkanals

- die Wiederherstellung eines Tidelebensraumes am Holzhafen (515 Tsd. EUR),

und aus anderen Abgaben

- die Herstellung der Fischdurchlässigkeit an der Ammersbek (120 Tsd. EUR),
- die Wasserstandsanhhebung der Alten Süderelbe (275 Tsd. EUR),
- Maßnahmen im Talraum der Alten Süderelbe (200 Tsd. EUR),
- die Feuchtwiesenaufwertung in Curslack und den Kirchwerder Wiesen (500 Tsd. EUR),
- für Entsiegelungen von Schulhofflächen (100 Tsd. EUR) und
- die Renaturierung des Neuländer Baggersees (162 Tsd. EUR),

3.055

Bezirksämter:

175

Summe 1.

3.230

2. Sonstiger Finanzbedarf

Zuführung an Rücklagen

Die Höhe der Rücklagen beträgt zum Abschluss des Haushaltsjahres 2002 9.210 Tsd. EUR⁵. Mit den geplanten Zuführungen an die Rücklagen in 2003 von 4.006 Tsd. EUR und 2004 von 151 Tsd. EUR werden sich die Rücklagen auf 13.367 Tsd. EUR erhöhen⁶.

151

Summe 2.

151

Gesamtsumme Finanzbedarf

3.381

II. Deckungsmittel

Jahresüberschuss

3.381

Summe Deckungsmittel

3.381

⁵ Davon sind 1.513 Tsd. EUR für die langfristige Unterhaltung von Flächen gebunden.

⁶ Durch die Veränderungen der für 2003 prognostizierten Einnahmen aus Zahlungen von Privaten und anderer Behörden (vgl. Fußnote 2) werden in 2003 nur Rücklagen in Höhe von 908 Tsd. EUR erwartet. Somit wird eine Zuführung an Rücklagen bis 2004 in Höhe von 10.269 Tsd. EUR erwartet.

Produktinformation Sondervermögen Naturschutz und Landschaftspflege

<p>Das Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege ist der Behörde für Umwelt und Gesundheit (BUG) der Freien und Hansestadt Hamburg angegliedert. Organisatorisch gehört es zum Produkt 3 (Eingriffsregelung und Umweltverträglichkeitsprüfung) der Produktgruppe PG03 Naturschutz.</p> <p>Zur Verdeutlichung des Wirtschaftsplans des Sondervermögens für Naturschutz und Landschaftspflege wird es in dieser Produktinformation wie eine eigenständige Produktgruppe behandelt.</p>
<p><i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i></p>
<p>Z1: Sicherstellung einer zeitnahen, bezirksübergreifenden und langfristig ausfinanzierten Realisierung der Ausgleichsabgabe auf der Grundlage der Zweckbindung für die Verwendung der Ausgleichsabgabe nach § 2 des Gesetzes über das „Sondervermögen für Naturschutz und Landschaftspflege“ in Verbindung mit § 9 Abs. 7 Hamburgisches Naturschutzgesetz</p> <p>Z2: Planung und Umsetzung von Dritten übernommener Ersatzmaßnahmen gemäß § 9 Abs. 6 Hamburgisches Naturschutzgesetz</p>
<p><i>Produkte</i></p>
<p>P1: Planung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Erarbeitung von Konzepten für die Verwendung von Ausgleichsabgaben ist Grundlage für die langfristig ausfinanzierte Realisierung von Ausgleichsmaßnahmen. Deren Durchführung erfordert im Einzelfall konkrete Objektplanungen einschließlich der Genehmigungsplanungen. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> Ausgleichsflächenpotenzialermittlung für ganz Hamburg und das Umland Kompensationsmaßnahmen Altenwerder Vergabe und Begleitung von bestandsaufnehmenden Gutachten <p>P2: Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Zur Umsetzung von Maßnahmen zur Verwendung der Ausgleichsabgabe sowie von Dritten übernommener Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gehört neben der Vergabe von Bauaufträgen und die Bauaufsicht unter Berücksichtigung übergreifender Konzepte und der Objektplanung auch der Abschluss langfristiger Pflegeverträge für die Maßnahmeflächen. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> Umsetzung folgender Maßnahmen: Fischschleuse am Deichsiel Hohenwisch, Aufwertung von Beregnungsteichen, Grünlandaufwertung im Moorgürtel, Herstellung der Fischdurchlässigkeit an der Ammersbek, Wasserstandsanehebung der Alten Süderelbe, Maßnahmen im Talraum der Alten Süderelbe, Feuchtwiesenaufwertung in Curslack und den Kirchwerder Wiesen, Entsiegelungen von Schulhofflächen und Renaturierung des Neuländer Baggersees. <p>P3: Pflege und Unterhaltung von Maßnahmeflächen</p> <p>Erläuterungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Zur Pflege und Unterhaltung von Maßnahmeflächen gehört neben der Betreuung langfristiger Pflegeverträge das naturschutzfachliche Monitoring der umgesetzten Maßnahmen sowie die Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht. <p>Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> Naturschutzfachliches Monitoring der aufgewerteten Flächen im Moorgürtel, des extensiv bewirtschafteten Weidelandes zwischen Allermöher Deich und A25 und im Billebogen Fachliche Betreuung bestehender Pflegeverträge im Moorgürtel, im Billebogen und im Landschaftskorridor Die Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht geht weitest möglich auf die Bewirtschafter über, in Einzelfällen – wie in Georgswerder – sind Maßnahmen zur Sicherung durchzuführen.

Einnahmen	Plan 2004 in Tsd. EUR	Plan 2003 in Tsd. EUR	Plan 2002 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 in Tsd. EUR
der BUG aus der Ausgleichsabgabe aus Zahlungen von Privaten	0	3.770	1.534	3.641
der BUG aus der Ausgleichsabgabe aus Zahlungen anderer Behörden	3.799	4.915	0	1.446
Einnahmen der BUG aus der Ausgleichsabgabe, gesamt	3.799	8.685	1.534	5.087
der Bezirke aus der Ausgleichsabgabe aus Zahlungen von Privaten	0	0	0	221
der Bezirke aus der Ausgleichsabgabe aus Zahlungen anderer Behörden	0	0	0	0
Einnahmen der Bezirke aus der Ausgleichsabgabe, gesamt	0	0	0	221
Zinsen der BUG	0	0	0	80
Zinsen der Bezirke	0	0	0	20
Zinsen gesamt	0	0	0	100
Einnahmen, gesamt	3.779	8.685⁷	1.534	5.408

Ausgaben	Plan 2004 in Tsd. EUR	Plan 2003 in Tsd. EUR	Plan 2002 in Tsd. EUR	Ergebnis 2002 in Tsd. EUR
Personalausgaben	291	286	252	80
Sachausgaben	28	28	28	14
Unterhaltung von Flächen	79	50	5	31
Zwischensumme	398	364	285	125
Investitionen der Behörde für Umwelt und Gesundheit	3.055	4.200	767	1.146
Investitionen der Bezirke	175	115	0	16
Investitionen, gesamt	3.230	4.315	767	1.162
Zuführung an Rücklagen	151	4.006	482	4.121
Ausgaben, gesamt	3.779	8.685⁸	1.249	5.408

	Plan 2004	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2002
Stellen	4	4	2	4

⁷ Die ursprünglich für 2003 prognostizierten Einnahmen aus Zahlungen von Privaten werden sich um rd. 3.600 Tsd. EUR reduzieren, weil sie bereits im Ergebnis 2002 enthalten sind. Auch die prognostizierten Einnahmen aus Zahlungen anderer Behörden haben sich aufgrund vorgezogener bzw. gestundeter Einnahmen verändert. Erwartet werden Einnahmen aus Zahlungen von Privaten in Höhe von 1.120 Tsd. EUR und Einnahmen aus Zahlungen anderer Behörden in Höhe von 3.880 Tsd. EUR, insgesamt 5.000 Tsd. EUR. Dadurch werden sich der Jahresüberschuss und die Zuführung an Rücklagen gegenüber der Ansätze 2003 der Wirtschaftspläne 2003 und 2004 erheblich reduzieren.

⁸ Durch die Veränderungen der für 2003 prognostizierten Einnahmen aus Zahlungen von Privaten und anderer Behörden (vgl. Fußnote 1) werden in 2003 nur Rücklagen in Höhe von 908 Tsd. EUR erwartet. Mit den nach aktuellem Stand geplanten Investitionen in 2003 in Höhe von 3.714 Tsd. EUR und den angepassten Ausgaben für Personal- und Unterhaltungskosten werden Ausgaben in Höhe von 5.000 Tsd. EUR erwartet.

Anlage 2.4

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
<p>Einnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einnahmen aus der Ausgleichsabgabe • Zinseinnahmen • Pachten <p>Ausgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Investitionen: Baumaßnahmen, Planungsmittel, Grunderwerb • Unterhaltungsausgaben • Personalausgaben • Sachausgaben

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Plan 2004	Plan 2003	Plan 02002	Ergebnis 2002
P 1: Planung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ⁹				
Maßnahmen in Planung, Anzahl	0	6	9	9
Vergabe und Begleitung von Gutachten	0	5	5	7
P 2: Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen				
Maßnahmen in der Umsetzung, Anzahl	16	10	7	7
P 3: Pflege und Unterhaltung von Maßnahmeflächen ¹⁰				
Fachliche Betreuung bestehender Pflegeverträge, Anzahl	13	10	5	7
Naturschutzfachliches Monitoring der aufgewerteten Flächen, Anzahl	6	4	3	3

⁹ Die Planzahl 2004 für die Planung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen kann derzeit nicht angegeben werden, da diese nur auf der Grundlage von Eingriffen und den damit verbundenen Ausgleichszahlungen ermittelt werden könnte. Anzahl, Art und Umfang der Eingriffe sind für 2004 zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht absehbar.

¹⁰ Die Kennzahlen für die Pflege und Unterhaltung von Maßnahmeflächen sind aufgrund der Langfristigkeit der Verträge und des ebenfalls langfristig angelegten Monitorings kumulativ.

Liste der Zuwendungsempfänger, die Zuwendungen (bis zu 100 Tsd. EUR im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

Kapitel/Titel	Zuwendungsempfänger	Art der Zuwendung	Höhe der Zuwendung 2004	Höhe der Zuwendung 2003
			Tsd. EUR	
8600.684.02	Stiftung Zukunftsrat Hamburg	Festbetragsfinanzierung	26	26
8800.684.01	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge	Festbetragsfinanzierung	7	13
8800.684.01	Stiftung Naturschutz Hamburg und Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen	Festbetragsfinanzierung	95	94
8800.684.08	Verschiedene Naturschutzverbände	Festbetragsfinanzierung	145	144
			273	277

Anlage 3.2

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stellen außerhalb der Verwaltung, die Zuwendungen (über 100.000 EUR im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

lfd. Nr.	Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Plan 2004	Plan 2003	Ergebnis 2002 ¹
		Tsd. EUR		
1	<u>Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale Hamburg e.V.</u>			
	<u>Titel 8670.685.08</u>			
	Erträge			
	1. Zuwendung Hamburg (Titel 8670.685.08)			
	– institutionelle Förderung. Ernährungsberatung	578,0	568,0	557,0
	– Behörde für Umwelt und Gesundheit –			
	2. Zuwendung Hamburg (Titel 8620.684.71)			
	– Patientenberatung – Behörde für Umwelt und Gesundheit – ²	256,2	291,0	255,3
	3. Zuwendung Hamburg (Titel 4600.684.05) ³			
	– Insolvenzberatung – Behörde für Soziales und Familie –	280,0	0,0	114,5
	Schuldnerberatung nach § 17 BSHG			
	4. Zuwendung Hamburg (Titel 8600.684.01)			
	– Umweltberatung – Behörde für Umwelt und Gesundheit –	69,0	68,0	86,7
	5. Zuwendung Hamburg (Titel 7400.683.01) –			
	Umweltberatung – Behörde für Wirtschaft und Arbeit –	0,0	0,0	20,0
	Förderung des Bewusstseins für qualitativ hochwertige			
	Lebensmittel beim Verbraucher			
	6. Zuwendung Bund	174,3	100,3	183,1
	7. sonstige Erträge	810,0	890,0	759,1
	8. Zuwendungen EU	0,0	0,0	0,0
	Summe der Erträge	2.167,5	1.917,3	1.975,7
	Aufwendungen			
	1. Personalaufwendungen	1.587,6	1.415,5	1.476,4
	2. Sach- und Fachaufwendungen	580,0	501,8	547,0
	3. Investitionen	0,0	0,0	26,5
	Summe der Aufwendungen	2.167,5	1.917,3	2.049,9

¹ Angaben gemäß Wirtschaftsprüfungsbericht 2002

² Inkl. Tarifsteigerung bei institutioneller Förderung und Ernährungsberatung; exkl. bei Patientenberatung und Umweltberatung

³ Die Förderung endet planmäßig zum 30. 6. 2003. Die Weiterfinanzierung der Schuldnerberatung erfolgt über die Abrechnung der Beratungsleistungen nach § 17 BSHG mit den Sozialämtern der Bezirke.

Übersicht über die in den Deckungskreisen 05, 06, 07, 12, 14, 15, 16 , 17 , 40 und 56 veranschlagten Mittel

Deckungskreis 05 / Betriebsmittel für Naturschutz und Landschaftspflege

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR Abweichung
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	
8800.521.02	Erhaltung kulturell und historisch wertvoller Denkmale auf staatlichen Friedhöfen	3	3	0	0	0	0	0	0	0
8800.525.01	Überbezirkliche Aus- und Fortbildung von Bediensteten der Grünverwaltung	14	14	14	0	12	0	14	0	2
8800.526.01	Ausgaben und Preise für Wettbewerbe, Prämien u. dgl.	0	0	0	0	15	0	25	25	10
8800.535.01	Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen an Bäumen	110	110	110	155	21	0	155	155	134
8800.541.01	Ausgaben für den Naturschutz	452	410	452	410	450	29	477	410	27
8800.547.10	Sächliche Verwaltungsausgaben für das Amt für Naturschutz und Landschaftspflege	82	0	87	0	79	0	87	0	8
8800.685.91	Mitgliedsbeiträge	176	0	174	0	174	0	174	0	0
Summe	Deckungskreis 05	837	537	837	565	751	29	932	590	181

Deckungskreis 06 /Zuwendungen und Zuschüsse

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8800.684.01	Zuschüsse und Zuwendungen an den Volksbund dt. Kriegsgräberfürsorge	7	0	13	0	0	0	13	0	13
8800.684.03	Zuschuss an die Stiftung Naturschutz Hamburg und an die Stiftung zum Schutz gefährdeter Pflanzen	95	0	94	0	100	0	103	0	3
8800.684.08	Zuwendungen an Naturschutzverbände	145	0	144	0	121	0	147	0	26
8800.684.10	Zuwendungen an Naturschutzverbände für auslaufende AB-Maßnahmen	240	234	238	276	255	0	259	259	4
Summe	Deckungskreis 06	487	234	489	276	476	0	522	259	46

Deckungskreis 07 / Investitionen für Naturschutz und Landschaftspflege

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8800.741.01	Planung, Instandsetzung, Neuanlage und Umgestaltung von Grünanlagen und Spielplätzen	3.850	3.600	3.718	3.600	48	0	3.204	3.600	3.156
8800.741.05	Herrichtung und Umgestaltung von Kleingartenanlagen etc.	450	1.300	1.000	1.000	13	10	500	1.173	487
8800.741.10	Vorbereitung von Straßenbaumpflanzungen und Instandsetzungsmaßnahmen einschl. digitaler Erfassung	850	2.000	500	200	89	0	350	200	261
8800.741.81	Investitionen für Grün- und Erholungsanlagen, Pflanzung von Straßenbäumen, Ausstattung der Gartenbauabteilung	1.300	1.300	1.700	1.350	0	0	1.815	1.764	1.815
8800.741.87	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Tiefbau, Herrichtung von Belegungsflächen	180	180	170	180	0	0	222	205	222
8800.742.03	Verbesserung der Lebensbedingungen für Pflanzen und Tiere an Gewässern	0	135	130	77	5	102	23	131	18
8800.791.01	Ökologische Pflegemaßnahmen, Verbesserungs- und Sanierungsmaßnahmen im öffentlichen Grün und auf staatlichen Friedhöfen	750	1.000	850	1.000	266	0	879	1.000	613
Summe	Deckungskreis 07	7.380	9.515	8.068	7.407	421	112	6.993	8.073	6.572

Titel 8800.741.81 und 8800.741.87: Ergebnisse 2002 der Bezirke, Reste bei der Behörde für Umwelt und Gesundheit

Deckungskreis 12 / Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräte

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8700.811.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen ¹	15	0	15	0	0	11	10	0	10
8800.811.81	Investitionen für die Gartenbauabteilung – Bereich Friedhöfe –	307	307	340	307	0	0	373	307	373
8900.811.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, Geräten und Ausstattungsgegenständen	44	26	40	20	10	41	50	20	40
Summe	Deckungskreis 12	366	333	395	327	10	52	433	327	423

¹ ohne Fachamt Umweltuntersuchungen

Deckungskreis 14 / Flächensanierung

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8700.787.01	Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei Untergrundverunreinigungen	3.400	4.100	3.500	4.182	3.412	811	3.779	4.013	367
8700.787.02	Aufwendungen im Zusammenhang mit Untergrundverunreinigungen durch Munition und Kampfstoffe	2.000	1.800	1.600	2.000	2.074	197	2.045	1.790	- 29
8700.787.03	Sanierung der Deponie Georgswerder	0	0	0	0	170	0	0	0	- 170
8700.787.06	Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen	1.000	1.040	1.020	1.023	1.339	142	1.023	1.023	- 316
8700.787.07	Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen	3.800	9.088	10.000	10.778	3.308	2.185	5.616	13.329	2.308
8700.787.25	Sanierung der Bille-Siedlung	0	0	0	0	42	0	0	0	- 42
8700.787.32	Sanierung der Deponie Brümmer	0	0	0	0	1.701	379	1.000	0	- 701
8700.787.46	Sanierung Moorfleeter Brack	0	0	0	0	3.431	2.701	6.136	0	2.705
8700.787.59	Sanierung Curslacke Neuer Deich 70/AAB	0	0	0	0	183	0	0	0	- 183
8700.787.71	Sanierung Am Grasbrookhafen - HafenCity -	7.700	0	2.550	9.250	0	0	0	0	0
8700.787.90	Fortlaufende Sicherung, Überwachung sowie Unterhaltung und Erneuerung von Sanierungsanlagen u. -bauwerken	2.000	2.750	2.311	2.500	1.979	412	2.313	2.556	334
Summe	Deckungskreis 14	19.900	18.778	20.981	29.733	17.639	6.827	21.912	22.711	4.273

Deckungskreis 15 / Bauunterhaltung

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8600.519.04	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	409	0	351	0	389	31	351	0	- 38
8700.519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen ²	1	0	1	0	0	0	1	0	1
8700.519.02	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen im Rahmen der Altlastensanierung	68	0	17	0	31	13	27	0	- 4
8900.519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	25	0	25	0	24	0	25	0	1
Summe	Deckungskreis 15	503	0	394	0	444	44	404	0	- 40

Veranschlagt nach folgenden Richtsätzen:

Für Gebäude (jeweils bezogen auf den Feuerkassenrichtwert)

14,5% bei normaler Abnutzung

16,5% bei übermäßiger Abnutzung

19,5% bei einer Nutzung ähnlich der von Schulen, Häusern der Jugend o.Ä.

Für nicht im Feuerkassenwert enthaltene, mit den Gebäuden fest verbundene maschinelle oder technische Anlagen wird der Richtsatz für übermäßige Abnutzung (16,5%) zu Grunde gelegt.

² ohne Fachamt Umweltuntersuchungen

Deckungskreis 16 / Hochbauinvestitionen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8600.701.01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, - Hochbau -	350	100	100	153	176	367	153	153	- 23
8700.701.02	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Grundinstandsetzungen öffentlicher Toiletten	160	200	100	179	259	100	239	179	- 20
8900.702.01	Grundinstandsetzung der Ölauffanganlage	0	0	0	0	29	187	51	51	22
Summe	Deckungskreis 16	510	300	200	332	464	654	443	383	- 21

7 8700.701.02 = Ergebnis 2002 bei den Bezirken, Rest 2002 bei der Behörde für Umwelt und Gesundheit

Deckungskreis 17 / Förderung von Krankenhäusern nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8620.893.01	Ambulante geriatrische Rehabilitationseinrichtung am Albertinen-Krankenhaus	0	0	0	0	291	15	102	0	- 189
8620.893.62	Fördermittel nach § 22 HmbKhG für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter für Krankenhäuser	30.662	0	30.490	0	29.276	16	29.126	0	- 150
8620.893.79	Fördermittel nach §§ 21, 23, 24 und 27 HmbKhG	40.000	150.000	33.000	150.000	59.391	21.941	31.512	100.000	- 27.879
Summe	Deckungskreis 17	70.662	150.000	63.490	150.000	88.958	21.972	60.740	100.000	- 28.218

Deckungskreis 17 / Allgemeine Betriebsausgaben für den Umweltschutz

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8700.541.02	Allgemeine Betriebsausgaben für geowissenschaftliche Aufgaben	60	0	65	0	41	13	70	0	29
8700.541.03	Allgemeine Betriebsausgaben für Abfallwirtschaft	196	131	733	131	1.293	0	993	1.153	- 300
8700.541.04	Allgemeine Betriebsausgaben für Gewässer- und Bodenschutz	335	355	392	355	378	1	472	288	94
8700.541.05	Allgemeine Betriebsausgaben für Altlastensanierung	34	0	34	0	29	10	39	0	10
Summe	Deckungskreis 17	625	486	1.224	486	1.741	24	1.574	1.441	- 167

Deckungskreis 40 / Sach- und Fachausgaben (Kapitel 8620,8660,8670)

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8620.534.81	Gesundheitsschutz, Rahmenzuweisung an die Bezirke	351	0	351	0	332	0	351	0	19
8620.534.86	Festgelegte Aufgaben im Gesundheitsbereich, Zweckzuweisungen an die Bezirke	10	0	10	0	6	0	10	0	4
8620.681.86	Gesetzliche Aufgaben im Gesundheitsbereich, Zweckzuweisung an die Bezirke	15	0	15	0	8	0	15	0	7
8660.535.81	Unterhaltung und Bewirtschaftung der Suchtberatungsstellen, Rahmenzuweisung an die Bezirke	221	0	221	0	191	32	221	0	30
8670.427.82	Lebensmittelüberwachung, Rahmenzuweisung an die Bezirke	20	0	20	0	19	0	20	0	1
8670.427.86	Pauschale Aufwandsentschädigungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke	7	0	7	0	6	0	7	0	1
8670.534.81	Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinärwesen, Rahmenzuweisung an die Bezirke	9	0	9	0	4	0	9	0	5
Summe	Deckungskreis 40	633	0	633	0	566	32	633	0	67

Alle Titel: Ergebnis 2002 bei den Bezirken, Rest 2002 bei der Behörde für Umwelt und Gesundheit

Deckungskreis 56 / Informations- und Kommunikationstechnik

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004 Tsd. EUR		2003 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR		2002 Tsd. EUR
		Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
8620.535.56	Lfd. Sachaufw. im Zus. m. d. IuK-Tech.	336	0	254	0	340	0	292	0	- 48
8640.535.56	Lfd. Sachaufw. im Zus. m. d. IuK-Tech.	0	0	57	0	0	0	57	0	57
8670.535.56	Lfd. Sachaufw. im Zus. m. d. IuK-Tech.	0	0	14	0	0	0	14	0	14
Summe	Deckungskreis 56	336	0	325	0	340	0	363	0	23

Übersicht über Gutachten und Untersuchungen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2004		2003	
		Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR
8600.526.50	Gutachten und Untersuchungen	375	375	325	914
8600.526.81	Gutachten und Untersuchungen, Rahmenzuweisungen an die Bezirke	15	0	15	0
In folgenden Titeln sind Mittel für Gutachten und Untersuchungen anteilig enthalten:					
8600.547.20	Sächliche Verwaltungsausgaben, Verwaltung und allgemeiner Umweltschutz	1.330	0	1.319	0
8620.526.71	Sachverständigen- u. ähnliche Kosten	3	0	3	0
8700.547.01	Sächliche Verwaltungsausgaben für den Umweltschutz	80	0	80	0
8700.742.02	Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte	297	910	500	610
8700.787.01	Untersuchungs-, Vorbereitungs- und Nachsorgemaßnahmen bei Untergrundverunreinigungen	3.400	4.100	3.500	4.182
8700.787.02	Aufwendungen im Zusammenhang mit Untergrundverunreinigungen durch Munition und Kampfstoffe	2.000	1.800	1.600	2.000
8700.787.06	Vorbereitung von Sanierungsmaßnahmen	1.000	1.040	1.020	1.023
8700.787.07	Baudurchführung von Sanierungsmaßnahmen	3.800	9.088	10.000	10.778
8700.787.71	Sanierung Am Grasbrookhafen - HafenCity -	7.700	0	2.550	9.250
8700.787.90	Fortlaufende Sicherung, Überwachung sowie Unterhaltung und Erneuerung von Sanierungsanlagen und -bauwerken	2.000	2.750	2.311	2.500
8900.541.02	Förderung der Umwelt Partnerschaft	100	100	0	0
8900.547.01	Sächliche Verwaltungsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe	119	0	131	0
8900.791.10	Maßnahmen zur Reduzierung des Heizenergie-, Strom- und Wasserverbrauchs der öffentlichen Einrichtungen	3.610	3.964	4.602	4.972
8900.892.10	Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Wassereinsparung und zur Nutzung regenerativer Energiequellen sowie von Umweltechnologien	6.565	7.435	6.000	6.598

Es kann keine Gesamtsumme angegeben werden, da der Anteil für Forschungs- und Gutachtaufträge an Dritte an den in der Übersicht angegebenen Gesamtansätzen nicht quantifizierbar ist.

Übersicht

über die Verwendung der Abwasserabgabe gem. § 13 Abwasserabgabengesetz (AbwAG) i.V.m. § 14 Hamburgisches Abwasserabgabengesetz (HambAbwAG) im Haushaltsjahr 2004.

Das Aufkommen aus der Abwasserabgabe ist gem. § 13 AbwAG i.V.m. § 14 HambAbwAG für Maßnahmen, die der Erhaltung oder Verbesserung der Gewässergüte dienen, zu verwenden.

Aus dem Aufkommen wird auch der mit dem Vollzug des Gesetzes entstehende Verwaltungsaufwand gedeckt.

– Abwasserabgabe gewerblicher Direkteinleiter (Titel 8900.099.01)	Einnahmeansatz	1.176 Tsd. EUR
– Abwasserabgabe öffentlicher Einleiter (Titel 8900.099.02)	Einnahmeansatz	<u>3.911 Tsd. EUR</u>
	insgesamt	5.087 Tsd. EUR

Die Mittel sollen verwendet werden für:

Titel	Zweckbestimmung – gekürzt –	Ansatz/Teilansatz (in Tsd. EUR)
8700.517.81	Betriebskonto der öffentlichen Toiletten, Rahmenguweisungen an die Bezirke	631
8700.541.03	Allgemeine Betriebsausgaben der Abfallwirtschaft (anteilig)	32
8700.541.04	Allgemeine Betriebsausgaben für den Gewässer- und Bodenschutz (anteilig)	296
8700.637.01	Zuweisung für die Wassergütestelle Elbe	159
8700.671.04	Erstattungen an HSE für Betrieb und Unterhaltung von Straßenentwässerungsanlagen (anteilig)	231
8700.742.02	Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte	297
8700.891.03	Erneuerung und Grundinstandsetzung von Straßenentwässerungsanlagen	2.200
8900.541.01	Allgemeine Betriebsausgaben für Immissionsschutz und Betriebe (anteilig)	251
8900.631.01	Kostenerstattung an das WSA Cuxhaven zur Beseitigung von Schadstoffverschmutzungen	10
8900.631.02	Zuweisung an das WSA Cuxhaven bzw. Land Schleswig- Holstein für Schadstoffbekämpfung	290
8900.632.01	Zuweisung für die Sonderstellen der Küstenländer und des Bundes	40
8900.881.03	Zuweisung an das WSA Cuxhaven für die Beschaffung von Schadstoffbekämpfungsgeräten und -einrichtungen	550
	Verwaltungskostenpauschale	100
	Insgesamt	5.087